

Das Parlament

Berlin, Montag 26. November 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 48 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Nach Karlsruhe mit Perspektive

Stephan Harbarth Obwohl seit 2009 CDU-Bundestagsabgeordneter und inzwischen Unionsfraktionsvize, war er der breiten Öffentlichkeit weniger bekannt: Stephan Harbarth (46) wurde am Donnerstag vom Bundestag zum Bundesverfassungsrichter und einen Tag später vom Bundesrat zum Vizepräsidenten des höchsten Gerichts gewählt. So sieht es das Wahlrecht vor. Wegen



der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und des Grünen-Einflusses in der Länderkammer war die ganze große Koalition von Union, SPD, FDP und Grünen nötig, um Harbarth in Karlsruhe zu platzieren. Er löst den ausscheidenden Vorsitzenden des Ersten Senats und Vizepräsidenten des Verfassungsgerichts, Ferdinand Kirchhof, ab. Mit dem Ausscheiden von Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle 2020 dürfte Harbarth, stets direkt gewählt für den Wahlkreis Rhein-Neckar und Anwalt, dann dessen Amt übernehmen. kru

ZAHL DER WOCHE

9

Präsidenten hat das nach 1945 neugeschaffene Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bisher gehabt: Der erste war Hermann Höpker-Aschoff, der das Amt im September 1951 antrat und bis Januar 1954 innehatte. Seit März 2010 ist Andreas Voßkuhle Präsident des höchsten deutschen Gerichts.

ZITAT DER WOCHE

»Gewaltenteilung scheint nur mehr eine Floskel zu sein.«

Stephan Brandner (AfD), Vorsitzender des Bundestags-Justizausschusses, zur Wahl des CDU-Abgeordneten und Vize-Unionsfraktionschefs Stephan Harbarth zum Bundesverfassungsrichter

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Interview Haushaltsexpertin Sonja Steffen (SPD) im Gespräch **Seite 2**
- Finanzen** Minister Olaf Scholz (SPD) verteidigt den Etatentwurf **Seite 3**
- Arbeit und Soziales** Der größte Etat steigt um sechs Milliarden Euro **Seite 6**
- INNENPOLITIK**
Mietwohnungen Sonderabschreibungen sollen Baupulse geben **Seite 11**
- KEHRSEITE**
Volkstrauertag Die Gedenkstunde im Deutschen Bundestag **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Wieder Weltklasse werden

ETAT 2019 Förderung künstlicher Intelligenz im Fokus. Der Opposition sind die Zukunftsinvestitionen zu niedrig

Nach allen Statistiken brummt die Wirtschaft, Vollbeschäftigung ist fast erreicht, dem Land und seinen Menschen geht es gut. Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass es großen Anstrengungen bedarf, Wohlstand und Wohlgefühl zu erhalten. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) brachte dies in der Generalaussprache zum Bundeshaushalt in der vergangenen Woche auf den Punkt, indem sie von „einem wahnwitzigen internationalen Wettbewerb“ sprach und dazu aufrief, sich der „großen digitalen Herausforderung“ zu stellen. Zudem bekannte sie sich klar zum Migrationspakt der Vereinten Nationen. Der Bundestag stimmte dem Haushalt am Freitag mit der Mehrheit der Koalition zu (Details auf den folgenden Seiten).

Dieser wirtschaftliche Wettbewerb müsse so gestaltet werden, dass der Mensch im Mittelpunkt stehe und nicht die Technik den Menschen beherrsche. Man sei bei der Infrastruktur wie Mobilfunk und schnellem Internet auf einem guten Weg. Die Digitalisierung müsse „vom Bürger her gedacht werden“, sagte Merkel zu der geplanten Schaffung eines Bürgerportals von Bund, Ländern und Kommunen, über das die Bürger in einigen Jahren den kompletten Zugang zu Behörden von Fahrzeuganmeldung über Elterngeldbeantragung bis zu Steuererklärungen digital haben sollen. Merkel sicherte auch weitere Förderung der künstlichen Intelligenz zu. Deutschland sei in einzelnen Punkten Spitze, aber der Anspruch müsse sein: „Wir wollen wieder überall Weltklasse sein.“ Dagegen hatte AfD-Fraktionschefin Alice Weidel ein ganz anderes Bild von der Zukunft gezeichnet und auf Probleme in der Energiebranche sowie den Niedergang der Autoindustrie durch den Kampf gegen den Dieselantrieb hingewiesen: „Vielleicht erzähle ja der neu gegründete Parlamentskreis Pferd, „welche Fortbewegungsmittel wir künftig überhaupt noch nutzen dürfen, wenn Deutschland erfolgreich zum klimaneutralen Agrarland heruntergewirtschaftet wurde.“

Ein Antwortversuch Merkel bekannte sich klar zu dem auch in ihrer Partei und Fraktion umstrittenen UN-Migrationspakt: „Dieser Pakt für Migration, genauso wie der Pakt für Flüchtlinge, ist der richtige Antwortversuch, globale Probleme auch international und miteinander zu lösen.“ Merkel sagte, dass der Pakt in „nationalem Interesse“ sei, weil er die Bedingungen auf der Welt für Flucht und Arbeitsmigration verbessern könne. Zugleich versicherte sie: „Die Souveränität unseres eigenen Landes wird nicht berührt.“ Es werde nichts unterzeichnet, nichts unterschrieben, es sei auch nichts rechtlich bindend: „Wir haben rechtlich bindende Vorschriften für den Umgang mit Menschen.“ Unterstützung fanden Merks Aussagen beim Fraktions- und Parteivorsitzenden der FDP, Christian Lindner. Sicher sei der Pakt umstritten, „aber es ist besser, den Pakt zu haben als nicht“. Lindner erinnerte an das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA, das an „Desinformationen der politischen Linken“ gescheitert sei. Das dürfe sich jetzt beim Migrationspakt nicht mit Desinformationen der Rechten wiederholen. Zum Haushalt sagte Lindner, die Wachstumsschuld in Deutschland lasse nach. Diese neue wirtschaftliche Realität spiegle sich nicht im Etat, sondern es gebe „Baukindergeld, Mütterrente, Brückenteilzeit und, und, und – alles überwiegend konsumtive Ausgaben. Sie setzen keine Impulse dafür, den Etat zukünftig zu finanzieren, Sie schaffen Ansprüche, die den Etat zukünftig strangulieren werden“, beklagte Lindner.

Politik der Spaltung Die Bundesregierung betreibe „eine Politik der Spaltung und der Unvernunft, eine Politik des Ausgabewahns und der falschen Prioritäten“, erklärte Weidel. Der noch vorhandene Wohlstand werde bedenkenlos verschleudert, ohne an Morgen zu denken. Dabei bröckle



Nur wer im „wahnwitzigen internationalen Wettbewerb“ besteht, kann auch Sieger werden, so formulierte es Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Generaldebatte zum Haushalt 2019.

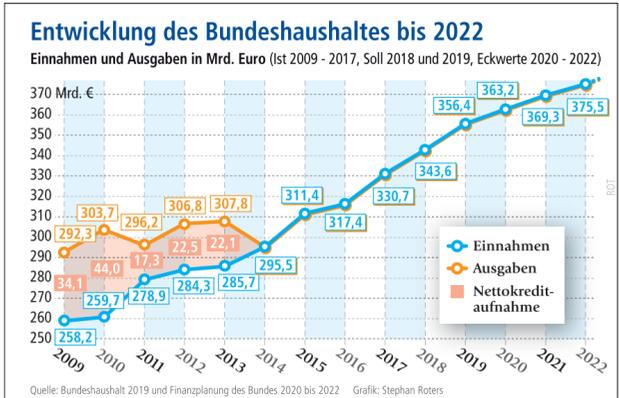
das wirtschaftliche Fundament. Die Politik ignoriere aber die ökonomische Vernunft, setze die Interessen des eigenen Landes und der eigenen Bürger an die letzte Stelle. „Dafür rennen Sie ideologischen Weltglückseligkeitsphantasien hinterher. Das hält die stärkste Volkswirtschaft auf Dauer nicht ohne Schaden aus“, so Weidel. Die AfD-Fraktionsvorsitzende widmete größere Teile ihrer Rede der Spendenpraxis ihrer Partei und erklärte unter anderem: „Richtig ist aber auch, dass sich niemand persönlich bereichert hat. Es wurde auch nichts versucht zu verschleiern, weil es ganz normale Parteikonten gewesen sind, über die Rechenschaft abgelegt werden muss. Richtig ist auch, dass die Gelder zurück überwiesen wurden.“ Es seien keine Bargeldkoffer hin- und hergetragen worden, deren Inhalt in Schubladen verschwunden sei und an deren Verbleib sich niemand mehr erinnern könne oder wolle, erklärte sie mit Blick auf Spendenaffären anderer Parteien. Merkel reagierte darauf sichtlich mit dem Satz: „Das Schöne an freiheitlichen Debatten ist, dass jeder über das spricht, was er für das Land für wichtig hält.“

»Sie schaffen Ansprüche, die den Etat zukünftig strangulieren werden.«
Christian Lindner, FDP-Fraktionsvorsitzender

Große Zäsur SPD-Partei- und Fraktionschefin Andrea Nahles sprach von einer „großen Zäsur“ in Europa durch den bevorstehenden Austritt Großbritanniens aus der EU. Vom Bundestag müsse ein Signal ausgehen, „dass die europäische Einigung durch den Brexit nicht ins Stocken geraten wird“. Dafür müsse zusammen mit Frankreich und anderen Partnern gesorgt werden. Merkel hatte zuvor den Austritt bedauert, zugleich aber auch für das Brexit-Abkommen gewonnen. Nahles sagte, es dürfe nie wieder passieren, „dass uns eine Finanzkrise wieder kalt erwisch“. Sie unterstützte die Schaffung einer europäischen Arbeitslosenversicherung und die Einführung einer Digitalsteuer. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) werde dazu mit Frankreich noch im Dezember einen gemeinsamen Vorschlag machen, wie eine Digitalbesteuerung auf europäischer Ebene aussehen könnte. Den deutschen Haushalt lobte sie wegen seiner hohen Investitionsausgaben von 155 Milliarden: „Das ist ein klares Zeichen, dass wir die Zeichen der Zeit richtig erkannt haben.“ Der Haushalt investiere in die richtigen Fragen, nämlich „in Chancengleichheit und in Bildung“, sagte die SPD-Chefin. Er sorge aber auch für Sicherheit durch neue Stellen bei der Bundespolizei, für soziale Sicherheit etwa bei Renten und in der Pflege. Dagegen vernachlässigt nach Ansicht der Vorsitzenden der Fraktion Die Linke, Sahra Wagenknecht, die Bundesregierung bei ihren Investitionen die Interessen der Menschen. „Meinen Sie wirklich, dass zufriedene Rüstungslobbyisten wichtiger sind als zufriedene Wähler?“, fragte sie angesichts der starken Erhöhung der Rüstungsausgaben. Den Etat für Waffen und Kriegserüstung stocke die Koalition um Milliarden auf, sei aber nicht in der Lage, alte Menschen vor Armut zu schützen, allen Kindern eine gute Bildung zu ermöglichen und ländliche Regionen mit schnellem Internet zu ver-

sorgen. „Das ist doch eine irre Politik“, sagte Wagenknecht und meinte, „wir haben uns viel zu sehr an die Unfähigkeit von Regierungen gewöhnt“. An vielen Menschen gehe das Wachstum seit Jahren vorbei, wer in arme Verhältnisse geboren werde, bleibe auch dort. Merkel habe die Lebenslänge der Menschen in ihrer Rede nicht ein einziges Mal erwähnt, kritisierte Wagenknecht. Deutschland habe sich „in eine Richtung, die vielen Menschen Angst macht“, verändert. Das Klima sei rauer, kälter und aggressiver geworden, die Gesellschaft sozial und auch kulturell zunehmend gespalten. Grünen-Fraktionsvorsitzender Anton Hofreiter warb für eine starke EU. Nur die EU könne dem Klima- und Sozialdumping in der Wirtschaft etwas entgegenzusetzen. Für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit brauche es eine Kindergrundsicherung, ein Ende der Immobilienspekulationen, Bankenregulierung sowie gerechte Steuern auch für Digitalkonzerne. Der Koalition warf Hofreiter vor, sich trotz der gewaltigen Aufgaben hauptsächlich um sich selbst zu drehen. „Wir erleben eine Koalition, die als große Selbsthilfegruppe vor allem mit sich selbst beschäftigt ist und schon lange nicht mehr mit den Fragen und den Nöten der Menschen“, sagte er. CDU/CSU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus warnte vor einer Spaltung der Gesellschaft in Deutschland. Es sei eine „verhängnisvolle Entwicklung“, dass der Zusammenhalt schwinde. Der gesellschaftliche Konsens bröckle. Es gehe um Solidarität und darum, die Dialogfähigkeit zu stärken. Was die Menschen am meisten beunruhige, sei die Frage, wie es weitergehe, sagte der CDU-Politiker mit Blick auf digitalen Wandel und künstliche Intelligenz. Für Merkel war es die letzte Rede in ihrer Doppelfunktion als Kanzlerin und Parteivorsitzende, da sie den Parteivorsitz auf dem CDU-Parteitag im Dezember im Hamburg nach 18 Jahren abgeben wird, was nicht nur von FDP-Chef Lindner als „Zäsur“ bewertet wurde. Der SPD-Haushaltsexperte Johannes Kahrs fasste die Empfindungen vieler Abgeordneter zusammen: „Ich muss heute an dieser Stelle das erste Mal etwas tun, was ich die letzten 20 Jahre im Deutschen Bundestag nicht getan habe: Ich muss Frau Merkel loben.“ Sie habe eine wirklich gute Rede gehalten „und „all das, was wir in den letzten Jahren getan haben, eingedornet“.

Hans-Jürgen Leersch



EDITORIAL

Noch ein Haushalt

VON JÖRG BIALLAS

Schon wieder Haushalt im Bundestag. Erst im Frühsommer hatte das Parlament nach einer ungewöhnlich langwierigen Regierungsbildung den Etat für das laufende Jahr verabschiedet. In der vergangenen Woche nun folgte der Plan für 2019. Dieser Haushalt ist zugleich der erste, den Finanzminister Olaf Scholz (SPD) allein geprägt hat. Der Etat 2018 trug noch maßgeblich die Handschrift von Scholz' Vorgänger im Ministeramt, dem heutigen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble (CDU). Die wesentlichen Eckdaten des Haushaltes 2019 können sich sehen lassen. Die Ausgaben steigen auf über 356 Milliarden Euro. Das sind satte 13 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr. Und dabei kommt auch dieser Etat ohne Neuverschuldung aus. Die „Schwarze Null“ wird also fortgeschrieben. Ziel ist es, die im Euro-Stabilitätspakt festgelegte Schulden-Obergrenze zu unterschreiten. All das ermöglicht eine nach wie vor gute Konjunkturlage. Auch wenn es erste Anzeichen dafür gibt, dass die staatlichen Einnahmequellen nicht unbegrenzt so ergiebig weiterspudeln könnten, sind wirklich schlechte Zeiten außer Sicht. Die Klagen der Opposition über das Zahlenwerk der Regierungskoalition sind daher weniger grundsätzlicher Natur. Wohl aber verlautet heftige Kritik im Detail. Die Ausgaben für Verteidigung, heißt es etwa, seien zu hoch. Es fehle der Mut zu wirklich wirksamen Investitionen in die Infrastruktur des Landes. Die Mittel für Soziales träfen nicht das rechte Maß. Es werde zu viel Geld für die Stabilität der europäischen Gemeinschaftswährung verpulvert. Schützenhilfe für die Opposition kommt vom Bundesrechnungshof. Die Bonner Behörde weist darauf hin, dass die derzeit günstigen Rahmenbedingungen eine „Scheinsicherheit“ vermitteln. Tatsächlich widerspiegeln der Etat die Herausforderungen des demografischen Wandels nur unzureichend. Hinzu komme, dass außenpolitische Entwicklungen wie etwa der Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union Unwägbarkeiten auch für den Bundeshaushalt bergen. Sei's drum: Der Bundestag hat den Etat für 2019 verabschiedet. Ob die Planung der Wirklichkeit standhält, wird die konjunkturelle und politische Entwicklung im Haushaltsjahr zeigen. Ein Restrisiko bleibt, wie immer.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

SUBVENTIONEN ABBAUEN?

Der Nanny-Staat

PRO



Thomas Sigmund, »Handelsblatte«, Düsseldorf

Die Älteren unter uns werden sich noch an Roland Koch und Peer Steinbrück erinnern, die einst mit dem Rammhauer die Subventionen kürzen wollten. Die Zeiten sind längst dabei. Die Kassen sind voll und der Nanny-Staat blüht. Ans Sparen denkt keiner mehr. Der Staat wirft das Geld mit vollen Händen raus: 25,2 Milliarden Euro Subventionen jährlich – das ist ein neuer Rekord. Beispiel Einbruchschutz: Statt mehr Polizisten einzustellen, darf der Bürger sein Heim auf eigene Kosten kombiniert mit einem Staatskredit hochrüsten. Der Staat brüstet sich mit sinkenden Einbruchszahlen und der Bürger finanziert das neben seinen Steuern brav mit. Beispiel Prämie für Elektroautos: Der Staat subventioniert nicht nur den Kauf von Autos deutscher Hersteller, sondern mit Steuergeld auch den ärgsten US-Konkurrenten Tesla. Die Elektroprämie liegt zudem wie Blei in den Regalen des für die Auszahlung zuständigen Bundesausfuhramts. Die Autokonzerne staunen nur noch. Obwohl sie die Autofahrer im Dieselskandal betrogen haben, werden sie nicht sanktioniert. Der Staat fördert den Kauf neuer Autos auch noch mit Prämien. Hinzu kommen versteckte Stromsubventionen. Die Regierung beschließt ohne Plan eine Energiewende, der Bürger zahlt. Die EEG-Umlage kostet Verbraucher und Mittelstand jährlich rund 25 Milliarden Euro. Jürgen Trittin verkündete als Umweltminister noch, die EEG-Umlage koste die Bürger nicht mehr als eine Kugel Eis im Monat. Heute könnte er sich durch die ganze Eiskarte schlemmen, so hoch ist die Belastung durch Ökostrom. Der Staat glaubt in all diesen Fällen, alles besser als der Markt zu wissen. Dabei hat nicht der Markt, sondern die Politik versagt.

Geld zum Gestalten

CONTRA



Hannes Koch, freier Journalist

Gestalten sollen das Parlament und die Regierung – diesen Anspruch erheben die Bürger zurecht. Ein Mittel dazu sind Subventionen – Finanzhilfen des Staates und Steuervergünstigungen. Wer sie deutlich reduzierte oder abschaffte, gäbe ein Steuerungsinstrument aus der Hand. Fast sechs Milliarden Euro Steuerzahlung werden Firmenerben 2018 erlassen, damit sie ihre Unternehmen ohne finanzielle Probleme weiterführen können. Vier Milliarden sparen Zeitungen und andere Kulturschaffende durch den niedrigen Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent. Mit fast zwei Milliarden Euro fördert die öffentliche KfV-Bankengruppe die Sanierung von Gebäuden zum Ziel des Klimaschutzes. Dies sind laut Bundesfinanzministerium derzeit die teuersten Subventionen. Welche soll man streichen oder kürzen? Über den Sinn jedes einzelnen Postens lässt sich streiten. Die Eigenheimzulage für privaten Immobilienwerb, vor Jahren abgeschafft, kommt nun als Baukindergeld wieder. Die ökonomische Lage, die Finanzsituation der öffentlichen Hand und die Einschätzung der Regierungskoalition haben sich geändert. Grundsätzlich ist das gut so. Es gibt fragwürdige, doch sehr erfolgreiche Subventionen. Beispiel Airbus. Milliarden kostete es Deutschland und andere EU-Staaten, eine global konkurrenzfähige Flugzeugproduktion zu erhalten. Soll die EU das auch bei der Herstellung von Batteriezellen für Elektrofahrzeuge probieren – ebenfalls eine zukunftsreiche Kerntechnologie? Die Antwort werden Gesellschaft und Politik im Diskurs zwischen Macht und Mehrheit finden – in jedem einzelnen Fall auf's Neue. Prinzipiell darf, soll und muss der Staat steuern.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Steffen, der Bundeshaushalt steigt 2019 um 13 Milliarden Euro, vor allem die Ressorts Verteidigung, Entwicklung und Soziales profitieren. Sind Sie mit diesem Ergebnis zufrieden?

Ja, denn wir haben einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen. Dem Parlament ist es gelungen, für einige Ressorts deutlich mehr Mittel rauszuholen und das ist besonders in den Bereichen Entwicklung und Auswärtiges außerordentlich positiv. Das zusätzliche Geld soll in Bereiche fließen, in denen es wirklich knirscht. So stocken wir die Beiträge an das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) sowie den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria auf und geben mehr Geld für Krisenprävention und Wiederaufbau. Kritisch sehe ich allerdings die starken Zuwächse im Verteidigungsressort.

Der Etat wächst deutlich um 4,71 Milliarden Euro. Was spricht dagegen?

Im Verteidigungsministerium liegt seit Jahren einiges im Argen. Das Geld wird oft nicht ausgegeben, zum Ende des Haushaltsjahres liegt es immer noch auf Halde. Dazu kommt die Affäre um die millionenschweren und möglicherweise unrechtmäßigen Beraterverträge. Da müssen wir Haushälter genau hinsehen, Befragungen durchführen und manchmal auch den Bundesrechnungshof einschalten. Ich will nicht werten, an wem oder woran das liegt, aber so ist die Lage.

Dem enormen Aufwuchs im Wehretat steht die Tatsache entgegen, dass die als Investitionen verbuchten Mittel im Gesamthaushalt sinken und in den folgenden Jahren stagnieren. Dabei sprudeln die Steuereinnahmen und alle belagten den Investitionsstau im Land. Das kann doch nicht im Sinne der SPD sein.

Ganz so negativ sehe ich das nicht. Wir haben in diesem Jahr viel in Familien, den Wohnungsbau und andere zutiefst sozialdemokratische Projekte investiert. Das können und werden wir mit dem Haushalt 2019 fortsetzen. Was die Jahre danach angeht, können wir in der Finanzplanung nicht heute schon größere Investitionen ausweisen. Wir wissen schließlich noch nicht, welche Spielräume wir haben werden. Insofern sollten wir das Thema Investitionen nicht schon jetzt schlechtreden.

In den Beratungen konnte das Parlament den Etat von Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) um weitere 520 Millionen Euro aufstocken. Dabei stand das Ressort viele Jahre lang bei den Haushaltern nicht hoch im Kurs. Wie kommt es, dass ausgerechnet Müller sich nun über den zweitgrößten Investitionshaushalt im Bund freuen kann?

Die Fachpolitiker der Fraktionen, aber auch der Minister selbst, haben in den Beratungen richtig Druck gemacht. Solange, bis die Einsicht da war, dass es ohne ein deutliches Plus nicht geht. Die Entwicklungspolitik läuft ja immer Gefahr, in Vergessenheit zu geraten, weil alle sich erstmal auf die Probleme im Land konzentrieren. Aber das hat sich mit der Flüchtlingskrise geändert. Allen ist seither klar, dass man in den Herkunft- und Transitländern mehr tun muss. Das schlägt sich inzwischen auch in der so genannten ODA-Quote nieder, die den Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt beziffert. Sie führte jahrzehntelang ein Schattendasein. Seit 2015 ist sie stark gestiegen.

Sie liegt jetzt immerhin bei 0,51 Prozent und damit auf dem Niveau des Vorjahres. International zugesagt ist seit 1970 aber eine Zielmarke von 0,7 Prozent – zu erreichen bis 2015. Warum bricht die Regierung wieder ihr Versprechen?

»Noch Luft nach oben«

SONJA STEFFEN Die Abgeordnete der SPD warnt vor einem Absenken der Ausgaben für Entwicklung



© spdfraktion.de/Christian Rödel

Zugegeben, damit bin ich auch nicht zufrieden. Hier gibt es definitiv noch Luft nach oben. Andererseits sind wir schon jetzt nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Geber weltweit, wir machen also nicht gerade wenig. Und in reinen Zahlen steigt der Entwicklungshaushalt Jahr für Jahr deutlich an, im kommenden Jahr liegt er erstmals bei mehr als zehn Milliarden Euro. Außerdem werden bei der Berechnung der ODA-Quote die Kosten für die Versorgung von Flüchtlingen im Inland nicht mehr berücksichtigt. Das war seit

2016 zu Recht sehr umstritten und nur deswegen lag die Quote damals bei der Zielmarke von 0,7 Prozent.

Der Streit um die Quote ist seit Jahren ein Dauerbrenner in sämtlichen Entwicklungsdebatten und das wird offensichtlich so bleiben. Glauben Sie der Bundesregierung eigentlich noch, dass sie das 0,7-Prozent-Ziel tatsächlich umsetzen will?

Sagen wir mal so: Ich hoffe wenigstens, dass wir mit diesem Haushalt ein klares

Signal setzen konnten. Die ODA-Quote muss steigen und nicht sinken. Sollte es bei der bisherigen mittleren Finanzplanung bleiben, würde letzteres ab 2020 aber passieren. Und das müssen wir verhindern.

Es gibt zu dem Thema auch eine bemerkenswerte Passage im Koalitionsvertrag. Danach sollen Entwicklungs- und Verteidigungsausgaben bis 2021 im Verhältnis 1:1 steigen – spannend, wenn man sich die massiven Aufwüche im Wehressort ansieht. Nun monieren Teile der Opposition aber, dass der Verteidigungsetat 2019 um 13 Prozent steigt, während die ODA-Quote auf dem Niveau von 2018 verharrt. Andere sehen die Vorgabe indes als erfüllt an. Wer hat denn nun Recht?

Die 1:1-Regelung ist in diesem Haushalt tatsächlich nicht zu hundert Prozent realisiert worden. Hier ist zugunsten der Verteidigung eine Schiefelage entstanden. Ich halte den Passus aber ohnehin für schwer realisierbar. Er war gut gedacht, lässt sich aber praktisch kaum umsetzen.

Warum denn nicht, wenn die Mittel da sind?

Die Koalition wollte damit vor allem eine Botschaft aussenden: Wenn wir jeden Cent, den wir zusätzlich an Steuergeldern einnehmen, in die Verteidigung stecken, sollten wir uns bitte auch an unsere entwicklungspolitische Verantwortung in der Welt erinnern. Nur, das tatsächlich im Verhältnis 1:1 aneinander zu koppeln, macht eben auch wegen der erwähnten Schwierigkeiten mit dem Verteidigungsetat wenig Sinn. Als Haushälter muss man sehr genau hinschauen, was mit den Mitteln passiert. Es reicht nicht zu sagen: Die Verteidigung bekommt mehr, ok, dann muss die Entwicklung genauso viel bekommen. Solche Automatismen sind nicht zielführend.

Dann ist der Absatz eine reine „Good-Will“-Erklärung?

Im Grunde schon. Aber zugleich eben auch eine Mahnung, eine Botschaft.

Kritiker beklagen, das Geld in der Entwicklungspolitik würde mit der Diebhanne ausgeschüttet. Gleichzeitig nehmen laut den Vereinten Nationen Hunger und Armut weltweit wieder zu. Setzt die Entwicklungspolitik überhaupt noch auf die richtigen Instrumente?

Darüber müssen wir uns Gedanken machen. Als SPD-Fraktion wünschen wir uns deutlich mehr internationale Kooperation. Globale Fonds und Organisationen wie die Vereinten Nationen haben ganz andere Möglichkeiten, in Bildung und Gesundheit zu investieren, als einzelne Staaten. Und sie haben eine ganz andere Schlagkraft, wenn es darum geht, die Hilfen an Bedingungen wie Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte zu koppeln. Wir sollten unser multilaterales Engagement daher unbedingt verstärken. Außerdem sollten die Ministerien hierzulande besser kooperieren. Im Moment gibt es drei Konzepte von drei Ressorts für die Beziehungen mit Afrika. Besser wäre, es gäbe einen gemeinsamen Plan, an dem alle zusammenarbeiten würden.

Das Gespräch führte Johanna Metz. ||

Sonja Steffen (SPD) sitzt seit 2009 im Bundestag. Als Berichterstatterin ihrer Fraktion ist sie im Haushaltsausschuss für den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zuständig.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Banker: Volker Münz

Münz: „Deutschland ist weltweit einer der größten Entwicklungshilfeger. Wir müssen aber die ODA-Berechnung hinterfragen, denn es sind auch die jährlichen Gesamtausgaben für Flüchtlinge in Deutschland von 50 Milliarden Euro zu berücksichtigen. Das ist das Fünffache des Entwicklungsetats.“ Würde man dieses Geld teils umschichten für Entwicklungsaufgaben, wäre „die ODA-Quote mehr als erfüllt“. Was sagt Münz zum Argument, mehr Entwicklungshilfe könne die weltweite Flucht eindämmen? Er spricht von einem Paradox: „Diejeni-



»Wir müssen uns auf weniger – dafür größere – Projekte, weniger Träger und weniger Länder konzentrieren.«

gen, die nach Europa kommen, sind nicht die Ärmsten. Verbessert man die Lage in ihren Ländern, besteht die Gefahr, dass erst einmal mehr Menschen emigrieren.“ Erst mittelfristig könne der Auswanderungsdruck etwa aus Afrika oder Asien sinken. Münz warnt auch davor zu glauben, stets mit Geld Probleme lösen zu können: „Bei einem religiös bedingten Bürgerkrieg wie in Nigeria, wo die Boko-Haram-Islamisten Christen tyrannisieren, ist mit Geld erst einmal gar nichts zu machen.“

Den Haushaltsentwurf 2019 hält Münz für einen phantasielosen „Weiter-so-Etat“, bei dem die Bundesregierung von der Nullzinspolitik der EZB profitiere. Dies sei aber angesichts wachsender Ausgaben nicht nachhaltig. „Die Schwarze Null kann Finanzminister Scholz 2019 nur durch den Rückgriff auf 5,4 Milliarden Euro der Asylrücklage erreichen.“ Angesichts immer neuer Rekordsteuereinnahmen gebe es auch keine echte Bürgerentlastung, moniert der Abgeordnete. „Wir fordern, schon 2019 den Solidaritätszuschlag zu streichen.“ Und nicht, wie die Koalition plant, erst ab 2021 und dann nur teilweise. Wie kam der 1964 im niedersächsischen Verden geborene Münz zur AfD? Er war 1989 bis 1993 in der CDU. Dort habe er wegen der Adaptation der 1968er-Ideen als „Konservativer keine Heimat mehr gehabt“. 2013 trat er nach der AfD-Gründung in die neue Partei ein und baute den Kreisverband Göppingen auf, den er bis vor kurzem führte. Als praktizierender evangelischer Christ ist Münz kirchenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion und bedauert die vielen Anfeindungen aus den Amtskirchen und deren Laienverbänden. Jetzt wurde er als AfD-Vertreter vom Evangelischen Kirchentag in Dortmund 2019 eingeladen und findet es „perfid“, als Christ aber „generös“ zum dortigen Gottesdienst zugelassen zu sein. Trotzdem ist „Auftreten statt austreten“ seine Devise. Es gibt auch Erfreuliches: So war Volker Münz im Februar als einer von acht Bundestagsabgeordneten zum alljährlichen Nationalen Gebärdensprachtag mit US-Präsident Trump und 4.000 Gästen aus 140 Ländern in Washington geladen. Der verheiratete Vater zweier Söhne wohnt seit 21 Jahren in Uthingen bei Göppingen. Wenn Münz Zeit hat, liest er gerne und arbeitet im Garten seines Hauses. Hans Krump ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
23. November 2018

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
64546 Morfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. CxO
Claas Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), CxO
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) wertet den Verzicht auf neue Schulden als „große Leistung“.

© picture-alliance/dpa

»Gequetschte schwarze Null«

ETAT 2019 Der Bund kann im kommenden Jahr 356,4 Milliarden Euro ausgeben. Umfassende Kritik der Opposition

Ein produktives Jahr liegt hinter den Haushaltpolitikern des Bundestages. Hatten sie nach langer Regierungsbildung noch vor der Sommerpause den Haushalt für das laufende Jahr verabschiedet, ging es im September schon mit dem Haushalt für 2019 weiter. Dieser wurde vergangenen Freitag nach den abschließenden Beratungen in namentlicher Abstimmung mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen (366 Ja-Stimmen, 284 Nein-Stimmen) verabschiedet. 356,4 Milliarden Euro kann der Bund demnach im kommenden Jahr ausgeben, ein Plus von 12,8 Milliarden Euro beziehungsweise 3,7 Prozent zu 2018 (19/3400, 19/4624, 19/4625, 19/4626).

Der Etat Der beschlossene Haushalt sieht im Vergleich zum Regierungsentwurf um 400 Millionen Euro geringere Ausgaben vor. Tatsächlich gibt es aber für sämtliche Ministerien mehr Geld, als die Bundesregierung ursprünglich eingeplant hatte. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann im kommenden Jahr knapp eine Milliarde Euro mehr ausgeben als geplant. Das liegt aber vor allem an höher ausfallenden Sozialausgaben. Auch beim Innen- (+786 Millionen Euro), Verteidigungs-

(+327), Verkehrs- (+282) und Entwicklungsetat (+520) legten die Haushälter gegenüber dem Regierungsentwurf teils kräftig nach. Die sogenannten Verpflichtungsermächtigungen (VE), die in den Haushaltsjahren ab 2020 wirksam werden, wachsen ebenfalls deutlich auf. Sah der Regierungsentwurf noch VE in Höhe von rund 101 Milliarden Euro vor, kamen während der parlamentarischen Beratungen noch mehr als 13 Milliarden Euro hinzu, ein Großteil davon im Verteidigungsetat (+5,7 Milliarden Euro). Einzig für die Bundesschuld (Einzelplan 32) und im Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) sind nach den Haushaltsberatungen weniger Ausgaben vorgesehen.

Von den Ausgaben entfällt das Gros mit 233,9 Milliarden Euro auf Zuweisungen und Zuschüsse (2018: 225). 34,6 Milliarden Euro sind für Personalausgaben (2018: 33,4) vorgesehen. Die als Investitionen verbuchten Ausgaben sollen 2019 von 39,8 in 2018 auf 38,9 Milliarden Euro sinken. Gegenüber dem Regierungsentwurf für 2019, der 37,9 Milliarden Euro für Investitionen veranschlagt hatte, steigt der Ansatz nach den parlamentarischen Beratungen allerdings. In 2018 wurde zudem eine Zuweisung an den Digital-Fonds, einem Sondervermögen des Bun-

des, in Höhe von 2,4 Milliarden Euro als Investition verbucht, wie die Koalitionäre gern betonen.

Den Ausgaben stehen Einnahmen in gleicher Höhe entgegen. Dabei geht der verabschiedete Entwurf im Vergleich zum Regierungsentwurf von sinkenden Steuereinnahmen beim Bund aus. Sie sollen 2019 nun 325,5 statt 333 Milliarden Euro betragen. Für 2018 liegt das Soll bei 321,3 Milliarden Euro. Der sinkende Einnahmeansatz reflektiert zum einen die Steuerschätzung aus dem November 2018, die für das kommende Jahr etwas geringere Einnahmen prognostiziert. Zum anderen sind auch einnahmemindernde Effekte von Koalitionsvorhaben schon eingerechnet worden. So will die Koalition die geplante fortgesetzte Unterstützung von Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskosten im kommenden Jahr unter anderem über die Umsatzsteuerverteilung finanzieren.

Keine Schulden Eine Nettokreditaufnahme sieht der Haushaltsentwurf erneut nicht vor. Das Saldo von 5,7 Milliarden Euro wird fast komplett durch eine Entnahme aus der Flüchtlingskosten-Rücklage ausgeglichen. Hatte der Regierungsentwurf noch knapp fünf Milliarden Euro als Entnahme etatisiert, sind es im beschlossenen

Haushalt nun 5,5 Milliarden Euro. Auch in der Finanzplanung ab 2020 sind Entnahmen aus der Rücklage vorgesehen. Ende 2017 lagen in dieser 24 Milliarden Euro. Eigentlich war vorgesehen, schon in diesem Jahr 1,6 Milliarden Euro zu entnehmen. Das ist laut Bundesregierung voraussichtlich nicht mehr erforderlich.

Lob und Kritik Dass die Einschätzungen über das mehrere tausend Seiten starke Haushaltsgesetz samt Einzelplänen und ergänzenden Beschlussempfehlungen im Plenum weit auseinandergingen, überraschte nicht wirklich. Auch in der Allgemeinen Finanzdebatte am Dienstag und der Schlussrunde am Freitag schossen die Haushaltpolitiker der Opposition scharf gegen den Etat, während die Koalitionspartner und der Finanzminister zufrieden auf das Erreichte blickten.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) sagte in der Allgemeinen Finanzdebatte zu Beginn der Haushaltswoche, dass eine gute Finanzpolitik „der Stabilitätsanker unseres Gemeinwesens“ und „ein Markenzeichen dieser Koalition“ sei. Der Verzicht auf neue Schulden sei eine „große Leistung“, ebenso, dass Deutschland im kommenden Jahr voraussichtlich das Maastricht-Schuldenkriterium einhalten wird.

Johannes Kahrs, Chef-Haushälter der SPD, fand ebenfalls lobende Worte für den Etat der Großen Koalition. „Wir investieren in die Zukunft dieses Landes, wir investieren in Familien, wir investieren in Bildung, wir investieren in die Infrastruktur, in alles das, was richtig, wichtig und gut ist“, sagte Kahrs. Eckhardt Rehberg (CDU) nannte den Haushalt für 2019 „grundsolide“ und wies ebenfalls auf den erhöhten Investitionsansatz hin. Eine Entnahme aus der Rücklage sei in der Finanzplanung vorgesehen gewesen, wies Rehberg die Kritik der Opposition zurück.

Im Blumenbeet Das alles überzeugte die Opposition nicht. Otto Fricke (FDP) griff quasi ins Blumenbeet, um seine Kritik zu bebildern. Der Haushalt schein ob der positiven Rahmenbedingungen wie auf Rosen gebettet, „aber die Koalition verkennt, dass, wenn Rosen verblühen, die Dornen übrig bleiben“. Die von der Koalition gelobte „schwarze Null“ sei nur eine „gequetschte schwarze Null“, meinte Fricke zur Entnahme aus der Rücklage zum Ausgleich des Saldos. Peter Boehringer (AfD) kritisierte, dass der Haushalt 2019 – wie auch schon der Haushalt 2018 – „unvollständig“ sei. Für Risiken aus der Euro-Rettung würden keine Rückstellungen gebildet, sagte der Vorsitzende

des Haushaltsausschusses und verwies auf die Lage in Griechenland und Italien. Bei „sprudelnden Steuereinnahmen und minimalen Zinskosten“ sei es zudem „Wahnsinn“, Rücklagen anzuzapfen, um die „schwarze Null“ zu erreichen.

In der Schlussdebatte am Freitag erneuerte auch Gesine Lötzsch (Die Linke) ihre Fundamentalkritik an dem Etat der Großen Koalition. Sie warf der Koalition ein „Feuerwerk der Selbstzufriedenheit“ vor. Der Haushalt nehme aber die Lage im Land nicht zur Kenntnis. „Die Menschen wollen vor allem soziale Sicherheit. Dafür sorgt dieser Haushalt nicht“, sagte Lötzsch.

Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, dass in dem Haushalt „keine rote Linie“ zu erkennen sei. Der Etat 2019 sei der erste eigene Etat von Bundesfinanzminister Scholz. Wirkliche Veränderungen seien aber nicht festzustellen, es bleibe alles beim Alten, es sei ein Haushalt des „Weiter so“, bemängelte Kindler.

Sören Christian Reimer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



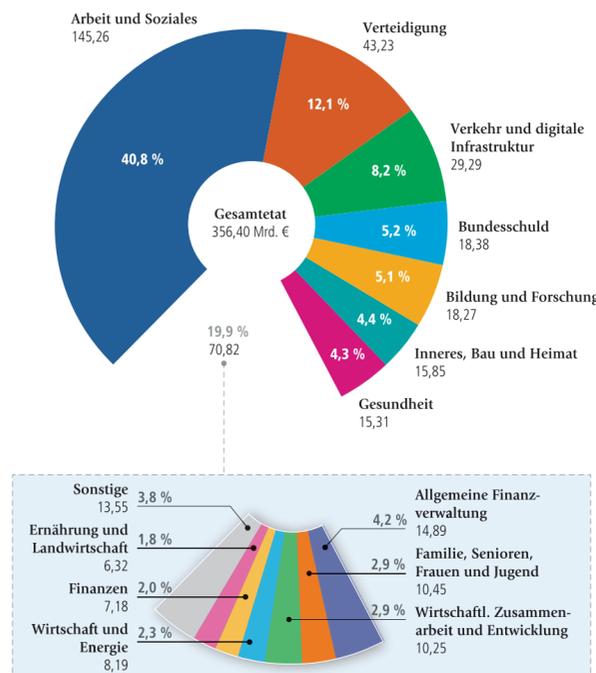
Einzelplan		EINNAHMEN		AUSGABEN	
		2019 in 1.000 €	Veränderungen zu 2018 in 1.000 €	2019 in 1.000 €	Veränderungen zu 2018 in 1.000 €
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	47.639	+ 5.788
02	Deutscher Bundestag	1.801	- 4	990.906	+ 17.213
03	Bundesrat	86	+ 30	37.501	+ 7.057
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3.225	+ 340	3.241.723	+ 203.673
05	Auswärtiges Amt	159.846	- 248	5.825.844	+ 375.219
06	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat	1.126.609	- 8.894	15.849.448	+ 1.715.874
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	579.782	+ 2.445	895.322	+ 102.974
08	Bundesministerium der Finanzen	291.546	+ 10.466	7.180.433	+ 625.522
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	448.324	+ 47.462	8.187.754	+ 72.723
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	64.003	+ 2.303	6.323.822	+ 304.666
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	2.089.391	+ 48.956	145.260.251	+ 6.080.492
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	8.824.211	+ 2.821.269	29.285.670	+ 1.433.609
14	Bundesministerium der Verteidigung	485.897	- 213	43.227.814	+ 4.708.240
15	Bundesministerium für Gesundheit	93.796	+ 153	15.305.287	+ 98.153
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	818.214	+ 196.442	2.287.100	+ 308.276
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	199.085	- 17.020	10.448.322	+ 222.176
19	Bundesverfassungsgericht	40	-	34.363	+ 3.551
20	Bundesrechnungshof	3.871	+ 118	162.035	+ 13.256
21	Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	61	+ 20	25.218	+ 7.445
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	996.043	+ 27.333	10.245.686	+ 803.854
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	36.276	-	18.296.753	+ 652.723
32	Bundesschuld	1.348.313	- 36.850	18.380.128	- 1.033.924
60	Allgemeine Finanzverwaltung	338.829.387	+ 9.705.892	14.887.981	- 3.928.560
SUMME		356.400.000	+ 12.800.000	356.400.000	+ 12.800.000

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/3400 und Ergebnis der Beratung im Haushaltsausschuss

Grafik: Stephan Roters

Ausgaben im Bundeshaushalt 2019

Einzelstats der Ministerien in Mrd. Euro und Anteile am Gesamtetat



Quelle: Ergebnis der Beratung im Haushaltsausschuss (Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters

Stellenaufwuchs beim Zoll

FINANZMINISTERIUM Beim Zoll werden im kommenden Jahr mehr als 700 neue Stellen geschaffen. Davon entfallen mehr als 320 auf neue Planstellen zur Stärkung der Zollverwaltung. Rund 350 neue Planstellen sollen die Übernahme von zusätzlich ausgebildeten Anwärtern ermöglichen. Dies sieht die im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossene Personalplanung des Einzelplans 08 des Bundeshaushalts 2019 vor. Der Haushaltsausschuss beschloss im Verlauf seiner Beratungen zudem mehrheitlich einen Maßgabeabschluss der Koalitionsfraktionen. Demnach soll die Bundesregierung eine Hebung des Eingangssamts der Laufbahn des mittleren nichttechnischen Dienstes der Zollverwaltung auf die Besoldungsgruppe A 7 angehen. Bisher ist dafür die Besoldungsgruppe A 6 vorgesehen. 223 neue Planstellen sollen zudem beim Informationstechnikzentrum des Bundes entstehen.

Für den Einzelplan, der neben dem Zoll unter anderem das Bundeszentralamt für Steuern und das Bundesfinanzministerium umfasst, sind im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 7,18 Milliarden Euro vorgesehen (Soll 2018: 6,55). Gegenüber dem Regierungsentwurf wurde der Ansatz im Saldo im Verlauf der Haushaltsberatungen um eine Million Euro erhöht. So sollen die Zuwendungen an die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) mit 202,7 Millionen Euro um 7,12 Millionen Euro höher ausfallen als im Regierungsentwurf. Im Gegenzug sinkt eine Zuwendung in gleicher Höhe an die Länder. Der Aufwuchs wird mit einem Mehrbedarf wegen der „Realisierung zusätzlicher Projekte in 2019“ begründet. Zudem beschloss der Ausschuss für die kommenden Haushaltsjahre 2020 bis 2022 um 51 Millionen Euro höher ausfallende Verpflichtungsermächtigungen im Bereich der Zollverwaltung für den Erwerb von Fahrzeugen. Damit soll das Vergabeverfahren für ein bestimmtes Zollboot haushälterisch abgesichert werden. scr |



Noch zählt Kohle zu den wichtigen Stromquellen – in der Lausitz prägt ihr Abbau Land und Wirtschaft.

© picture-alliance/dpa

KURZ NOTIERT

Zuschüsse an die Fraktionen werden erhöht

Die Zuschüsse an die Fraktionen des Deutschen Bundestages werden im kommenden Jahr auf 117,6 Millionen Euro steigen. Das sind rund 2,3 Millionen Euro mehr als 2018. Im Regierungsentwurf für den Einzelplan 02 (Deutscher Bundestag) waren mit 111,9 Millionen Euro sinkende Zuschüsse vorgesehen. Insgesamt sind in dem mit den Stimmen aller Fraktionen bei Enthaltung der AfD beschlossenen Einzelplan Ausgaben in Höhe von 990,9 Millionen Euro vorgesehen (Soll 2018: 973,7, Regierungsentwurf: 974,9). Von den Ausgaben entfallen 2019 677,5 Millionen Euro auf Personalkosten, 154,6 Millionen Euro auf sächliche Verwaltungsausgaben, 142,8 Millionen Euro auf Zuweisungen und Zuschüsse und 4,4 Millionen Euro auf Investitionen. Erhöht gegenüber dem Regierungsentwurf wurden in den Haushaltsberatungen im Einzelnen unter anderem die Förderung des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Sie soll 2019 nun 3,1 Millionen Euro statt 2,7 Millionen Euro betragen. Der Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit wurde von 9,9 auf 11,1 Millionen Euro erhöht. scr |

Bundespräsidialamt bekommt mehr Geld

Der Etat des Bundespräsidialamts (Einzelplan 01) wird im kommenden Jahr um 5,8 Millionen Euro auf 47,6 Millionen Euro steigen. Gegenüber dem Regierungsentwurf beschlossen die Parlamentarier damit einen zusätzlichen Ausgabenaufwuchs von 273.000 Euro. Dabei bewilligten die Parlamentarier zusätzliche Mittel für die Errichtung eines temporären Bürogebäudes auf dem Gelände des Bundespräsidialamtes. Der Einzelplan wurde nach zweiter Lesung mit Stimmen sämtlicher Fraktionen bei Enthaltung der AfD angenommen. scr |

Keine Veränderungen im Etat des Bundesrats

Der Bundesrat wird 2019 mit 37,5 Millionen Euro ein um rund 7,1 Millionen Euro höheres Budget haben als in diesem Jahr. Der Einzelplan 03 wurde nach zweiter Lesung einstimmig angenommen. Den Einzelplan hatten die Parlamentarier in den Haushaltsberatungen nicht verändert. Der Bundesrat soll 2019 mit 5,8 Millionen Euro rund 4,9 Millionen Euro mehr für Investitionen in die Hand nehmen können. Anlass sind Baumaßnahmen in den Liegenschaften der Länderkammer. scr |

Böiger Wind

WIRTSCHAFT Die Abgeordneten streiten über die Ausrichtung der Industrie- und Energiepolitik

Die jüngsten Berichte über Dämpfer für die deutsche Wirtschaft hat die Opposition im Bundestag als willkommenen Anlass für teilweise fundamentale Kritik an der Wirtschafts- und Energiepolitik der Bundesregierung genutzt. In einer Debatte über den Etat 2019 für den Einzelplan 09 (19/3400, 19/3402) forderten die Abgeordneten Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zu teils mehr, teils weniger Staat auf und plädierten je nach Fraktion für bisweilen gegenläufige Schwerpunktsetzungen in der weiteren Legislaturperiode.

So nutzte die AfD-Fraktion die Aussprache, um erneut die Energiepolitik der Bundesregierung zu geißeln. Der Energie- und Klimafonds müsse aufgelöst werden, forderte der Abgeordnete Volker Münz (AfD). Mit Blick auf die Diesel-Debatte erklärte er weiter, mit der derzeitigen Politik werde die Axt an die Wurzel unseres Wohlstands gelegt. Die Automobilindustrie als Schlüsselindustrie werde schwer beschädigt.

Karsten Klein (FDP) richtete seine Kritik schwerpunktmäßig an der Steuer- und Abgabepolitik aus. Er forderte für seine Fraktion eine Komplettabstufung des Solidaritätszuschlags und eine Entlastung des Faktors Arbeit. Ebenso geißelte er die Strompreise, die auf einem Rekordniveau lägen und neben Familien vor allem Zukunftstechnologien mit ihren verbrauchsintensiven Rechenzentren trafen. In der Energiepolitik und beim Strukturwandel schließlich gelte es, einen politischen Rahmen zu ziehen und ansonsten auf die Marktwirtschaft und private Investoren zu setzen.

Von der Linksfraktion kam hingegen ein Appell für ein mehr an Strukturförderung. Gerade der Osten hinke in vielen Teilen noch hinterher, erklärte die Abgeordnete Heidrun Bluhm (Die Linke). Kleine Unternehmen müssten mehr beachtet werden; der Haushaltsentwurf unterstütze jedoch

weiter eine Politik, die viel Geld für die großen Unternehmen übrig habe, und was dann noch da sei, werde den anderen zugespült. Bluhm forderte mehr Mittel für die Ausstattung des Ost-Beauftragten der Bundesregierung.

Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen) schließlich kritisierte die Forschungspolitik. Hier sei von einem Aufbruch nichts zu spüren, es brauche steuerliche Förderung. Außerdem verlangte sie von Altmaier eine industriepolitische Strategie, die in die Zukunft weist und in der Energiepolitik mehr Augenmerk auf den Bereich Wärme. Im Energiefonds lägen ausreichend Mittel, um damit Anreize für mehr Effizienz in dem Bereich zu setzen, so Hajduk.

Minister Altmaier freilich verteidigte seine Politik und die dafür unterlegten Mittel. Angesichts der jüngst gesenkten Konjunkturprognosen mahnte er, sich nicht auf den Lorbeer der Vergangenheit ausruhen und automatisch davon auszugehen, dass das Wirtschaftswachstum immer so weitergehen werde. Daher seien die Vereinbarungen mit der Automobilindustrie zum Senken des Kohlendioxid-Ausstoßes ausreichend und sollten nicht weiter angegangen werden. Klar sei gleichzeitig, dass das Thema Elektromobilität mehr in den Fokus gerückt werden müsse – Deutschland müsse führend werden bei dem Thema.

Ausstieg mit Augenmaß Auch in der Energiepolitik versuchte Altmaier, sich zwischen Leitplanken zu bewegen: Am Ende dieser Amtszeit werde man im Klimaschutz erhebliche Fortschritte erzielt haben. Zugleich müsse Strom bezahlbar bleiben und Erneuerbare Energien müssten so gefördert und entwickelt werden, dass sie wettbewerbsfähig würden. Erneut versprach der Minister den vom Strukturwandel betroffenen Bergbauregionen, dass der Kohleausstieg mit Augenmaß erfolge und unter dem Strich mehr Arbeitsplätze entstehen als wegfallen würden. Die Lausitz werde Energieregion bleiben, sagte Altmaier und



sprach von einer gemeinsamen Verantwortung. Abgeordnete aus der Koalitionsfraktion und der SPD unterstützten den Minister in seinem Kurs, wengleich Bernd Westphal (SPD) Nachbesserungen bei den Plänen für die künftige Photovoltaik-Förderung ins Gespräch brachte.

Der Bundestag votierte mit den Stimmen von CDU, CSU und SPD in zweiter, abschließender Lesung des Einzelplan-Etats auf Grundlage von Beschlussempfehlungen (19/4609, 19/4624) des Haushaltsausschusses. Somit kann das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im kommenden Jahr mit Ausgaben von 8,19 Milliarden Euro planen, was einem Plus von 70 Millionen Euro entspricht (2018: 8,12 Milliarden Euro). Mehr als die Hälfte davon, nämlich 5,09 Milliarden (2018: 5,07 Milliarden Euro), sind für Zuweisungen und Zuschüsse vorgesehen, 2,01 Millionen Euro (2018: 2,05 Millionen Euro) für Investitionen. Ein Schwerpunkt ist die Innovations- und Technologiepolitik: Unter der Überschrift „Innovation, Technologie und Neue Mobilität“ sind Ausgaben in Höhe von 3,18 Milliarden Euro zusammengefasst (2018: 3,11 Milliarden Euro), zu denen auch 558,7 Millionen Euro (2018: 548,47 Millionen Euro) für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand zählen. Trotz leichter Kürzungen bilden die energiepolitischen Maßnahmen im Etat weiterhin einen Schwerpunkt: Für „Energie und Nachhaltigkeit“ sieht der Entwurf 2,28 Milliarden Euro vor – 220,34 Millionen Euro weniger als 2018. Kristina Pezzei |

50 Millionen Euro gegen Vermüllung der Meere

UMWELT Mittel für Strukturwandel bereitgestellt

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit kann 2019 mit Ausgaben in Höhe von 2,29 Milliarden Euro planen. Der Ansatz des Einzelplans 16 liegt damit 308,28 Millionen Euro über dem Etat von 2018 und 20 Millionen Euro über dem Regierungsentwurf. Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) begrüßte vergangene Woche im Bundestag den Mittelaufwuchs und die Ergebnisse der parlamentarischen Beratungen. So würden für eines der drängendsten Umweltprobleme, die Bekämpfung von Plastikmüll, in den kommenden Jahren 50 Millionen Euro bereitgestellt. „Wir müssen weg von der Wegwerfgesellschaft“, forderte Schulze.

Weitere 50 Millionen Euro werden in den kommenden Haushaltsjahren durch das Investitionsprogramm für nachhaltige Entwicklung für den Strukturwandel in Folge des geplanten Kohleausstiegs betroffene Kommunen bereitgestellt. Die im Juni eingesetzte Strukturwandelkommission beschäftige sich intensiv damit, wie ein sozialer Wandel gerecht stattfinden könne, sagte Schulze. „Ich bin überzeugt davon, dass dies ein Beispiel für andere Länder sein wird“. Mit dem Energie- und Klimafonds stünden zudem zusätzlich 45 Millionen Euro bereit, um ein Kompetenzzentrum für Klimaschutz in energieintensiven Industrien aufzubauen.

»Geld allein ist kein Garant für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik.«

Ulla Ihnen (FDP)

Langer Weg der kleinen Schritte „Der Haushalt ist mit einem Plus von 14,6 Prozent gut ausfinanziert“, sagte Andreas Schwarz (SPD). Mit den Aufstockungen in den Bundesprogrammen „Blaues Band“ zur Renaturierung von Flüssen und Auen und „Biologische Vielfalt“ setzte man zudem „starke Zeichen für den Umwelt- und Naturschutz, die Artenvielfalt und den Insektenschutz“, sagte er.

Ingo Gädchens (CDU) wertete den Einzelplan als Zeichen dafür, dass „wir die Arbeit des Hauses mit vereinten Kräften unterstützen“. Da Klimaschutz als Aufgabe alle Lebensbereiche berühre, müsse das Klimaschutzgesetz im kommenden Jahr ein „echter Meilenstein“ werden. Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative gehe man

bereits „kleine Schritte auf einem langen Weg“, sagte Gädchens. Insbesondere die Mittel für Programme zur Dekarbonisierung der Industrie seien unerlässlich im Kampf gegen den Klimawandel.

Der Haushalt wirke ambitionos und setze keine neuen Akzente, kritisierte hingegen Ulla Ihnen (FDP): „Geld allein ist kein Garant für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik“, sagte sie. Die Bilanz der Nationalen Klimaschutzinitiative, die seit zehn Jahren läuft, sei beispielsweise mangelhaft und die Einsparungen sehr gering. Ihnen forderte, mehr auf die Potenziale der Digitalisierung im Umwelt-, Naturschutz- und Klimabereich zu setzen.

Heidrun Bluhm (Die Linke) kritisierte, dass das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung deutlich besser sei als in Wirtschaft und Politik. Maßnahmen würden zwar breit diskutiert, jedoch mangle es an politisch wirksamen Taten: „Wir sind weit entfernt von einer soliden, verlässlichen und ausfinanzierten Umweltpolitik“, sagte sie. Dafür nötig sei „ein abgestimmtes Miteinander von Politik mit Wirtschaft, Landwirtschaft und Verkehr“, so Bluhm.

Lisa Badum (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, dass zu wenig Mittel für Projekte wie etwa die Europäische Klimaschutzinitiative bereitgestellt würden, um Initiativen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu unterstützen. Mit Blick auf Nachbarsortressort sagte sie, es sei „besorgniserregend, dass die Deutsche Umwelthilfe als Gefahr für den Wirtschaftsstandort kriminalisiert wird“. Niemand hier könne Verhältnisse wie in Polen wollen, wo unliebsame NGOs vor dem Klimagipfel in Katowice eingeschüchtert würden.

Der AfD-Umweltpolitiker Heiko Wildberg übte fundamentale Kritik am Etat und sagte, es gebe keinen Beweis für die menschengemachte Klimaerwärmung: „Der Haushalt verschwendet Steuern und Abgaben für eine trügerische Verheißung, die niemand je erleben wird.“ Selbst wenn man annehme, dass es einen Klimawandel gäbe, betrage der Anteil Deutschlands an der globalen Klimaerwärmung „fast gleich null“, sagte Wildberg. Lisa Brähler |

Bundesrechnungshof kritisiert Bundesregierung

HAUSHALTS-BEMERKUNGEN Subventionsabbau gefordert

Der Bundesrechnungshof (BRH) fordert die Bundesregierung auf, sich verstärkt auf die Konsolidierung des Haushaltes zu konzentrieren. „Auch wenn sich die Haushalts- und Finanzlage des Bundes derzeit durchaus positiv darstellt, sollte die strukturelle Entlastung des Bundeshaushaltes angesichts bestehender und gegebenenfalls neuer Herausforderungen stärker in den Fokus genommen werden“, schreibt der Bundesrechnungshof in seinen diesjährigen Bemerkungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes (19/5500). Der Rechnungshof empfiehlt dazu unter anderem den Abbau von Subventionen und steuerlichen Sonderregelungen.

Dies sei ein „wesentlicher Handlungsansatz für eine nachhaltige Konsolidierung“. Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition würden aber „keine konkreten Ansätze“ für eine konsequente Haushaltskonsolidierung aufgeführt, heißt es in den Bemerkungen. Statt Subventionen abzubauen, seien unter anderem mit der steuerlichen Förderung des frei finanzierten Wohnungsbaus und dem Baukindergeld „neue milliarden-schwere Subventionen“ geplant, kritisiert der Rechnungshof.

„Töpfchenwirtschaft“ wesentliche Haushaltsgrundsätze wie „die der Einheit, Jährlichkeit, Fälligkeit und Klarheit“. Zudem verfälsche diese Politik wichtige finanzstatistische Kennzahlen wie die Investitionsausgabenquote und verkompliziere die Haushaltsrechnung mit Bezug auf die Schuldenregel.

Im Koalitionsvertrag fehlen dem Rechnungshof konkrete Ansätze zur Konsolidierung.

Der Bundesrechnungshof erneuert in den Bemerkungen zudem seine haushaltspolitische Kritik an der Bildung von Sondervermögen des Bundes. Dazu gehören unter anderem der Energie- und Klimafonds, der Kommunalinvestitionsförderungsfonds und der in diesem Jahr eingerichtete Digitalfond. Aus Sicht des Bundesrechnungshofes untergraben diese „Nebenhaushalte“ und eine solche

Haushalt des Hofes Der Bundestag beschloss vergangene Woche nach zweiter Lesung einstimmig den Haushalt des Bundesrechnungshof (Einzelplan 20). Der Bundesrechnungshof soll demnach im kommenden Jahr 162 Millionen Euro ausgeben können. Das sind 13,3 Millionen Euro mehr als das Soll für 2018. Mehrausgaben im Einzelplan 20 des Regierungsentwurfes fallen vor allem für Personal an (+ 7,5 Millionen Euro). 2017 lagen die Ist-Ausgaben bei 145,2 Millionen Euro. Der Einzelplan passierte die parlamentarischen Beratungen unverändert. scr |



KURZ NOTIERT

203,7 Millionen Euro mehr für das Bundeskanzleramt

Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramts (Einzelplan 04) wird im kommenden Jahr um 203,7 Millionen Euro auf 3,24 Milliarden Euro steigen. Gegenüber dem Regierungsentwurf erhöhte die Parlamentarier den Ansatz im Zuge der Haushaltsberatungen um 144,7 Millionen Euro. Wesentliche Änderungen fielen dabei im Bereich der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien an (siehe Seite 7). Der Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst soll 2019 966,5 Millionen Euro betragen (Soll 2018: 925,4). scr ||

Etat der Bundesbeauftragten für den Datenschutz

Der Etat der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Einzelplan 21) wird im kommenden Jahr 25,2 Millionen Euro betragen. Gegenüber 2018 wächst der Etat damit um 7,4 Millionen deutlich an. 18,8 Millionen Euro sollen im kommenden Jahr in diesem Einzelplan auf Personalkosten entfallen. Im Zuge der Haushaltsberatungen veränderten die Parlamentarier den Ansatz nicht. scr ||

Geringere Ausgaben für Zinsen auf Bundesanleihen erwartet

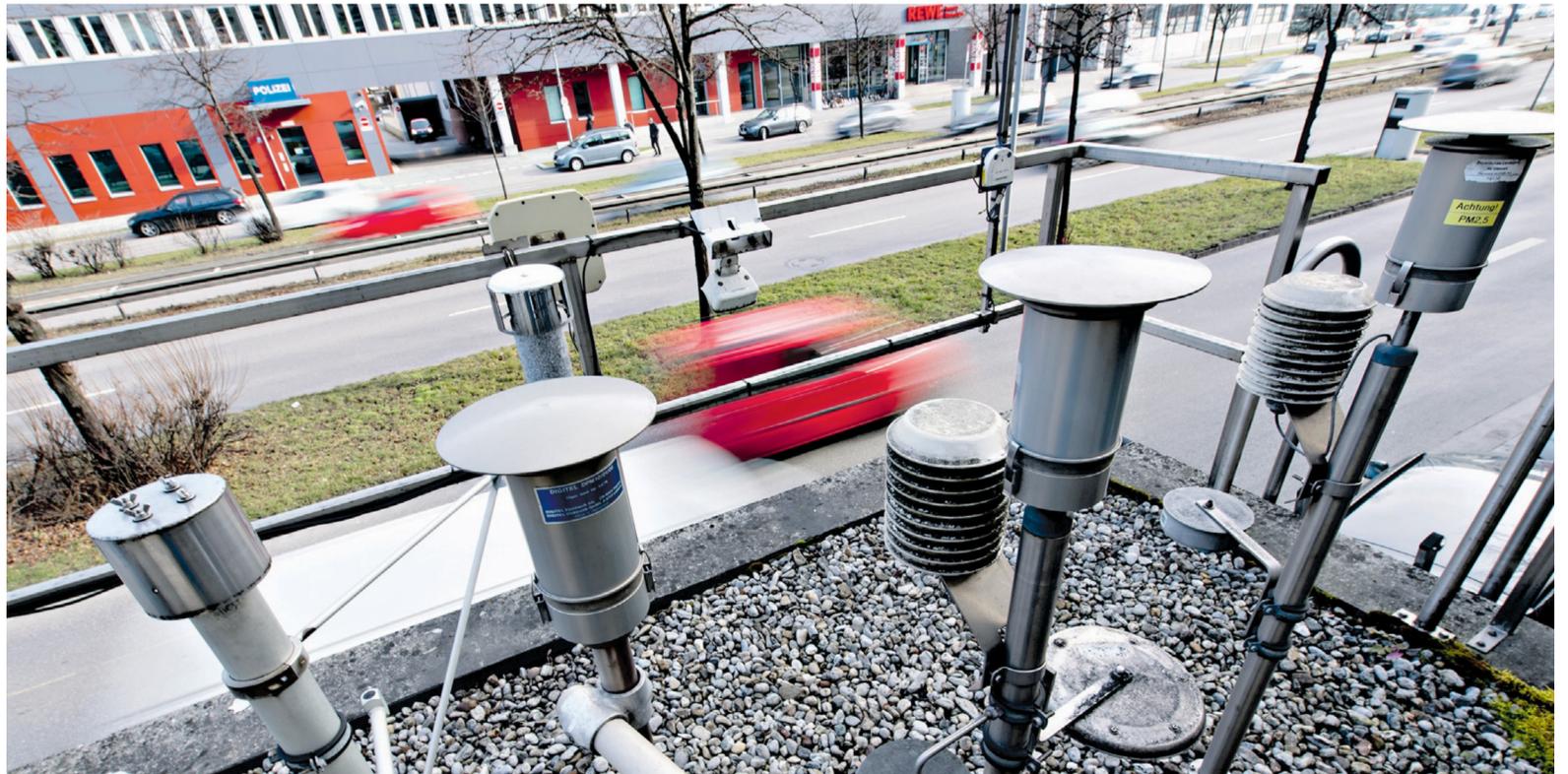
Die Ausgaben für den Schuldendienst sollen im kommenden Jahr 17,52 Milliarden Euro betragen. Gegenüber dem Soll-Ansatz für 2018 sinken die Ausgaben damit um 573,7 Millionen Euro. Grund dafür ist überwiegend eine ausgabemindernde Disagioverbuchung. Der Regierungsentwurf (Einzelplan 32) war noch von im Vergleich zu 2018 steigenden Ausgaben ausgegangen (18,8 Milliarden Euro). Den Großteil der Ausgaben machen Zinsen auf Bundesanleihen aus. Sie sollen 2019 mit 15,7 Milliarden Euro rund 100 Millionen Euro geringer ausfallen als im Regierungsentwurf. scr ||

Bundesregierung legt Digital-Strategie vor

Die Bundesregierung hat die Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“ (19/5810) vorgelegt. Darin beschreibt sie, welche Schwerpunktvorhaben die Ministerien identifiziert haben, um digitalpolitische Maßnahmen strategisch umzusetzen. Im Kern besteht die Strategie aus den fünf Handlungsfeldern Digitale Kompetenz, Infrastruktur und Ausstattung, Innovation und digitale Transformation, Gesellschaft im digitalen Wandel sowie moderner Staat. Das Thema Sicherheit sei dabei bewusst kein eigenes Handlungsfeld, da Sicherheit „eine grundlegende Voraussetzung für nachhaltige und erfolgreiche Digitalisierung“ sei, schreibt die Bundesregierung. Ziel sei es, die Strategie kontinuierlich weiterzuentwickeln. lbr ||

Berlin aktualisiert Nachhaltigkeitsstrategie

Die Bundesregierung hat die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) von 2017 aktualisiert. Die „Aktualisierung 2018“ (19/5700) umfasst laut Bundesregierung unter anderem die „Ergänzung und Anpassung einzelner Indikatoren und Ziele auf Basis von Prüfaufträgen aus der DNS sowie auf Basis des Koalitionsvertrages“. Zudem beinhaltet die Aktualisierung „Darstellungen zu aktuellen Prioritäten der Ressorts zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele und der DNS“. scr ||



Eine Luftmessstation in München: Für Stickstoffdioxid, das besonders von Dieselaautos ausgestoßen wird, hat diese Messstelle an der Landshuter Allee deutschlandweit einen der höchsten Werte. © picture-alliance/Sven Hoppe/dpa

Mehr Geld für Scheuer

VERKEHR AfD und FDP kritisieren Stickoxid-Grenzwerte. Linke und Grüne gegen Maut-Privatisierung

Die Opposition hat während der abschließenden Beratung des Verkehrshaushaltes für 2019 (19/3400, 19/4612) vergangene Woche massive Kritik an der Verkehrspolitik der Bundesregierung geübt. Von „unsinnigen Grenzwerten“ war bei Leif-Erik Holm (AfD) die Rede, von den „Messidioten Europas“ – gemeint waren die Deutschen – sprach Oliver Luksic (FDP). Die „Steuergelder für die Millionengewinne“ des Autobahnrastrastätten-Monopolisten kritisierte Victor Perli (Die Linke). Auf die „in der Bereinigungsnacht um vier Uhr geschaffenen 350 Personalstellen für die Pkw-Maut“ verwies Sven-Christian Kindler (Grüne). Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) hielt dagegen und lobte den Haushalt, der „als Entwurf schon gut war und jetzt, nach zahlreichen Änderungsanträgen, noch besser geworden ist“. 29,29 Milliarden Euro soll der Minister für den Verkehr und die digitale Infrastruktur ausgeben können. Das sind 1,43 Milliarden Euro mehr als 2018. Mehr als die Hälfte der Mittel – 17,27 Milliarden Euro – sind für Investitionen eingeplant. Damit ist der Verkehrsetat der größte Investitionshaushalt des Bundes.

Die Ausgaben für die Bundesfernstraßen summieren sich auf 10,97 Milliarden Euro. Für die Bundesschiene können 5,64 Milliarden Euro ausgegeben werden – 1,28 Milliarden Euro für die Bundeswasserstraßen. Für den Bereich Digitale Infrastruktur weist der Etat Ausgaben in Höhe von 319,69 Millionen Euro aus. Zu Beginn der Debatte sagte Leif-Erik Holm, es gebe eigentlich auch vieles anzupacken, „um unsere Infrastruktur fit zu machen“. Seit Monaten rede die Regierung aber lediglich über Fahrverbote, Nachrüstungen und Umtauschprämien für Dieselfahrer. „Die perfide Anti-Dieselmkampagne ist in Wahrheit der Versuch, dem toten Pferd E-Mobilität noch einmal aufzuheulen“, urteilte der AfD-Abgeordnete. Aus seiner Sicht gibt es in Deutschland kein Problem mit zu vielen Stickoxid-Emissionen. Der politisch gewollte Grenzwert bei Stickoxiden von 40 Milligramm pro Kubikmeter sei auch nach Ansicht von Experten völlig unsinnig, sagte Holm. Auch aus Sicht von Oliver Luksic (FDP) müssen die Grenzwerte hinterfragt werden. Aber: „Es gibt eine EU-Richtlinie, die den Mitgliedsstaaten Spielräume gibt.“ Entscheidend sei, wie und wo gemessen werde. Es habe sich gezeigt, „dass in Deutsch-

land falsch gemessen wird“. In Oldenburg etwa hätten die Werte über der Grenze gelegen, obwohl die Straßen gesperrt gewesen seien. In Hamburg seien die Emissionen dort gestiegen, wo es Fahrverbote gebe. In Essen sei gar an einer Autobahn gemessen worden. „Auf diese Idee kommt man nur in Deutschland, weshalb wir wirklich die Messidioten Europas sind“, beklagte der Liberale. Der Bundesverkehrsminister will das ändern. „Wir werden dafür sorgen, dass die Zulassung von Messstellen, die unmittelbar an einer Kreuzung, an einem Busbahnhof oder direkt an einem Müllcontainer, in den Bauschutt abgeladen wird, aufgebaut werden, überprüft wird“, kündigte Scheuer an. Privatisierung Victor Perli versuchte, an drei Beispielen aufzuzeigen, „dass die Steuerzahler mal wieder die Angeschmierten sind“, während bei den Konzernern die Euro-Zeichen in den Augen leuchteten. So verzichte die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Abgasbetrug auf den Zwang zu Hardware-Nachrüstungen auf Herstellkosten. Mit Blick auf die Lkw-Maut sei festzustellen, dass dem Bund mehr als zehn Milliarden Euro verloren gegangen seien, da die Maut durch den privaten Betreiber Toll Collect organisiert wurde. Nun sei erneut eine Privatisierung geplant. „Was für eine Posse“, sagte der Linken-Abgeordnete. Die Maut gehöre in staatliche Hand – ebenso wie die Raststätten auf den Autobahnen. Mit Steuerge-



lionen Euro allein für die Vorbereitungen zur Einführung der Maut eingeplant, kritisierte er. Anders fiel die Bewertung durch Rüdiger Kruse (CDU) aus. Im Bereich der Stickoxid-Emissionen sei ein Großteil der Belastungen großen Fahrzeugen wie Müllfahrzeugen oder kommunalen Bussen geschuldet, sagte er. Hier stelle der Bund Mittel zur Umrüstung zu Verfügung. Das gleiche gelte für die Verbesserung der Taktfrequenzen im ÖPNV. Positiv bewertete der Unionsabgeordnete auch die Abschaffung der Befahrensabgabe auf Binnenwasserstraßen. Radverkehr Thomas Jurk (SPD) verwies darauf, dass der Haushaltsausschuss 280 Millionen Euro an zusätzlichen Ausgaben in den Etat eingefügt habe. Jurk ging auf die vielen Baustellen ein, die es derzeit in Deutschland gebe. Diese seien im Einzelfall zwar ärgerlich, aber zugleich ein Zeichen für die verstärkten Investitionen in die Zukunft. „Das ist der richtige Weg, den die Koalition fortsetzen wird“, sagte der SPD-Abgeordnete. Jurk begrüßte die Senkung der Trassenpreise bei der Bahn ebenso wie das Herunterfahren der ÖPP-Projekte. Als Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität seien die 432 Millionen Euro zu sehen, mit denen die Hardware-Nachrüstungen bei schweren Fahrzeugen unterstützt werden sollen. Gewidmet habe man sich im Haushalt aber auch dem Radverkehr. Für Modellprojekte würden 20 Millionen Euro bereitgestellt. Götz Hausinger ||

Digitale Landwirtschaft im Blick

AGRAR-ETAT 25 Millionen Euro gegen Waldschäden. Grüne kritisieren betäubungslose Ferkelkastration

Der Bundestag hat vergangene Woche mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition für eine Erhöhung des Agrarhaushalts 2019 gestimmt. Damit beträgt der Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (Einzelplan 10) im kommenden Jahr 6,32 Milliarden Euro. Dem Ressort stehen damit über 300 Millionen Euro mehr als 2018 zur Verfügung. War ursprünglich im Haushaltsentwurf der Bundesregierung eine Erhöhung auf 6,24 Milliarden Euro (2018: 6,02 Milliarden) vorgesehen, hat der Haushaltsausschuss das Budget noch einmal aufgestockt.

Kritik an Öffentlichkeitsarbeit Das war Birgit Malsack-Winkemann (AfD) zu viel. Die AfD-Abgeordnete kritisierte, dass die Bundesregierung „massiv“ Steuergeld in der Öffentlichkeitsarbeit verschwende. 56 Millionen Euro würden dafür ausgegeben. Durch weitere Haushaltstitel summieren sich dieses Budget auf bis zu 250 Millionen Euro. Damit sei das Landwirtschaftsministerium Spitzenreiter unter den Ministerien. „Noch nie war der Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft so groß“, sagte Christian Haase (CDU) stolz. Er wies auf große Probleme



in der Waldwirtschaft hin, denn der Dürresommer, aber auch Sturmschäden und der massive Regen im vergangenen Jahr hätten den Wäldern zugesetzt. „Deshalb werden wir 25 Millionen Euro verteilt auf die nächsten fünf Jahre bereitstellen, um die ärgsten Schäden im Wald finanziell zu kompensieren.“ Auch die Abgeordnete Ulla Ihnen (FDP) sprach sich dafür aus, der Forstwirtschaft unter die Arme zu greifen. Darüber hinaus wurde die finanzielle Unterstützung der Weideschäfer durch die Liberalen begrüßt und unterstützt. Der Bundestag hat unter

anderem das „Bundesprogramm Wolf“ mit rund einer Million Euro neu aufgelegt. Aber ein Streitpunkt bleibe das geplante freiwillige staatliche Tierwohllabel. Dafür 33 Millionen Euro ausgeben zu wollen, sei unnötig. Es gebe bereits viele Label, die nicht zur Übersichtlichkeit beitragen. Für die SPD problematisierte Rainer Spiering, dass die Landwirtschaft stark gefördert werde. Die großen landwirtschaftlichen Unternehmen seien kapitalstark, robust und belastbar. Die Belastung von Boden, Luft und Wasser sei durch die derzeitige landwirtschaftliche Praxis allerdings auch sehr hoch. Viel Geld werde für die Forschung ausgegeben, solchen Problemen zu begegnen, allerdings seien die Ergebnisse zu dürftig, um praktisch wirksam etwas dagegen auszurichten. Verteilung Heidrun Blum (Die Linke) stellte positiv fest, dass der Etat wächst. Es sei gut, dass die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ erhöht werden und die Förderung des ländlichen Raumes eine größere Rolle spielt. Aber die Verteilung der Mittel sei unzureichend. Blum forderte die Einführung von „Regionalbudgets“, denn es dürfe nicht über die Köpfe der Menschen hinweg Politik ge-

macht werden, denn nur vor Ort wisse man, was gebraucht werde. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Hans-Joachim Fuchtel (CDU), betonte, dass die Regierung der Digitalisierung in der Landwirtschaft besondere Bedeutung beimesse. Mit 15 Millionen Euro sollen neue Methoden und Technologien getestet und eingeführt werden, die der Umwelt, dem Tierschutz und der Arbeitserleichterung dienen sollen. Harald Ebner (B90/Die Grünen) kritisierte, dass die Bundesregierung erst jetzt Geld für das Beenden der betäubungslosen Ferkelkastration ausgeben will. „Warum wurde das Geld nicht in den vergangenen fünf Jahren ausgegeben?“, fragte Ebner. Nun werde notdürftig geflickt, was zuvor falsch gemacht worden sei. Die betäubungslose Ferkelkastration hätte Ende dieses Jahres beendet werden müssen, soll aber in Ermangelung von Alternativen nun um zwei Jahre verlängert werden. Jan Eisel ||

Kommunalpolitik aus Sicht deutscher Bürgermeister

Bürgermeister in Deutschland
Problemsichten – Einstellungen – Rollenverständnis

Von Prof. Dr. Hubert Heinel, PD Dr. Björn Egner, Timo Alexander Richter, Apl. Prof. Dr. Angelika Vetter, Prof. Dr. Sabine Kuhlmann und Dr. Markus Seyfried

2018, 156 S., brosch., 32,- €
ISBN 978-3-8487-5170-9
eISBN 978-3-8452-9471-1
(Lokale Politik | Local Politics, Bd. 1)
nomos-shop.de/39844

Der Band basiert auf einer Befragung von fast 600 deutschen Bürgermeistern. Im Mittelpunkt stehen ihre sozialstrukturellen Merkmale und politischen Prioritäten, ihr Demokratieverständnis sowie ihre Sicht auf Parteien und Kommunalpolitik, Verwaltungsreformen und die Situation der kommunalen Haushalte.

Normos eLibrary Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

Nochmal eine Milliarde oben drauf. In anderen Ressorts mit kleineren Etats hätte eine solche Änderung des Regierungsentwurfs vermutlich ein größeres Echo erzeugt. Nicht so im ohnehin schon größten Einzelplan des Bundeshaushaltes, jenem für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Bei den satten 145,26 Milliarden Euro, die Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) 2019 ausgeben darf, fallen 1,2 Milliarden Euro eben nicht so auf. Die Erhöhungen gehen vor allem in die Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung, wo die Bundesregierung offenbar mit steigendem Bedarf rechnet und nochmal 800 Millionen Euro dazu gibt. Die Mittel für das Arbeitslosengeld II werden ebenfalls erhöht, um 400 Millionen Euro gegenüber dem Regierungsentwurf.

Doch bei der abschließenden Beratung des Sozial-Etats (19/3400; 19/3402; 19/4611) am vergangenen Freitag spielten diese Erhöhungen kaum eine Rolle. Wichtiger war die grundsätzliche Frage danach, ob die Grundsicherung für Arbeitslose reformiert werden müsse. Den Anstoß für eine Grundsatzdebatte über Hartz IV hatte vor einer Woche SPD-Chefin Andrea Nahles gegeben, gefolgt von Grünen-Chef Robert Habeck, die beide klarstellten, Hartz IV hinter sich lassen zu wollen. Doch so aufgeregt wie sich nun Kritiker und Verteidiger der Agenda 2010 in der Öffentlichkeit zu Wort melden, so nüchtern verlief die Debatte darüber im Bundestag.

Am ausführlichsten äußerte sich dazu Uwe Witt (AfD), der der Bundesregierung vor-



Viele Jobcenter klagen darüber, dass sie zu wenig Zeit für die Arbeitsvermittlung haben.

© picture-alliance/Bildagentur-online/loko

Reformmeifer

ARBEIT UND SOZIALES Die Rentenkosten lassen den Etat deutlich steigen. Diskutiert wird aber vor allem über das System von Hartz IV und die Betreuung der Arbeitslosen.

Etat Arbeit und Soziales 2019

Ausgaben
145,26 Mrd. €
(2018: 139,18 Mrd. €)

40,8%
am Gesamtetat

Größte Ausgabenposten

1. Leistungen an die Rentenversicherung: 98,02 Mrd. €
2. Arbeitslosengeld II: 20,6 Mrd. €

warf, weiter den Regelbedarf künstlich kleinzurechnen, in dem die Ausgaben der ärmsten 15 Prozent der Bevölkerung dafür als Referenzrahmen genutzt würden und nicht der ärmsten 20 Prozent, wie es vor 2011 der Fall gewesen sei. Ohne diese Änderung läge der Regelsatz heute nicht bei 416 Euro sondern bei 571 Euro für einen Alleinstehenden, rechnete er vor.

Hubertus Heil betonte, es sei gut, 15 Jahre nach der Einführung des Hartz-IV-Systems auf den Prüfstand zu stellen, denn es gebe „Licht und Schatten“. Zu viele Menschen erleben den Sozialstaat als zu bürokratisch und bevormundend. Priorität habe für ihn jedoch zunächst, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer durch Weiterbildungsangebote zu erhalten, also Arbeitslosigkeit zu verhindern, bevor sie entsteht, sagte Heil.

»Seien Sie doch stolz« Als „größtes Haushaltsrisiko“ bezeichnete Michael Theurer (FDP) die „unsoliden und nicht gegenfinanzierten“ Vorschläge von Andrea Nahles und Robert Habeck zur Reform der Grundsicherung. „Sie sollten doch stolz darauf sein. Es war der Startschuss für den größten Wirtschaftswunder seit dem Wirtschaftswunder.“ Gleichwohl gebe es „Schwächen“ in dem System, so müssten die Hinzuerwerbenden und auch jene

zum Schonvermögen reformiert werden, forderte Theurer.

Gesine Löttsch (Die Linke) stellte fest, abzüglich der Rente werde viel zu wenig für Soziales ausgegeben. So bräuchte es für Weiterbildung und die Unterstützung von Langzeitarbeitslosen mehr Geld. Zwar habe die Regierung nun einen sozialen Arbeitsmarkt für 150.000 Menschen beschlossen, aber die Rahmenbedingungen seien viel zu restriktiv, kritisierte Löttsch. Um Armut zu verhindern, sei nicht nur eine Abkehr von Hartz IV, sondern endlich eine Steuerreform nötig, die nicht nur Gutverdiener entlaste, forderte sie.

Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) freute sich darüber, dass „endlich Bewegung in den Bereich der Jobcenter“ gekommen sei. „Endlich gehen sie mal die chronische Unterfinanzierung der Jobcenter an. Denn die Mitarbeiter brauchen mehr Raum zum Atmen, damit sie die Arbeitslosen besser betreuen können“, sagte Deligöz. Endlich passiere auch etwas beim sozialen Arbeitsmarkt, das forderten die Grü-

nen schon lange. Kritik übte sie dagegen beim Thema Altersarmut und fragte: „Wann kommt denn endlich Ihr Vorschlag zur Grundrente?“

Michael Groß (SPD) wies die Kritik der AfD an den Verwaltungskosten für die Bundesagentur für Arbeit zurück: „Wir investieren in Arbeit und in Menschen, die eine Arbeit suchen, deshalb sind die Mittel richtig.“ Auch die vier Milliarden Euro für den sozialen Arbeitsmarkt seien richtig angelegt und die Jobcenter sehr zufrieden damit, weil sie vor Ort entscheiden könnten, wie sie die Gelder verwenden, sagte Groß.

Für die Unionsfraktion appellierte Axel Fischer (CDU), das Arbeitskräftepotenzial in Deutschland angesichts des Fachkräftemangels besser auszuschöpfen. „Deshalb erhöhen wir die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“, verteidigte Fischer die Steigerungen in diesem Punkt.

Die Zahlen 145,26 Milliarden Euro (2018: 139,18 Milliarden Euro) umfasst der Etat des Ministeriums. Der größte Posten bleibt

mit 105,4 Milliarden Euro (2018: 100,14 Milliarden Euro) die Rente. Auf 98,02 Milliarden Euro (2018: 94,04 Milliarden Euro) beziffert sich die Leistungen an die Rentenversicherung. Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung will der Bund im nächsten Jahr 7,1 Milliarden Euro und damit 1,2 Milliarden Euro mehr ausgeben als 2018 (5,9 Milliarden Euro).

Für arbeitsmarktpolitische Leistungen und Programme stellt der Bund, zusätzlich zu den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, rund 37,7 Milliarden Euro (2018: 37,6 Milliarden Euro) bereit. Fast die gesamten Mittel dieses Bereiches werden für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende ausgegeben: 36,12 Milliarden Euro (2018: 36,35 Milliarden Euro). Davon entfallen 20,6 Milliarden Euro (2018: 20,4 Milliarden Euro) auf das Arbeitslosengeld II. Für die Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung sind 6,7 Milliarden Euro (2018: 6,9 Milliarden Euro) eingeplant.

Claudia Heine

Schwierige Arbeiten an vielen Baustellen

GESUNDHEIT Etat 2019 steigt. Offene Finanzierungsfragen

Beim Gesundheitsetat rücken Haushaltspolitiker gerne mal die Relationen zurecht. Der Etat ist vergleichsweise klein, die wahre Größe der Gesundheitskosten offenbart sich beim Blick auf die Bilanz der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), die 2017 rund 218 Milliarden Euro an Leistungsausgaben verbucht hat. Überdies sind 14,5 von rund 15,3 Milliarden Euro oder 95 Prozent des Gesundheitsetats für 2019 als Bundeszuschuss für den Gesundheitsfonds verbucht. Rund 800 Millionen Euro verbleiben somit für haushalterische Kreativität. In den Beratungen wurde der Mittelansatz noch um rund 35 Millionen Euro erhöht (19/4624; 19/4625). Insgesamt steigen damit die Ausgaben im Vergleich zu 2018 um rund 98 Millionen Euro.

Einige Haushaltsschwerpunkte sind weitgehend unstrittig: Die Pflege, Digitalisierung, Prävention oder der Kampf gegen Infektions- beziehungsweise Volkskrankheiten wie HIV/AIDS, Ebola oder Diabetes mellitus. An anderer Stelle wird heftig gestritten, über langfristige Finanzierungsfragen vor allem. Als neue Haushaltstitel eingeführt wurden der Aufbau eines Datenkompetenzzentrums Gesundheitsversorgung sowie Modellprojekte zur telemedizinischen Versorgung und Förderung von Testregionen. Die Telemedizin ist ein Hoffnungsträger für die ländlichen Regionen. Die Opposition stimmte vergangene Woche trotzdem geschlossen gegen den Haushaltsplan.

nerte daran, dass mit dem Versichertenlastungsgesetz und dem Pflegesfortprogramm schon zwei wichtige Reformen verabschiedet worden seien. Es werde außerdem in die Digitalisierung investiert. Er betonte: „Wir müssen Digitalweltmeister werden.“ Weitere Vorhaben betreffen die sichere Arzneimittelversorgung und effektivere Abläufe bei Organspenden. Außerdem soll in der Altenpflege eine bessere Bezahlung

Etat Gesundheit 2019

Ausgaben
15,31 Mrd. €
(2018: 15,21 Mrd. €)

4,3%
am Gesamtetat

Größte Ausgabenposten

1. Zuweisungen Gesundheitsfonds: 14,50 Mrd. €
2. Personalausgaben: ca. 0,26 Mrd. €

Kranke Flüchtlinge In der Schlussdebatte kritisierten Redner der Opposition, dass für Kernprobleme wie die langfristig stabile Pflegefinanzierung, die Organspende oder die Digitalisierung keine brauchbaren Konzepte vorlägen. Die AfD-Fraktion verlangte Antworten auf die nach ihrer Darstellung hohen Gesundheitskosten für Flüchtlinge. Birgit Malsack-Winkemann (AfD) nannte als Beispiel die Kosten für die Behandlung von HIV und AIDS. Offizielle Statistiken zeigten, dass viele AIDS-Kranke aus der Subsahara-Region nach Deutschland kämen. Sie forderte, alle Asylbewerber auf HIV zu testen. Detlev Spangenberg (AfD) kritisierte die Kosten für die internationale Gesundheitspolitik mit den hohen Pflichtbeiträgen zur Weltgesundheitsorganisation (25,7 Millionen Euro), während in Deutschland viele Kinder und alte Leute arm seien. Es sei „ein Treppenwitz“, die Migration als Grundlage für Wohlstand anzusehen.

Redner der anderen Fraktionen warfen der AfD vor, auch in der Gesundheitspolitik gegen Ausländer und Flüchtlinge zu hetzen. Karl Lauterbach (SPD) sagte, das erinnere an das Mittelalter, als die Juden beschuldigt worden seien, die Pest zu verbreiten. „Genau das Gleiche machen Sie heute mit den Flüchtlingen.“ Karsten Klein (FDP) fügte hinzu, es sei widersinnig, hohe Beiträge für die WHO zu beklagen, die sich international gegen die Ausbreitung von Krankheiten einsetzt, und sich dann darüber zu beschweren, dass kranke Flüchtlinge nach Deutschland kämen. Es sei im Übrigen eine Frage der Humanität, sich international in der Gesundheitspolitik zu engagieren.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) zog eine Zwischenbilanz und erin-

reicht werden. Zudem gehe es um die Finanzierung der Gesundheits- und Pflegekosten in den nächsten 10 oder 20 Jahren. Spahn forderte: „Wir müssen größer denken bei den grundsätzlichen Herausforderungen.“

Bärbel Bas (SPD) stimmte zu, dass in der Altenpflege flächendeckend Tariflöhne erreicht werden müssten. Was die Finanzierung betreffe, müsse über die Bürgerversicherung gesprochen werden und eine Pflegevollversicherung. Auch Pia Zimmermann (Linke) stellte das Teilleistungsprinzip der Pflegeversicherung infrage und erinnerte an die Forderung ihrer Partei nach einer solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung.

»Wir befinden uns in Deutschland in der digitalen Steinzeit.«

Christine Aschenberg-Dugnus (FDP)

Dicke Kinder Maria Klein-Schmeink (Grüne) sagte, es gebe noch mehrere Baustellen, darunter die mangelhafte Digitalisierung. Hier sei keine Strategie erkennbar zur Anbindung von Kliniken, Praxen oder Apotheken, nur Minimalansätze. Auch Christine Aschenberg-Dugnus (FDP) rügte: „Wir befinden uns in Deutschland in der digitalen Steinzeit.“ Die Chancen würden

nicht genutzt, es gehe zu langsam voran. Es gebe schon intelligente Pillendosen und Roboter im OP-Saal, jedoch fehle eine Gesamtstrategie.

Dieterich Monstadt (CDU) erinnerte an die Herausforderung, Volkskrankheiten wie Adipositas und Diabetes in den Griff zu bekommen. Kinder und Jugendliche müssten lernen, was ein gesundheitsbewusstes Leben bedeute. In vielen Familien werde nicht mehr gekocht, manche Kinder wüssten nicht, wie gesundes Essen schmecke. Übergewicht und der Bewegungsmangel hätten gravierende Auswirkungen auf das Gesundheitssystem. So gebe es bereits rund zehn Millionen Diabetiker in Deutschland, Tendenz „massiv steigend“. Das koste die GKV samt der Folgeerkrankungen rund 48 Milliarden Euro pro Jahr. Der Haushalt stelle auch vor diesem Hintergrund die richtigen Weichen. Claus Peter Kosfeld

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

- Mehr Information.
- Mehr Themen.
- Mehr Hintergrund.
- Mehr Köpfe.
- Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Giffey kündigt Personal-Offensive für Kitas an

FAMILIE Der Etat liegt erneut über zehn Milliarden Euro. Die Opposition ist trotzdem nicht zufrieden

10,4 Milliarden Euro: So viel Geld steht dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im kommenden Jahr zur Verfügung. Damit bekommt Ministerin Franziska Giffey (SPD) mehr Geld als ursprünglich geplant. In den Haushaltsberatungen wurde ihr Etat um rund 145 Millionen Euro aufgestockt. Union, SPD und Giffey werteten dies in der zweiten Lesung des Haushaltsentwurfs am vergangenen Donnerstag als „Erfolg für die Familien in Deutschland“. Der Bundestag stimmte dem Familienetat (19/3400, Einzelplan 17) mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen zu und folgte damit den Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses (19/4624, 19/4625).

Der größte Teil des Geldes ist für familienpolitische Leistungen vorgesehen: Allein 6,86 Milliarden Euro entfallen auf das Elterngeld, 718 Millionen Euro hat die Regierung für Unterhaltsvorschußzahlungen eingeplant. Für das Kindergeld stehen

779 Millionen Euro zur Verfügung, 300 Millionen Euro sollen in den Ausbau der Kinderbetreuung fließen. Rund 405 Millionen Euro sind für den Posten „Stärkung der Zivilgesellschaft, Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik“ veranschlagt.

100.000 Kita-Plätze Giffey sagte in ihrer Rede, der Bund investiere in den Bau von 100.000 zusätzlichen Kitaplätzen und werde eine Personal-Offensive für Erzieherinnen und Erzieher starten. Sie betonte, es sei eine ihrer ersten Entscheidungen gewesen, das Bundesprogramm „Demokratie leben“ zu entfristen; sie habe „nicht die Absicht“, diese Förderung „in Frage zu stellen“. Giffey kündigte an, mit dem Familien-Entlastungsgesetz vor allem „Familien mit kleinen Einkommen“ stärken. Mit der geplanten Verbesserung des Bildungs- und Teilhabepaketes sollten endlich das Mittagessen und Schülertickets für Kinder aus sozial schwachen Familien kostenlos werden. Mit dem sogenannten Gute-Kita-Gesetz soll zudem die Befreiung von Kita-Gebühren für arme Familien ermöglicht werden. Die Abgeordneten von Union und SPD zeigten sich erfreut über den Familienhaushalt. Alois Rainer (CSU) wies darauf hin, dass der Etat des Ministeriums in den letz-

Etat Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2019

Ausgaben
10,45 Mrd. €
(2018: 10,23 Mrd. €)

2,9%
am Gesamtetat

Größte Ausgabenposten

1. Elterngeld: 6,86 Mrd. €
2. Kindergeld und Kinderzuschlag: 0,79 Mrd. €

ten Jahren verdoppelt worden sei – das Haus sei als „Querschnittsministerium“ wichtig. Daher summieren sich auch die Ausgaben des Staates für Familien weit über die 10,4 Milliarden des Einzelplans hinaus auf rund 80 Milliarden, wenn man etwa das Kindergeld, das Ehegattensplitting und weitere Aufwendungen in die Rechnung einbeziehe.

Für die SPD betonte Svenja Stadler, dass in den parlamentarischen Beratungen im Vergleich zum Regierungsentwurf 144 Millionen Euro zusätzlich mobilisiert worden seien, „das haben wir gut gemacht“. Die

Mittel, die für mehr Qualität in den Kitas und Fachkräfte vorgesehen seien, seien „gut investiertes Geld“. Besonders erfreulich sei, dass künftig sechs Millionen Euro für den Kampf gegen Gewalt an Frauen bereit stünden.

AFD will Demokratieklausel Deutlich kritischer zeigte sie die Opposition. Für die AfD bemängelte Volker Münz, die Regierung gebe 20 Milliarden Euro für Flüchtlinge aus, dies sei das Doppelte des Familienetats. Sie tue nichts dafür, die Wahlfreiheit für Familien zu stärken, bekämpfe die Kinderarmut nicht und entlaste Familien nicht. Münz kritisierte außerdem die Mittel in Höhe von 120 Millionen Euro für das Programm „Demokratie leben“. Seine Fraktion wolle die Summe halbieren und die Demokratieklausel wieder einführen. Es dürften nur Projekte gefördert werden, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen.

Christoph Meyer (FDP) bemängelte, Giffey verfolge zwar gute Ziele, sei bei deren Umsetzung aber intransparent. Häufig lasse sie zudem die Grenzen von Bundesaufgaben und Zuständigkeiten der Länder „verfließen“. Dies sei zwar aus „fachpolitischer Sicht“ nachvollziehbar, müsse aber aus Sicht des Haushaltsgesetzgebers kritisch

bewertet werden. Er erwarte, so Meyer, dass die Entscheidung über die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ geförderten Projekte erst nach der Evaluation des Programms erfolgt.

Für die Linksfraktion stellte Katrin Werner der Ministerin ein unzureichendes Zeugnis aus. Ihre Vorhaben kleide sie zwar in starke Worte, sie gingen aber am Bedarf der Familien vorbei. So würden etwa beim Familienentlastungsgesetz Hartz-4-Bezieher leer ausgehen. Mit dem Gute-Kita-Gesetz würden keine bundesweiten Qualitätsstandards erreicht, zudem gebe es keine dauerhafte Förderung des Bundes.

Ekin Deligöz (Grüne) warf Ministerin Giffey einen unredlichen Umgang mit dem Haushaltsaussschuss vor. Die 30 zusätzlichen Stellen für das Ministerium habe Giffey inhaltlich nicht begründet und ignoriere die Kritik des Bundesrechnungshofs. Die Ideen der Ministerin seien „nicht etatfrei“, monierte Deligöz. Sie wolle den Ländern Geld geben, schaffe aber keine Verbindlichkeit dafür, dass dieses Geld auch so eingesetzt wird, wie vorgegeben, da keine Sanktionsmöglichkeiten vorgesehen seien. Als Haushalter müssten die Parlamentarier aber darauf achten, dass „verantwortungsvoll mit Steuermitteln“ umgegangen wird, sagte Deligöz.

Susanne Kailitz

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Polizisten auf einem Weihnachtsmarkt im hessischen Rüdesheim. Bei den Sicherheitsbehörden wird das Personal weiter aufgestockt.

picture-alliance/dpa / Silas Stein

Vertrauen in den Rechtsstaat

JUSTIZ Im Etat 2019 des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz, der vergangene Woche mit Koalitionsmehrheit angenommen wurde, sind Ausgaben von rund 895 Millionen Euro (2018: rund 792 Millionen Euro) vorgesehen. Darin enthalten sind Mittel für die Bundesgerichte mit Ausnahme des Bundesverfassungsgerichts sowie für das Bundespatentgericht. Für den Verbraucherschutz können erneut rund 37 Millionen Euro ausgegeben werden. In der Schlussdebatte betonten mehrere Redner, dass der Etat zwar den kleinsten Teil des Bundeshaushalts ausmache, aber von größter Bedeutung sei, um das Vertrauen in den Rechtsstaat zu stärken. Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) nannte in diesem Zusammenhang das geplante Forum Recht und kündigte zudem eine Informationsoffensive an. Sie sagte, die Grundlagen des Rechtsstaates müssten neu erläutert werden, da diese nicht mehr selbstverständlich seien. Gleichzeitig müsse die Unabhängigkeit der Gerichte gegen populistische Bestrebungen geschützt werden, sagte die Ministerin. Redner der Opposition kritisierten den Entwurf. Stephan Brandner (AfD) bemängelte, bei wichtigen Vorhaben sei „außer Spesen nichts gewesen“. Stefan Ruppert (FDP) forderte eine schnelle Neuregelung des umstrittenen Verbots der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche, für die es eine Mehrheit gebe. Victor Perli (Die Linke) schlug vor, die Strafbarkeit von Bagatelldelikten wie das Schwarzfahren abzuschaffen. Kritik an der Musterfeststellungsklage kam von den Grünen. Sie sei nicht effektiv, sagte Danyal Bayaz. *Michael Wojtek*

»Wunderbarer Haushalt«

INNERES Koalition lobt Mittelzuwachs. Die Opposition attackiert den Minister

Es kommt nur selten vor, dass Redner von FDP, Linken und Grünen übereinstimmen, doch in einem Punkt waren sich Marco Buschmann (FDP), Victor Perli (Linke) und Tobias Lindner (Grüne) vergangene Woche in der Bundestagsdebatte über den Haushalt 2019 des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat einig: Unisono forderten sie die Demission von Ressortchef Horst Seehofer (CSU). Der freilich zeigte sich davon unbeeindruckt: „Es ist jeder Tag schön, wo Sie das wiederholen“, kommentierte er die Rücktrittsforderungen. Und Lindner, der darauf verwiesen hatte, 1982 geboren zu sein, während der Noch-CSU-Chef 1980 erstmals in den Bundestag eingezogen sei, bekam von dem Minister noch die Mahnung, er möge darauf achten, dass er sich nicht möglicherweise noch vor Seehofer wieder aus der Politik verabschiedet. Auch mit seinem Etat für das kommende Jahr zeigte er sich zufrieden: Das sei, sagte Seehofer, ein „wunderbarer, in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmaliger Haushalt für den Bundesinnenminister“. In der vom Bundestag verab-

»Die Große Koalition hat Deutschland sicherer gemacht.«
Martin Gerster (SPD)

schiedeten Fassung des Haushaltsausschusses (19/4625) umfasst dieser „wunderbare“ Etat Ausgaben in Höhe von fast 15,85 Milliarden Euro – knapp 1,72 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr und fast 790 Millionen Euro mehr, als im Entwurf der Bundesregierung (19/3400) für das kommende Jahr vorgesehen war. Zufrieden verwies Seehofer darauf, dass die Steigerung zum laufenden Jahr zwölf Prozent betrage, und sprach von 5.000 neuen Stellen für sein Ministerium und nachgeordnete Behörden. Dies bedeute „mehr Sicherheit für unser Land, mehr soziale Unterstützung für die Menschen und mehr Ordnung in der Zuwanderungsfrage“. Dabei sei die allgemeine Sicherheitslage in Deutschland so gut wie noch nie in den vergangenen 30 Jahren, fügte Seehofer hinzu. Nun würden die Sicherheitsbehörden weiter ausgebaut. Zugleich habe man „das größte Wohnungsbauprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik“. Alleine für den sozialen Wohnungsbau gebe es in dieser Wahlperiode fünf Milliarden Euro. „Weitgehend die Ziele erreicht“ habe man auch bei der Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung. Bis Ende Oktober habe die Zahl von

Asylanträgen 140.000 betragen, womit man „weit entfernt“ sei von der von ihm gesetzten Obergrenze von 200.000 im Jahr. Während Seehofer nachdrücklich für den UN-Migrationspakt warb, weil dieser Herkunftstaaten verpflichte, „Migranten wieder zurückzunehmen“, forderte Martin Hess (AfD), die Übereinkunft nicht zu unterzeichnen. Sie werde, sagte Hess, nur zu „einem weiteren Anstieg der Armutsmigration nach Deutschland führen“. Zugleich warf er der Regierung eine verfehlte Migrations- und Sicherheitspolitik vor. Die „grenzenlose Willkommenskultur“ der Regierung habe zu einer erheblichen Verschlechterung der inneren Sicherheitslage geführt, und auf den islamistischen Terrorismus reagiere die Koalition „mit völlig unzureichenden Maßnahmen“. **Bilanz kritisiert** Buschmann hielt Seehofer eine „bescheidene Amtsbilanz“ vor. In dessen Heimatabteilung sei nichts passiert und aus dem Thema Bauen habe Seehofer „nicht nur ein Anhängsel gemacht“, sondern den Bereich „als Steinbruch genutzt, um Versorgungsposten zu schaffen“. Auch von Seehofer versprochene „neue Ideen“ vermisse der FDP-Mann: „Wo bleibt der Migrationspakt, der alle Beteiligten von der Kommune bis zum Bund an einen Tisch holt?“ fragte er. Für Die Linke kritisierte Perli, Seehofer sei „mit großen Versprechen angetreten: mehr



gesellschaftlichen Zusammenhalt, Stärkung des Sicherheitsgefühls, mehr bezahlbarer Wohnraum“. Der Minister und die Koalition hätten aber „nicht geliefert“. So habe die Regierungskoalition für die Unterstützung der Mieter in Deutschland „keinen einzigen Cent mehr übrig“, obwohl bundesweit vier Millionen bezahlbare Wohnungen fehlten. Lindner attestierte dem Minister, zu spalten statt zusammenzuführen. Seehofer sei „Heimatminister, ohne irgendwie eine Idee von Heimat vorzuleben“. Der Grünen-Abgeordnete fügte hinzu, er hätte sich gewünscht, dass Seehofer „einen Bruchteil seiner Energie“, die er etwa für Verbesserungen bei Abschiebungen verwende, da-

Mehr Geld für Grütters

KULTUR Mit rund 1,9 Milliarden Euro werden Kulturstaaatsministerin Monika Grütters (CDU) 2019 annähernd 140 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen als in diesem Jahr. Den größten Ausgabenposten im Etat der Kulturstaaatsministerin, der im Haushalt des Bundeskanzleramtes veranschlagt ist, bildet die Deutsche Welle, an die 350 Millionen Euro fließen. Weitere 107 Millionen Euro gehen an die Stasi-Unterlagen-Behörde, 65 Millionen Euro an das Bundesarchiv und weitere 63 Millionen Euro werden für das Humboldt-Forum in Berlin anlässlich seiner Eröffnung 2019 zur Verfügung gestellt. Der Haushaltsausschuss hatte während seiner Beratungen den Regierungsentwurf des Etats an verschiedenen Stellen noch einmal aufgestockt. So wurden die Mittel für Denkmalschutzmaßnahmen im gesamten Bundesgebiet von sechs auf 46 Millionen Euro erhöht, für die Initiative Musik von fünf auf 13 Millionen Euro und für die Digitalisierung von schriftlichem Kulturgut von einer auf 3,5 Millionen Euro. Ebenso wurden die Mittel zur Stärkung der Filmproduktion in Deutschland von 135 auf 140 Millionen Euro erhöht, davon entfallen 15 Millionen Euro auf den „German Motion Picture Fund“, mit dem hochwertige TV-Serien gefördert werden. Weitere 45 Millionen Euro fließen in die Filmförderung und zwei Millionen Euro in die Anlaufphase des neuen „Zukunftsprogramms Kino“, das Union und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart hatten. Das neu aufgelegte Programm „Jugend erinnert“ erhält in seiner Anlaufphase ebenfalls zwei Millionen Euro. *aw*

Unmut über Karliczeks Äußerungen zur gleichgeschlechtlichen Ehe

BILDUNG UND FORSCHUNG Etat steigt auf 18,27 Milliarden Euro. Union, SPD, FDP und Grüne einigen sich auf Grundgesetzänderung zur Verwirklichung des Digitalpakts Schule

Eigentlich ging es um den Etat von Ministerin Anja Karliczek (CDU). Überlagert wurde die zweite Lesung des Haushaltes für Bildung und Forschung am vergangenen Donnerstag jedoch durch die umstrittenen Äußerungen der Ministerin in einem TV-Interview über die Ehe für alle und das Wohl von Kindern, die bei gleichgeschlechtlichen Partnern aufwachsen. Karliczek hatte moniert, die Ehe für Homosexuelle sei überstürzt eingeführt worden, und sich für eine Langzeitstudie zum Kindeswohl in solchen Partnerschaften ausgesprochen. Kai Gehring (Grüne) warf Karliczek vor, Regenbogenfamilien und deren Lebensentwürfe zu „diskreditieren“. Es gebe in der Gesellschaft und der Wissenschaft ausreichend Belege, dass es Kindern aus solchen Familien nicht schlechter gehe als anderen. Auch Christoph Meyer (FDP), Gesine Lötzsch (Linke) und Ekin Deligöz (Grüne) äußerten ihr Befremden über die Aussagen der Ministerin. Karliczek selbst wies die Kritik zurück: „Ich bin in dem Interview nach einer Meinung gefragt worden, die Grundlage einer Entscheidung war, die wir im Juli 2017 getroffen haben. Meinungs-vielfalt und Toleranz sind ja normalerweise immer Ihr Anliegen. Aber ich finde, jetzt gerade nicht, oder?“



Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU)

picture-alliance/dpa

Unterstützung bekam die Ministerin hingegen aus den Reihen der AfD-Fraktion. „Wir finden das sehr mutig“, sagte Götz Frömming. Trotz des um 652 Millionen Euro auf insgesamt 18,27 Milliarden Euro gestiegenen Bildungs- und Forschungsetats (19/3400, 19/3402, 19/4624), den der Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen an-

nahm, übte die Opposition Kritik an der Ausrichtung des Haushalts. Frömming warf Karliczek vor, dass der Etat kaum steige und Deutschland in Relation zum Bruttoinlandsprodukt deutlich weniger für Bildung ausbehalte als andere OECD-Staaten. Zudem kritisierte er die Ausgaben von 30 Millionen Euro für die Strategie zur Chancengerechtigkeit von Frauen: „Das ist

so überflüssig wie ein Kropf“, schimpfte der AfD-Abgeordnete. Allein Qualität und Leistung dürften zählen, wer Quoten propagiere, greife in das für Wissenschaft und Forschung fundamentale Prinzip der Freiheit ein. Frömming sprach sich zudem gegen die von der Bundesregierung geplante Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern für die Realisierung des Digitalpakts Schule aus. Für den Digitalpakt will der Bund in den kommenden fünf Jahren insgesamt fünf Milliarden Euro bereitstellen. Unter anderem soll an Schulen der Ausbau von WLAN, die Entwicklung von Lernplattformen, Schulservern und interaktiven Tafeln gefördert werden. Notwendig dafür ist aber eine entsprechende Grundgesetzänderung, die von Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden muss. Ende der vergangenen Woche einigten sich die Fraktionsspitzen von Union, SPD, FDP und Grünen auf einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Artikels 104c im Grundgesetz. Der Bundestag soll noch in dieser Woche abschließend darüber beraten und abstimmen. Während Gesine Lötzsch (Linke) in der Haushaltsdebatte vor allem Fragen der sozialen Gerechtigkeit thematisierte und die Aufwüchse beim BaFöG als unzureichend

bezeichnete, warb Ekin Deligöz (Grüne) für eine „grüne Forschungswende“. Angesichts von Überschwemmungen, Bränden und Dürre müssten auf die Klimakrise Antworten gefunden werden. Wie auch Christoph Meyer (FDP) lobte sie die Idee der Agentur für Sprunginnovationen. Mit einer solchen Agentur könne die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gesichert werden, unterstrich Meyer. Die Agentur soll mit ihren Projekten in kurzer Zeit entscheidende technische und wissenschaftliche Fortschritte erzielen und radikale Innovationen forcieren. Grundsätzlich kritisierte Meyer den Etat scharf und warf Karliczek vor, sie würde immer nur „auf Klassenerhalt“ spielen. Als Beispiele nannte er die langsame Umsetzung der Digitalisierung, die schleppende Umsetzung der schnellen Datenübertragung wie auch den verspäteten Entwurf zur Strategie zur Künstlichen Intelligenz. China, USA und andere Regionen der Welt würden Deutschland den Rang ablaufen. Swen Schulz (SPD) unterstrich den Wert der beruflichen Bildung. Sie sei eine wichtige Stütze des Bildungswesens und für Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft unverzichtbar. Kerstin Radomski (CDU) lobte den Aufwuchs im Haushalt. Bildung und For-

schung sollten auch weiterhin die Grundlage sein, um Innovationen zu fördern, Arbeitsplätze zu sichern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Deutschland brauche einen starken Forschungsstandort, davon hänge auch der Wirtschaftsstandort und die internationale Wettbewerbsfähigkeit ab. Ministerin Karliczek verteidigte ihren Haushaltsentwurf und hob die Investitionen in Zukunftstechnologien hervor. Sie kündigte an, in die Künstliche Intelligenz bis 2025 rund drei Milliarden Euro investieren zu wollen. Für das Bildungswesen und die Nachwuchsförderung sind in Karliczeks Etat 4,78 Milliarden Euro vorgesehen (2018: 4,76), für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationsstandortes plant die Regierung 6,89 Milliarden Euro (2018: 6,58) und für die Hightechstrategie sind 6,74 Milliarden Euro (2018: 6,47 Milliarden Euro) vorgesehen. *Annette Rollmann*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Für die einen ist es deutlich zu viel, für die anderen deutlich zu wenig. Bei kaum einen anderen Einzeletat im Bundeshaushalt gehen die Meinungen so weit auseinander wie bei den Verteidigungsausgaben. Fakt ist, dass der Wehretat 2019 mit einem Umfang von 43,23 Milliarden Euro einen Höchststand in den vergangenen 25 Jahren erreicht hat – sowohl was seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt als auch seinen Anteil am Gesamthaushalt angeht. Der Bundestag verabschiedete den Verteidigungshaushalt in der vergangenen Woche in der durch den Haushaltsausschuss geänderten Fassung (19/4613, 19/4624) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der Opposition.

Der Haushaltsausschuss hatte den Regierungsentwurf (19/3400, Einzelplan 14) noch einmal um 327 Millionen Euro erhöht. Damit verfügt Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) im kommenden Jahr über 4,7 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr. Deutlich angehoben im Verlauf der Beratungen wurde auch die Summe der Verpflichtungsmächtigungen. Der Haushaltsausschuss bewilligte unter dem Strich zusätzliche 5,68 Milliarden Euro, die in den kommenden Jahren zu Buche schlagen werden. Insgesamt erhöhen sich die Verpflichtungsmächtigungen damit auf 35,49 Milliarden Euro. Die Erhöhung ist vor allem der geplanten Beschaffung eines neuen schweren Transporthubschraubers geschuldet, der die alten Maschinen vom Typ CH-53G ersetzen soll. Allein 5,62 Milliarden Euro soll das Beschaffungsvorhaben bis Ende der 2030er

Abgehoben

VERTEIDIGUNG Der Wehretat steigt auf Höchststand seit dem Ende des Kalten Krieges



In die Jahre gekommen: Der Anfang der 1970er Jahre beschaffte Hubschrauber CH-53 soll ersetzt werden.

© picture-alliance/ZB



Jahre kosten. Hinzu kommen Vorhaben wie das Mehrzweckkampfschiff 180 und zusätzliche U-Boote.

Die Erhöhung der Verpflichtungsmächtigungen stieß in der Haushaltsdebatte dann auch auf Kritik von Bündnis 90/Die Grünen. Deren sicherheitspolitischer Sprecher Tobias Lindner rechnete vor, dass sich die Erhöhung auf insgesamt 7,9 Milliarden Euro belaufen, von denen 2,2 Milliarden durch globale Minderausgaben gegenfinanziert werden sollen. Ministerin von der Leyen verteidigte die Finanzierungsprobleme in die Zukunft. Es helfe der Bundeswehr auch nicht, auf die „maroden Strukturen einfach immer mehr Geld obendrauf zu kippen“, monierte Lindner.

Die AfD-Fraktion wiederum hält den Wehretat trotz der Erhöhung noch immer für zu niedrig. Der Haushaltspolitiker Martin Hohmann (AfD) mahnte die Regierung erneut, die Zusage an die Nato, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Verteidigung auszugeben, einzuhalten. Die Bundeswehr habe „gewaltigen Modernisierungsbedarf“. Nach Aussage von Ministerin von der Leyen werden die Ausgaben bei 1,34 Prozent des BIP liegen.

Die haushaltspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Gesine Lötzsch, bezeichnete die Mittelserhöhungen für militärische Beschaffungen hingegen als „größenwahnsin-

g“. Die Bundesregierung folge weiterhin „blind“ dem Aufrüstungskurs von US-Präsident Donald Trump und erfülle „die Wünsche der deutschen Rüstungsindustrie“. In einem Entschließungsantrag (19/5845), den der Bundestag ablehnte, forderte die Linke deshalb die Streichung diverser Beschaffungsvorhaben wie die Entwicklung einer europäischen Kampfdrohne, eine Senkung der Verteidigungsausgaben um insgesamt sechs Milliarden Euro und die Beendigung der Auslandseinsätze. Zumindest an diesem Punkt sind sich die Linksfraktion und die AfD einig, die ebenfalls das Ende des militärischen Engagements im Ausland wünscht. Der Einsatz in Afghanistan sei gescheitert und der Einsatz in Mali werde scheitern, sagte der AfD-Verteidigungspolitiker Jens Kestner. Die FDP-Fraktion trägt die Erhöhung des Wehretats „im Grundsatz“ zwar mit, wie deren verteidigungspolitische Sprecherin Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) beteuerte, kritisierte zugleich mit Blick auf die sogenannte Berater-Affäre einen

„schludrigen“ Umgang mit Steuergeldern im Verteidigungsministerium. In einem vom Bundestag mehrheitlich abgelehnten Entschließungsantrag (19/5899) fordern die Liberalen das Ausmaß der externen Beraterverträge umfassend offenzulegen und gegebenenfalls dienst- und strafrechtliche Konsequenzen zu ziehen.

Kritik an der Praxis der Vergabe von Beraterverträgen im Ministerium wurde auch aus den Reihen der SPD laut. Der Haushaltspolitiker Dennis Rohde mahnte, externe Berater dürften „immer nur die absolute Ausnahme sein“. Seine Fraktion fordere eine personelle Stärkung des Beschaffungsamtes der Bundeswehr, schließlich gehe es um „hoheitliche Aufgaben“ des Staates. Bei so viel Kritik sah sich der Verteidigungs- und Haushaltsexperte Reinhard Brandl (CSU) dann doch veranlasst, von der Leyen ausgiebig zu loben. Es sei das Verdienst der Ministerin, nach 25 Jahren des Schrumpfens die Trendwende bei der Finanzierung der Bundeswehr eingeleitet zu haben. *Alexander Weinlein*

STICHWORT

Beschaffungsvorhaben

> Schwerer Transporthubschrauber Bis zu 60 neue Hubschrauber als Ersatz für die alten CH-53G sollen beschafft werden. Dafür wurden Verpflichtungsmächtigungen in Höhe von 5,6 Milliarden Euro genehmigt. Angebote werden von den Firmen Boeing für den „Chinook“ und von Sikorsky für die CH-53K erwartet.

> Mehrzweckkampfschiff 180 Rund 5,27 Milliarden Euro an Verpflichtungsmächtigungen bis 2028 wurden für die Beschaffung des bislang größten Kampfschiffes der Marine bewilligt, das sich noch in der Planungsphase befindet.

> U-Boot 212 Common Design Weiterentwicklung des deutschen U-Bootes gemeinsam mit Norwegen. Bewilligt wurden 1,63 Milliarden Euro bis 2030.

Erneut Zuwachs bei Humanitärer Hilfe

AUSWÄRTIGES Rechnungshof kritisiert Ausgabenkontrolle

Es ist eine eindrucksvolle Zahl – und sie bringt kritische Nachfragen für das Auswärtige Amt mit sich. Die für Humanitäre Hilfe und Krisenprävention zur Verfügung stehenden Mittel sind seit dem Jahr 2006 von 70 Millionen auf knapp 1,8 Milliarden Euro im Jahre 2018 gewachsen, das ist eine Steigerung von mehr als 2.500 Prozent. 2019 werden für diesen Zweck sogar knapp zwei Milliarden Euro bereitgestellt. Laut aktuellem Bericht des Bundesrechnungshofes hat das Ministerium aber nicht hinreichend im Blick, ob diese Gelder auch wirklich helfen: Es könne „nicht sicherstellen, dass die Mittel wie geplant verwendet werden und ihre Wirkung entfalten“, schreiben die Rechnungsprüfer. Birgit Malsack-Winkemann (AfD) monierte in der Etatdebatte für den Einzelplan 05 in der vergangenen Woche eine „völlig undurchsichtige und milliarden schwere Zubereitungsbearbeitung“ bei der humanitären Hilfe und der Krisenprävention. „Bislang steht das gute Gewissen für Ausgaben in Milliardenhöhe lediglich auf dem Papier. Ist Ihnen eigentlich egal, wo die Mittel für humanitäre Hilfe und Krisenprävention im Ausland wirklich landen?“ Malsack-Winkemann forderte, diese Mittel so lange auf Eis zu legen, bis „eine ordnungsgemäße Vergabe“ wieder gesichert sei.

Alois Karl (CSU) nannte ein solches Ansinnen „unerträglich“ und fragte, ob Malsack-Winkemann überhaupt in Erwägung ziehe, was ein Ausbleiben humanitärer Hilfe für Millionen Menschen im Nahen Osten und in Afrika bedeuten würde. „Was wollen Sie denn eigentlich? Sie wollen nicht, dass Flüchtlinge zu uns nach Deutschland kommen, aber Sie wollen auch nicht Geld aufwenden, um die Flüchtlinge dort zu behalten. Das ist doch schizophren.“

Doris Barnett (SPD) unterstrich, dass es bei diesen Ausgaben darum gehe, Betroffenen in Krisengebieten durch sanitäre Versorgung, medizinische Hilfe, Schulen und Essen „grenznah, also heimatnah“ zu helfen. „Statt zum Herrn Assad zu gehen, gehen Sie vielleicht einmal in ein Flüchtlingslager im Libanon“, rief sie Abgeordneten der AfD. Man könne sich dort überzeugen, dass die Hilfswerke der Vereinten Nationen auch durch die deutsche Unterstützung eine „hervorragende Arbeit“ leisten würden. Bijan Djir-Sarai (FDP) sprach von den größten außenpolitischen Veränderungen seit Jahrzehnten, auf die der Blick in den Etat des Auswärtigen Amtes aber keine Antworten gebe. Weder Deutschland noch die EU-Partner hätten ein Konzept für den Rückzug der USA aus Diplomatie und Multilateralismus, es fehlten Strategien für die China- und die Afrikapolitik und insbesondere für die Krisenregion im Nahen und Mittleren Osten: „Dass wir in dieser Region, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, als Akteur politisch nicht stattfinden, ist aus meiner Sicht ein Skandal“, sagte Djir-Sarai.

Gregor Gysi (Die Linke) bemängelte fehlende Logik und Nachvollziehbarkeit der deutschen Außenpolitik: Die Bundesregierung genehmige Waffenexporte in Milliardenhöhe an Staaten, die im Jemen Krieg führten: „Saudi-Arabien hungert die Menschen im Jemen mit einer Seeblockade regelrecht aus – die Boote dafür liefert Deutschland.“ Gysi wandte sich zudem gegen Pläne für eine EU-

Armee. „Meinen Sie ernsthaft, Sie könnten den Kräften, die Europas Heil in einem völkischen Nationalismus sehen, Paroli bieten, indem Sie aus der EU eine militärische Interventionsmacht machen?“

Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßte die Zuwächse bei der humanitären Hilfe und Krisenprävention, fügte aber hinzu: „Die Krisenherde der Welt sind vielfältig, und ihre Zahl nimmt zu.“ Mit Blick auf



Syrien und Jemen dürften die Steigerungen 2019 nicht ausreichen. Deligöz kritisierte zudem, dass nur 13 Prozent der deutschen Botschafterposten mit Diplomatinen besetzt und 32 Prozent der Attachés weiblich seien. Bei der Gleichstellung müsse das Auswärtige Amt besser werden, dies sei insbesondere im Lichte der UN-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit geboten.

Außenminister Heiko Maas (SPD) nannte es als vordringlichste Aufgabe „Europa zusammenzuhalten“. „Unsere internationale Gestaltungsmacht steht und fällt vor allen Dingen mit einem, nämlich der Geschlossenheit Europas.“ Maas verwies auf einige Beispiele der Zusammenarbeit, darunter eine geplante deutsch-französische Kooperation im UN-Sicherheitsrat, die Vereinbarung über engere militärische Zusammenarbeit in der EU und die Gründung eines europäischen Kompetenzzentrums für ziviles Krisenmanagement in Berlin: „Wir werden dort Leute ausbilden, die wir in die Krisengebiete schicken, damit aus Krisen keine Kriege werden. Das ist, finde ich, etwas, was der deutschen Außenpolitik gut zu Gesicht steht.“

Nach Verabschiedung des Haushaltes 2019 am vergangenen Freitag mit den Stimmen von CDU/CSU und

SPD gegen das Votum der Oppositionsfraktion stehen dem Auswärtigen Amt im kommenden Jahr nun rund 5,83 Milliarden Euro zur Verfügung – rund 375 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Der Regierungsentwurf (19/3400) hatte noch Ausgaben von insgesamt 5,57 Milliarden Euro vorgesehen. Der Bundestag folgte bei seinem Beschluss den Empfehlungen des Haushaltsausschusses (19/4605, 19/4624): In den Haushaltsberatungen hatten die Abgeordneten insbesondere die Mittel für die humanitäre Hilfe und die Krisenprävention erhöht. Dafür stehen 2019 nunmehr zusammen rund 1,98 Milliarden Euro zur Verfügung – das sind 176 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf ursprünglich eingeplant waren. *Alexander Heinrich*

»Unsere Gestaltungsmacht steht und fällt mit der Geschlossenheit Europas.«

Heiko Maas (SPD), Außenminister

Rekordhaushalt mit Tücken

ENTWICKLUNG Minister Gerd Müller (CSU) kann sich über ein unerwartetes Plus von 800 Millionen Euro freuen. Die Opposition ist trotzdem nicht zufrieden

Seit 2002 ist Sascha Raabe (SPD) Abgeordneter im Bundestag, genauso lange sitzt er im Entwicklungsausschuss. Jahr für Jahr hat er die Beratungen über den Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erlebt, begleitet und wohl auch durchlitten, doch so zufrieden wie diesmal war Raabe niemals zuvor. „In den mittlerweile 16 Jahren, die ich diesem Parlament angehöre, gab es noch nie eine so umfangreiche positive Veränderung eines Regierungsentwurfes bis zur zweiten Lesung“, freute sich der dienstälteste Entwicklungspolitiker des Hauses vergangene Woche in der Debatte über den Etat des BMZ für 2019. Diesen billigte der Bundestag am Ende auf Basis der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (19/4620) mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die der übrigen Fraktionen. Raabe war sich sicher: „Heute ist ein guter Tag für das Parlament und für die ärmsten Menschen dieser Erde. Darauf können wir stolz sein.“

Tatsächlich ist den Haushaltern des Bundeshauses beim Budget für Entwicklung ein Coup gelungen. Sah der Entwurf der Bundesregierung (19/3400, 19/3402) zunächst nur einen Aufwuchs um 285 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr vor (2018: 9,44 Milliarden Euro), konnten die Abgeordneten im Schulterschluss mit Ressortchef Gerd Müller (CSU) eine ordentliche Geldschippe extra raushandeln, nämlich 520,34 Millionen Euro. Der Etat steigt damit um satte 803,85 Millionen Euro auf 10,25 Milliarden Euro. Davon sind 6,88 Milliarden Investitionen, was bedeutet, dass Müller 2019 sogar den zweitgrößten Investitionshaushalt des Bundes verwalte.

»Starkes Zeichen« Für den Ressortchef ein „starkes Zeichen“. Das Parlament habe sein „Königsrecht in den Haushaltsberatungen wahrgenommen“, lobte Müller, der schon bei der Einbringung des Haushalts im September davor gewarnt hatte, im kommenden Jahr dringend notwendige Programme nicht mehr finanzieren zu können. Das scheint nun abgewendet. Mit den zusätzlichen Mitteln „kann das BMZ vier Millionen Menschen ein Jahr lang das Überleben sichern“, betonte Müller. Exemplarisch verwies er auf die von ihm ins Le-

ben gerufene Sonderinitiative „EINWELT ohne Hunger“ und die Hilfen in Kriegs- und Krisenregionen. Insgesamt will das Ministerium 2019 mehr in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur vor Ort investieren. So steigen die Ausgaben für Krisenbewältigung und Wiederaufbau um hundert Millionen auf 800 Millionen Euro, die Beiträge für die Europäische Entwicklungszusammenarbeit sowie die Vereinten Nationen (UN) und andere internationale Organisationen um 80 Millionen auf zwei Milliarden Euro. Neben den UN profitieren unter anderem der Globale Fonds zur

Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose und die Impfallianz GPEI vom dem Plus. Fast die Hälfte des Etats, nämlich 4,76 Milliarden Euro (2018: 4,45 Milliarden) soll in die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit fließen.

Weiterhin Streit Wer glaubt, dass damit nun alle zufrieden sind, irrt. Seit jeher wird in der Entwicklungspolitik um Maßnahmen, Geld und Effizienz gestritten, und so war es auch diesmal – Rekordhaushalt hin oder her. Die Opposition lehnte den Etat einmütig ab, weil den einen – Grünen und Linken – die Mittel nach wie vor nicht reichen und den anderen – AfD und FDP – beim Streit ums Geld die Frage nach Wirksamkeit und Zielen der Entwicklungszusammenarbeit zu kurz kommt.

So urteilte der AfD-Abgeordnete Volker Münz: „Die Annahme, dass mehr Geldmittel per se mehr Entwicklung bedeuten, ist falsch.“ Häufig habe mehr Geld der Entwicklung sogar geschadet, weil Eigeninitiative gelähmt worden sei. „Wir müssen unsere Hilfen auf weniger, dafür größere Projekte konzentrieren“, forderte er. Auch müsse die Mittelvergabe an klare Bedingungen geknüpft werden, etwa daran, „dass die Empfängerländer ihre Landsleute, die sich illegal bei uns aufhalten, wieder zurücknehmen.“

Für die FDP bezeichnete Christoph Hoffmann den Etat als einen „Haushalt nach dem Vorbild des Ablasshandels: Zahle, fühle dich gut und frage nicht, was wirklich

hinter den Kulissen passiert.“ Umsatz könne doch kein Ziel sein. „Wir brauchen Ergebnisse. Dazu fehlen die sachlichen Ziele auf einer klaren Zeitschiene.“ Der Liberale verwies zudem auf Probleme in Subsahara-Afrika, wo seiner Ansicht nach „die wirklichen Entwicklungsprobleme“ liegen. Alles Geld und alle Sonderinitiativen des BMZ könnten dort wenig ausrichten ohne stabile Regierungen und eine „Schwerpunktsetzung auf Bildung, Marktwirtschaft und Zukunftsorientierung“. Um das zu erreichen, brauche es mehr multilaterale Zusammenarbeit, vor allem mehr gemeinsame Anstrengungen Europas in der Außenpolitik.

Mehr Multilateralismus statt bilateraler Projekte – das unterstützte auch Anja Hajduk (Grüne). „Die Herausforderungen, die wir heute haben – Klimakrise, Ressourcenfragen, auch die Migrationsfrage –, können wir nur in gemeinsamer Anstrengung lö-

sen“, betonte sie. Zugleich forderte Hajduk die Bundesregierung auf, einen Fahrplan für das Erreichen des so genannten 0,7 Prozent-Ziels der UN vorzulegen. Da-

nach haben sich alle Mitgliedstaaten 1970 verpflichtet, bis 2015 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für staatliche Entwicklungspolitik auszugeben. Mit dem 2019er Etat liegt Deutschland – sehr zur Enttäuschung von Grünen, Linken und vielen in der SPD (siehe Interview mit Sonja Steffen auf Seite 2) – aber wie im Vorjahr bei nur bei einer Quote von 0,51 Prozent.

Helin Evrim Sommer (Linke) erinnerte daran, dass Union und SPD im Koalitionsvertrag nicht nur die 0,7 Prozent-Zusage bekräftigt hätten, sondern auch das Ziel, die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im gleichen Verhältnis zu steigern wie die für Verteidigung. „Tatsächlich aber wächst der Verteidigungsetat im Vergleich zum Entwicklungsetat um das Sechsfache“, rechnete Sommer vor. Müllner lasse sich hier von Bundesfinanzminister Olaf Scholz „unterbuttern“. *Johanna Metz*

»Umsatz kann doch nicht das Ziel sein. Wir brauchen Ergebnisse.«

Christoph Hoffmann (FDP)



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Verstehen sich gut: Emmanuel Macron und Angela Merkel bei ihrem Treffen am 18. November in Berlin.

© picture-alliance/NurPhoto

Gemeinsam für mehr Europa

BEZIEHUNGEN Brexit und wachsender Nationalismus in der EU lassen Deutschland und Frankreich enger zusammenrücken

Emmanuel Macron ist ein gewisses Pathos eigen. Deshalb scheute der französische Präsident in seiner Rede zum Volksstrauertag nicht vor einer offenen Liebeserklärung an Deutschland zurück: „Auch wenn man nicht immer die Worte versteht, die aus Frankreich kommen. Denken Sie daran, dass Frankreich Sie liebt“, schloss er seine 20-minütige Ansprache vor dem Bundestag, die die Abgeordneten mit stehendem Applaus quittierten (siehe auch „Ortstermin“ auf Seite 12). Dabei war das, was Macron von Nachbarn verlangte, keine leichte Kost. „Heute müssen wir zusammen den Mut finden, ein neues Kapitel aufzuschlagen, denn das schulden wir Europa“, forderte der Staatschef. Europa und das deutsch-französische Paar hätten die Pflicht, die Welt nicht ins Chaos abgleiten zu lassen. „Wir müssen unsere Tabus überwinden und unsere Denkverbote hinter uns lassen.“

Es war ein diskreter Hinweis an all jene, die sich gegen seine Ideen zur Reform der EU sperren. Mit viel Elan hatte der 40-Jährige vor gut einem Jahr an der Pariser Sorbonne eine Neugründung Europas gefordert, die alle Bereiche erfassen soll. Doch sein Leuchtturmprojekt, die Einführung eines Eurozonen-Budgets, stößt immer noch auf Widerstand. Zwar einigten sich die Finanzminister Deutschlands und Frankreichs Mitte November auf ein zweiseitiges Papier. Doch das lässt viele Fragen offen. Zum Beispiel, was die Höhe des Budgets angeht. Macron schwebten zunächst dreistellige Milliardenbeträge vor, inzwischen ist eher eine Summe im unteren zweistelligen Bereich im Gespräch. Auch wie sich der Eurozonen-Haushalt finanzieren und wofür das Geld genau ausgegeben werden soll, bleibt vage. „Das ist ein Kompromiss auf kleinstmöglichem Nenner“, kritisierte Europaabgeordnete der Grünen, Sven Giegold. „Mit einem kleinen Milliardenbetrag ist nichts gewonnen.“

Große Widerstände Deutschland und Frankreich hatten sich beim gemeinsamen Ministerrat in Meseberg im Juni grundsätzlich auf das lange umstrittene Eurozonen-Budget geeinigt, das die Währungsunion stabiler machen soll. Doch andere EU-Länder wie die Niederlande und Italien sperren sich weiter gegen die Pläne. Bis zum EU-Gipfel Mitte Dezember bleibt dem deutsch-französischen Tandem nur wenig Zeit, um die Skeptiker zu überzeugen. Der Präsident braucht vor den Europawahlen im Mai dringend einen Erfolg auf europäischer Ebene. Doch eine Einigung mit Deutschland reicht nicht mehr aus, um auch die anderen Partner zu überzeugen. „Auch wenn es keinen Automatismus gibt, wenn Deutschland und Frankreich die Initiative ergreifen, so ist es in der jüngsten Zeit doch schwieriger geworden, die ganze EU hinter deutsch-französischen Vorschlägen zu einen“, sagt Eileen Keller vom

deutsch-französischen Institut in Ludwigsburg. Bei Fragen wie beispielsweise der Besteuerung von Internetfirmen wollen andere Länder ebenfalls ein Wortchen mitreden. Das Thema ist auch zwischen Deutschland und Frankreich heikel, denn der französische Finanzminister Bruno Le Maire will die Steuer so schnell wie möglich und auf europäischer Ebene einführen, während sein deutscher Kollege Olaf Scholz (SPD) ein System sucht, das über die EU hinausreicht. „Die Steuer ist zu einem politischen Prestigeobjekt geworden“, heißt es aus deutschen Diplomatengruppen in Paris. Mehr Einigkeit zwischen Deutschland und Frankreich herrscht bei der gemeinsamen Verteidigungspolitik, für die Macron ebenfalls seit langem wirbt – diesmal mit Erfolg. „Noch nie ist Europa in der Verteidigungspolitik so schnell vorangekommen“, lobte der Präsident im August vor den französischen Botschaftern. Ermutigt durch die Fortschritte schlug er in einem Radiointerview wenige Wochen später eine eigene europäische Armee vor. Eine Idee, die von den USA allerdings sofort rüde zurückgewiesen wurde. „Sehr beleidigend“, nannte US-Präsident Donald Trump den Vorschlag. „Vielleicht sollte Europa zuerst seinen gerechten Anteil an der Nato bezahlen, die die USA erheblich beschützen!“, twitterte er direkt nach seiner Ankunft in Paris, wo er am 11. November zusammen mit mehr als 70 Staats- und Regierungschefs an das Ende des Ersten Weltkrieges vor hundert Jahren erinner-

te. Bewusst hatte Macron bei der Zeremonie am Triumphbogen auf eine Militärparade verzichtet und stattdessen die deutsch-französische Freundschaft in den Mittelpunkt gestellt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) saß bei den Feierlichkeiten neben dem Gastgeber und hielt später die Eröffnungsrede auf einem Friedensforum. All das war nicht nach dem Geschmack Trumps, der nach seiner Rückkehr nach Washington noch einmal in einer Twitter-Serie gegen Macron nachlegte. Von Merkel bekam der französische Präsident hingegen Rückendeckung. „Eine gemeinsame europäische Armee würde der Welt zeigen, dass es zwischen den europäischen Ländern nie wieder Krieg gibt“, sagte die Bundeskanzlerin vor dem Europaparlament. Überhaupt scheint der US-Präsident mit seiner im August vor den französischen Botschaftern und Frankreich enger zusammenzuschließen. „Das Schlagwort Europäische Armee überzeugt, denn es zeigt, dass man in Zukunft nur gemeinsam vorankommen kann“, urteilt Ronja Kempin, Frankreich-Expertin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Auch der geplante Austritt Großbritanniens aus der EU bringt Deutschland und Frankreich einander näher. Beide Länder bekommen mit dem Verlust des unbehaglichen Partners auf der anderen Seite des Ärmelkanals nämlich mehr Verantwortung. „Deutschland und Frankreich werden noch wichtiger“, meint Kempin. Dass ein anderes Land

»Wir müssen unsere Tabus überwinden und Denkverbote hinter uns lassen.«

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron

die Rolle Großbritanniens übernimmt, ist eher ausgeschlossen. Die Niederlande sind dafür zu klein und Polen und Ungarn haben sich durch ihr Abrücken von rechtsstaatlichen Prinzipien derzeit diskreditiert. Dennoch könnten gerade Polen und Ungarn im Europawahlkampf, der allmählich beginnt, eine entscheidende Rolle spielen. Macron hat den ungarischen Regierungschef Viktor Orban bereits zu seinem Gegenspieler erklärt. Er sieht eine klare Polarisierung zwischen den progressiven Kräften und den Nationalisten, die seiner Ansicht nach die EU kaputt machen wollen. Im Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich funktionierte diese Zweiteilung gut, doch in der EU scheint das Schwarz-Weiß-Schema weniger zu passen. Wohl auch deshalb stellt Macron in seinen Reden inzwischen die europäische Souveränität nach vorn, die vor allem durch Feinde von außen gefährdet sei. In seiner Ansprache vor dem Bundestag kam das Wort „Souveränität“ gleich mehrmals vor. „Adieu Progressismus, Bonjour Souveränität“, kommentierte die Zeitung „L'Opinion“ den rhetorischen Wechsel, den auch Angela Merkel gut heißen dürfte. Denn eine Auseinandersetzung mit den Nationalisten à la Orban hätte ihre Europäische Volkspartei (EVP) spalten können, zu der auch die Partei des ungarischen Regierungschefs gehört.

Wahlkampf-Wettbewerber Im Europawahlkampf werden Merkel und Macron sich ohnehin in unterschiedlichen Lagern wiederfinden, denn der französische Präsident will sich mit seiner jungen Partei La République en Marche (LREM) den Liberalen anschließen, während die Bundeskanz-

lerin mit der CDU in der EVP ist. „Im Europawahlkampf sind Merkel und Macron natürlich auch Wettbewerber“, sagt Eileen Keller. Noch aber herrscht Harmonie zwischen der erfahrenen Kanzlerin, die am Ende ihrer politischen Karriere angekommen ist, und dem jungen Staatschef. „Die deutsch-französischen Beziehungen sind momentan besser als unter Merkel und François Hollande“, bemerkt Ronja Kempin. „Es herrscht die Bereitschaft, über den Tag hinaus Zukunftsvisionen gemeinsam zu entwickeln.“ Dass es solche Visionen überhaupt gibt, ist vor allem Macron zu verdanken, der direkt nach der Bundestagswahl an der Sorbonne seine Reformagenda für Europa vorgestellt hatte. Lange musste er danach warten, bis Deutschland auf seine Vorschläge reagierte. Erst zog sich die Regierungsbildung hin, dann beherrschte der Koalitionsstreit die politische Tagesordnung. Im Juni einigte man sich in Meseberg schließlich auf gemeinsame Projekte, doch nach wie vor herrscht Unsicherheit, was davon auch umgesetzt werden kann. Von einer „großen verpassten Gelegenheit“ für Merkel und Macron schrieb die Zeitung „Le Monde“.

Mit dem Rückzug von Merkel als CDU-Chefin droht der Präsident seine wichtigste Verbündete zu verlieren. Angesichts des Aufstiegs rechter Kräfte in Deutschland und Europa habe die Entscheidung „nichts Beruhigendes“, sagte Macron. „Die Ankündigung des schrittweisen Rückzugs der Kanzlerin ist ein schwerer Schlag für das deutsch-französische Paar und die Europäische Union“, kommentierte auch die Zeitung „Le Figaro“. Allerdings könnte sich durch den Wechsel auch eine Chance für Frankreich ergeben. „Wenn die Pro-Europäerin Annegret Kramp-Karrenbauer CDU-Parteichefin wird, ist das sicher eine gute Nachricht für Frankreich“, sagte der Leiter der Robert Schuman-Stiftung, Jean-Dominique Guilianni, im „Figaro“. Das viel beschworene deutsch-französische Duo dürfte selbst nach einem Wechsel im Kanzleramt weiter funktionieren. „Die deutsch-französischen Beziehungen sind so solide und gut, dass jeder, der ins Amt kommt, sich ihnen verschreiben wird“, bemerkt Kempin.

Lifting für Elysée-Vertrag Grundlage für das gute Verhältnis der beiden einstigen „Erbeinde“ ist der Elysée-Vertrag aus dem Jahr 1963, der im nächsten Jahr eine Art Lifting erfahren soll. Das Abkommen, das Charles de Gaulle und Konrad Adenauer vereinbarten, soll um einen neuen Partnerschaftsvertrag ergänzt werden. Das kündigten Merkel und Macron zum 55. Jahrestag der Unterzeichnung in einem gemeinsamen Video an, das in jenem Saal im Elysée-Palast aufgenommen wurde, in dem ihre Vorgänger einst das historische Dokument unterzeichneten. Ziel ist es, den Grenzregionen

mehr Zuständigkeiten zu geben und im Bereich der beruflichen Bildung enger zusammenzuarbeiten. Beide wollen gemeinsame Infrastrukturprojekte voranbringen, durch mehr Austauschmöglichkeiten soll die Sprache des Partnerlandes für Schüler wieder attraktiver werden. Ergänzt werden soll der neue Vertrag durch eine konkrete Liste von gemeinsamen Projekten. „Deutschland und Frankreich sind nach der Phase der notwendigen Aussöhnung in die Phase der Partnerschaft getreten“, sagt Kempin. „Das muss sich in dem Dokument widerspiegeln.“ Das neue Abkommen sei deshalb ein starkes Signal und mehr als nur Symbolik. Parallel zum neuen Text verstärken auch Bundestag und Nationalversammlung ihre Zusammenarbeit. Mitte November legten Delegationen beider Länder in Paris das Deutsch-Französische Parlamentsabkommen vor, das die Kooperation auf parlamentarischer Ebene institutionalisieren soll. Kernstück ist die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung, die aus 50 Bundestagsabgeordneten und 50 Mitgliedern der französischen Nationalversammlung besteht und künftig abwechselnd in Deutschland und Frankreich tagen soll. Sie soll insbesondere in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik größtmögliche Übereinstimmung erzielen. Allerdings hat sie keine gesetzgeberischen Befugnisse, sondern soll eher als Katalysator wirken.

»Es herrscht die Bereitschaft Zukunftsvisionen zu entwickeln.«

Ronja Kempin, Stiftung Wissenschaft und Politik

Das Parlamentsabkommen soll am 22. Januar in Bundestag und Nationalversammlung feierlich verabschiedet werden. Gleichzeitig wollen beide das deutsch-französische Freundschaftsabkommen ratifizieren – pünktlich zum 56. Jahrestag des alten Elysée-Vertrags. Christine Longin

»Starke Stimme« „Wir müssen die deutsch-französischen Beziehungen stärken, sie auf eine neue, ehrgeizigere Ebene heben“, forderte die Ko-Vorsitzende der deutsch-französischen Arbeitsgruppe, Sabine Thillaye. „Entwickeln wir eine gemeinsame Streitkultur, die es uns ermöglicht, uns gegenseitig zu ergänzen, insbesondere hinsichtlich der heikelsten Themen.“ Ihr deutscher Kollege Andreas Jung (CDU) erklärte: „Die deutsch-französische Partnerschaft ist mehr als ein Regierungsvertrag. Sie wird getragen von den Menschen, und die Volksvertreter beider Länder können ihnen gemeinsam eine starke Stimme in der konkreten Gestaltung der Zusammenarbeit geben.“

Das Parlamentsabkommen soll am 22. Januar in Bundestag und Nationalversammlung feierlich verabschiedet werden. Gleichzeitig wollen beide das deutsch-französische Freundschaftsabkommen ratifizieren – pünktlich zum 56. Jahrestag des alten Elysée-Vertrags. Christine Longin

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Paris.



Abgeordnete von Bundestag und Assemblée nationale in Paris bei der Übergabe des Deutsch-Französischen Parlamentsabkommens. Beide wollen in Zukunft noch enger zusammenarbeiten.

© Assemblée nationale

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Protagonisten des Wandels: Staatspräsident Armen Sarkissjan (links), Premierminister Nikol Paschinjan (Mitte, hier als Demonstrationsführer bei den friedlichen Protesten im Frühjahr) und die Schülerin Mariam Nasarjan (rechts). © Thomas Franke/picture-alliance/AsaturYesayants/Sputnik/dpa

Land im Umbruch

ARMENIEN Die alten Eliten haben ausgedient, bei der Wahl am 9. Dezember dürften reformorientierte Demokraten siegen

In Eriwan herrschen erfrischende Töne. „Könnten Sie bitte Ihre Kravatte abnehmen? Sonst müsste ich mir auch eine umbinden.“ Das sagt nicht irgendjemand. Der Herr, der keinen Schlips tragen möchte, ist Armen Sarkissjan, der Staatspräsident Armeniens. In vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion thronen Politiker hinter einem mächtigen Schreibtisch, während die Reporter davor an einer Art Beistellisch Platz nehmen dürfen. Anders Sarkissjan. Er lädt zum Interview in die Präsidentenwohnung und setzt sich mit dem Gast über Eck. Es ist nicht der einzige Bruch mit sowjetischen Traditionen. Armenien hat im Frühjahr einen friedlichen Machtwechsel erlebt. Hunderttausende demonstrierten damals gegen die alten Machthaber. Sarkissjan, noch von den alten Eliten ins Amt geholt und als Staatsoberhaupt vor allem mit repräsentativen Pflichten betraut, warb in jenen Tagen für einen Dialog. „Wir haben gelernt, dass es Probleme gibt, die wichtiger sind als politische Macht“, sagt er rückblickend. Es gelte, „den Negativismus, die Korruption“ zu bekämpfen.

Die Veränderungen in Armenien tragen einen Namen: Nikol Paschinjan, 43 Jahre alt. Auch er legt wenig Wert auf Konventionen. In Camouflage und mit Schirmmütze führte er die Demonstranten an. So brachte er es zum Premierminister. Er erhielt 59 von 105 Abgeordnetenstimmen, dabei verfügte seine Fraktion „Yelk“ seit der Wahl 2017 nur über neun Mandate. Abgeordnete der alten Parteien schwenkten unter dem Druck der Massen um. Ein gutes halbes Jahr später will Paschinjan seiner Regierung die nötige Legitimation verschaffen. Für den 9. Dezember sind vorgezogene Parlamentswahlen angesetzt. Elf Parteien stellen sich zur Wahl, alle Umfragen gehen davon aus, dass Paschinjans Bündnis „Mein Schritt“ einen Erdrutschsieg erlangen wird. Bereits bei der Wahl zum Stadtrat von Eriwan Ende September hatte seine Allianz 81 Prozent der Stimmen erhalten. In der Hauptstadt lebt etwa ein Drittel der Bevölkerung Armeniens. Das Bündnis besteht aus mehreren kleineren Parteien und Aktivisten, die sich als pragmatisch und postideologisch bezeichnen. Was sie einst, ist die Opposition gegen die alten korrupten Eliten.

Armenien zählt zu den ärmsten Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Seit 1999 hatte die „Republikanische Partei Armeniens“ das Land fest im Griff. An der Spitze stand viele Jahre Sersch Sargsjan. Die Wirtschaft lag unter ihm in den Händen weniger. Monopole, unter anderem auf Zucker, verhinderten Investitionen und Wettbewerb. Seit Jahrzehnten lähmt zudem der Konflikt mit Aserbaidschan um die überwiegend armenisch bewohnte Enklave Berg-Karabach das Land, die Grenze zur Türkei ist geschlossen. Gerade junge Menschen verließen das Land. Allein in Russland leben mehr als eine Million armenische Gastarbeiter. Die politische Wende hat Hoffnung gegeben. „Lange dachte ich, dass wir hier nichts verändern können und hier nicht hingehören“, erzählt die Schülerin Mariam Nasarjan. „Ich dachte, dass ich das Land verlassen muss.“ Die 17-jährige hat ihre Haare lila gefärbt und trägt einen Ring mit dem Venussymbol der feministischen Bewegung am Finger. Im Frühjahr demonstrierte auch sie für Paschinjan. Nun will sie bleiben und Sprachen studieren. Der Soziologe Armen Rhasarjan, Dozent an der US-amerikanischen Universität in Eriwan, spricht von einem Rückgang der Emigration um

mehr als 25 Prozent in den ersten Wochen nach dem Machtwechsel. Die Abgeordnete Lena Nasarjan hatte schon vorher versucht, etwas im Land zu verändern statt auszuwandern. Die 35-jährige hat als investigative Journalistin gearbeitet, Fälle von Korruption aufgedeckt. Oft blieben ihre Recherchen ohne Erfolg. „Ich habe sechs Monate versucht, Informationen über eine Stiftung zu bekommen, die Geld für die Stadt sammelt.“ Im Sommer stellte sie erste Veränderungen im Kampf gegen die Korruption fest: „Der Direktor der Stiftung wurde jetzt verhaftet.“ Premierminister Paschinjan sprach kürzlich von umgerechnet rund 22 Millionen US-Dollar gestohlener Staatsgelder, die dank Ermittlungen in die Staatskasse zurückgeholt worden seien. Zudem liefen derzeit Strafverfahren wegen Aneignung und Missbrauchs öffentlicher Gelder im Wert von 64 Milliarden US-Dollar. Das sei erst ein Anfang, verspricht Paschinjan. Die ehemals regierenden Republikaner geben sich angesichts von Paschinjans Popularität bescheiden. Spitzenkandidat Vigen Sargsjan, Zögling von Ex-Präsident Sersch Sargsjan, aber nicht mit ihm verwandt und bis zum Frühjahr Verteidigungsminister, räumte kürzlich ein, auch er rechne mit

dem Wahlsieg Paschinjans. Seine Partei wolle stärkste Oppositionspartei werden. Die Republikaner haben allerdings stark an Vertrauen eingebüßt. Derzeit schüren sie Angst vor „westlicher Dekadenz“ und Homosexuellen. Auch ihr alter Verbündeter, die Partei „Blühendes Armenien“ des Oligarchen Gagik Tsarukjan, hat dieses Mal kaum Chancen. „Ich glaube, die Vertreter des alten Systems erkennen und verstehen, dass ihre Zeit vorbei ist“, betont Mher Grigorjan, stellvertretender Regierungschef und Wirtschaftsminister. Es werde jedoch schwierig, genug erfahrenes und unbelastetes Personal zu finden. Grigorjan spricht von einem „totalen Umbruch der Gesellschaft“. Er hat einen gut bezahlten Posten in der Finanzbranche aufgegeben, um die Reformen in Armenien zu unterstützen. Während innenpolitisch große Veränderungen anstehen, will Paschinjan die Außenpolitik seiner Vorgänger fortsetzen. Zwar hat Armenien Ende vergangenen Jahres ein Abkommen für eine vertiefte Partnerschaft mit der EU unterzeichnet. Doch die Abhängigkeit von Russland ist groß und vielfältig. So ist Armenien Mitglied in

der von Russland und Kasachstan initiierten Eurasischen Wirtschaftsunion und in der OVKS, einem Militärbündnis mit Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Es bezieht Erdgas aus Russland. Dessen Verkauf innerhalb des Landes liegt in den Händen von „Gazprom Armenia“, einer Tochtergesellschaft des russischen Staatskonzerns. Auch mehrere Wasser- und Wärmekraftwerke in Armenien, ein Mobilfunkanbieter und ein großer Versicherer gehören russischen Staatskonzernen. Mehrere tausend russische Soldaten sind dauerhaft in Armenien stationiert, sie sichern die Grenze zur Türkei und dienen als Sicherheitsgarant im Konflikt mit Aserbaidschan. Paschinjan traf sich noch während der Proteste mit dem russischen Botschafter in Eriwan, und auch mit Russlands Präsident Wladimir Putin. Das scheint zu wirken. Anders als in Georgien oder der Ukraine hat Russland den Reformprozess in Armenien bisher nicht offen behindert. Präsident Sarkissjan vermeidet es auch, sich geostrategisch festzulegen. „Ich bin weder prowestlich noch proöstlich“, betont er im Interview. „Ich bin proarmenisch, und ich muss sicherstellen, dass meine Nation und die Entscheidungen, die sie trifft, respektiert werden.“

Thomas Franke | Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent mit Schwerpunkt Russland und ehemalige Sowjetrepubliken.

»Wir haben gelernt, dass es Probleme gibt, die wichtiger sind als Macht.«

Armen Sarkissjan, Staatspräsident

»Lange dachte ich, dass wir hier nichts verändern können.«

Mariam Nasarjan, Studentin

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Das Web-Adressbuch für Deutschland 2019

Die 5.000 besten Web-Seiten aus dem Internet!

„Das bessere Google.“
AUGSBURGER ALLGEMEINE

„Eine Alternative für alle, die von Google-Suchergebnissen frustriert sind.“
COMPUTER BILD

„Alle Seiten sind gut sortiert und qualitätsgeprüft. Das kann die Suchmaschine so nicht bieten.“
FRANKFURTER NEUE PRESSE

„Das besondere an den Web-Adressen ist, dass es oft solche sind, die man bei Google nicht ganz oben auf der ersten Seite der Suchergebnisse findet.“
BILD.de

„Unverzichtbares Standardwerk.“
MÜNCHNER MERKUR

„Jeder findet darin garantiert Websites, die er noch nicht kannte.“
STUTTGARTER ZEITUNG

„Das Web-Adressbuch ist inzwischen zum Standardwerk geworden und sollte seinen Platz neben dem Duden und dem Lexikon finden.“
BERLINER MORGENPOST

„Wer sich durch die Themengebiete treiben lässt, der findet immer neue gut gemachte Web-Seiten, die Google & Co. nicht als Treffer anzeigen.“
BAYERN 3

„Die Alternative zu Google & Co.“
HAMBURGER ABENDBLATT

„An die Vorauswahl der Redaktion kommen die Algorithmen von Google & Co. nicht ran.“
PC MAGAZIN

„Für viele dürfte das Buch für eine überraschende Erkenntnis sorgen: Google ist nicht allwissend!“
OFFENBURGER TAGEBLATT

„Bewiesen wird erneut, dass Google nicht alles kennt und dass die gezielte Suche auf bedrucktem Papier schneller zum Ergebnis führen kann, als das Durchprobieren im Treffer-Wust von Suchmaschinen.“
THÜRINGISCHE LANDESZEITUNG

Weitere Informationen: www.web-adressbuch.de

608 Seiten • Viele farbige Abbildungen • Überall im Buchhandel erhältlich • 22. Auflage • ISBN 978-3-934517-52-3 • € 19,95 **m.w. VERLAG**

Die Wohnbauoffensive der Bundesregierung steht an einem Abschnitt vor dem Scheitern – jedenfalls nach Ansicht von Sachverständigen. Eine geplante Sonderabschreibung für die Errichtung privater Mietwohnungen, die auch für den Ausbau von Dachgeschossen gelten soll, wird möglicherweise wirkungslos verpuffen. So bezweifelte Claus Michelsen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in der vergangenen Woche in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses, dass die Maßnahme in den Gebieten für zusätzliche Neubauinvestitionen sorgen werde, wo sie nachgefragt werden. Außerdem bezweifelte er, dass Wohnraum zu bezahlbaren Mieten geschaffen werden könne. Zu befürchten seien hingegen hohe Mitnahmeeffekte, weiter steigende Bau- und Immobilienpreise sowie räumliche Fehlentwicklungen. Auch der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA), ein Dachverband von Immobilienverbänden, warnte in der Anhörung davor, in Zeiten einer konjunkturellen Hochphase zum Mittel der zeitlich begrenzten Sonderabschreibung zu greifen. Dies könne zu weiter steigenden Baupreisen führen. Besser seien längerfristige Maßnahmen.

Abschreibung befristet Der von der Regierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus (19/4949, 19/5417) sieht die Einführung einer bis Ende des Jahres 2021 befristeten Sonderabschreibung in Höhe von fünf Prozent pro Jahr vor. Die Sonderabschreibung soll zusätzlich zu bestehenden linearen Abschreibung gewährt werden. Die Kosten werden von der Regierung für das Jahr 2020 mit fünf Millionen Euro, für 2021 mit 95 Millionen Euro und für 2022 mit 310 Millionen Euro angegeben. Voraussetzung für die Sonderabschreibung ist, dass die Anschaffungs- oder Herstellungskosten 3.000 Euro je Quadratmeter Wohnfläche nicht übersteigen, um den Bau bezahlbarer Mietwohnungen anzuregen. Außerdem muss die Wohnung im Jahr der Herstellung und in den folgenden neun Jahren der entgeltlichen Überlassung zu Wohnzwecken dienen. Ziel der Maßnahme sei, möglichst zeitnah private Investoren zum Neubau von Mietwohnungen anzuregen, wird in der Begründung des Gesetzentwurfs erläutert. Gefördert würden mit der Sonderabschreibung aber auch Maßnahmen zur Schaffung neuer Wohnungen in bestehenden Gebäuden.

DIW-Experte Michelsen hält es für unwahrscheinlich, dass gerade in Städten mit großer Wohnraumknappheit „die Förderung zusätzlichen Neubaus auf ungebauten Flächen anreizt“. Ein Impuls könne allenfalls von der Förderung von Bestandsmaßnahmen ausgehen. So seien die Potenziale der Nachverdichtung noch nicht ausgeschöpft. Aus anderen Gründen üben Verbände wie „Haus und Grund“ Kritik an den Regierungsplänen. Die Höhe der Abschreibung sei im Hinblick auf das verfolgte Ziel der Wohnraumschaffung angesichts der weiter steigenden Baukosten unzureichend. Praxisfern sei auch die Begrenzung der Anschaffungs- und Herstellungskosten auf maximal 3.000 Euro pro Quadratmeter, kritisierten auch ZIA und andere Sachverständige. Weitaus effektiver ist es nach Ansicht von Haus und Grund, die lineare Abschreibung von derzeit zwei Prozent zu erhöhen. Auch der Bundesverband deutscher Immobilien- und Wohnungsunternehmen (GDW) forderte die Anhebung der linearen Abschreibung auf drei Prozent. Sonderabschreibungen wie sie die Regierung vorschläge würden nur einen kurzfristigen Effekt bieten und die Gefahr bergen, „in der



1,5 Millionen Wohnungen sollen geschaffen werden. Dazu müssen auch Dachgeschosse ausgebaut werden.

© picture-alliance/dpa

Kein Impuls

BAUFÖRDERUNG Die von der Bundesregierung geplante Sonderabschreibung droht laut Experten zu verpuffen

ohnenin völlig überhitzten Baukonjunktur zu verpuffen“. Notwendig seien Signale, die auch das Baugewerbe motivieren würden, die Kapazitäten dauerhaft zu erweitern. Der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) kritisierte unter anderem die von der Regierung geplante Kostenobergrenze. Es gebe angesichts zunehmender Singularisierung einen wachsenden Bedarf an kleinen Wohnungen. Kleine Wohnungen zu bauen bedeute einen höheren Aufwand wegen des kostenintensiven technischen Ausbaus – zum Beispiel für Badezimmer. Gerade hier könnte ein Hebel zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsbaus liegen, indem die förderfähige Fläche je Wohneinheit begrenzt werde, so der BFW. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft verwiesen in einer gemeinsamen Stellungnahme auf stark gestiegene Baukosten und die deutlich gestiegene Grunderwerbsteuer, die die Schaffung günstigen Wohnraums erschweren

würden. Der Mangel an günstigem Bauland und die langen Genehmigungsverfahren seien zudem große Investitionshemmnisse. Die gute Auslastung des Baugewerbes und der Fachkräftemangel würden es den Betrieben erschweren, zusätzliche Kapazitäten aufzubauen. Daher, so betonte der Zentralverband des deutschen Handwerks, werde das Gesetz nicht die gewünschten Effekte haben. Auch für die UTB Projektmanagement GmbH wird das Ziel des Gesetzes wegen fehlender Kapazitäten der Bauwirtschaft nicht erreicht werden. Der Deutsche Mieterbund vermisste eine Mietobergrenze in dem Entwurf. „Damit kann nicht sichergestellt werden, dass die steuerlich geförderten Mietwohnungen nach Fertigstellung tatsächlich im bezahlbaren Mietsegment angeboten werden.“ Die „zwingend notwendige“ Mietobergrenze könne sich an der ortsüblichen Vergleichsmiete orientieren. Die Industrieergenschaft Bauen-Agrar-Umwelt erklärte in ihrer Stellungnahme, die für die Sonder-

abschreibung vorgeschriebenen Mittel sollten besser für die direkte Förderung der Schaffung von Sozialwohnungen eingesetzt werden. Laut Bundesrechnungshof ist die Neuregelung für die Finanzämter nur schwer nachvollziehbar und werde mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden sein. Professor Frank Hechtner (Technische Universität Kaiserslautern) erklärte, von Sonderabschreibungen könnten grundsätzlich konjunkturelle Impulse ausgehen. In der aktuellen Situation erwarte er das von dieser geplanten Maßnahme jedoch nicht. Infolge der Niedrigzinsphase würden ohnehin bereits ökonomische Anreize bestehen, Investitionen in Neubauten für Wohnzwecke vorzunehmen. Auch der Bundesrat hatte Kritik an dem Entwurf geübt und wie der Mieterbund auf eine Mietobergrenze gedrungen, um die Miethöhe für zehn Jahre nach der Anschaffung auf ein bezahlbares Niveau zu begrenzen. **Hans-Jürgen Leersch** ||

Etwas Licht und ganz viel Schatten

ENERGIEWENDE Experten äußern sich zu Gesetzespaket

Was die im Entwurf des Energiesammelgesetzes (19/5523) vorgesehenen Sonderabschreibungen für Solar- und Windenergieanlagen sowie Vergütungskürzungen bei Solarstrom für die betroffenen Unternehmen bedeuten, wollte der Wirtschaftsausschuss in einer öffentlichen Anhörung wissen. Mit dem Entwurf der Koalition aus CDU, CSU und SPD sollen das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, das Energiewirtschaftsgesetz und weitere energierechtliche Vorschriften geändert werden, um die Energiewende voranzubringen.

Von den eingeladenen Sachverständigen kam eine Vielzahl von Einwänden und Verbesserungsvorschlägen zu den geplanten Änderungen am Energierecht. Themen waren auch die weitere Ausgestaltung des Übergangs von der konventionellen zur regenerativen Stromerzeugung und damit verbundene Fragen der Versorgungssicherheit. Sebastian Bolay vom Deutschen

Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sagte auf eine Frage von Joachim Pfeiffer (CDU), die Sonderabschreibungen ändern nichts an den grundlegenden Rahmenbedingungen. Im Bereich „Wind an Land“ werde es weiter die meisten Zuschläge im Norden und im Osten geben, was sich verschärfend auf die Netzengpässe auswirken wird. Was die damit verbundenen Kosten betreffe, würden diese in jedem Fall „nicht ganz unerheblich“ sein und insgesamt in Richtung 250 Millionen Euro gehen, zulasten besonders der energieintensiven Industrie.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sieht die derzeitige Wettbewerbssituation bei den Ausschreibungen bei „Onshore Wind“ sehr kritisch, sagte BDEW-Experte Stefan Kapferer. Dringend gebraucht werde ein höheres Angebot, zugleich müsse man darüber reden, was bei unzureichenden Mengen passiert.

Neue juristische Herausforderungen und eine stärkere Bürokratiebelastung könne er in dem Entwurf nicht erkennen, sagte Bolay auf eine Frage von Steffen Kotré (AfD). Er sei ein guter Schritt in die richtige Richtung. Henry Bormann vom Verband Die Familienunternehmer schloss sich Bolay an. Grundsätzlich gehe der Entwurf zwar „nicht in die Richtung, die wir uns vorstellen“, aber klar sei, dass man etwas tun müsse. Auf eine Frage von Martin Neumann (FDP) sagte Bormann, die Familienunternehmen seien von der Energiewende unterschiedlich betroffen, am stärksten treffe es den industriellen Kern. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sei als Instrument eine große Belastung und werde „sehr kritisch“ gesehen. Bernd Westphal (SPD) wollte vom Vertreter des Bundesverbands Solarwirtschaft (BSW-Solar), Carsten Körnig, wissen, wie sich das Ziel, den Ausbau der regenerativen Energie zu fördern, mit der im Entwurf vorgesehenen Kürzung der Vergütung für Strom von Photovoltaik-Dachanlagen ver-

trägt. Körnig zufolge kommen diese „sehr überraschend“, seien nicht nachvollziehbar und würden in der Branche großen Schaden anrichten. Angesichts der Vorlaufzeiten bei Projektplanungen für Solaranlagen handele es sich zudem um einen Eingriff in den Vertrauensschutz. Die Kürzungen würden 50 Prozent des gegenwärtigen Solarstromes treffen, der Jahre gebraucht habe, um sich von den letzten Einschnitten zu erholen. Zudem habe er den Eindruck, dass beihilferechtliche Spielräume nicht genutzt werden und die Eingangsparameter für die Berechnung der Vergütung nicht aktuell sind.

Wie Körnig zeigte sich auch Michael Wübbels vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU) unzufrieden mit den „gravierenden“ Kürzungen bei Photovoltaik-Dachanlagen. Diese wirkten sich auf Mieterstromprojekte aus, mit dem Ergebnis, dass eine Vielzahl von Projekten wegen fehlender Wirtschaft-

lichkeit nicht realisiert würden. Der VKU schlage deshalb vor, den Mieterstrom aus dieser Kürzung mindestens herauszunehmen.

Carsten Pfeiffer vom Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) begrüßte die im Entwurf geplanten Sonderabschreibungen. Auf die Frage von Lorenz Gösta Beutin (Die Linke), ob er Deutschland damit auf dem Pfad zum 65-Prozent-Ziel bis 2030 sehe, sagte Pfeiffer, die von der Bundesregierung ausgegebene Zielmarke für den Öko-Anteil am Strommarkt würde allein damit auf keinen Fall erreicht werden. Würde das Gesetz ohne Korrekturen umgesetzt, lande man 2030 bei einem Anteil von 47 bis 55 Prozent. Durch die Befristung gebe es allerdings keine ausreichende Planungssicherheit für die Unternehmen, so Pfeiffer weiter.

Um den 65-Prozent-Anteil und die Klimaziele der Bundesregierung ging es auch in einer Frage von Julia Verlinden (Bündnis 90/Die Grünen) an Patrick Graichen von der Initiative Agora Energiewende. Sie wollte unter anderem wissen, welche Nettoausbauzahlen für die einzelnen Technologien notwendig wären, um diese Ziele zu erreichen. Graichen bemängelte das Fehlen des 65-Prozent-Ziels im Entwurf. Es werde aber ge-

braucht, damit sowohl auf der erneuerbaren als auch auf der fossilen Seite Klarheit herrscht. Für notwendig hält er 20 Gigawatt bei Offshore und vier bis fünf Gigawatt jährliche Zubauemengen bei Onshore und Photovoltaik. Der Energieexperte Harald Schwarz von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) bekräftigte, dass eine regenerative Vollversorgung der Stromnachfrage, ausschließlich abgestützt auf Photovoltaik und Windenergie, niemals eine zuverlässige Stromversorgung ermöglichen wird. Er plädiert daher dafür, den Fokus der Förderung auf die „bislang sträflich vernachlässigten“ Aspekte der Systemintegration zu legen. **Michael Wojtek** ||

»Die Richtung stimmt nicht, aber es ist klar, dass man etwas tun muss.«

Henry Bormann, Die Familienunternehmer e.V.

»Die Kürzungen bei Photovoltaik sind nicht nachvollziehbar.«

Carsten Körnig, Bundesverband Solarwirtschaft

Behördenprofis statt »Schlapphütträger«

KONTROLLGRIEMUM Chefs der Nachrichtendienste stehen Parlamentariern in öffentlicher Anhörung Rede und Antwort

Eigentlich arbeiten Geheimdienste, wie schon ihr Name sagt, geheim, also im Verborgenen. Das gilt normalerweise auch für die Nachrichtendienste des Bundes, also den Bundesnachrichtendienst (BND) sowie die Bundesämter für Verfassungsschutz (BfV) und für den militärischen Abschirmdienst (MAD). Einmal im Jahr freilich herrscht diesbezüglich Ausnahmezustand: Dann stehen die Präsidenten der drei Dienste dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) des Bundestages in einer öffentlichen Anhörung Rede und Antwort.

Kein Schlapphütträger In diesem November war es wieder so weit, nach der Premiere im vergangenen Jahr „erst zum zweiten Mal überhaupt in der Geschichte des Deutschen Bundestages“, wie der PKGr-Vorsitzende Armin Schuster (CDU) hervorhob. Festgeschrieben hatte der Bundestag die jährliche Veranstaltung im 2016 verabschiedeten Gesetz „zur weiteren Fortentwicklung der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes“. Ziel ist es Schuster zufolge, „ein bisschen zur Entmystifizierung“ beizutragen und zu zeigen, dass die Präsidenten der drei Dienste „keine Schlapphütträger sind“, sondern „ganz normale Behördenprofis“. Für einen davon war es in diesem Jahr eine Premiere: Erst einen Tag zuvor war der

neue BfV-Präsident Thomas Haldenwang in sein Amt eingeführt worden, nachdem sein Vorgänger Hans-Georg Maaßen in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde. Mehr als fünf Jahre war Haldenwang dessen Stellvertreter; jetzt ließ er schon in seinem Eingangsstatement eigene Akzente erkennen, als er die Ausschreitungen in Chemnitz Ende August als Beispiel nannte, wie die sozialen Medien für Meinungsmache und Manipulation genutzt werden können. Hatte Maaßen im September noch öffentlich die Authentizität eines von „Antifa-Zeckenbiss“ im Internet mit der Überschrift „Menschenjagd in Chemnitz“ verbreiteten Videos im Zweifel gezogen, verwies Haldenwang nun auf Behauptungen, der in Chemnitz getötete Mann habe eine Frau vor sexuellen Übergriffen von Migranten schützen wollen. Belege für diese Darstellung gebe es „nach wie vor keine“, doch habe sie „die ganze Emotion losgetreten“ und sei Ausgangspunkt für die weiteren Entwicklungen in der Stadt gewesen. Überhaupt spielen die sozialen Medien für die Entwicklung des Extremismus laut Haldenwang in allen Bereichen eine besondere Rolle, können sie doch „sowohl als Aufpöschmittel als auch als Tatort fungieren“. Auch die Linksextremisten steigerten durch soziale Netzwerke und digitale Plattformen ihre Organisations- und Kampagnenfähig-

keit, gleiches lasse sich über den Ausländerextremismus sagen, resümierte Haldenwang. Als größte Gefahr für die Sicherheit in Deutschland bewertete er dabei – wie schon Maaßen bei der Anhörung im Vorjahr – den islamistischen Terrorismus. Zugleich warnte er vor einer anhaltend hohen Gewaltbereitschaft im Rechtsextremismus und versicherte, „die mögliche Herausbildung rechtsterroristischer Strukturen fest auf dem Radar“ zu behalten.

Für BND-Präsident Bruno Kahl ist die „im In- wie im Ausland zunehmenden Attraktivität autoritär-populistischer Politikstile“, eine Herausforderung für alle drei Nachrichtendienste des Bundes. Man beobachte Versuche autoritärer Staaten, „westliche, offene Gesellschaften und Marktwirtschaften mit illegitimen Instrumenten zu beeinflussen“. Die ideologische Konfrontation verlaufe heute zwischen Demokratien einerseits und „aufstrebenden, autoritären Ge-

sellschaftsmodellen andererseits“. Auch diesen Systemkonflikt habe der BND im Blick, um den freiheitlichen Rechtsstaat zu schützen, unterstrich Kahl. Dabei sah er einen strategischen Vorteil der Nachrichtendienste des Bundes „gegenüber Geheimdiensten in solchen Autokratien ohne parlamentarische Kontrolle“. Die öffentliche und offene Meinungsbildung nämlich sei Voraussetzung dafür, dass die Sicherheitsbehörden „ein nachhaltiges Mandat der Gesellschaft bekommen“, um drohende Gefahren aufzuklären und abzuwehren. Nur damit könne den Risiken „im gesellschaftlichen Schulterschluss“ entgegen gewirkt werden: „Wir brauchen Vertrauen im Inland, um im Ausland vertraulich agieren zu können“, sagte der Präsident des deutschen Auslandsnachrichtendienstes und fügte hinzu: „Wir verdienen Vertrauen, müssen uns dieses Vertrauen aber auch verdienen.“

Mehr Rechtsextreme „Deutlich mehr“ mit Personen aus dem rechts- als aus dem linksextremistischen Spektrum hat es der Militärische Abschirmdienst zu tun, wie MAD-Präsident Christof Gramm ausführte. Nach seinen Worten schaltet sich der MAD immer dann ein, wenn Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen von Bundeswehr-Angehörigen vorliegen. Dabei spiele

der Linksextremismus innerhalb der Bundeswehr „eine zu vernachlässigende Rolle“. Anders sehe das bei Islamismus und Ausländerextremismus aus. Hier hätten sich die Fallzahlen nach deutlichem Anstieg in den zurückliegenden Jahren nun stabilisiert, ohne dass sich eine Entspannung abzeichne. Gramm verwies darauf, dass die „Ausweitung gesellschaftlicher Vielfalt“ auch extremistische Bereichen nicht ausnehme. Noch vor einigen Jahren sei die Identifizierung etwa von Rechtsextremisten vergleichsweise einfach gewesen, während es heute deutlich schwieriger sei, eine klare „Trennlinie zwischen meinungsstark und extremistisch“ zu ziehen. Auch beim Islamismus sei die klare Grenzziehung „nicht immer einfach“. Gramm zufolge liegt die Zahl der Extremisten in der Bundeswehr im langjährigen Mittel seit Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 „im oberen einstelligen Bereich“. Politisch motivierte Gewaltbereitschaft spiele in der Bundeswehr derzeit keine Rolle. **Helmut Stoltenberg** ||



Die Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes sowie der Bundesämter für Verfassungsschutz und für den militärischen Abschirmdienst, Bruno Kahl, Thomas Haldenwang, und Christof Gramm (v.l.n.r.), bei der Anhörung im Bundestag

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Es bleibt in der Familie

Das es Eltern mit ihrem Nachwuchs nicht leicht haben, weiß jeder, der mal Eltern über ihren Nachwuchs befragt beziehungsweise, sich von Eltern über ihren Nachwuchs hat vollquatschen lassen, denn so sind Eltern halt – sie meckern. Mal sind es schulische Probleme, mal passen elterliche Vorstellung und Nachwuchs-Lebensplanung nicht zusammen, mal wirft einem der eigene Sohn vor, seine Entführung auf die von den Russen annektierte Halbinsel Krim veranlasst zu haben, um Ermittlungen zu einem möglichen EU-Subventionsbeitrag zu behindern. Man kennt das. Zumindest wenn man Andrej Babiš heißt und tschechischer Ministerpräsident ist. Babiš' Sohn, der in dem Subventions-Skandal sowohl Beschuldiger als auch Zeuge ist, meldete sich jüngst aus der Schweiz und erhob via Medien schwere Vorwürfe gegen seinen Vater. Babiš wiederum warf den Medien vor, seinen angeblich psychisch kranken Sohn vorzuführen. Die ganze Geschichte sei Quatsch. Das wiederum sah die Opposition in Prag anders, strengte ein Misstrauensvotum an, verlor aber, weil Kommunisten und Sozialdemokraten zu ihrem Koalitionspartner hielten. Quasi wie in einer Familie. Aber Babiš ist nicht der einzige Politiker, der sich gerade Sorgen um den Nachwuchs machen muss. In den USA hat Präsident Donald Trump Ärger mit seiner Tochter Ivanka. Die hat nämlich dienstliche E-Mails, natürlich als Beraterin des Präsidenten, regelwrig von ihrem privaten Account verschickt. Ein Lapsus, möchte man fast meinen. Doof nur, dass in Donalds Wahlkampf einst genau ein solcher Lapsus von Hillary Clinton eine bedeutende Rolle spielte. *Sören Christian Reimer*

VOR 45 JAHREN...

Spazieren auf der Autobahn

25.11.1973: Erstes Sonntagsfahrverbot wegen der Ölkrise. Dieser Tage ist „Fahrverbot“ das Reizwort schlechthin für Autofahrer. Gelassen nahmen die Bundesbürger dagegen am 25. November 1973 das erste bundesweite Fahrverbot für alle Pkw und Lkw hin. Allerdings hatte es einen anderen Hintergrund – gewissermaßen wurde der Jom-Kippur-Krieg zwischen mehreren arabischen



„Durchfahrt nur mit Sondergenehmigung“, hieß es 1973 auf Autobahnen.

Staaten und Israel auf deutsche Straßen getragen: Um Druck auf den Westen, der Israel unterstützte, auszuüben, hatte die Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC) im Oktober 1973 beschlossen, den Rohölpreis um 70 Prozent zu erhöhen und ihren Export zu drosseln. Die Bundesregierung reagierte mit Sparmaßnahmen. Unter anderem wurde in Behörden weniger geheizt. Anfang November verabschiedete der Bundestag auf Initiative der rot-gelben Koalition im Eilverfahren das „Energiesicherungsgesetz“. Darin heißt es: „Die Benutzung von Motorfahrzeugen kann nach Ort, Zeit, Strecke, Geschwindigkeit und Benutzerkreis sowie Erforderlichkeit der Benutzung eingeschränkt werden.“ Auf dieser Grundlage wurde zunächst an vier Sonntagen im November und Dezember ein Sonntagsfahrverbot erlassen. Ausnahmen galten fast nur für Ärzte und die Polizei. Einige Deutsche nutzten den ersten autofreien Sonntag für Spaziergänge auf der Autobahn. Große Einsparungen brachte die Maßnahme nicht. Aber sie rüttelte die Deutschen wach und machte ihnen ihre Abhängigkeit vom Öl bewusst. Angst um den eigenen Wohlstand machte sich breit. Tatsächlich sollte die Ölkrise die Wirtschaft empfindlich treffen. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: VOLKSTRAUERTAG-GEDENKSTUNDE IM BUNDESTAG



Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hielt am diesjährigen Volkstrauertag am 18. November 2018 die Gedenkrede im Plenarsaal des Parlaments. © picture-alliance/NurPhoto

„Ein neues Kapitel für Europa“

Der Volkstrauertag hat für den Bundestag eine besondere Bedeutung: Jedes Jahr am Sonntag zwei Wochen vor dem ersten Advent gedenken Vertreter der Verfassungsorgane im Plenarsaal des Bundestages der Toten von Krieg und Gewaltherrschaft. Ins Leben gerufen wurde der Tag bereits vor knapp 100 Jahren vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Seitdem mahnt er, Versöhnung, Verständigung und Frieden unter den Menschen zu fördern und für Freiheit und Demokratie einzutreten. Ein Beispiel für eine solche Versöhnung sei das „deutsch-französische Paar“, sagte der Staatspräsident Frankreichs, Emmanuel Macron. Nur eine Woche nach dem großen Pariser Weltkriegsgedenken sprach mit Macron erstmals nach 18 Jahren wieder ein französischer Premier in der zentralen Gedenkstunde vor dem Bundestag (siehe auch Seite 9). In seiner Gedenkrede bekräftigte er die unerschütterliche Freundschaft des französischen mit dem deutschen Volk: „Indem Sie sich an diesem Volkstrauertag an Frankreich gewendet haben, haben Sie einmal mehr

bewiesen, dass Sie über die gigantischen Friedhöfe hinaus, beschlossenen haben, historische Konflikte zu überwinden und unermüdlich für den Frieden zu kämpfen“, sagte Macron. Nun sei man es all denjenigen schuldig, die in den vergangenen 70 Jahren an einem friedlichen Europa gearbeitet haben, den Mut zu finden, gemeinsam ein neues Kapitel für Europa aufzuschlagen, sagte er mit Blick auf kommende Herausforderungen. Zuvor hatte bereits Wolfgang Schneiderhan, Präsident des Volksbundes, daran erinnert, dass 17 Millionen Menschen den Ersten Weltkrieg mit ihrem Leben bezahlt haben. Allen Versuchen, „die dunklen Jahre unserer Geschichte zu relativieren“, müsse mit Nachdruck entgegengetrieben werden, betonte er. Es sei keineswegs so, dass Gedenken lähme, vielmehr treibe es die aktive Friedensarbeit voran, sagte Schneiderhan. Wie so eine aktive Friedensarbeit aussehen kann, zeigte eine Gruppe Jugendlicher, die in einem gemeinsamen Projekt die Schicksale im Ersten Weltkrieg gefallener Fußballer aufgearbeitet hatten: Sie trugen während der Zeremo-

nie auf Deutsch, Französisch und Englisch Briefe der ehemaligen Fußballer ihrer Vereine vor, die als Soldaten gefallen waren. Der Fußball habe eine völkerverbindende Kraft „denn Tränen haben keine Farbe“, sagte einer der Jugendlichen. „Im Krieg, anders als im Fußball, kann es nur Verlierer – aber keine Gewinner geben“, resümierten die Jugendlichen ihr Projekt. Bereits 1922 fand die erste offizielle Feierstunde zum Gedenken an die Kriegstoten des Ersten Weltkrieges im Reichstag statt – seitdem hängen die Flaggen an diesem Tag auf Halbmast. Damals hielt Reichspräsident Paul Löbe (SPD) eine vielbeachtete Rede, in der er – in einer feindseligen Umwelt – von Versöhnung und Verständigung sprach. 1934 bestimmten die nationalsozialistischen Machthaber den Tag zum Staatsfeiertag und benannten ihn in „Heldengedenktag“ um. Nach der Gründung der Bundesrepublik wurde der Volkstrauertag vom Volksbund erneut eingeführt und 1950 erstmals wieder im Bundestag begangen. *Lisa Brübler*

LESERPOST

Zur Ausgabe 42 vom 15. Oktober 2018, „Seitenblicke“ auf Seite 12: Mein Kompliment für die Karikatur dieser Ausgabe. Die Strategie im Umgang mit dem NOX-Problem ist tatsächlich die der Karikatur: Das Umfahren und Aussitzen in der Hoffnung, dass sich das Problem mit der Zeit verflüchtigt. Der Bußgeldbescheid gegen Audi aber erging immerhin auch aufgrund von Rechtsverstößen im Jahr 2018. Die Berichterstattung in Worten ist wert immer so, als ob die vielen Scheinaktivitäten die mediale Aufmerksamkeit wirklich wert seien. Da entspannt ein solch klarer Kommentar qua Karikatur. Bravo! *Hans-Jochen Luhmann, Wuppertal*

Zur Ausgabe 46-47 vom 12. November 2018, „Gänseblümchen-Orakel“ auf Seite 8:

Über eine Wippe als Einheitsdenkmal und deren Standort lässt sich trefflich streiten. Darüber hinaus sollte man aber nicht vergessen, dass es bereits seit 28 Jahren ein Denkmal für die Wiedervereinigung gibt, das beinahe täglich in den Nachrichtensendungen zu sehen ist: Die Rede ist von der „Fahne der Deutschen Einheit“, die auf einem Sockel vor dem Westportal des Reichstagsgebäudes angebracht wurde. Hier wurde von einer Million Menschen um Mitternacht des 2. auf den 3. Oktober 1990 in einer weltweit übertragenen Zeremonie die Wiedervereinigung Deutschlands feierlich begangen. Federführend für den Einigungsvertrag und die abschließende Veranstaltung war der damalige Bundesinnenminister und heutige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble. Auf seine Veranlassung hin wurde dann der feste Fahnenmast errichtet, der auf dem Granitsockel die Inschrift trägt: „Deutsche

Einheit – 3. Okt. 1990“. Was ich sagen will: Es gibt also schon ein würdiges und allgemein akzeptiertes Denkmal. Die Kosten damals betragen 800.000 DM. *Wighard Härdtl, Staatssekretär a.D., Bonn*

Abgesehen davon, dass Sie mit der Wahl Ihrer Überschrift den Grundsatz einer unabhängigen sachlichen Berichterstattung verlassen, zeigt das Verhalten aller bisher schon im Bundestag vertretenen Parteien eine große Geschichtsvergessenheit. Schließlich sind die politischen Veränderungen 1989/90 von den Menschen in Sachsen ausgegangen. Die Berliner sind dann nur noch auf den fahrenden Zug aufgesprungen. Der Standort des Denkmals in Berlin ist deshalb falsch. *Claus Hörrmann, Neustadt in Sachsen*

Das Parlament live erleben

In der kommenden Sitzungswoche stehen im Bundestag zahlreiche öffentliche Anhörungen zu Gesetzesentwürfen und Anträgen auf der Tagesordnung. Um einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes wird es am Montag, den 26. November ab 13 Uhr im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft gehen. Es steht ein Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD (19/5522) im Fokus des Austausches mit Sachverständigen. Mit einem Gesetzesentwurf der Bundesregierung (19/5464) zur Änderung des Sozialgesetzbuches bezüglich Beitragsanpassungen in der Pflege sowie einem Antrag der Fraktion Die Linke (19/5525) dazu wird sich der Ausschuss für Gesundheit am Montag ab 11.30 Uhr in einer Anhörung beschäftigen. Ebenfalls am Montag ab 14 Uhr wird die Enquete Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ eine Anhörung mit Vertretern der Bundesministerien für Bildung und Forschung, Arbeit und Soziales und Wirtschaft und Energie durchführen. Dabei soll es um Vorhaben und Formate der Ressorts, die im Zusammenhang mit der Arbeit der Enquete-Kommission des Bundestags stehen, gehen. Online werden diese und weitere Anhörungen teils live übertragen oder lassen sich als Aufzeichnung unter www.bundestag.de/mediathek abrufen. Die Anmeldemodalitäten für einen persönlichen Besuch können den Ausschusswebseiten entnommen werden. *lbr*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 3. Dezember.

PERSONALIA

->Peter Paterna
Bundestagsabgeordneter 1976-1994, SPD

Am 30. Oktober starb Peter Paterna im Alter von 80 Jahren. Der Lehrer aus Hamburg, SPD-Mitglied seit 1962, war stets Direktkandidat des Wahlkreises Hamburg-Eimsbüttel. Paterna arbeitete im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für Post- und Telekommunikation mit, dessen Vorsitz er von 1987 bis 1994 innehatte.

->Helga Otto
Bundestagsabgeordnete 1990-1994, SPD

Helga Otto vollendet am 28. November ihr 80. Lebensjahr. Die aus Claßnitz im Kreis Mittelsachsen stammende Ärztin schloss sich 1990 der SPD an. In jenem Jahr wurde sie dort stellvertretende Bürgermeisterin und engagierte sich von 1990 bis 2013 im Gemeinderat. Von 1994 bis 1998 war sie Kreisabgeordnete in Mittweida. Im Bundestag arbeitete Otto im Forschungsausschuss sowie im Gesundheitsausschuss mit.

->Eva Folta
Bundestagsabgeordnete 1998, SPD

Am 28. November wird Eva Folta 75 Jahre alt. Die Geschäftsführerin aus Peine trat 1965 der SPD bei und wurde 1995 Vorsitzende des dortigen Unterbezirks. Von 1986 bis 2016 gehörte sie auch dem Kreistag an. Anfang 1998 rückte Folta für den Abgeordneten Arne Börnsen in den Bundestag nach.

->Dirk Fischer
Bundestagsabgeordneter 1980-2017, CDU

Am 29. November begeht Dirk Fischer seinen 75. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Hamburg schloss sich 1967 der CDU an, war im dortigen Landesvorstand und amtierte von 1976 bis 1992 als stellvertretender Vorsitzender. Von 1992 bis 2007 stand er an der Spitze seiner Partei in Hamburg und gehörte zugleich dem CDU-Bundesvorstand an. Von 1970 bis 1981 war Fischer Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Der verkehrspolitische Sprecher seiner Fraktion von 1989 bis 2014 – zeitweise auch für Bau- und Stadtentwicklung zuständig – wirkte seit 1980 im Verkehrsausschuss mit. Von 1989 bis 2014 war er Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

->Ulrich Maurer
Bundestagsabgeordneter 2005-2013, Die Linke

Am 29. November wird Ulrich Maurer 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Stuttgart war von 1987 bis 1999 SPD-Vorsitzender in Baden-Württemberg und gehörte von 1990 bis 2003 dem Bundesvorstand und von 1995 bis 1999 sowie von 2000 bis 2001 dem SPD-Präsidium an. Von 1980 bis 2005 war er Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. 2005 verließ Maurer die SPD, trat zunächst der WASG und nach deren Fusion mit der PDS der Partei Die Linke bei. Von 2005 bis 2009 war er Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion und danach bis 2013 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Er gehörte dem Vermittlungsausschuss und der G 10-Kommission an.

->Frank Schmidt
Bundestagsabgeordneter 1990, CDU

Am 1. Dezember wird Frank Schmidt 75 Jahre alt. Der promovierte Ingenieur aus Dresden trat 1985 der CDU in der DDR bei und war Mitglied des Stadtbezirksvorstands der CDU Dresden-Süd. Von März bis Oktober 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer und danach bis Dezember dem Bundestag an.

->Manfred Richter
Bundestagsabgeordneter 1987-1994, FDP

Am 2. Dezember wird Manfred Richter 70 Jahre alt. Der Hauptschullehrer aus Bremen trat 1966 der FDP bei, war von 1987 bis 1994 Vorsitzender des Landesverbands Bremen und gehörte von 1980 bis 1983 und von 1988 bis 1999 dem FDP-Bundesvorstand an. Von 1978 bis 1983 war er Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und von 1995 bis 1999 Oberbürgermeister der Stadt Bremerhaven. Richter engagierte sich im Bundestag im Verkehrs- und im Innenausschuss. *bmh*

PANNENMELDER

Zur Ausgabe 46-47 vom 12. November 2018. Im Artikel „Eine Extra-Brise für die Energiewende“ auf Seite 11 wurde der Gesetzesentwurf 19/5523 zur Sonderausweisung irrtümlich als von der Bundesregierung eingebracht betitelt. Tatsächlich wurde er von den Fraktionen CDU/CSU und SPD eingebracht.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 26. – 30.11.2018
Organspende (Mi)
Qualifizierungschancengesetz (Do)
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

SEITENBLICKE



Dr. Alice Weidel, AfD:

Eine Politik der falschen Prioritäten



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Zum zweiten Mal in diesem Jahr beraten wir über den Entwurf eines Bundeshaushalts. Dazugelernt hat Ihre Regierung seither nichts, Frau Bundeskanzlerin. Sie betreiben weiterhin eine Politik der Spaltung und der Unvernunft, eine Politik des Ausgabenwahns und der falschen Prioritäten, eine Politik, die den noch vorhandenen Wohlstand von heute bedenkenlos mit vollen Händen ausgibt und verschleudert, ohne an morgen zu denken.

Geändert hat sich aber die ökonomische Grundlage, auf der Sie diesen Ausverkauf betreiben. Das wirtschaftliche Fundament bröckelt. Ihre Politik ignoriert konsequent die ökonomische Vernunft. Sie setzt die Interessen des eigenen Landes und der eigenen Bürger an die letzte Stelle. Dafür rennen Sie ideologischen Weltbeglückungsfantasien hinterher, und das hält auch die stärkste Volkswirtschaft auf Dauer nicht ohne Schaden aus.

Die Automobilindustrie, ein Eckpfeiler unserer Volkswirtschaft, gerät in die Krise. Die Absätze brechen auf breiter Front ein, das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist erstmals seit Jahren wieder rückgängig. Kein Wunder, wenn die Politik jahrelang einen regelrechten Krieg gegen den Verbrennungsmotor führt, unsinnige Emissionsgrenzwerte durch-

peitscht und obskuren Lobbyver-einen die Möglichkeit gibt, ein Fahrverbot nach dem anderen einzuklagen.

In der Wirtschafts- und Energiepolitik geht es um Atomausstieg, Kohleausstieg, hochsubventionierte alternative Energien, die nicht grundlastfähig sind, und hochgejubelte Elektroautos, die für Massenmobilität überhaupt nicht tauglich sind. Vielleicht erzählt uns Ihr neugegründeter „Parlamentskreis Pferd“ – das ist unglaublich; ich habe es nicht geglaubt, als ich es gehört habe –, welche Fortbewegungsmittel wir künftig überhaupt noch nutzen dürfen, wenn Deutschland erfolgreich zum klimaneutralen Agrarland heruntergewirtschaftet wurde.

Schlechte Wirtschaftspolitik ist eben auch schlechte Sozialpolitik, und sie trifft zuerst immer die Normalbürger, die arbeiten und Steuern zahlen. Sie werden nach Strich und Faden ausgenommen wie eine Weihnachtsgans durch den Wertverlust ihrer Autos und durch hohe Energiekosten, durch Hochsteuerpolitik und EZB-Nullzins, während die Verbraucherpreise kräftig steigen. So werden die Normalbürger ausgenommen. Nur der unfassbaren Disziplin und Geduld der Deutschen ist es überhaupt zu verdanken, dass es noch keine flächen-

deckenden Massenproteste gibt wie in Frankreich, wo es den sogenannten Aufstand der gelben Westen gegen die neueste Spritpreiserhöhung gibt. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hatte die öffentliche Hand so viel vom Bürger zur Verfügung, und noch nie wurde so viel Geld so schlecht ausgegeben.

Wir haben eine vernachlässigte Armee, die ihren Auftrag der Landesverteidigung nicht erfüllen kann, deren Panzer nicht fahren, deren Schiffe nicht in See stechen, deren Flugzeuge und Hubschrauber nicht fliegen und die trotzdem

in immer neue Einsätze in aller Welt geschickt wird. Wir leisten uns eine gigantische Sozialindustrie mit einer wuchernden Doppelstruktur aus staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, die vor allem sich selbst helfen.

Am allerwenigsten aber nützen sie denen, für deren staatliche Zwangsbeglückung sie angeblich geschaffen wurden. Wir geben jedes Jahr Geld für den Kampf gegen rechts aus und für andere Bevormundungen der Bürger; aber Frauen und Mädchen können sich ja abends gar nicht mehr allein auf die Straße wagen – aus Furcht vor Übergriffen sogenannter Schutzsuchender. Wir vergraulen im eigenen Land gut ausgebildete Fachkräfte mit schlechten Arbeitsbedingungen und miserabler Bezahlung ins Ausland und suchen unser Heil in der Anwerbung ausländischer Fachkräfte, die in ihren eigenen Ländern dringend gebraucht würden, sofern sie denn überhaupt Fachkräfte sind.

Ich merke es schon. Ihrem ganzen Geschrei entnehme ich, dass Sie lieber über Spenden und Parteifinanzierung reden wollen. Also gut, reden wir darüber. Ja, es ist richtig, dass bei uns Fehler im Umgang mit Wahlkampfspenden gemacht wurden. Das kann passieren, wenn man alles ehrenamtlich macht und keine Parteifunktionsstrukturen hat wie Sie. Fehler macht schließlich jeder. Richtig ist aber auch, dass sich niemand persönlich bereichert hat.

Es wurde auch nicht versucht, zu verschleiern, weil es ganz normale Parteikonten gewesen sind, über die Rechenschaft abgelegt werden muss. Richtig ist auch, dass die Gelder zurücküberwiesen wurden, auch was ganz Besonderes unserer Partei. Es wurden auch keine Bargeldkoffer hin und her getragen, deren Inhalt in Schubladen verschwunden ist und an deren Verbleib sich niemand mehr erinnern kann oder will. Richtig ist auch, dass diese ganze Angelegenheit die Bürger und Steuerzahler – ich weiß, das ist Ihnen fremd – nicht einen Pfennig gekostet hat. Nicht einen einzigen Euro hat das den Steuerzahler gekostet.

Da Sie jetzt so lautstark Ihre künstliche Empörung zelebrieren: Fassen Sie sich ruhig erst mal an Ihre eigene Nase. Denken Sie mal ein paar Monate zurück. Kurz vor der Sommerpause haben Sie mal eben die ohnehin großzügig bemessene staatliche Parteienfinanzierung um satte 15 Prozent oder 25 Millionen Euro erhöht, einfach mal so, weil Ihnen die üppigen Summen, die Sie schon einstreichen, anscheinend immer noch nicht reichen. Weil Ihnen von der SPD Ihre Wähler davonlaufen, langen Sie dem Bürger noch mal tief in die Tasche. Alles legal, sicher. Aber ist das eigentlich auch legitim? Ist das ein redlicher Umgang mit dem Geld der Steuerzahler? Das müssen Sie sich gefallen lassen.

An die Adresse von Herrn Kahrs, der sich hier ja immer so wunderbar hervortut. Was ist mit den Direktspenden von der Rüstungsindustrie an Sie von der Hamburger SPD im Bundestagswahlkampf 2005? Was ist damit? Oder was ist mit der Sache mit den mehr als 1 Million Euro, die ein führender Spielhallenkonzern im Laufe der Jahre verdeckt an Union, SPD, FDP und Grüne hat fließen lassen? Da wurden nicht nur konkrete Gegenleistungen erwartet – Sie wollten darüber reden; Sie schreien ja die ganze Zeit –, sondern, wie Lobbywächter nicht ohne Grund vermuten, in etlichen Fällen wohl auch erbracht.

Und da schon immer wieder haltlos über verdeckte Einflussnahmen von außen spekuliert wird: Wie steht es eigentlich um die ganz handfesten Einflussnahmen von Ihnen, werte Genossinnen und Genossen, wie Sie das ja immer so schön sagen, der SPD? Ihre Partei hält sich ein unüberschaubares Geflecht von Beteiligungen und Eigentümerschaften an Zeitungen, Druckereien, Service- und Vertriebsgesellschaften, Anzeigenblättern, Pressevertrieben, Hörfunkunternehmen, Fernseh- und Videoproduktionsfirmen, Online- und sonstigen Dienstleistern. Da wurden in der Vergangenheit nicht nur schon mal Gelder hin und her geschoben, da werden auch die Bürger immer wieder hinters Licht geführt; sie glauben, sie würden eine ganz normale Lokal- oder Regio-

nalzeitung kaufen und lesen, und halten in Wahrheit ein Parteiblatt von Ihnen in den Händen.

Und wenn Sie der Branche einen Gefallen tun – ich weiß, Sie schreien –, beispielsweise wenn Sie die Absenkung der Rentenbeiträge für Zeitungszusteller im Minijob im Koalitionsvertrag unterbringen, dann sind Sie, ist der Großunternehmer SPD als Lobbyist in eigener Sache unterwegs, auch ohne umständliche Spendenflüsse.

Mit den umständlichen Spendenflüssen haben Sie natürlich – es geht ja noch weiter – trotzdem Erfahrung: Wie war das mit den Hunderttausenden, die im Zuge des

Baus einer Müllverbrennungsanlage an die Kölner SPD gegangen sind, wie war das? Oder mit den Regensburger Immobilienunternehmen, aus deren Umfeld während des OB-Wahlkampfes 2014 dem Ortsverband des SPD-Amtsinhabers eine halbe Million Euro zugeflossen sind und der örtlichen CSU immerhin noch mal 90 000 Euro, nicht nur gestückelt, sondern über Mitarbeiter als Stroh-männer, wie die Staatsanwaltschaft vermutet. Das ist Ihre Praxis.

Sie wollen über Parteispenden reden? Also gut, reden wir auch über die schwarzen Kassen und das bis heute nicht aufgeklärte Bimbos-System von Helmut Kohl, reden wir über die illegalen Spenden an die hessische CDU in den 90ern und Ihre angeblich jüdischen Vermögensnisse, oder sprechen wir über die jüngste Spendenaffäre der CDU in Rheinland-Pfalz. Da führt die Spur des Geldes zu einem dubiosen Ex-Geheimagenten, der im Wahlkreis eines CDU-Bundestagsabgeordne-

Fortsetzung auf nächster Seite

Noch nie in der Geschichte Deutschlands wurde so viel Geld so schlecht ausgegeben.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

ten residiert und offenbar öfter mal Unterstützung benötigt. Und was war mit den jahrelangen Spenden von Heckler & Koch an den CDU-Kreisverband in Rottweil, was war damit? Bei Großspenden aus Industrie und Verbänden ist die CDU Spitzenreiter.

Und auf der äußersten Linken, die sich so oft darüber wohlfeil empört? Geben Sie erst mal Rechenschaft über das Milliarden-

vermögen, das Ihre Partei, als sie noch SED hieß, in jahrzehntelanger Diktatur angehäuft hat! – Ich weiß, das tut weh; aber Sie wollten es ja. Jetzt haben Sie die Heulerei. Ins Ausland verschoben, in Unternehmen geparkt, als Darlehen an einzelne Funktionäre verteilt – das muss man sich einmal vorstellen! –, ein hoher Millionenbetrag davon ist immer noch verschwunden – Geld, das von Rechts wegen

dem Bürger zusteht und nicht der Partei, die ihn all die Jahre unterdrückt hat. Ja, wir haben Fehler gemacht. Wir haben es erkannt und reagiert, zurückgezahlt – weit vor dem absolut inszenierten Medienskandal. Moralische Vorhal-

tungen müssen wir uns hier von Ihnen überhaupt nicht machen lassen, am wenigsten von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren. Kommen Sie raus aus Ihren Glashäusern, und hören Sie auf, mit Steinen zu werfen, die Sie nachher selber treffen! Machen Sie endlich

Politik für unser Land und für die Bürger, und machen Sie nicht permanent Politik für sich selber! Die Bürger in diesem Land haben es verdient.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Wir haben Fehler gemacht, wir haben es erkannt und reagiert, zurückgezahlt.

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Deutsches Interesse heißt, immer die anderen mitzudenken



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Das Schöne an freiheitlichen Debatten ist, dass jeder über das spricht, was er für das Land für wichtig hält.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies hier ist unsere vierte Haushaltsdebatte in diesem Jahr. Das hat natürlich damit zu tun, dass wir für 2018 lange keinen Haushalt hatten und dass wir jetzt zeitgerecht den Haushalt für 2019 beschließen – in einem Umfeld, in dem wir nach wie vor, im neunten Jahr in Folge, Wirtschaftswachstum haben.

Wir haben über 45 Millionen Erwerbstätige, einen ausgeglichenen Haushalt und im vergangenen Jahr zum ersten Mal das von uns lange erarbeitete Ziel erreicht, 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben. Unsere Investitionsquote kann sich sehen lassen, und unser Schuldenstand wird bald wieder die Maastricht-Kriterien erfüllen.

Ich will hier nur im Kurzformat sagen, was diese Bundesregierung der Großen Koalition bereits auf den Weg gebracht hat – die vielen Einzelentscheidungen, die hier debattiert werden, stellen das ja ausführlicher dar: Wir haben Familien entlastet, wir haben die kalte Progression bekämpft, wir haben Mittel für den sozialen Wohnungsbau ausgereicht, wir haben das Bau-

kindergeld eingeführt, wir haben einen Wohnungsgipfel durchgeführt, auf dem wir uns mit den eigentlich wichtigen Fragen neben dem Geld beschäftigen, nämlich mit der Verfügbarkeit von Bauland und der Beschleunigung von Bauvorhaben, und wir haben im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Brückenteilzeit und das Gute-Kita-Gesetz wichtige Weichen gestellt.

Ich will hier nur ganz kurz auch darauf hinweisen, dass die Bundesfrauenministerin gestern auf ein Phänomen aufmerksam gemacht hat, das uns alle umtreiben muss, nämlich auf Gewalt gegen Frauen in unserem Land. Es ist richtig, dass wir hier auch im Bundeshaushalt einen Akzent setzen, um etwas dagegen zu tun, und auch die Länder und Kommunen ermutigen, hier mehr zu machen.

Wir haben die Allianz für Pflege und ein weiteres Pflegestärkungsgesetz auf den Weg gebracht, und wir haben wesentliche Weichenstellungen im Rentensystem vorgenommen: Festhalten am Rentenniveau bis 2025, Verbesserung der Erwerbsunfähigkeitsrente, Verbesserung der Mütterrente. Im Weiterbildungsbereich haben wir im Blick auf die Digitalisierung Weichen gestellt, wir haben die Exzellenzinitiative für Forschung und Sonderausschreibungen für erneuerbare Energien auf den Weg gebracht und die Sammelklagemöglichkeit – gerade im Blick auf VW – eingeführt. Mit Blick auf die Dieselfragen haben wir das Bundes-Immissionsschutzgesetz verändert, um mehr Rechtsklarheit zu bekommen, und wir haben eine Vielzahl von Gesetzen im Zusammenhang mit der Steuerung und Ordnung von Flüchtlingen und Migration verabschiedet.

Daneben haben wir drei wichtige Kommissionen auf den Weg gebracht, von denen eine, die Kommission zum Strukturwandel in den Braunkohlegebieten, jetzt in die entscheidende Phase kommt. Deshalb will ich noch einmal deutlich machen, dass es uns hier darum geht, den Klimawandel auf der einen Seite und die Zukunft der Menschen auf der anderen Seite in Einklang zu bringen. Es geht nicht darum, als Erstes irgendwelche Ausstiegsdaten zu beschließen, sondern darum, den Menschen Hoffnung und Zukunft zu geben und den Strukturwandel wirklich vorzubereiten, um ihnen dann die Sicherheit zu geben und zu sagen: Ja, auch wir werden unseren Beitrag für den Klimawandel leisten.

Wir werden die Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland und die Rentenkommission haben, die uns besonders wichtig sind, und wir werden noch vor Weihnachten ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz

beschließen. All das sind Dinge, die von größter Wichtigkeit sind.

Ich möchte mich heute aber auf zwei Punkte konzentrieren.

Das sind auf jeden Fall sehr große Herausforderungen im Zusammenhang mit unserer Zukunft.

Die Erste ist technologiegetrieben, nämlich die Digitalisierung. Die Digitalisierung wird unser Leben in allen Bereichen tiefgreifend und qualitativ verändern. Wir haben in der vergangenen Woche eine zweitägige Klausurtagung durchgeführt. Die Struktur der Bundesregierung entspricht in dieser Legislaturperiode den Aufgaben und den Notwendigkeiten, und ich bin sehr froh, dass sich

auch im Parlament entsprechende Kommissionen finden, die sich mit dem digitalen Wandel beschäftigen.

Die Zeit drängt. Wir stehen in einem wahn sinnigen globalen Wettbewerb, und wir stehen vor der Herausforderung, diesen Wettbewerb so zu gestalten, dass er uns auch im 70. Jahr der sozialen Marktwirtschaft die Chance gibt, dass der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht die Technik den Menschen beherrscht. Das ist die große Aufgabe und die große Überschrift, unter der das alles stattfindet.

Meine Damen und Herren, da geht es natürlich als Erstes – das wird viel diskutiert – um die Infrastruktur. Die ist in unserem Land nach wie vor noch unzureichend, aber ich glaube, wir sind jetzt auf einem guten Weg.

Wir haben im Parlament ausführlich die Ausschreibungen für die neueste Technologie, die 5G-Frequenzen, und deren Versteigerung diskutiert. Hier stehen wir natürlich in einem Spannungsfeld zwischen politischen Vorgaben und Investitionsmöglichkeiten derer, die investieren wollen.

Aber genauso wichtig ist natürlich, dass wir eine Versorgung der Haushalte mit ausreichendem 4G-Standard bekommen. Hierzu hat jetzt der Bundesinfrastrukturminister Andi Scheuer die richtigen Förderbedingungen noch mal weiterentwickelt, damit es unbürokratischer gehen kann. Wir werden Ende 2019 98 Prozent der Haushalte angeschlossen haben und Ende 2020 99 Prozent der Haushalte.

Aber wie wir alle wissen und täglich erleben, reicht uns das natürlich nicht aus. Zu Hause ein Angebot von breitem Internet zu haben, ist gut und richtig – wir machen jetzt auch Sonderausschreibungen für Krankenhäuser, Gewerbegebiete, Schulen, auch richtig –, aber wir wollen natürlich flächendeckendes Internet. Genau daran wird gearbeitet. Insbesondere im Zusammenhang mit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ werden wir

dann das, was gerade auch für die ländlichen Regionen und was für die Landwirtschaftsministerin wichtig ist, in den Blick nehmen und dazu Lösungen finden.

Das gilt generell für meine Rede. – Neben der Infrastruktur geht es jetzt darum, dass der Staat auch auf die digitale Herausforderung reagiert. Deshalb werden wir jetzt das Onlinezugangsgesetz, über das wir ja bereits in der vergangenen Legislaturperiode entschieden haben, mit Leben erfüllen und das Bürgerportal auch Realität werden lassen. Liebe Kolleginnen und

Kollegen, das ist eine wichtige, – ich würde sagen: –, eine zukunftsentscheidende Aufgabe, die mehr als vieles andere eine enge Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen erfordert.

Wir sind ein föderales Land. Bei uns geht das nicht so einfach. Ich habe gestern den dänischen Kollegen getroffen, Lars Rasmussen, der mir erklärt hat, dass Dänemark das alles schon vor Jahren mit seinen Kommunen gemacht hat. Wir als föderales Gebilde tun uns da sehr schwer. Das Wichtigste, das wir jetzt erst mal mit den Ländern erreichen müssen, ist ein für den Bürger akzeptabler Zugang zu diesem Portal, der nicht so kompliziert ist, dass ihn keiner nutzt. Dann geht es darum, dass wir über 500 Funktionen haben, die die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Staat abarbeiten. All die müssen jetzt digitalisiert werden.

Ich spreche darüber so ausführlich, weil dabei eine wesentliche Sache zu beachten ist, und zwar dass wir vom Bürger her denken und nicht unsere Projekte so durchsetzen, wie wir das gewohnt sind. Wir sind im normalen klassischen Denken gewohnt, ein Projekt zu planen, das gesamte Projekt dann schrittweise umzusetzen, während im digitalen Zeitalter eine völlig andere Art der Herangehensweise da ist und die Anwendungen Schritt für Schritt eingeführt werden müssen. Dieses richtige Denken beim Umsetzen des Bürgerportals wird sehr wich-

Wir werden noch vor Weihnachten ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschließen.

Digitalisierung wird unser Leben in allen Bereichen tiefgreifend verändern.

tig sein. Wir werden erste Funktionen, nämlich die des Bundes – das sind über 100 –, sehr schnell einführen. Wir werden dann mit den Ländern die anderen 400 Funktionen durchsetzen, sodass wir Ende 2022 wirklich den vollkommenen und kompletten Zugang – von Fahrzeuganmeldung über Elterngeldbeantragung, Steuererklärung, Gesundheitsakten und vielen, vielen anderen Dingen – digital schaffen. Das ist notwendig. Das ist kein Nerd-Projekt, wie man vielleicht sagen könnte; denn wenn die Bürgerinnen und Bürger diesen Zugang nicht bekommen, werden wir im digitalen Zeitalter nicht bestehen. Deshalb muss der Staat hier Vorbild sein. So viel zu Infrastruktur und digitalem Staat.

Zweitens: Die Strategie für die künstliche Intelligenz ist die Voraussetzung dafür, dass wir Industrie 4.0 wirklich erfolgreich in Deutschland realisieren können. Wir werden hier zwölf Zentren bilden, die sich vernetzen. Wir werden 100 neue Professuren einführen. Wir werden mit Frankreich eng kooperieren. Und wir werden unsere Agentur für Disruptive Innovationen ganz stark auf diese Dinge ausrichten. Ich glaube, dass es hier Möglichkeiten gibt, aufzuholen, Möglichkeiten, den Anschluss zu finden. Wir sind in einzelnen Punkten Spitze, aber wir sind nicht überall Weltklasse. Unser Anspruch muss sein: Wir wollen wieder überall Weltklasse werden. Das gilt für Deutschland, und das gilt für Europa, meine Damen und Herren.

Wir haben uns mit Blick auf die Frage: „Wie dient die ganze Sache dem Menschen?“ mit der Frage beschäftigt: Wie ist das mit der Ethik der Daten? Es gibt heute zwei Modelle: das der USA, wo die Daten der Bürgerinnen und Bürger sehr stark im privaten Sektor verankert sind und dem privaten Sektor gehören, und das Chinas, wo der Staat Zugriff auf alle Daten hat. Das sind nicht die Modelle der sozialen Marktwirtschaft, und deshalb müssen wir eines finden, bei dem der einzelne Mensch im Mittelpunkt steht und der Staat Leitplanken setzt. Genau das ist die Aufgabe der Datenethikkommission, meine Damen und Herren, die uns im nächsten Jahr die Ergebnisse ihrer Arbeit vorstellen wird.

Das ist im Kurzumriss die große digitale Herausforderung, bei der wir natürlich der Wirtschaft zur Seite stehen und sie unterstützen können, aber mit der sich natürlich auch die gesamte Wirtschaft verändern wird. Industrie 4.0 bedeutet nicht nur Veränderung im

Produzieren; Industrie 4.0 bedeutet erhebliche Veränderungen in der Arbeit.

Gerade bei der Weiterbildung – diese Frage stellt sich im Übrigen auch für die Beamtinnen und Beamten und Angestellten des Bundes – werden wir breitflächig unterstützen. Wir haben bereits jetzt ein Gesetz auf den Weg gebracht, nach dem es möglich ist, dass Unternehmen, die im Zusammenhang mit der Digitalisierung Fortbildung und Qualifizierung brauchen, erhebliche Zuschüsse – je kleiner, desto höher der Prozentsatz der Zuschüsse – für diese neue Aufgabe der Weiterbildung bekommen.

Meine Damen und Herren, die zweite Herausforderung ist für uns politisch, glaube ich, mindestens so relevant, aber eigentlich noch relevanter. Da geht es um die Frage, wie unsere gesellschaftlichen Vorstellungen, unsere deutschen Vorstellungen, für die Zukunft der globalen Welt aussehen.

Ich glaube, die vergangenen Tage haben uns noch einmal in Erinnerung gerufen, in welchem historischen Kontext wir stehen. Wir stehen ja alle immer in der Zeit. Am Freitag der vorvergangenen Woche, vor zwölf Tagen, fand hier die Gedenkstunde zur Ausrufung der Republik vor 100 Jahren durch Philipp Scheidemann statt. Der Bundespräsident hat anlässlich dieses Jahrestages eine Rede gehalten, aus der ich mir erlaube zu zitieren:

Wir müssen wieder kämpfen für den Zusammenhalt in Europa, und wir müssen streiten für eine internationale Ordnung, die angefochten wird – selbst von unseren Partnern. Denn dieser europäischen Einigung und dieser internationalen Ordnung haben wir es zu verdanken, dass wir Deutschen heute wieder ein Volk sind, das wirtschaftlich und politisch zu Kräften gekommen ist; das in seiner großen Mehrheit weltoffen und europäisch leben will; das von vielen in der Welt geachtet, ja sogar geschätzt wird.

Zitat Ende.

Einen Tag später war ich von dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron eingeladen, an der Gedenkstätte in Compiègne des 100. Jahrestages der Unterzeichnung des Waffenstillstands zwischen Deutschland und Frankreich zu gedenken. Das war bewegend. Noch kein Bundeskanzler war an diesem Platz gewesen. Und bis zuletzt, bis zum 10. November 2018, war dort ein Gedenkstein. Auf dieser Gedenkplatte standen Worte vom „verbrecherischen

Stolz des deutschen Reiches“. Diese Gedenkplakette ist jetzt ersetzt worden, und aus dem „verbrecherischen Stolz“ wurde „die deutsch-französische Freundschaft“.

Symbolischer kann man vielleicht das, was sich da in den letzten Jahrzehnten getan hat, nicht beschreiben. Als vor vier Tagen Emmanuel Macron anlässlich des Volkstrauertages hier im Deutschen Bundestag seine Rede gehalten und die Worte gefunden hat: „Wenn Sie die Worte aus Frankreich nicht verstehen, denken Sie daran, dass Frankreich Sie liebt“, war das mehr als berührend. Es ist aber vor allen Dingen für uns eine Verpflichtung.

Ich sage das in Bezug darauf, dass uns doch in diesen Tagen immer und immer wieder die bohrende Frage leitet: Was haben wir aus der Geschichte gelernt, und haben wir aus der Geschichte gelernt?

Ich glaube, dass diese Frage nicht nur wegen hundertster Jahrestage interessant ist, sondern weil wir immer weniger Zeitzeugen gerade auch des schrecklichen und von Deutschland verursachten Zweiten Weltkriegs unter uns haben werden, weil wir alleine sein werden, die Generationen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren sind, und weil wir zeigen müssen, ob wir etwas gelernt haben.

Warum war es möglich, dass Deutschland diesen Zweiten Weltkrieg entfacht hat? Mit dazu beigetragen haben – das sage ich, ohne damit die deutsche Schuld zu relativieren – zwei Dinge: Der Waffenstillstand war keine Aussöhnung, und es ist nicht gelungen, was sich der amerikanische Präsident Wil-

son vorgestellt hatte: eine internationale, multilaterale Ordnung zu schaffen in Form eines funktionierenden Völkerbundes. Die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg waren

glücklicherweise die, eine multilaterale Ordnung zu schaffen. Dafür steht die Gründung der Vereinten Nationen. Diese Vereinten Nationen sind die Lehre aus der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, nie wieder

gegeneinander zu arbeiten, sondern, wo immer möglich, zu versuchen, gemeinsam als Weltgemeinschaft die Dinge zu klären.

Als der Kalte Krieg noch nicht alles überschattet hatte, gelang es dann sogar 1948 noch – auch dies ein Jahrestag –, die Charta der Menschenrechte bei den Vereinten Nationen zu verabschieden:

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. So heißt es dort sehr ähnlich zu Artikel 1 unseres Grundgesetzes:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den allermeisten muss man das hier nicht sagen, aber: Die Vereinten Nationen sind demokratisch legitimiert. Sie sind eine Entscheidung der Weltgemeinschaft. Bei jedem, der beigetreten ist, haben Parlamente – wo auch immer existent – ratifiziert, dass man Mitglied der Vereinten Nationen sein will. Das ist die Grundlage aus unserer Perspektive.

Zug um Zug hat sich ein Geflecht von Organisationen um die und in den Vereinten Nationen herausgebildet, die für uns heute so wichtig sind, die für Millionen

Flüchtlinge wichtig sind, wie zum Beispiel der UNHCR. Sehr interessant ist die Herausbildung einer Organisation, die erst seit 2016 unter dem Dach der Vereinten Nationen agiert, nämlich der Internationalen Organisation für Migration. Das war nämlich ein intergouvernementales Komitee für die Bewegung – wie es damals hieß – der Migranten aus Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals sind 11 Millionen Menschen, Migranten, wie man schon damals sagte, in Europa umhergeirrt, und diese Organisation hat versucht, ihnen wieder eine Heimat zu geben. Sie hat sich dann später beim Ungarn-Aufstand 1956 bewährt. Sie hat bei der Tschechoslowakei 1968 geholfen. Sie hat im Kosovo geholfen und in Timor. Erst seit 2016 ist sie unter der Ägide der Vereinten Nationen. Das war also eine europäische Organisation, die sich mit den Schrecken der europäischen Kriege beschäftigt hat, bevor sie überhaupt internationalisiert wurde.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Debatte, die wir nun über den globalen Pakt für Migration für eine geordnete, legale Migration führen, wichtig: In einer Welt, in der wir noch 222 gewaltsam ausgetragene Konflikte haben, in einer Welt, auf der von diesen Konflikten mehr als 1 Milliarde Kinder betroffen sind, in einer Welt, wo wir 68,5 Millionen Flüchtlinge haben – 52 Prozent davon Kinder –, spielen diese Organisationen natürlich eine zentrale Rolle. Als wir im Jahre 2015 gemerkt hatten, dass wir uns nicht abkoppeln können von dem Leid der Menschen in der Umgebung Europas, als wir nicht ausreichend gezahlt hatten für die Flüchtlingslager im Libanon und in Jorda-

Fortsetzung auf nächster Seite

Die Debatte, die wir über den globalen Pakt für Migration führen, ist wichtig.



Unter dem Motto „Nein zum globalen Migrationspakt“ demonstrierten Anhänger der AfD im November 2018 in Greifswald.

© picture-alliance/dpa/Stefan Sauer

nien – ich habe das oft dargelegt –, haben wir gespürt, wie wichtig es ist, Flucht, aber auch Migration im Zusammenhang des internationalen Kontextes zu lösen und nicht zu glauben, irgendein Land könnte das allein.

Wenn heute der Eindruck erweckt wird, als wäre all das, was in diesem Pakt für Migration jetzt auftaucht, irgendetwas, über das wir nie gesprochen hätten, dann ist das doch das Gegenteil von richtig. Seit der Frage der Flüchtlinge, der vielen Flüchtlinge, die zu uns kamen, haben wir uns gefragt: „Wie können wir dieses Problem lösen?“ und haben dann nicht immer zur Freude aller – das war meine erste Tat

– das EU-Türkei-Abkommen verabschiedet. Dieses EU-Türkei-Abkommen hat zum ersten Mal zu einer geregelten Migration geführt, hat Flüchtlingen das Leben gerettet, weil sie sich nicht mehr

in die Hände von Schleppern und Schleusern begeben mussten. Danach haben wir eine Zusammenarbeit mit Afrika aufgebaut: die Mission Sophia, die libysche Küstenwache, unsere Kooperation mit Niger als Transitland, wo die Internationale Organisation für Migration uns hilft.

Ich war da. Ich war in Niger. Ich habe mir das angeguckt: Die Menschen, die aus Libyen zurückkehren, weil sie unmenschlich behandelt wurden, finden bei der IOM einen Aufenthalt und werden von dort dann wieder zurück in ihre Heimatländer geleitet. Das genau ist es, wie man menschlich mit illegaler Migration umgeht, und genau das ist ein Ansatzpunkt in diesem Pakt, in dem sich Menschen verpflichten, überall mit Menschen vernünftig umzugehen.

Wir haben in diesen Verhandlungen, obwohl wir wissen, dass wir es nur international lösen können, Wert darauf gelegt, zu sagen: Die Souveränität unseres eigenen Landes, unsere Gesetzgebung werden nicht berührt. Aber wir wollen vernünftige Bedingungen überall auf der Welt, weil ansonsten die Menschen natürlich sagen: „Du hast nur wenige Länder, in die du gehen kannst“, es versuchen und ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen. Deshalb ist es in unserem nationalen Interesse –, um es ganz klar zu sagen –, dass die Bedingungen auf der Welt für Flucht auf der einen Seite und Migration auf der anderen Seite, Arbeitsmigration, sich verbessern.

Wir wollen, dass, wenn in Katar Stadien gebaut werden – das war ein deutsches Anliegen, ein Anliegen der deutschen Gewerkschaften –, die dort arbeitenden Bauarbei-

ter vernünftig behandelt werden, dass sie nicht ausgebeutet werden, dass es nicht Kinderarbeit gibt – und was sonst noch alles auf der Welt ist, von dem wir glücklicherweise überhaupt keine Ahnung haben. Aber wenn wir uns dafür einsetzen, dass es woanders auf der Welt besser wird, dann kann es doch nicht sein, dass wir hinterher sagen: Wir wollen aber nicht mehr mitmachen, wenn wir nicht ganz sicher sind, dass auch die letzte Feinheit geklärt ist.

Dieser Pakt für Migration genauso wie der Pakt für Flüchtlinge ist der richtige Antwortversuch – wir stehen ja am Anfang –, globale Probleme auch international und miteinander zu lösen. Deshalb war es richtig, dass sich die UN-Vollversammlung 2016 auf den Weg gemacht hat, diese zwei Pakte zu verhandeln, und deshalb ist es richtig, jetzt auch dem Pakt für Migration zuzustimmen. Es

wird übrigens nichts unterzeichnet, nichts unterschrieben; es ist nicht rechtlich bindend, um das alles auch noch mal gesagt zu haben.

Das soll aber gar keine Ausrede sein. Wir haben rechtlich bindende Vorschriften für den Umgang mit Menschen. Wir haben eine ausgefeilte Verfassungsrechtsprechung. Bei uns bekommen die Menschen eine grundlegende Sicherung. Bei uns bekommen sie einen Zugang zum Gesundheitssystem – alles selbstverständlich. Und wir wollen natürlich, dass dies in viel mehr Ländern der Welt der Fall ist als heute.

Auch die Europäische Union ist, wenn Sie so wollen, ein multilaterales Projekt. Die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union zur Aufnahme von Arbeit ist eine der Formen von legaler Migration, wie sie gerade dieser Pakt für Migration beschreibt, und diese Freizügigkeit hat uns Wohlstand gebracht, nicht nur Deutschland, sondern auch anderen Ländern. Diese Freizügigkeit ist eine Errungenschaft der Europäischen Union.

Schauen Sie: Das Schöne an der heutigen Zeit ist, dass es wieder richtige Gegensätze gibt und dass man einfach sagen muss: Da gibt es auch keine Kompromisse. Wenn man zu denen gehört, die glauben, sie könnten alles allein lösen und müssten nur an sich denken: Das ist Nationalismus in reinsten Form. Das ist kein Patriotismus; denn Patriotismus ist, im deutschen Interesse auch andere mit einzubeziehen und Win-win-Situationen zu akzeptieren.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa ist ein multilate-

rales Projekt, und diese Europäische Union gilt es zu stärken; das tun wir. Denn in nahezu sechs Monaten werden wir in eine Europawahl ziehen. Deshalb wollen wir die Wirtschafts- und Währungsunion wetterfester machen. Da stehen jetzt, um mal zu etwas anderem zu kommen, die Zeichen günstig, wenn wir die Bankenunion machen, den ESM zu einem Backstop weiterentwickeln und natürlich auch die Risiken reduzieren; denn es gibt jetzt eine Zusammenarbeit zwischen En Marche! und ALDE. Insofern werden die Bedenken von Herrn Lindner etwas geringer werden. Das freut uns und hilft uns in unseren Verhandlungen sehr viel. Ansonsten haben wir uns auf ein Euro-Budget geeinigt; das haben Sie vernommen.

Ich möchte jetzt aber zu einem anderen Thema im Hinblick auf Europa sprechen, und das ist die Frage des Austritts Großbritanniens. Wir sind nach wie vor traurig darüber, dass Großbritannien die Europäische Union verlässt, aber wir akzeptieren und respektieren das natürlich. Das haben wir hier oftmals gesagt. Ich möchte Michel Barnier und seinem Team danken, die in unendlich langen Verhandlungen jetzt das Austrittsabkommen mit Großbritannien finalisieren konnten. Wir haben noch einen Vorbehalt Spaniens, wobei ich nicht genau sagen kann, wie wir dieses Thema lösen werden. Ich hoffe, es wird gelöst bis Sonntag. Und es wird jetzt in diesen Tagen noch an der Erklärung zum zukünftigen Ver-

hältnis zwischen Großbritannien und der EU gearbeitet. Beide Dokumente müssen bis Sonntag fertig sein, damit wir Sonntag dann das Austrittsabkommen unterzeichnen und mit dieser Akzeptanz auch die Erklärung zum zukünftigen Verhältnis verabschieden können.

Wir wissen auch, wie schwierig die Diskussion in Großbritannien ist. Ich kann aber für die Bundesregierung sagen: Wir stimmen diesem Austrittsvertrag zu. Er ist hart erarbeitet, und er ist deshalb so kompliziert – ein Austritt aus der Europäischen Union ist ja sowieso schon kompliziert –, weil durch das Thema Nordirland und Republik Irland, die ein sozusagen grenzfreies Miteinander haben wollen – das Good Friday Agreement –, eine sehr, sehr schwierig zu lösende Konstellation besteht. Wir haben Wert darauf gelegt – und ich glaube, das ist richtig –, dass Großbritannien nicht einseitig entscheiden kann, wann es den Zustand der Zollunion beendet, sondern dass es mit der EU gemeinsam diesen Zeitpunkt definieren muss und erst danach das zukünftige Verhältnis in Kraft tritt.

Natürlich ist es bei einem solchen Vertrag immer so, dass man auch darauf setzen muss, dass das gut funktioniert. Ich glaube, das kann man; denn wir wollen ja – das ist in unserem elementaren Interesse – auch in Zukunft eine gute Beziehung zu Großbritannien. Im Bereich der Verteidigungszusammenarbeit, im Bereich der Sicherheitszusammenarbeit, aber auch im Bereich vieler internatio-

ner Konferenzen wollen wir gute Freunde und Partner bleiben. Dafür werde ich jedenfalls alles einsetzen und die ganze Bundesregierung auch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so müssen wir sagen: Wir haben eine intensive und vielleicht manchmal auch sehr nervöse Zeit. Im Rückblick auf die 30 Jahre zuvor muss man sagen: Die Welt des Kalten Krieges war in vielen Facetten schrecklich, aber sie war übersichtlich. In den letzten 30 Jahren hat sich eine multilaterale Weltordnung herausgebildet mit verschiedenen Zentren, bei denen nicht klar ist, wie sie miteinander in Zukunft agieren wollen. In einer solchen Situation kommt es auf jedes einzelne Land an. Wir hier sind der Deutsche Bundestag, und ich stehe vor Ihnen als Kanzlerin der Bundesregierung, und wir haben die Aufgabe, dazu beizutragen, dass in dieser Welt des 21. Jahrhunderts – das ist der Ausgangspunkt – jeder eine Chance für seine Entwicklung hat, dass wir Frieden haben. Dabei sollten wir nicht zuerst an uns selbst denken, sondern verstehen, dass deutsches Interesse heißt, immer auch die anderen mitzudenken. Das ist der Erfolg von Europa. Das ist der Erfolg einer multilateralen Welt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Freizügigkeit innerhalb der EU zur Aufnahme von Arbeit ist eine Form legaler Migration.

Christian Lindner, FDP:

2018 ist ein verlorenes Jahr bei der Wettbewerbsfähigkeit



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Diese Debatte hier heute markiert eine Zäsur. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben angekündigt, nicht mehr für das Amt der Bundesvorsitzenden Ihrer Partei zu kandidieren. Aus diesem Grund ist diese Debatte ei-

ne danach – nach dieser Entscheidung. Wir sehen es in den internationalen Medien: Es beginnt jetzt bereits die Betrachtung Ihrer gesamten Amtszeit, Ihres politischen Lebenswerks. Das werden dereinst Historiker abschließend betrachten. Aber es verändert trotzdem die Art und Weise der Auseinandersetzung mit Ihnen und Ihrer Regierung. Man hat es auch Ihrem Beitrag heute bereits angemerkt.

Das ist doch die Realität, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, noch habe ich nur in der Sache beschrieben.

Nicht nur Sie, Frau Bundeskanzlerin, sondern auch der Bundesminister des Innern hat angekündigt, nicht mehr für den Vorsitz seiner Partei zur Verfügung zu stehen. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Regierung. Mit einer

gewissen Wahrscheinlichkeit wird nämlich kein Vorsitzender einer der Koalitionsparteien dem Kabinett angehören. Das zeigt eines: Wenn Parteien so auf Distanz zu ihrer eigenen Regierung gehen, dann stehen wir nicht am Anfang von etwas, sondern wir werden Zeuge des Endes von etwas.

Das kann ja auch befreiend wirken. Frau Bundeskanzlerin, wir haben gehört, wie Sie in Straßburg vor dem Europäischen Parlament gesprochen haben. Und wir haben das begrüßt. Denn: Es trat eine Angela Merkel auf, die Visionen beschrieben hat. Wir unterstützen Sie, wenn Sie die Vision einer wirklichen europäischen Armee für sich selbst reklamieren. Auf uns können Sie in dieser Frage bauen. Wir wünschen uns jetzt konkrete Maßnahmen und Schrit-

te. Was führt uns dahin? Das ist ja eine der Fragen, in der wir dringend mehr europäische Gemeinsamkeit wollen.

In unserem Land und in diesem Parlament gibt es ja einige, die glauben, deutsche Interessen zu vertreten, wenn sie nur auf nationale Antworten setzen. Machen wir uns bitte gemeinsam klar: Es gibt eine Konfliktlinie in unserem Land, weil es Menschen gibt, die von Offenheit, von Vielfalt, von Digitalisierung, Globalisierung und Migration, den Verschiebungen auf der Weltbühne vor allen Dingen Einschränkungen ihres eigenen Lebens erwarten. Hier gibt es Leute, die sagen: Die Antwort auf diese Angst ist, dass wir uns im Nationalstaat verschanzen. Die Wahrheit ist: Auf diese großen Herausforderungen kann man nur antworten mit gemeinsamer Außen-, gemeinsamer Sicherheitspolitik, gemeinsamer Handelspolitik, gemeinsamen Strategien für einen digitalen Binnenmarkt. Bei diesen Fragen ist nicht offen, ob wir das europäisch gemeinsam machen, da ist nur offen, wann wir endlich zu europäischer Gemeinsamkeit in diesen Fragen finden.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben aufgegriffen, dass die französische En-Marche-Bewegung und die ALDE in vielen Fragen zusammenarbeiten. Wir sind aber nicht deckungsgleich. Ich hoffe, sagen zu können, dass die deutschen Liberalen Herrn Macron näherstehen als Ihre Partei Herrn Orbán. Trotzdem sind wir nicht deckungsgleich.

Wir sehen doch, welche Entwicklung es in Italien gibt, wo eine links- und rechtspopulistische Regierung fahrlässig die Fiskalregeln brechen will und ihren eige-

nen privaten Bankensektor in Turbulenzen bringen wird. In einer solchen Phase ist es falsch, über die Vergemeinschaftung von Risiken und Finanzen zu sprechen. In einer solchen Phase muss die finanzpolitische Eigenverantwortung eines jeden Mitglieds der Währungsunion betont werden. Das ist genau die falsche Prioritätensetzung.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben über das Wachstum gesprochen. Genau an diesem Punkt muss man Zweifel an Ihrem Beitrag heute bekommen. Denn wir wissen: Das Wachstum, die Dynamik in Deutschland stehen eben

nicht mehr so zur Verfügung wie über ganz weite Teile Ihrer bisherigen Amtszeit. Der Bundesfinanzminister hat es gestern dargestellt: Wir können nicht sicher sein, dass es in der Wirtschaft tatsächlich so weitergeht wie bisher, dass die Staatseinnahmen weiter so prosperieren, dass wir uns auf Rekordbeschäftigung stützen können. All das sind keine Garantien. Deshalb ist es nun notwendig, dass wir die politischen Konsequenzen ziehen und dass wir wieder stärker in den Blick nehmen, wie wir auch zukünftig unsere Wettbewerbsfähigkeit behaupten. Bei Ihrer Aufzählung des Handelns Ihrer Regierung stelle ich mit Blick in den Etat nicht fest, dass sich diese neue wirtschaftliche Realität tatsächlich in den Prioritäten abbilden würde: – Baukindergeld, Mütterrente, Brückenteilzeit und, und, und – alles überwiegend konsumtive Ausgaben. Sie setzen keine Impulse dafür, den Etat zukünftig zu finanzieren; Sie schaffen Ansprüche, die den Etat zukünftig strangulieren werden, Frau Bundeskanzlerin. Das ist

mit Blick auf die weitere Entwicklung gefährlich.

Sie reden inzwischen anders, als Sie handeln: Sie selbst wollen den Solidaritätszuschlag abschaffen – so äußert sich auch der Bundeswirtschaftsminister –; zwei der Bewerber für den CDU-Vorsitz fordern eine Unternehmensteuerreform, in den Papieren der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Sommerklausur war das ebenfalls enthalten. Fortwährend hören wir also in der Tat: „Das steuerpolitische Umfeld hat sich verändert, Bürgerinnen und Bürger und Betriebe müssen entlastet werden“, was wir aber nur finden, ist zusätzliche Belastung, wie beispielsweise bei der Parität bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Sie handeln anders, als Sie reden. Aber wer den Mund spitzt, der muss irgendwann auch pfeifen, Frau Bundeskanzlerin, sonst verliert man Glaubwürdigkeit.

Es geht ja noch weiter. Nach der Rente mit 63, durch die qualifizierte Fachkräfte, die wir dringend brauchen, vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden, wird über ein allgemeines Pflichtjahr gesprochen. Die Sozialdemokraten wollen sich dadurch beliebt machen, dass alle Beschäftigten einmal im Jahr einen Monat auf Kosten des Staates bezahlten Urlaub bekommen können. Bündnis 90/Die Grünen führen eine Debatte über eine Garantiesicherung, für die mal eben mir nichts, dir nichts die Steuern um 30 Milliarden Euro erhöht werden sollen – nicht um in Bildung zu investieren, sondern um das Geld denjenigen zu geben, die nicht arbeiten wollen. Mit einer solchen Politik würde man unser Land vorsätzlich beschädigen.

Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wir sind solidarisch mit Menschen, die bedürftig sind und die Hilfe brauchen; das ist unser Sozialstaatsgebot. Zur Soli-

darität gehört aber auch das individuelle Bemühen, soziale Leistungen nur so lange und so weit in Anspruch zu nehmen, wie es wirklich notwendig ist. Wer anderes verspricht, behandelt die Menschen nicht fair.

Dabei begrüßen wir ja die von Frau Nahles und Herrn Habeck angestoßene Debatte über eine Reform von Hartz IV. Nur bitte machen wir das System da, wo es gut ist, nicht schlecht; es hat uns ja aus der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit an vielen Stellen herausgeführt. Das wäre doch ein Grund auch zum Stolz für Bündnis 90/Die Grünen und die Sozialdemokratie auf diese Sozialstaatsreform. Nicht jede Regierung hat solche grundlegenden Weichenstellungen zustande gebracht.

Was wir jetzt aber notwendigerweise tun müssen, ist, an den Stellen zu arbeiten, wo das System nicht funktioniert. Es ist zu bürokratisch; deshalb kann man stärker pauschalieren. Es gibt viel zu wenige Betreuerinnen und Betreuer für die Menschen, die Angebote brauchen, um wieder in Arbeit oder Ausbildung zu kommen. Und vor allen Dingen ist dieses System zutiefst unfair; denn vom Zuverdienst beispielsweise durch einen Minijob bleibt den Menschen zu wenig. Es muss aber gelten, dass derjenige, der mehr arbeitet, auch am Monatsende mehr Einkommen zur Verfügung hat. Sonst ist ein System nicht gerecht. An diesen konkreten Punkten ist zu arbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Bundeskanzlerin hat über die Migrationspolitik gesprochen. Ich unterstreiche, was Sie, Frau Bundeskanzlerin, zum Migrationspakt der Vereinten Nationen gesagt haben. Machen wir uns aber bitte klar, dass dieses Vorhaben zutiefst umstritten ist. Natürlich ist an dem Pakt nicht alles so formuliert, wie wir es alleine hier im Deutschen Bundestag beschließen würden; aber es ist besser, diesen Pakt zu haben, als ihn nicht zu haben.

Wenn ich die öffentliche Debatte sehe, habe ich aber eine Befürchtung: TTIP – wir wären heute, nach Trump, froh, wenn wir klare Regeln für den Weltmarkt und den transatlantischen Handel hätten – ist von der politischen Linken durch Desinformation kaputtgemacht worden. Das darf sich jetzt beim UN-Migrationspakt, diesmal von der politischen rechten Seite, nicht wiederholen.

Ich frage mich in dieser Debatte: Was macht eigentlich der Bundesaußenminister in dieser Frage? Er müsste doch der Erste sein, der für solche internationalen Fragen in Deutschland Öffentlichkeit schafft.

Unser eigenes Recht muss ebenfalls weltoffener werden. Das gilt auch für das, was Sie als Fachkräftezuwanderungsregelung vorgelegt haben. Unser Einwanderungsrecht muss mit Blick auf den Spurwechsel pragmatischer werden, und es muss kontrollierender und steuernder werden, insbesondere bei der Abschiebung von Illegalen. Bevor wir wie Frau Kramp-Karrenbauer darüber nachdenken, nach Syrien abzuschicken, sollten wir erst einmal erreichen, dass Menschen in die Maghreb-Staaten zurückgeführt werden können. Das würde näherliegen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben über die Digitalstrategie und in dem Zusammenhang auch über die Infrastruktur gesprochen. Wir sind in dieser Frage, was die Ziele angeht, an Ihrer Seite, aber wir haben Zweifel an dem Weg, den Sie beschreiten wollen. Die Ausschreibungsbestimmungen von Minister Scheuer überzeugen uns gegenwärtig noch nicht.

Wir wollen ein flächendeckendes Netz. Wir wollen es schnell. Wir wollen die Lücken bei 4G schließen, und wir wollen Glasfaserausbau und Mobilfunk der fünften Generation zusammendenken. Das wird nicht funktionieren: gleichzeitig Einnahmen zu maximieren und diese Form der Daseinsvorsorge zu erreichen.

Wir haben doch historische Erfahrungen. Hans Eichel wollte maximale Einnahmen bei den UMTS-Lizenzen, ohne maximale Netzabdeckung zu fordern. Dafür haben wir bis heute einen hohen Preis zu zahlen. Wir sollten es deshalb für die Zukunft genau umgekehrt machen, als Hans Eichel es damals beschlossen hat. Es waren 100 Milliarden Euro Einnahmen, aber der volkswirtschaftliche Schaden durch Funklöcher und zu schmales Breitbandnetz in der Fläche übersteigt bei weitem den Nutzen der öffentlichen Einnahmen von Hans Eichel damals – mit ganz großer Sicherheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Freund Otto Fricke hat heute Geburtstag. Deshalb will ich mit einem letzten Gedanken schließen: 2018 ist ein verlorenes Jahr bei der Wettbewerbsfähigkeit, bei der Bildung, der Digitalisierung, beim Klimaschutz, bei der Dieselproblematik, der Einwanderung und Europa. Frau Bundeskanzlerin und Herr Seehofer, Sie beide haben erkannt, dass Ihre Parteien Erneuerung brauchen. Was für Parteien richtig ist, das kann für das Land, das kann für die Bundesrepublik Deutschland nicht falsch sein. Deshalb hoffen wir auf das neue Jahr.

(Beifall bei der FDP)



Dass die Wirtschaft weiter so dynamisch wie bisher wachse, sei nicht sicher, sagte Christian Lindner (FDP).

© picture-alliance/dpa

Andrea Nahles, SPD:

Der Haushalt legt Grundlagen für Chancengleichheit



Andrea Nahles (*1970)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Herr Lindner, Sie haben ja in einem Punkt absolut recht: Diese Haushaltsdebatte findet tatsächlich im Zeichen einer sehr, sehr großen Zäsur statt. Großbritannien wird die Europäische Union verlassen – ob mit oder ohne Brexit-Deal –; das ist tatsächlich eine echte, große Zäsur.

Deswegen muss heute von diesem Parlament, von diesem Ort aus auch ein Signal ausgehen, nämlich dass die Vertiefung der europäischen Einigung, die Zusammenarbeit in Europa durch den Brexit nicht ins Stocken geraten wird. Dafür müssen wir zusammen mit Frankreich und unseren europäischen Partnern sorgen.

Wir sagen: Für uns ist die europäische Zusammenarbeit nicht ein Problem. Die Vertiefung der Europäischen Union ist für uns vielmehr die Antwort. Ich glaube, an dieser Stelle müssen wir konkret werden. Das heißt nämlich zum Beispiel, dass es uns nie wieder passieren darf, Herr Lindner, dass uns eine Finanzkrise wie 2008 so kalt erwischt. Insofern ist Ihr Befund in Bezug auf Italien komplett richtig. Leider ist Ihre Antwort nicht richtig. Denn es geht nicht darum, dass wir in einer Phase, wo einzelne Länder ins Straucheln zu geraten drohen, die Währungsunion infrage stellen, sondern es geht darum, dass wir mehr Einfluss nehmen, dass wir die Zügel in die Hand nehmen und dafür sorgen, dass wir diese Krise gemeinsam abwenden können. Und deswegen brauchen wir auch die Europäische Währungsunion sowie eine Bankenunion. Wir müssen an dieser Stelle mehr Zusammenarbeit wagen und unsere eigene Währung stabilisieren. Ihre Antwort ist grundfalsch.

Europa muss auch konkret werden, wenn es um Investitionen geht. Es geht um die soziale Dimension Europas, also zum Bei-

spiel um eine europäische Arbeitslosenrückversicherung. Und es geht natürlich ganz konkret auch darum, dass Europa die Zukunft gestaltet. Dazu gehört für mich nun einmal eine klare Antwort Europas auf die Frage, wie sich die großen Plattformökonomie auf diesem Planeten bewegt. Da muss Deutschland für die soziale Marktwirtschaft eintreten. Deswegen brauchen wir eine Besteuerung von digitalen Unternehmen – international. Wir brauchen eine Mindestbesteuerung überall auf der Welt. Für den Fall, dass das nicht kurzfristig erreichbar ist, wollen wir noch im Dezember zusammen mit den Franzosen – das hat Olaf Scholz hier gestern angekündigt – einen gemeinsamen Vorschlag machen, wie wir eine Digitalsteuer auf europäischer Ebene umsetzen wollen. Das ist die Antwort. Mehr Europa ist die Antwort, nicht weniger Europa.

Ich glaube, dass wir mit unserem Haushalt in diesen Zeiten, wo wir sehr gut dastehen, wo es aber, wie wir sehen, auch Risiken gibt, sehr genau überlegen müssen: Wo setzen wir die Prioritäten? Es ist nun einmal so, dass der Brexit verunsichert. Es sorgt für Unruhe, wenn China und die USA sich in einen Handelskrieg bewegen. Es ist so, dass wir hier im dritten Quartal eine leicht zurückgehende Wirtschaftsleistung haben. Deswegen muss man einen Investitionshaushalt vorlegen. Das tun wir mit diesem Haushalt. Die 155 Milliarden Euro, die wir hier investieren, sind eine Rekordsumme, alleine 39 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist ein klares Signal, dass wir die Zeichen der Zeit richtig erkannt haben.

Ich will auf die Digitalisierung eingehen; Frau Bundeskanzlerin hat es auch gemacht. Die Digitalisierung ist ein Schwerpunkt. Es gibt einen Bereich in Deutschland, wo die Digitalisierung wirklich dringend wird: an den Schulen. Ich möchte deswegen sehr klar sagen: Wir haben das Geld. Das Geld ist da, um an dieser Stelle ein Upgrading, um es einmal so auszudrücken, hinzukriegen. Um den Weg dahin gehen zu können, brauchen wir aber noch eine Grundgesetzänderung. Wir sind mit den Grünen, mit der FDP – dafür möchte ich mich bedanken

– in intensiven Beratungen, um den Weg dafür freizumachen. Wir brauchen eine Modernisierung der Schulen. Wir müssen an dieser Stelle endlich das Kooperationsverbot aufbrechen, damit das möglich wird. Der Bund muss sich hier engagieren. Er will sich engagieren. Das Geld dafür ist da, und das müssen wir jetzt auch ermöglichen.

Ich glaube, dass es tatsächlich sehr wichtig ist, dass wir in diesem Parlament die richtigen Fragen stellen. Da geht es beim Thema Digitalisierung nicht immer nur um Geld, da geht es sehr wohl auch um Regulierung. Wir müssen die Frage stellen: Wer darf eigentlich die Daten nutzen, die überall gesammelt werden? Sind es nur die Monopole, die sich herausbilden, die diese Daten sammeln, verwerten, verkaufen und daraus Innovation ableiten dürfen? Wir müssen persönliche Daten schützen, aber auch Daten dem Markt zur Verfügung stellen: Start-ups, deutschen Unternehmen. Deswegen schlagen wir von der SPD vor, an dieser Stelle einen Schritt weiter zu gehen. Ein Datensharinggesetz, ein Daten-für-alle-Gesetz ist der Weg der Wahl, um an dieser Stelle tatsächlich Marktwirtschaft,

Beim Thema Digitalisierung geht es nicht nur um Geld, es geht auch um Regulierung.

Freiheit des Einzelnen und Gerechtigkeit zu ermöglichen. Da müssen wir größer denken als nur in Geld. Es geht bei dieser Frage auch um Regulierung und neue Weichenstellungen.

Lassen Sie uns die 5G-Versteigerung nutzen, damit auch bei mir in der Eifel endlich das schnelle Internet ankommt. Es ist nur eine kleine Randbemerkung. Aber Entschuldigung: Es wäre jetzt wirklich einmal an der Zeit. Wir reden die ganze Zeit über bezahlbares Wohnen in den Städten. Der eine oder andere würde es sich überlegen, auch weiter sehr schön und sehr gut auf dem Land zu leben, wenn wir überall schnelles Internet hätten. Das wäre auch eine Maßnahme für den Bundesinnenminister, an dieser Stelle für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Deswegen hat die 5G-Versteigerung auch bei diesem Haushalt eine hohe Priorität.

Ich möchte darüber hinaus sehr klar einen Akzent setzen: Dieser Haushalt legt an vielen Stellen die Grundlage für Chancengleichheit.

Chancengleichheit ist ein Ziel, aber leider nicht die Realität. Ich möchte das am Beispiel der Kitas in Deutschland deutlich machen. Wir wollen ein Gute-Kita-Gesetz auf den Weg bringen, mit dem wir uns als Bund wie noch nie in Deutschland verpflichten, für die Qualitätsverbesserung in den Kitas mit Sorge zu tragen. Wir haben unter Rot-Grün auf Bundesebene für die Infrastruktur gesorgt. Aber jetzt brauchen wir eine Qualitäts-offensive; dazu haben wir uns entschlossen. Deswegen kann ich an dieser Stelle nur darum bitten, dass wir auch hier möglich machen, was bisher nicht möglich ist, nämlich dass der Bund auch da vor Ort hilft. Es geht um Qualität, aber es geht auch um die Entlastung von Familien. Es ist wichtig, dass über das Gute-Kita-Gesetz auch Gebührenfreiheit ermöglicht wird. Wir werden dafür sorgen, dass es bundesweit gestaffelte Gebühren gibt bis hin zur Gebührenfreiheit. Das ist aus meiner Sicht ein zentraler Punkt, weil es teilweise Hunderte Euro pro Monat sind, die auch Menschen, die nicht der gehobenen Mittelschicht angehören, aufbringen müssen. Davon sollten wir sie aus meiner Sicht ganz dringend entlasten.

In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Punkt zu nennen. Wir wollen auch bei der Bildung einen Schwerpunkt setzen, nämlich bei der Weiterbildung in den Betrieben. Auch die brauchen wir für den Transformationsprozess. Deswegen bin ich sehr froh, dass Hubertus Heil hier die Qualifizierungsoffensive wagt. Die Bundesagentur für Arbeit wird sich in Zukunft auch um Weiterbildungsberatung kümmern. Sie wird präventiv agieren können, nicht erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist und es Transfersgesellschaften gibt, sondern bevor Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, wird präventiv in die Betriebe investiert, in die betriebliche Weiterbildung. Das machen wir möglich, dafür geben wir Geld. Das ist richtig investiertes Geld in diesem Bundeshaushalt.

Ich möchte darüber hinaus eine Sache ansprechen. Mit diesem Haushalt wird in den richtigen Bereichen investiert, in Chancengleichheit, in Bildung; aber er sorgt natürlich auch für Sicherheit. Es gibt zwei Dimensionen von Sicherheit. Die eine Dimension ist die soziale Sicherheit. Das gehen wir ganz massiv bei der Altersvorsorge an. Ich sage an dieser Stelle: Es ist wirklich groß an dem Gesetz, dass wir die Renten end-

lich wieder an die Löhne koppeln, dass in dem Moment, in dem die Löhne steigen, auch die Renten steigen. Das bedeutet, dass wir die Rentenformel ändern. Dafür stellt dieser Bundeshaushalt die Finanzierung zur Verfügung. Sonst wäre das gar nicht möglich. Es geht aber auch darum, die Sicherheit zu schaffen, dass man auch im Alter, wenn man nicht mehr arbeiten kann, gut leben kann. Deswegen ist das ein entscheidender Meilenstein.

Wenn man im Alter pflegebedürftig wird, ist man darauf angewiesen, dass es genügend Pflegekräfte in diesem Land gibt, und diese müssen auch anständig bezahlt werden. Deswegen hat diese Bundesregierung die Kraft aufgebracht, die größte Pflegereform seit 15 Jahren zu machen. Das haben wir dadurch geschafft, dass wir uns einig waren und gesagt haben: Wir müssen wieder

Tausende sachgrundlos befristete Stellen werden mit diesem Haushalt entfristet.

mehr Mittel für die Einstellung von Pflegekräften zur Verfügung stellen. Die Pflegekosten in den Krankenhäusern werden wieder eins zu eins von den Krankenkassen übernommen. Was für ein epochaler Schritt! Das ist etwas, was die Menschen tatsächlich spüren werden. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir mit diesem Haushalt auch soziale Sicherheit schaffen.

Aber es geht nicht nur um soziale Sicherheit. Es geht auch um einen handlungsfähigen Staat. An dieser Stelle will ich auf etwas hinweisen, was viele vielleicht noch gar nicht in dem Maße würdigen. Es ist so, dass wir im Bereich „Bundespolizei und Bundeskriminalamt“ 3 120 Stellen zusätzlich schaffen. Ich glaube, wir haben an dieser Stelle viele Jahre zu wenig gemacht. Seit einigen Jahren haben wir – auch auf Länderebene; das muss man klar sagen – den Hebel herumgedreht. Wir legen jetzt da, wo es wirklich dringend nötig ist, die Messlatte richtig.

3 120 Stellen sind, für sich genommen, ein Riesenblock. Vor allem werden Tausende sachgrundlos befristete Stellen mit diesem Haushalt entfristet.

Wir haben da als Bund, mit Verlaub, auch eine Vorbildfunktion. Wenn wir auf Bundesebene sachgrundlose Befristungen nicht beenden, dann können wir uns schlechterdings nicht an die Privatwirtschaft wenden und sagen: So, macht ihr mal! Wir kriegen das nicht hin. – Deswegen ist dieser Haushalt, wie auch schon der letzte Haushalt, ein Durchbruch in Richtung Entfristung. Das ist für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch für die Pri-

vatwirtschaft ein wichtiges Signal, das von diesem Bundeshaushalt ausgeht.

Wenn ich von Sicherheit spreche, dann heißt das auch, dass ein Staat die Regeln, die er aufstellt, erst nimmt. Wir erhöhen den Mindestlohn ab Januar 2019 auf 9,19 Euro, dann auf 9,35 Euro. Wenn man aber einen Mindestlohn hat, dann sollte er auch überall gelten. Wir haben auch eine Behörde, die das sicherstellt; das ist der deutsche Zoll. Ich freue mich, dass wir auch an dieser Stelle konkret werden und 775 zusätzliche Zollstellen schaffen, da-

mit es nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität einen Mindestlohn gibt, damit Schwarzarbeit bekämpft wird und wir auch mehr für die Steuerfahndung machen können.

Viele in unserem Land, die hart arbeiten und ihre Familien sehr gut durchbringen, merken oft am Ende des Monats, wie knapp es in der Kasse ist. Wir haben deswegen ein Familienentlastungsgesetz auf den Weg gebracht und auch finanziert. Es geht um 9,8 Milliarden Euro Entlastung. Mitte nächsten Jahres wird es 10 Euro mehr Kindergeld geben. Es wird im Übrigen

auch eine Abflachung der Progression geben, damit das Geld in den Familien auch ankommt.

Wir reden oft über diejenigen, die Transferleistungen bekommen. Dieser Haushalt ist einer, der genau auf die guckt, die arbeiten, die Steuern und Beiträge zahlen. Wir haben hier ganz klare Akzente gesetzt. Mich freut besonders, dass wir es hingekriegt haben, dass die Menschen im unteren Einkommensbereich, die Geringverdiener – 3,5 Millionen Menschen verdienen nur 1 300 Euro; verdienen würden sie vielleicht mehr, aber sie bekommen nicht mehr –, ab

Mitte 2019 einen reduzierten Rentenbeitragssatz zahlen – das ist sozusagen im großen Rentenpaket versteckt –, aber trotzdem volle Rentenansprüche haben. Das ist eine Maßnahme, die das Ziel verfolgt, dass der, der hart arbeitet und sich an die Regeln hält, bei Rente und Gehalt spürbar über der Grundsicherung liegt. Dafür haben wir diese Maßnahme miteinander verabredet und finanziert. Das sind einige Hundert Millionen Euro, gut investiertes Geld für Geringverdiener.

Mit diesem Haushalt wird also nicht nur investiert. Er sorgt nicht

nur für mehr Chancengleichheit, nicht nur für soziale und innere Sicherheit, sondern hat auch die Menschen im Blick, die hart arbeiten, die ihre Steuern zahlen und Entlastung brauchen. Das sind die Schwerpunkte dieses Haushaltes. Deswegen ist es ein sehr guter, ein sehr solider Haushalt, der im Übrigen ohne Schulden auskommt, was – das will ich auch noch einmal betonen – eine gemeinsame Leistung dieser Bundesregierung ist. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Sahra Wagenknecht, Die Linke:

Wir haben uns an die Unfähigkeit von Regierungen gewöhnt



Sahra Wagenknecht (*1969)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Zumindest in einem Punkt hat diese Koalition geschafft, was vor ihr noch keiner Bundesregierung gelungen ist: Obwohl sie weniger als ein Jahr im Amt ist, gibt es mit Ausnahme der beteiligten Personen wahrscheinlich niemanden in diesem Land, der nicht auf ihr baldiges Ende hofft. Die Bevölkerung hat die Koalition satt, weil sie mit ihren schlechten Kompromissen und gegenseitigen Blockaden erkennbar nicht in der Lage ist, die wirklichen Probleme der Menschen zu lösen. Ja, und die Konzernlenker und Finanzmafiosi hoffen natürlich längst, dass mit Friedrich Merz bald einer der ihren ins Kanzleramt einzieht, der ihre Wünsche weit bedingungsloser und rücksichtsloser erfüllt als das aktuelle Kabinett.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau diese Art von Politik können wir uns immer weniger leisten. Schauen wir uns doch die Herausforderungen an, vor denen wir stehen: Der Einbruch der deutschen Wirtschaft im dritten Quartal zeigt an, dass es mit der Konjunktur bald nicht mehr so laufen könnte wie in den letzten Jahren, auch, weil die ständigen deutschen Exportüberschüsse Ge-

genreaktionen geradezu provozieren. Um den Binnenmarkt zu stärken, brauchen wir aber dringend höhere Löhne, bessere Renten, und wir brauchen eine Regierung, die in Sachen öffentlicher Investitionen endlich ihre Aufgaben erfüllt. Und das tun Sie nicht, auch wenn Sie hier immer so tun, als wäre das so.

Auch auf den Finanzmärkten ziehen längst wieder dunkle Wolken auf. Die Diskrepanz zwischen Verschuldung und Wirtschaftsleistung ist global weit größer als vor der letzten großen Krise. Trotzdem haben Sie es bis heute versäumt, die Spekulation einzudämmen und die Banken zu zwingen, die Ersparnisse der Bürgerinnen und Bürger abzusichern. Wir brauchen dringend eine Regierung, die das nachholt, und nicht einen Finanzminister, der jetzt auch noch die Finanztransaktionsteuer kalt beerdigt, weil er alle Derivategeschäfte komplett ausklammern will. Was ist das für ein Kotau vor der Finanzmafia?

Die Digitalisierung ist inzwischen ein Modethema; wir haben es ja heute wieder hier gehört. Aber am eigentlichen Problem wird zuverlässig vorbeigeredet. Das Problem ist, dass der Mensch

eben nicht im Mittelpunkt stehen kann, solange diese Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts fünf Monopolisten aus dem Silicon Valley überlassen wird, die längst einen globalen Überwachungskapitalismus aufgebaut haben, bei dem sogar Orwells schlimmste Befürchtungen in den Schatten gestellt werden. Deswegen brauchen wir eine Regierung, die diese Ent-

signung der Privatsphäre endlich gesetzlich stoppt, und wir brauchen digitale Plattformen in gemeinnützigem Eigentum, weil Wettbewerb in diesem Bereich wegen der Netzwerkeffekte eben nicht funktioniert.

Auch Klimawandel, Raubbau an unseren Ressourcen bedrohen unsere Zukunft. Aber wer dem Einhalt gebieten will, der muss schleunigst aus einer Wegwerfwirtschaft aussteigen, in der marktbeherrschende Konzerne es sich leisten können, Produkte extra so zu konstruieren, dass sie schnell kaputtgehen und dass sie sich möglichst nicht reparieren lassen. Deswegen brauchen wir eine Politik, die innovative Technologien, die kreative Firmen fördert, statt Subventionen an die bestvernetzten Großunternehmen zu verteilen.

Eine Bundesregierung, die in Brüssel strengere Abgasnormen verhindert und deren Regierungspartei CDU sich das von den BMW-Eigentümern Quandt mit einer Großspende von 700 000 Euro bezahlen lässt, ist nicht nur ein klimapolitischer Blindgänger, sondern steht auch für genau die Art geschmierter Politik, die viele Menschen an der Demokratie zweifeln lässt.

Auch auf den Finanzmärkten ziehen längst wieder dunkle Wolken auf.

Auch die geopolitischen Gefahren wachsen. Dass Donald Trump nach dem Iran-Abkommen jetzt auch noch den INF-Vertrag kündigen will und damit eine neue Welle atomarer Aufrüstung auslösen könnte, ist eine ernste Gefahr für den Weltfrieden und vor allem eine Gefahr für die Sicherheit hier in Europa. Diese Zumutungen müssen doch endlich

durch eine selbstbewusste europäische Friedenspolitik beantwortet werden. Aber dafür brauchen wir eine Bundesregierung, die den Mut hat, die Entspannungspolitik Willy Brandts wiederzubeleben, und nicht eine, die sich in Macrons Planspiele für eine europäische Interventionsarmee einklinkt, bei denen es nicht zuletzt darum geht, den Parlamentsvorbehalt für neue Kriegseinsätze auszuhebeln.

Frau Merkel, Sie haben vorhin sehr engagiert über Migration gesprochen, und Sie haben über die vielen Kriege auf dieser Welt gesprochen. Ja wo kommen denn diese Kriege her? Wer munitioniert denn diese Kriege? Das ist doch nicht zuletzt Deutschland mit seinen Waffenexporten. Auslöser waren oft genug auch Rohstoffkriege westlicher Staaten. Die Ausplünderungen dieser Länder sind doch die Ursachen. Tun wir doch nicht so, als sei Flucht und Migration etwas, wofür es keine politische Verantwortlichkeit gebe. Dafür gibt es politische Verantwortlichkeiten. Es gibt Ursachen, und die muss man endlich beseitigen. Da würde ich mir von Ihnen einmal wünschen, dass Sie Konsequenzen ziehen.

Ich finde, wir haben uns viel zu sehr an die Unfähigkeit von Regierungen gewöhnt. Wie kann es sein, dass es in einem reichen Land angeblich nicht zu schaffen ist, Brücken und Straßen in einem ordentlichen Zustand zu erhalten und dafür Sorge zu tragen, dass auch ländliche Regionen Zugang zu schnellem Internet und gutem Funknetz haben? Das, was hier gerade wieder gesagt worden ist, haben wir doch schon vor drei, vier, fünf Jahren gehört, und trotzdem ist es nicht besser geworden. Wie kann es sein, dass Sie nicht in der Lage sind, alte Menschen vor Armut zu schützen oder allen Kindern eine gute Bildung zu ermöglichen? Aber ausgerechnet für die Beschaffung von Waffen und

Kriegsgerät schon wieder 4,7 Milliarden Euro obendrauf zu legen, drauf auf einen Rüstungsetat, der schon in den letzten Jahren unverantwortlich schnell gewachsen ist, ist doch eine irre Politik.

Meint diese Koalition wirklich, dass zufriedene Rüstungslobbyisten wichtiger sind als zufriedene Wähler? Wenn Sie das meinen, dann muss ich sagen: Es ist wirklich kein Wunder, dass es mit solchen Parteien bergab geht. Ich gebe ja zu: Es schmerzt uns nicht allzu sehr, wenn die Union Wähler verliert. Aber was uns wirklich ein Rätsel ist, ist die Strategie der SPD. Es ist keine zwei Wochen her, da haben

Sie auf Ihrem Debattencamp absolut vernünftige Forderungen formuliert – gegen Hartz IV, für eine Erneuerung des Sozialstaats, für eine Rentenversicherung, in die alle einzahlen. Das finden wir gut; wir wären heilfroh, wenn wir in Zukunft für solche Dinge nicht mehr alleine kämpfen müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Sie das alles auch nur etwas ernst meinen, wie können Sie dann diesem Rüstungshaushalt, diesem Aufrüstungshaushalt, zustimmen, der dieses Land kein bisschen gerechter machen wird? Wer soll Ihnen denn noch irgendetwas glauben, wenn Sie gleichzeitig an der Koalition mit der Union festhalten, mit der Sie garantiert keine einzige dieser Forderungen umsetzen können? Sie machen doch Ihre Glaubwürdigkeit immer mehr kaputt. Sie können die besten Dinge formulieren, das nimmt Ihnen keiner mehr ab. Ich finde das traurig; das möchte ich schon deutlich sagen.

Unsere Nationalhymne, die Sie ja alle gern singen, beschwört Einigkeit und Recht und Freiheit. Aber wir leben nicht in einem einigen Land, sondern in einem,

Fortsetzung auf nächster Seite

das sozial und zunehmend auch kulturell tief gespalten ist. Es gibt diejenigen, die vom aktuellen Wirtschaftsboom profitieren, es gibt andere, an denen das Wachstum seit Jahren komplett vorbeigeht, und es gibt offensichtlich auch zweierlei Rechte in diesem Land: eines für den normalen Bürger und eines für die oberen Zehntausend und die Konzernlenker, bei denen gemeingefährliche Betrügereien wie die mit den Dieselabgasen komplett ohne Konsequenzen bleiben. Die werden lieber auf die Dieselfahrer abgewälzt, denen inzwischen sogar auf einer Autobahn Fahrverbote drohen, und diese Regierung schaut zu und erklärt sich für nicht zuständig. Wie blamabel ist das denn!

Wenn kriminelle Gangster mit windigen Finanzgeschäften die Steuerzahler ausplündern, dann stehen die Finanzminister jahrelang Schmiere. Stellen Sie sich einmal vor, ein Kleinunternehmer hätte das gemacht, was mit Cum/Ex generalstabsmäßig abgelaufen ist: Rechnungen für Dinge bei der Steuer einreichen, die er gar nicht besitzt, sondern sich nur kurzfristig ausgeliehen hat, und diese Rechnungen dann auch noch fleißig kopieren und alle seine Kumpel animieren, dass sie die auch noch einreichen und sich Steuern erstatten lassen, die sie nicht gezahlt haben. – Ich wette mit Ihnen: Der Mann säße binnen Wochen, spätestens binnen weniger Monate im Gefängnis. Die Cum/Ex-Betrüger dagegen haben den Steuerzahler über viele, viele Jahre um Milliarden geprellt, allein in Deutschland um 32 Milliarden Euro. Aber keiner von ihnen wurde bisher in Handschellen abgeführt, noch nicht mal hat man ihnen das Geld wieder abgenommen. Was ist denn das für eine Politik? Und dann wundern Sie sich, dass die Menschen nicht nur an der Demokratie, sondern auch am Rechtsstaat zweifeln?

Ja, und die Freiheit? Wie frei ist denn eine Gesellschaft, in der die meisten, die in arme Verhältnisse hineingeboren wurden, dieser Armut lebenslang nicht mehr entkommen. Die Hans-Böckler-Stiftung hat es kürzlich noch einmal belegt: Wer in Deutschland einmal unten ist, der bleibt mit großer Wahrscheinlichkeit unten. Wer dagegen reich geboren ist, der hat beste Chancen sein Leben im Luxus zu genießen, ohne dass er irgendetwas Relevantes dafür leisten muss. Ich finde, das sind feudale Verhältnisse, und das hat mit den Ansprüchen einer sozia-



Wer in arme Verhältnisse hineingeboren werde, entkomme diesen meist lebenslang nicht mehr, sagte Sahra Wagenknecht (Die Linke).
© picture-alliance/JOKER/Walter G. Allgöwer

len Marktwirtschaft nichts zu tun.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben in der ersten Regierungserklärung in dieser Legislatur viel vom sozialen Zusammenhalt gesprochen. Aber genau diesen Zusammenhalt hat doch die Politik der letzten Jahre zerstört. Deutschland hat sich verändert, und zwar in eine Richtung, die vielen Menschen Angst macht. Das Klima ist rauer, kälter und aggressiver geworden, und das ist letztlich das Spiegelbild der Kälte und Rücksichtslosigkeit, die sich in unserer Gesellschaft und vor allem in der Arbeitswelt ausgebreitet haben. Es

ist doch bekannt, wie heute bei Ryanair, bei Amazon, bei der Deutschen Post und in vielen anderen Unternehmen mit Mitarbeitern umgesprungen wird. Und es sind Ihre Gesetze, die das möglich machen, die möglich ma-

chen, dass Menschen in schlecht bezahlten Jobs gedemütigt werden oder dass sie als Leiharbeiter und Dauerbefristete der Willkür ihrer Arbeitgeber in besonderem Maße ausgeliefert sind. Es sind Ihre Gesetze, die möglich machen, dass Arbeitslose im Jobcenter schikaniert werden, als würden sie um Almosen betteln, dabei handelt sich oft um Menschen, die jahrelang geschuftet und in die Sozialversicherung eingezahlt haben.

Wenn Sie wissen wollen, wie das Leben für viele Menschen jenseits der kernsanierten Wohlhühzonen aussieht, dann lesen Sie die vielen Tausend Einträge unter dem kürzlich gestarteten Hashtag #unten. Da geht es um Abstieg, um Ausgrenzung, um Demütigungen und um Zukunftsangst. Auch der FDP würde es guttun, da reinzuzucken. Auch das ist

Deutschland, und diesem Deutschland geht es nicht gut. Dieses Deutschland muss sich schlicht verhöhnt fühlen, wenn es Ihre Schönwetterreden hört. Ich finde, wir brauchen eine Regierung, die sich den Menschen wieder zuwendet, die den Sozialstaat erneuert und damit Sicherheit und Planbarkeit in ihr Leben zurückbringt.

Ich fand es schon bedauerlich, Frau Merkel, dass heute in Ihrer gesamten Erklärung die soziale Frage und die Situation und die Lebensängste der Menschen in diesem Land überhaupt keine Rolle gespielt haben. So können wir doch nicht weitermachen. Wir brauchen keine weitere Senkung des Arbeitslosenbeitrags. Wir brauchen eine Wiederherstellung einer soliden Arbeitslosenversicherung. Wer Bezieher mittlerer und unterer Einkommen entlasten will, der kann den Weg Österreichs gehen. Dort zahlt der Arbeitgeber zur Rentenversicherung mehr als 2 Prozentpunkte mehr als der Arbeitnehmer. Wenn dann noch alle in die Rentenkasse einzahlen, auch Selbstständige und Beamte, dann müsste niemand mehr Angst vor Altersarmut haben.

Oder schauen Sie sich den Wohnungsmarkt an. Es gab eine Zeit, da wurde die Bereitstellung von Wohnraum in unserem Land als öffentliche Aufgabe begriffen. Dann wurde ein Großteil der Wohnungen an private Immobilienfonds verschertelt. Das Ergebnis ist offensichtlich: Anstelle eines Grundrechts sind Wohnungen heute ein beliebtes Spekulationsobjekt geworden. Und der Mietwucher führt nicht nur zu wachsender Armut; er führt auch dazu, dass ärmere und wohlhabende Menschen immer seltener im gleichen Wohnviertel wohnen. Auch das zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Zu Beginn dieser Koalition haben Sie pompös ein Heimatministerium geschaffen. Aber ich frage Sie: Was ist denn die wichtigste Basis dafür, dass Menschen eine Heimat haben, wo sie sich wohlfühlen können? Das ist doch ein sicheres Zuhause, wo sie wohnen können, ohne Angst zu haben, durch die nächste Mieterhöhung verdrängt zu werden. Herr Seehofer und Frau Merkel, darum könnten Sie sich kümmern, wenn Sie ernsthaft etwas mit Heimat im Sinn haben.

Eine vernünftige Wohnungspolitik würde die öffentliche Hand nicht einmal so viel mehr Geld kosten. 17 Milliarden Euro werden heute bundesweit dafür ausgegeben, mit Wohngeld und Wohnkostenzuschüssen, den Menschen die explodierenden Mieten etwas erträglicher zu machen. Statt so mit öffentlichem Geld am Ende die Taschen der Miethaie zu füllen, wäre es doch weit sinnvoller, einen sofortigen Mietpreisstopp durchzusetzen und die eingesparten Milliarden für ein neues Wohnungsbauprogramm unter öffentlicher Regie und für den Rückkauf kommunaler Wohnungen einzusetzen.

Aber dass Sie solide wirtschaften können und sparsam mit dem Geld der Steuerzahler umgehen, das gehört ja sowieso zu den großen Fake News Ihrer Politik. Die Wahrheit ist: Sie spalten nicht nur unser Land, Sie sind auch noch besonders teuer mit Ihrer Politik. Da fördern Sie überall, bei Bauvorhaben, Autobahnen oder Schulsanierungen, sogenannte öffentlich-private Partnerschaften, wobei die Partnerschaft regelmäßig darin besteht, dass die öffentliche Hand gemolken wird und die privaten Investoren risikofreie Renditen absahnen. Deshalb sind solche Projekte immer teurer, als wenn der Staat selbst investiert. Trotzdem fördern Sie

das mit ungebrochener Begeisterung.

In vielen Verwaltungen fehlt qualifiziertes Personal. Es fehlen Polizisten auf den Straßen, es fehlen Erzieher, Lehrer, Sozialarbeiter, Pflegekräfte. Dabei wäre schon einiges gewonnen, wenn etwa das Geld, das für die Pflege bereitsteht, vollständig dafür eingesetzt werden könnte, qualifiziertes Personal und anständige Gehälter zu bezahlen, statt, wie das heute der Fall ist, auch noch die lukrativen Gewinne der Finanzinvestoren mitzufinanzieren, die immer mehr Pflegeheime übernehmen. Krankenhäuser sind keine Profitcenter. Wir sind überzeugt: Hilflöse alte Menschen und deren Pfleger renditehungrigen Hedgefonds zu überlassen, das ist einfach nur schäbig.

In Ihren Ministerien das gleiche Elend: Statt auf eigene Beamte zu vertrauen und die entsprechend zu qualifizieren, holen Sie sich die Leute von Goldman Sachs und McKinsey ins Haus, die teures Geld kosten und wohl kaum das Gemeinwohl im Sinn haben.

Wohin die Krise der Demokratie und die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts führen, das können Sie hier auf der rechten Seite des Parlaments besichtigen. Da sitzt das Ergebnis Ihrer Politik. Und es ist schlicht unehrlich, wenn Sie sich hier immer mit großer emotionaler Geste über die AfD aufregen und gleichzeitig genau die Politik fortsetzen, die diese Partei erst stark gemacht hat.

Schon in den 90er-Jahren haben zwei sehr unterschiedliche Männer vor den Konsequenzen gewarnt, wenn große Teile der Bevölkerung sich nicht mehr politisch repräsentiert fühlen: Der Liberale Dahrendorf hat 1997 darauf hingewiesen, dass die Globalisierung – Zitat – die Institutionen der Demokratie durch konsequenzlose Kommunikation zwischen den Individuen ersetzt, und deshalb ein Jahrhundert des Autoritarismus befürchtet. Und der Schriftsteller Stefan Heym, der als jüdischer Emigrant in der US-Armee gegen die Nazis gekämpft hat, hat schon 1992 gewarnt – ich zitiere:

Wenn die Leute sich nicht artikulieren können, dann werden sie Häuser anzünden. Und wenn man ihnen nicht eine demokratische Lösung anbieten kann, eine linke Lösung, dann werden sie nach rechts gehen, werden sie wieder dem Faschismus folgen ...

Und deshalb ist Ihr Weiter-so nicht zu verantworten. Unser Land braucht dringend einen sozialen und demokratischen Neubeginn. Noch ist es nicht zu spät.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen:

Keine Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

© Deutscher Bundestag/Thomas Köhler

Die Menschen in Deutschland sind da schon viel weiter. Bei den großen Demonstrationen in München, Chemnitz und Berlin haben wir doch gesehen, wie die gesellschaftliche Mehrheit ein Stoppschild aufgestellt hat, nicht nur gegenüber den Hetzern da am äußersten rechten Rand.

Und die Hetzer da am äußersten rechten Rand haben auch etwas missverstanden. Hier geht es um die Generaldebatte zur Politik der Bundesrepublik Deutschland, hier geht es um den Haushalt der Bundesrepublik Deutschland und nicht um die schwarzen Kassen einer rechtsradikalen Partei. Das ist das Thema heute hier.

Nein, die Menschen haben auch ein Stoppschild aufgestellt gegenüber einer Regierungspolitik, die die großen Probleme nicht und die kleinen viel zu häufig falsch angeht. Die Menschen sind in aller Vielfalt und mit Optimismus auf die Straße gegangen, und zwar mit einer klaren Botschaft: Hören Sie auf mit der Selbstbeschäftigung, und kümmern Sie sich um die wichtigen Probleme unserer Zeit!

Ein nachdenklicher Stahlarbeiter hat mich am Rande einer Veranstaltung angesprochen und zu mir gesagt: Herr Hofreiter, ich habe Kinder und weiß, für deren Zukunft müssen wir die Klimakrise in den Griff kriegen. Was ich aber nicht verstehe, ist, wie das gerade läuft. Wenn wir den CO₂-Ausstoß teurer machen, die Stahlproduktion hier bei uns regulieren und dann

Stahl zu Dumpingpreisen aus China importieren, hier die Arbeitsplätze zerstört werden und weltweit das Klima, wo ist dann der Nutzen, wo ist dann der Nutzen für die Zukunft meiner Kinder? Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Stahlarbeiter hat recht: Es gibt keinen Nutzen, wenn es so läuft.

Darum braucht es eine Klimaabgabe, um unsere Wirtschaft vor Klimadumping zu schützen, um faire Wettbewerbsbedingungen für alle herzustellen. Dafür brauchen wir eine starke Europäische Union; denn eine starke Europäische Union ist die Antwort auf die Frage des Stahlarbeiters. Nur mit der Europäischen Union können wir Klima- und Sozial-

dumping etwas entgegensetzen, und mit einer starken Europäischen Union können wir die Klimaziele erreichen.

Aber leider ist diese Bundesregierung zum Bremsen und Blockieren geworden, wo beherrzte Maßnahmen notwendig wären. Wohin das führt, sehen wir doch an den aktuellen Wirtschaftszahlen: Wir erleben das erste Mal seit Jahren wieder ein Minuswachstum, vor allem wegen der schlechten Zahlen in der Autoindustrie – weil die Autobosse betrogen und den Umstieg auf abgasarme Autos verschlafen und auch verschleppt haben. Auch Sie, liebe Bundesregierung, scheitern daran, für den Aufbruch, für eine zukunftsfähige Autoindustrie zu sorgen, um langfristig die Arbeitsplätze zu erhalten. Sie scheitern daran, in den Städten für saubere Luft zu sorgen. Und Sie scheitern daran, die betrogenen Dieselbesitzer zu schützen.

Dabei ist die Lösung dieser dreifachen Krise überschaubar: Hören Sie auf, vor den Autobossen zu kuscheln! Stellen Sie sich auf die Seite der Betrogenen und nicht auf die Seite der Betrüger! Und sorgen Sie für Dieselnachrüstungen, die blaue Plakette und, langfristig, für den Umstieg auf abgasfreie Autos!

Aber auch das kriegen Sie schon seit Jahren nicht hin. Wie wollen Sie denn dann die wirklich großen, wie wollen Sie denn dann die komplexen Probleme lösen? Die Klimakrise wartet doch nicht, sie ist doch längst hier angekommen. In diesem Dürresommer hat es doch jeder selbst erleben können. Wissen Sie, je länger die Bundesregierung wichtige Maßnahmen vor sich her schiebt, desto drastischer müssen am Ende die notwendigen Maßnahmen werden. Wir sind die Generation, in deren Lebenszeit es sich entscheidet – wir selbst entscheiden –, ob wir rechtzeitig aus Kohle und Öl aus- und auf 100 Prozent erneuerbare Energien und auf emissionsfreie Autos umsteigen, ob wir Plastikmüll und Pestizide produzieren oder sie konsequent reduzieren.

Liebe CDU/CSU und SPD, ja, die notwendigen Maßnahmen mögen dem einen oder anderen radikal erscheinen, was aber wirklich radikal wird, ist die Realität der Klimakrise und des Artensterbens, wenn weiter nicht gehandelt wird. Sie können ja locker den Kopf in den Sand stecken, aber dadurch verschwindet diese Realität doch nicht. Was wir brauchen,

ist eine Politik, die anders ist, eine Politik, die ehrlich und radikal in der Analyse, visionär in den Zielen und pragmatisch in der Umsetzung ist. Liebe Frau Merkel, Sie haben hier eine ganz bemerkenswerte Rede gehalten, aber Ihr Kabinett ist einfach viel zu häufig realitätsverloren, wenn es um die Europapolitik geht, ideologisch verbohrt und, wenn man sich Herrn Seehofer anschaut, auch noch tölpelhaft in der Umsetzung. Dadurch vergrößern Sie viele Probleme auch noch.

Das gilt auch für die Kluft zwischen Arm und Reich. Wenn heute, an diesem Tag im November, in Deutschland ein Kind in einer ärmeren Familie geboren wird, dann ist die Lebensgeschichte dieses Kindes mit hoher Wahrscheinlichkeit schon vorgeschrieben. Wenn die Eltern dieses Kindes keinen Schulabschluss haben, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass dieses Kind auch keinen Schulabschluss erreicht. Wenn die Eltern im Niedriglohnbereich arbeiten, dann wird dieses Kind wahrscheinlich auch dort landen. Wenn die Eltern zu hohe Schulden haben, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass dieses Kind sich überschulden wird.

Das ist eine Gesellschaft, in der das große Versprechen, nach dem es den Kindern einmal besser oder mindestens so gut wie ihren Eltern gehen wird, nicht mehr für alle gilt. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Deshalb, liebe CDU/CSU und liebe SPD: Tun Sie endlich wirklich etwas gegen Kinderarmut! Erhöhen Sie die Kinderregelsätze! Sorgen Sie mit einer Kindergrundsicherung dafür, dass alle Kinder in diesem Lande gleiche Chancen haben, egal in welche Familie sie hineingeboren werden!

Packen Sie das Problem der explodierenden Mieten vernünftig an! Schaffen Sie endlich wirklich mehr bezahlbaren Wohnraum, und beenden Sie endlich die Immobilienspekulationen! Es ist ja schön, wenn Sie hier darüber reden, aber es muss am Ende auch bei den Leuten ankommen. Es braucht mehr bezahlbaren Wohnraum. Deshalb: Setzen Sie es endlich konsequent um, und halten Sie hier nicht nur schöne Reden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Armut, minimale Aufstiegschancen und mangelnde Teilhabe sind ja nur die eine Seite. Auf der anderen Seite erleben wir einen exzessiven Reichtum bei wenigen, der zunimmt. Eine der Ursachen dafür ist der unregulierte Finanzmarkt. Das ist auch eine der Lehren aus dem Cum/Ex-Skandal. Ei-

nige Banken und Berater haben Geschäftsmodelle entwickelt, die einzig darauf angelegt sind, durch Tricks vom Staat Kasse zu machen.

Auf wessen Kosten? Auf Kosten der Steuerzahler! Mittlerweile wurden die europäischen Steuerzahler durch diesen von Deutschland ausgehenden Skandal um 55 Milliarden Euro betrogen. Jeder Schwarzfahrer wird strenger verfolgt als die Banker, die die Allgemeinheit um Milliarden betrogen haben. Damit muss endlich Schluss sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ausgerechnet ein SPD-Minister hat sich in Brüssel wiederholt gegen die Einführung einer Steuer für die Internetkonzerne starkgemacht, einer Steuer, die endlich mal das Problem anpacken würde, dass Google und Amazon noch immer viel weniger Steuern zahlen als die Buchhändlerin um die Ecke, die mit ihnen im direkten Wettbewerb steht. Apple zahlt auf 1 Million Euro Gewinn – nicht Umsatz! – 50 Euro Steuern. Wer möchte da nicht Apple sein?

Herr Scholz, beenden Sie endlich die Blockade! Setzen Sie durch, dass nicht nur die Buchhändlerin um die Ecke, sondern endlich auch die Googles und Apples Steuern in Europa zahlen!

Wissen Sie, Frau Nahles, es ist ja schön, wenn Sie hier erzählen, dass dies weltweit geschehen soll. Ja, es wäre noch schöner, wenn das weltweit geschehen würde. Aber diese Methode kennt man: Wenn man was nicht umsetzen will, dann sagt man als Erstes: Das muss in Europa passieren. Wenn es in Europa passiert, dann sagt man: Das muss weltweit passieren. Das ist die klassische Ausrede derer, die sich nicht an die Konzerne herantrauen. SPD, traue dich mal an die Konzerne ran!

Liebe Abgeordnete im Deutschen Bundestag, um ehrlich zu sein: In der Haut unserer britischen Kolleginnen und Kollegen möchte ich nicht stecken; denn der Brexit, so wie er stattfindet, ist in jeder Form schlecht für Großbritannien, und er ist schlecht für Europa. Man sieht da mal wieder die zerstörerische Wirkung populistischer Politik. Ich glaube, das sollte auch dem einen oder anderen hier bei uns eine dringende Mahnung sein.

Wenn man sich die Ergebnisse anschaut, dann stellt man fest: Die Europäische Union ist der britischen Regierung bereits sehr weit entgegengekommen. Jetzt gilt es,

Fortsetzung auf nächster Seite

Die EU ist der britischen Regierung bereits sehr weit entgegengekommen.

Die Klimakrise wartet doch nicht, sie ist schon längst hier angekommen.

dafür Sorge zu tragen, dass Umwelt- und Sozialstandards nicht hinterrücks ausgehöhlt werden. Frau Merkel, ich erwarte von Ihnen, dass Sie da in Zukunft auf der Seite Frankreichs und der Niederlande stehen und nicht wieder auf der Bremse bzw. bei den Gegnern der Sozial- und Umweltstandards. Frau Merkel, denken Sie echt europäisch, und arbeiten Sie mit Frankreich, den Niederlanden und den progressiven Ländern zusammen.

Das, was eine Antwort auf den

Brexit sein kann, hat hier am vergangenen Sonntag Präsident Macron dargestellt. Ich meine, er hat eine Liebeserklärung Frankreichs an Deutschland abgegeben, wie wir sie vielleicht so noch nie gehört haben. Ich glaube, sie muss politisch erwidert werden. Gemeinsam geht es jetzt darum, die Stärkung und Fortentwicklung der europäischen Idee durchzusetzen.

Ich muss Ihnen sagen: Die zaghaften Schritte zu einem Euro-Budget reichen bei weitem nicht

aus; denn die nächste Krise kommt ganz sicher. Dann brauchen wir stabile Mechanismen, um unsere Währung stabil zu halten, und zwar muss das Ganze unter Kontrolle des Europäischen Parlaments stattfinden. Durch die Vollendung einer Bankenunion und durch die Durchsetzung einer europäischen Unternehmenssteuer wird Europa stabiler und gerechter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen oder wenigstens die Regierung muss endlich vom

Reden zum Handeln kommen, vom Blockieren zum Regieren. Wir brauchen politische Maßnahmen, die der Größe der Herausforderungen angemessen sind. Wir müssen endlich die großen Herausforderungen anpacken wie die Energiewende, die Agrarwende, die Verkehrswende, die Stabilisierung der Europäischen Union oder auch den Kampf gegen die soziale Ungleichheit in diesem Land.

Immer mehr Menschen in diesem Land verstehen, dass ein Wei-

ter-so oder ein leichtes Korrigieren an der einen oder anderen kleinen Stelle nicht mehr ausreichen, um optimistisch in die Zukunft zu blicken. Liebe Bundesregierung, fangen wir, fangen auch Sie endlich an, auf die großen Fragen unserer Zeit die angemessenen Antworten zu geben.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ralph Brinkhaus, CDU/CSU:

Der gesamtgesellschaftliche Konsens bröckelt



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

Im Gegensatz zu einigen Vordnern bin ich der Meinung, dass es diesem Land richtig gut geht und dass wir uns einmal die Zeit nehmen sollten, das auszusprechen. Natürlich ist nicht alles gut. Natürlich kann man noch vieles besser machen. Aber wer die politische Auseinandersetzung darauf reduziert, uns immer zu erzählen, was noch schlecht läuft, der soll mir einfach mal sagen: Wann und wo ist es denn besser als hier? Das ist doch die eigentliche Frage.

Natürlich ist es auch so – das ist nicht ganz unrichtig –, dass die Menschen unruhig sind. Die Menschen sind nicht nur unruhig, sondern es ist auch so, dass wir eine verhängnisvolle Entwicklung haben, insbesondere in den letzten Jahren: dass nämlich der Zusammenhalt in der Gesellschaft schwindet, dass wir uns granulieren, dass wir nicht mehr miteinander reden, sondern übereinander reden, dass wir unsere eigenen Positionen moralisch überhöhen, dass wir die Dialogfähigkeit verloren haben und dass das, was die Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten getragen hat, der gesamtgesellschaftliche Konsens, bröckelt.

Ich denke, dass das unsere große Aufgabe sein wird. Herr Hofreiter,

Sie haben die großen Fragen angesprochen. Die große Frage wird der Zusammenhalt in dieser Gesellschaft in den nächsten Jahren sein. Es lohnt sich, in dieser Generaldebatte, in der ja die langen Linien gezogen werden, sich einige Gedanken darüber zu machen, wie man diese Frage beantwortet.

Fangen wir mit einem ersten Punkt an. Ich war auf einer Veranstaltung; dort stand eine Frau auf, die sehr empört war und sagte: Ich bin eine ganz normale Arbeitnehmerin; ich bringe morgens meine Kinder zur Schule und hole sie nachmittags ab. Wer interessiert sich eigentlich noch für uns? Werde ich eigentlich noch gesehen? – Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn wir das Land zusammenhalten wollen, müssen wir wieder beginnen, die Gesellschaft von der Mitte her zu denken. Denn die Mitte hält dieses Land zusammen.

Das tun wir im Übrigen auch im Haushalt, nicht indem wir auf 10 000 Metern Flughöhe die ganz großen Fragen diskutieren und beantworten, sondern indem wir konkret etwas tun:

indem wir Familien entlasten, indem wir das Baukindergeld und das Gute-Kita-Gesetz auf den Weg bringen, indem wir was für die Digitalisierung in den Schulen und für die Pflege tun. Das bedeutet, Politik von der Mitte her zu denken, ohne die Ränder auf der anderen Seite in irgendeiner Art und Weise zu vernachlässigen.

Zweiter Gedanke. Warum sind Staaten eigentlich mal gegründet worden? Was ist der Ursprung? Der Ursprung ist: Die Menschen wollten Sicherheit, und zwar Sicherheit nach außen und Sicher-

heit nach innen.

Ich war vor einigen Wochen bei der Bundeswehr und gestern bei der Bundespolizei. Ich habe dort hochmotivierte Truppen gesehen: Menschen, die mit viel Herzblut dafür kämpfen, dass die innere und äußere Sicherheit in diesem Land erhalten bleiben. Diese Menschen haben es verdient, dass sie zusätzliche Kollegen bekommen – was wir mit diesem Haushalt tun; Frau Nahles hat darauf hingewiesen –, aber auch zusätzliche Sachmittel, und dass sie vor allen Dingen eines bekommen, und das gilt insbesondere für unsere Polizistinnen und Polizisten: Wertschätzung für das, was sie tun.

Aber das reicht nicht; es geht noch einen Schritt weiter. Wir haben als Union gesagt: Wir wollen den Pakt für den Rechtsstaat, weil die Menschen zu Recht erwarten, dass dieses Recht nicht

nur von der Polizei geschützt wird, sondern dass, wenn es gebrochen wird, dies auch bestraft wird. Wir brauchen mehr Staatsanwälte. Wir brauchen mehr Richter. Wir brauchen übrigens auch mehr Rechtspfleger

und Verwaltungsmitarbeiter in den Gerichten. Das ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Das gehen wir an. Wir brauchen die Digitalisierung der Justizverwaltung und eine bessere Verknüpfung mit unseren Polizeibehörden. Auch da sind wir schon dabei; das gehen wir an.

Wir brauchen aber auch eine bessere Strafprozessordnung. Wir brauchen ein besseres Prozessrecht. Wir müssen schneller werden, wir müssen konsequenter werden, und wir brauchen vor

allen Dingen mehr Verständnis und Zuwendung für die Opfer von Verbrechen. Das alles gehört zum Pakt für den Rechtsstaat, weil es ein staatliches Kernanliegen sein muss, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Genau das Gleiche gilt auch für die Bundeswehr, die mehr Mittel bekommt. Denn Sicherheit ist nicht nur im Inneren, sondern auch im Äußeren wichtig.

Mein nächster Gedanke. Wir werden gemeinhin ein bisschen verspottet, weil wir so viel Geld für Soziales ausgeben, Herr Lindner. Aber Soziales hat auch etwas mit dem Zusammenhalt der Gesellschaft zu tun. Denn die Menschen haben eine Erwartung an den Staat: Wenn es mir schlecht geht, wenn ich krank bin, Pflege brauche, arbeitslos oder alt bin, dann brauche ich bei aller Eigenverantwortung – für die meine Partei steht – auch die Solidarität der anderen.

Wenn dieses Versprechen nicht mehr eingehalten wird, dann brauchen wir nicht über den Zusammenhalt der Gesellschaft zu reden. Dann reden wir nur noch über uns. Ich glaube nicht, dass der Satz „Jeder kehre vor seiner eigenen Tür, und dann wird alles gut“ richtig ist, sondern zum Zusammenhalt der Gesellschaft gehört Solidarität. Auch das ist in diesem Haushalt abgebildet. Deswegen gehört bei allem Respekt davor, dass wir viel investieren, und bei aller Eigenverantwortung – das ist alles richtig – auch die soziale Komponente dazu. Das ist überhaupt keine Frage.

Aber was die Menschen, glaube ich, am meisten beunruhigt, ist die Frage: Wie geht es eigentlich weiter? Die Bundeskanzlerin hat es angesprochen: Wir haben die Digitalisierung, die künstliche Intelligenz und viele andere Herausforderungen zu bewältigen. Ich bin übrigens der Meinung, dass wir in vielen Diskus-

sionen zu vielen Themen leider oft rückwärtsgewandt und kleinteilig sind. Da haben Sie recht, Herr Hofreiter. Ich glaube, die künstliche Intelligenz wird unser Leben mehr verändern als niedrigere oder höhere Steuern, neue Straßen und vieles andere, was uns zu Recht sehr wichtig ist.

Auf diese Zukunftsfragen müssen wir Antworten geben. Das tun wir auch. Das erste Thema ist

Bildung. Jetzt reden wir nicht über die Bildung in den Ländern. Es gibt eine weitere Komponente, wo wir noch viel mehr tun müssen und an der unsere Bildungsministerin schon arbeitet. Das ist

nämlich der Punkt Weiterbildung. Wenn ich eine Schulklasse zu Besuch habe, dann sage ich ihnen immer: Ihr werdet euren Beruf fünf- oder sechsmal neu erlernen müssen. – Wir haben in Deutschland ein Bildungssystem, das auf die klassische Erstausbildung ausgerichtet ist, auf Ausbildung, Studium, Schule. Wir müssen auch Strukturen bereitstellen für die Weiterbildung. Das ist eine ganz wichtige Frage für die Zukunft. Da haben wir die ersten Grundstücke gelegt. Das muss auch weitergehen.

Es geht nicht nur um Bildung, sondern auch um Innovation, das zweite Thema. Ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, wie viel Geld alleine China in künstliche Intelligenz investiert. Das ist ein dreistelliger Milliardenbetrag. Wir haben auch im Bundeshaushalt Mittel dafür eingestellt. Jetzt kommt die eigentliche Antwort: Wir haben nur eine Chance, in dieser Technologie- und Innovationswelt zu bestehen, wenn wir das gemeinsam europäisch machen. Es reicht nicht, wenn wir das alleine machen. All denjenigen, die sagen: „Europa ist etwas Schlechtes“, sage ich: Europa ist die Antwort darauf, dass wir innovativ und technologisch vorne bleiben. Hier wird gerade gerufen: „Europa ist ein Kontinent!“ Nein, Europa ist mehr. Europa

Wir können nur gemeinsam europäisch in der Technologie- und Innovationswelt bestehen.

Wir brauchen mehr Verständnis und Zuwendung für die Opfer von Verbrechen.

ist eine Wertegemeinschaft! Europa ist ein Friedensprojekt! Europa ist ein Wirtschaftsprojekt! Wer Europa auf einen Kontinent reduziert, hat nichts, aber auch gar nichts verstanden!

Herr Hofreiter, ich gebe Ihnen recht. Die Umweltpolitik, die wir in den vergangenen Jahren gemacht haben, war sehr eindimensional und nicht ausreichend. Ich kann Ihnen auch sagen, warum. Weil wir Umweltpolitik auf zwei Dinge reduziert haben: auf Verbote und regenerative Energien. Ich finde, dass regenerative Energien gut sind. Aber das war eine Monostruktur, die wir geschaffen haben. Wir glauben daran, dass wir Umweltpolitik nicht mit Verboten voranbringen, sondern mit Anreizen. Unser Anspruch ist, Technologie und Umwelt miteinander zu versöhnen; denn das Ganze passt zusammen und kann ein Erfolgs-

modell für die Bundesrepublik Deutschland und natürlich für Europa werden.

Jetzt komme ich zum Thema Europa; das war gerade der Cliffhanger und Spoiler zu Europa. Wenn wir den Menschen sagen wollen, dass sie eine Zukunft haben, dass sie in dieser Welt, die irgendwo immer mehr aus den Fugen gerät, sicher sein können, dann werden wir das nur gemeinsam europäisch bekommen. Das ist auch wieder interessant. Von der rechten Seite kommt, ich wiederhole für diejenigen, die das nicht hören konnten: Nein, das geht nicht europäisch. Es ist schön, dass wir diesen Unterschied haben. Wir glauben nämlich daran, dass wir das eu-

ropäisch gemeinsam besser hinkommen.

Wir glauben im Übrigen auch an eine andere Sache. Bei der Rede der Bundeskanzlerin wurde zugerufen: Wir sind für Deutschland verantwortlich. – Nein, unser christliches Menschenbild, unser Menschenbild, das wir haben, wenn wir keine Christen sind, bedeutet, dass die Würde der Menschen überall auf der Welt gleich ist. Wer sich in der Politik auf Deutschland beschränkt, ist nicht an unserer Seite; denn wir glauben, dass das Ganze weitergeht. Wir haben eine Verantwortung für alle, die wir, soweit es uns möglich ist, auch übernehmen werden.

Eine andere Sache ist aber

Die Umweltpolitik soll mit Anreizen, nicht mit Verboten vorangebracht werden.

auch richtig. Wir müssen über die Zukunft reden. Wir müssen über das Versprechen reden, dass jeder, wenn er in eine Krise kommt, wenn er schwach ist, die Möglichkeit hat, dass ihm geholfen wird.

Wir müssen darüber reden, dass wir die Mitte sehen. Wir müssen über die Sicherheit reden. Wir müssen aber auch darüber reden, wie wir miteinander umgehen.

Wenn wir als Politikerinnen und Politiker – da brauche ich nicht mit dem Finger auf jemanden zu zeigen; ich sage das ganz selbstkritisch auch in meine Richtung – die Streitkultur, die wir in den letzten Jahren hier gehabt haben, fortführen, wenn wir weiter in der Sprache verrohen, wenn wir weiter in der Art und Weise verrohen, wie wir miteinander umgehen, wie wir miteinander sprechen, wenn wir uns

nicht gegenseitig mehr respektieren, weil wir andere Argumente haben, wenn wir dieses Vorbild geben, dann brauchen wir uns auch nicht zu wundern, wenn sich die Gesellschaft genauso entwickelt.

Deswegen sollten wir uns alle vornehmen, respektvoll und achtsam miteinander umzugehen. Wir sollten als demokratische Parteien das Miteinander pflegen. Wir sollten vor allen Dingen den Menschen in diesem Land zeigen, dass die parlamentarische Demokratie, wie sie seit 1949 in diesem Land besteht, ein ganz großer Schatz ist, den es sich lohnt zu hüten.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Dr. Alexander Gauland, AfD:

Sozialstaat und offene Grenzen funktionieren nicht zusammen



Alexander Gauland (*1941)
Landesliste Brandenburg

Frau Bundeskanzlerin, als Heinrich Heine 1832 in Frankreich deutschen Auswanderern nach Übersee begegnete, notierte er, all diese armen Leute hätten ihm ihr Elend geklagt, aber immer mit der Frage geendet: „Was sollten wir tun? Sollten wir eine Revolution anfangen?“ Ich schwöre ..., – fährt Heine fort – der zehnte Teil von dem, was jene Leute in Deutschland erduldet haben, hätte in Frankreich sechsunddreißig Revolutionen hervorgebracht ...

Angesichts der landesweiten Proteste französischer Autofahrer gegen die Benzinpreiserhöhungen der Regierung musste ich spontan an Heinrich Heine und diesen Satz denken.

Die Wutrede einer 51-jährigen Bretonin und Dieselfahrerin wurde von Millionen Franzosen angeklickt: „Vor zehn Jahren habt ihr uns dazu gebracht, Diesel zu kau-

fen, weil sie als umweltfreundlicher galten“, ruft die Bretonin an die Adresse von Präsident Macron, Ihrem Heiligen, und jetzt wolle man die Dieselfahrer mit einer deftigen Steuererhöhung abkassieren. Ob diese Demonstrationen auch Deutschland bald erreichen? Gründe dafür gäbe es genügend. Immerhin hat die Deutsche Umwelthilfe gerade vor Gericht ein Dieselfahrverbot auf der A 40 durchgesetzt, einer Hauptverkehrsader des Ruhrgebiets. Das trifft Pendler noch härter als Preiserhöhungen. Werden die Dieselfahrer in NRW jetzt auf die Straße gehen? Wohl eher nicht! Heinrich Heine kannte den Grund: Die deutsche Geduld und die französische unterscheiden sich sehr.

Meine Damen und Herren, wir alle haben den bewegenden Auftritt von Emmanuel Macron vor dem Deutschen Bundestag miterlebt, seinen Aufruf zum noch festeren deutsch-französischen Schulterschluss und zur deutsch-französischen Solidarität gehört. Ja, meine Damen und Herren, den protestierenden französischen Autofahrern gehört unsere ungeteilte Sympathie.

In einem Zeitungsinterview erklärte Alexis Spire, Forschungsdirektor am Centre national de la recherche scientifique: Einer der Gründe für die Proteste sei, dass Steuerzahler am unteren Ende der sozialen Pyramide keine Gegenleistung mehr zu sehen bekommen für das, was sie einzahlen. Es

sei nicht überraschend, dass die Bewegung in ländlichen Gebieten und mittelgroßen Städten entstanden ist. Diese Territorien litten seit langem unter dem allgemeinen Niedergang und der Verschlechterung öffentlicher Dienstleistungen. Ist das so weit weg von unseren eigenen Problemen in abgehängten Regionen, meine Damen und Herren?

Bevor er im Namen Frankreichs seine betörende Liebeserklärung an Deutschland aussprach, sagte Präsident Macron – ich zitiere –:

Jeder von uns wird im Sinne einer Vergemeinschaftung seine Entscheidungsbefugnisse, seine Außenpolitik, seine Migrations- oder Entwicklungspolitik sowie einen wachsenden Teil seines Haushalts oder sogar seiner Steuereinnahmen teilen müssen.

Nun, meine Damen und Herren, es wäre nicht die erste aus finanziellen Gründen arrangierte Ehe, die öffentlich als Liebesheirat verkauft wird.

Was uns betrifft: Wir bekennen uns zu jenem Ehevertrag, der in Maastricht geschlossen wurde und der gerade nicht eine Teilung der Steuereinnahmen zur Übernahme der Schulden anderer vorsieht, und dabei wollen wir auch bleiben. Ich habe an dieser Stelle schon einmal darauf hingewiesen, dass es nur ein Bruchteil der deutschen Bevölkerung ist, dem wir die Tatsache verdanken, überhaupt einen Haushalt planen zu können. Ungefähr 15 Millionen

wirkliche Steuerzahler halten den Laden hier am Laufen. Sie müssen alles schultern: die Unsummen der Energiewende, der Massenmigration, der sogenannten Euro-Rettung und nun also die als Klimarettung verkaufte Automobilfeindschaft.

Großzügig will die Bundesregierung den Grenzwert für Stickoxide im Straßenverkehr von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft auf 50 Mikrogramm anheben – Frau Bundeskanzlerin hat das ausgeführt –, um Dieselfahrverbote in Städten zu vermeiden. Bis heute gibt es freilich keinen Beleg dafür, dass eine Stickoxidkonzentration über 40 Mikrogramm Gesundheitsschäden auslöst. Der Grenzwert für die Stickoxidkonzentration an gewerblichen Arbeitsplätzen liegt in Deutschland und in der EU übrigens bei 950 Mikrogramm. Der Lungenfacharzt und ehemalige Präsident der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie, Professor Dieter Köhler, hat erklärt: Die EU-Grenzwerte für Stickoxid und Feinstaub bezeichneten in keiner Weise irgendeine Gesundheitsgefährdungsschwelle. In Deutschland sei noch niemand durch Stickoxide gestorben.

Aber, meine Damen und Herren, es geht hier ja in Wirklichkeit auch nicht um Abgas, sondern um höhere Werte. Es geht nicht um Stickoxide, sondern um Hochmoral. Mit der Hochmoral verhält es sich so, dass die einen sie predigen und die anderen sie bezahlen. Wenn grüne Apostel in Politik und Medien den Menschen jetzt erklären, dass wir künftig eben mehr zu Fuß gehen, mit dem Rad

oder der Bahn fahren müssten – also die Menschen, nicht die Apostel –, dann ist das zugleich die Aufforderung: Mund halten und zahlen. Es sei denn, die Menschen nehmen sich ein Beispiel an den Franzosen und gehen auf die Straße und protestieren.

Meine Damen und Herren, für Feinstaub und Stickoxide gelten penibel überwachte Obergrenzen, für Migration bekanntlich nicht. Dabei sind die gelegentlich tödlichen Nebenwirkungen von Migration im Gegensatz zum Feinstaub offensichtlich. Eben erst hat in Wittenburg ein abgelehnter, aber geduldeter afghanischer Asylbewerber einem Rentner die Kehle durchgeschnitten, was nicht zu Hass und Hetze führen darf, wie der zuständige Innenminister sofort anmerkte.

Obendrein kostet Migration beachtliche Summen, die von der Bundesregierung übrigens diskret verschwiegen werden. Ich zitiere:

Die Flüchtlingskosten werden auf viele Etats verteilt. Wer bei der Berliner Regierung nach der Gesamtsumme fragt, wird in ein Labyrinth von Statistiken und Zuständigkeiten geschickt. Nur die eine entscheidende Zahl gibt es nicht: die aller Aufwendungen für einen klar definierten Personenkreis. Ist nicht von mir, das schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“. Entwicklungshilfeminister Gerd Müller sprach von 30 Milliarden Euro, die Bund, Länder und Gemeinden pro Jahr für 1 Million Migranten ausgeben. Da ungefähr

Fortsetzung auf nächster Seite

1,5 Millionen tatsächliche und angebliche Flüchtlinge seit 2015 zu uns gekommen sind, wären das 45 Milliarden Euro im Jahr. Das Institut der deutschen Wirtschaft kommt auf 50 Milliarden. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft auf bis zu 55 Milliarden. Zum Vergleich – Haushalt! –: Die Ausgaben für Erziehungs- und Elterngeld des Bundes betragen im vergangenen Jahr 6,4 Milliarden, für Bundesautobahnen und Bundesstraßen 6,6 Milliarden Euro. Der Jahresetat des Bundesforschungsministers – unsere Zukunft! – liegt bei 17 Milliarden Euro.

Aber, meine Damen und Herren, ist das Geld wenigstens gut angelegt? Ein Großteil der aktuellen Einwanderer gehört in die Kategorie Primär- oder Sekundäralphabeten. 70 Prozent der Immigranten brechen laut Handwerkskammer ihre Lehre ab. Jeder zweite Arbeitslose in Westdeutschland hatte 2017 einen Migrationshintergrund. Etwa 30 Prozent der Häftlinge in deutschen Gefängnissen sind Ausländer.

Zugleich müssen sich einer Studie des WDR zufolge 40 Prozent der Deutschen auf Altersarmut einstellen. Fast jedem zweiten Bundesbürger, der ab 2030 in Ren-

te geht, drohe eine Altersversorgung aus der gesetzlichen Rentenversicherung unterhalb der Armutsgrenze. Die Zahl der Menschen ohne Wohnung wuchs von 248 000 Personen im Jahre 2010 auf 335 000 Personen Ende 2016, wie die Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken antwortete. Über die Zustände an öffentlichen Schulen, von Bädern und Parks liest man wenig Erfreuliches; es fehlt überall an Geld, obwohl wir angeblich so viel haben.

Ich weiß, meine Damen und Herren auf der linken Seite des Hauses, Sie werden jetzt wieder sagen, die AfD spiele Ausländer gegen deutsche Sozialfälle aus. Aber ich habe lediglich ein paar Fakten aufgezählt. Sozialstaat und offene Grenzen – das kann niemals zusammen funktionieren. Das ist ungefähr so, als wenn man im Winter das Fenster aufreißt und zugleich die Heizung immer höher dreht, um die Temperatur zu halten.

Gut, die aktuelle Migration kostet viel und rentiert sich nur wenig. Aber wir haben doch wenigstens geholfen, oder? Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich eine Zahl gut einzuprägen: Die Bevölkerung Afrikas wächst al-

le zwölf Tage um 1 Million Menschen. Das heißt, jene etwa 1,5 Millionen Migranten, die aufgrund von Frau Merkels Politik der offenen Grenzen seit September 2015 zu uns geströmt sind und unser Land vor enorme Schwierigkeiten stellen, werden in Afrika in 18 Tagen nachgeborn. Was wir getan haben und tun werden, wird dort nicht einmal bemerkt.

Obwohl die bisherigen Erfahrungen mit der Migration nicht die besten sind, will die Bundesregierung in wenigen Tagen dem Global Compact for Migration beitreten. Dieser Global Compact, der völlig unverbindlich ist, aber Fluchtursachen bekämpfen soll, nennt die Hauptfluchtursache mit keiner Silbe: die Bevölkerungsexplosion. Wer Europa als Abflussbecken dafür anbietet, wird Europa schwächen und Afrika kein bisschen helfen. Viele Länder, auch viele Europäer, werden das Dokument nicht unterzeichnen. Nun hat auch Israel Nein gesagt; da bin ich mal auf die Erklärung

gespannt. Dem Bundestag liegen derzeit mindestens 17 Petitionen gegen den Pakt vor, und auch in der Union wächst der Widerstand gegen ihn. Herr Spahn, der Bundesgesundheitsminister, will über ihn abstimmen lassen. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Herr Ramsauer, ist der Meinung, der Pakt öffne dem Flüchtlingsstrom nach Deutschland Tür und Tor. Das ist einer Ihrer Abgeordneten, liebe Kollegen von der CDU. Die werte Union sagt: Integration – ja, Migrationspakt – nein, danke. – Recht haben Sie.

Der Öffentlichkeit wird immer erklärt, der Global Compact sei unverbindlich. „Er ist rechtlich nicht bindend und deshalb steht Deutschland dazu“, sagte die Bundeskanzlerin Anfang November in Warschau bei einem Treffen mit dem polnischen Ministerpräsidenten. Liebe Frau Bundeskanzlerin, eine reizende Miniatur in politischer Doppelmoral. Zugleich hören wir, der Pakt solle die weltwei-

te Migration ordnen, die illegale Einwanderung eindämmen und das Schlepperwesen bekämpfen. Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, könnten Sie der Öffentlichkeit einmal erklären, wie das funktionieren soll mit einem völlig unverbindlichen Papier? Viel Vergnügen bei der Erklärung. Ich weiß schon, warum Herr Maas das nicht macht: weil er es nicht kann.

Wir fordern ein Ende dieser Experimente. Die Probleme, die diese Regierung unserem Land aufgebürdet hat, sind ohnehin kaum zu schultern. Hören Sie auf, Ihre Politik an Illusionen auszurichten! Ich will deshalb heute nicht mit einem Zitat Bismarcks schließen, was ich gern mache, sondern mit Abraham Lincoln:

Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, wenn ihr die Starken schwächt. Ihr werdet denen, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, nicht helfen, indem ihr die ruiniert, die ihn bezahlen.

Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Achim Post, SPD:

Für ein gerechtes Europa und eine stabile Eurozone



Achim Post (*1959)
Wahlkreis Minden-Lübbecke I

Herr Dr. Gauland, an Ihre Reden wollen wir uns nicht gewöhnen, schon gar nicht an Ihre. Eine Bitte habe ich aber doch: Zitieren Sie bitte nicht den großen deutschen Dichter und Schriftsteller Heinrich Heine. Wenn wir schon bei Ihnen sind: Wir wissen seit langem, auch ohne Ihre Reden, dass Sie gegen Europa sind. Wir wissen auch, warum Sie, Frau Dr. Weidel – da Sie sich gerade zu Wort melden –, gegen den Euro sind: Sie nehmen lieber Schweizer Franken; das ist nämlich die Wahrheit, meine Damen und Herren. Tut weh, ja?

Kommen wir zur Koalition und zu diesem Haushalt. Diese Koalition hat einen mutigen Koalitionsvertrag beschlossen und Europa bewusst an den Anfang gestellt. Sie hat für neue Dynamik und einen neuen Zusammenhalt gewonnen und versucht, diesen zu befördern. Wenn wir über diesen Haushalt reden, ist die eigentliche Messlatte die Frage: Schafft es diese Bundesregierung, schafft es diese Koalition, schaffen es CDU, CSU und die SPD, diese Ziele zu erreichen, auch wenn die Lage insgesamt schwieriger wird, global und europäisch? Ich sage Ihnen eines: Diese Koalition wird sich daran messen lassen, und diese Koalition will sich daran messen lassen; ich komme später darauf zurück.

Mit einem müssen und werden wir aufhören, ich jedenfalls. Einen Satz kann ich überhaupt nicht mehr hören: „Wir sollten zur Sacharbeit zurückkehren.“ Was, liebe Kolleginnen und Kollegen,

haben wir denn in den letzten Wochen und Monaten gemacht? Wir haben die Renten stabilisiert, die Familien und Arbeitnehmer entlastet und die Parität in der Krankenversicherung wiederhergestellt. Was anderes ist das, wenn nicht Sacharbeit?

Der Bundeshaushalt 2019 – das muss man an dieser Stelle einmal sagen – ist das Ergebnis harter und pragmatischer Arbeit und das Ergebnis vieler Männer und Frauen, die im Haushaltsausschuss sitzen und Tag und Nacht gearbeitet haben. Zwei möchte ich an dieser Stelle hervorheben – zwei Schlachtrösser des Haushaltsausschusses –: Eckardt Rehberg und Johannes Kahrs. Ohne die beiden hätten wir keinen Stabilitätshaushalt, ohne die beiden hätten wir keinen Bürgerhaushalt, der die Menschen in diesem Land entlastet, und ohne die beiden hätten wir keinen Zukunftshaushalt, der mehr Geld für Investitionen zur Verfügung stellt als jemals in der Geschichte

Deutschland braucht ein starkes Europa und Europa ein starkes Deutschland.

der Bundesrepublik Deutschland zuvor.

Auf eines möchte ich eingehen – der Kollege Brinkhaus hat es angesprochen –: Hier wurde häufig geredet von „Geld, das aus dem Fenster geschmissen wird“, von einem Haushalt, der „stranguliert“ wird. Ich muss eines sagen: Wenn diese Bundesregierung mit diesem Haushalt in gute KITAS, stabile Renten und eine bezahlbare Pflege investiert, dann ist das die beste Investition in die Zukunft und für den Zusammenhalt unseres Landes, die es überhaupt geben kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zu Europa: Tun wir doch nicht so, als sei der nächste Gipfel irgendein Gipfel, als sei die nächste Europawahl irgendeine Europawahl. Es geht doch um viel mehr. Es geht nicht um irgendwelche Spiegelstriche. Es geht um die Grundfrage, welches Europa wir wollen: ein offenes Europa oder ein geschlossenes Europa, ein solidarisches Europa oder eines, das ausgrenzt. Am Ende geht es im Kern um die Frage, ob wir die alten Gespenster der nationalistischen Vergangenheit zurückhaben oder ob wir einen neuen Geist für ein Europa der Zukunft und Zusammenarbeit wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darum geht es.

Deshalb ist es richtig, wenn sich die Bundesregierung und der Bundesfinanzminister für die Umsetzung dieses Koalitionsvertrages einsetzen, mit einem Euro-Zonen-

Budget, mit einer Digitalsteuer in Europa. Ich will hier eines sagen: Das ist ein guter Koalitionsvertrag, Er gilt aber erst einmal nur für Deutschland. Das ist eine gute Erklärung von Meseberg, Sie gilt aber erst einmal nur für Deutschland und Frankreich. Die anderen müssen wir noch überzeugen, und da sind wir gerade noch dabei. Woher wissen Sie alle denn, wie diese Gipfel ausgehen werden? Das ist doch völlig offen. Dafür kämpft diese Bundesregierung: für ein gerechteres Europa und für eine stabilere Euro-Zone.

Ganz am Schluss will ich eines sagen: Deutschland braucht ein starkes Europa, und Europa braucht ein starkes Deutschland. Genau dafür ist dies ein guter Bundeshaushalt.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Otto Fricke (FDP), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Dr. Frauke Petry (fraktionslos), Johannes Kahrs (SPD), Patricia Lips (CDU/CSU), Sonja Amalie Steffen (SPD), Norbert Kleinwächter (AfD), Gitta Conneemann (CDU/CSU), Hartmut Ebbing (FDP), Katrin Budde (SPD), Doris Achelwilm (Die Linke), Tabea Rößner (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Jens Zimmermann (SPD) und Erhard Grundl (Bündnis90/Die Grünen).

Allgemeine Finanzdebatte zum Haushalt 2019 / 63. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 20. November 2018

Peter Boehringer, AfD:

Die Schwarze Null ist durch Trickereien entstanden



Peter Boehringer (*1969)
Landesliste Bayern

Der Haushaltsentwurf 2019 war eine schwere Geburt: 16-stündige Wehen in der Bereinigungssitzung, in den allerletzten Stunden noch ein 300-seitiges Papier zum Beraterwildwuchs im Verteidigungsministerium sowie Anträge für über 1 000 zusätzliche Posten auf Regierungsebene.

Die plakative schwarze Null des Haushalts ist erneut nur durch Trickereien, Auslassungen und Sondereffekte zustande gekommen.

Wie schon 2018 ist der Haushalt unvollständig. Erneut sind keinerlei Rückstellungen für die Euro-Risiken eingepreist, obwohl in drei Wochen ein neues Euro-Rettungspaket beschlossen werden soll, zu dem selbst wir im Haushaltsausschuss trotz X Nachfragen noch keine belastbaren Details bekommen haben. Es ist völlig intransparent, welches Paket im Dezember beschlossen werden soll, mit welchen Instrumenten, mit welchen Obergrenzen, mit welchen parlamentarischen Beteiligungsrechten. Sicher ist hier nur die alte EU-ropäische Grundregel: L'Allemagne paiera – Deutschland wird zahlen.

Wir erleben ganz aktuell wieder eine Staatsanleihen- und Bankenkrise in Südeuropa. Griechenland und Italien wären ohne EZB und ohne deutsche Bonität bereits in der Insolvenz. Der griechische Bankensektor hat allein in den letzten sechs Monaten die Hälfte seines Börsenwerts verloren, allein in der letzten Woche 13 Prozent. Aufschläge auf italienische Anleihen liegen derzeit bei 330 Basispunkten. Nach ifo-Institut ist das die sogenannte Todeszone.

Für Griechenland werden derzeit neue Rettungsprogramme ver-

handelt, zumindest diskutiert, und das keine 15 Wochen, nachdem uns im Haushaltsausschuss in einer Sondersitzung explizit gesagt wurde: Das ist nun die dauerhafte Rettung Griechenlands. – Nein, die absehbare erneute Rettung sowohl von Griechenland als auch von Italien wird schon 2019 wieder stattfinden müssen, vermutlich in Form von extremen Refinanzierungsprogrammen der EZB. Über 300 Milliarden Euro stehen da an. Unseres Erachtens sind solche langfristigen Megatender verfassungswidrig; denn sie stellen keine Geldpolitik dar, sondern sind verbotene Wirtschaftspolitik und Staatsfinanzierung durch die Zentralbank.

Minister Scholz, Sie sagten neulich in den Medien, italienische Schulden seien das nationale Problem Italiens. Aber gleichzeitig tut die Bundesregierung alles dafür, diese südeuropäischen Schulden zu sozialisieren.

Fast jeden Monat erfahren wir zurzeit von einer neuen Rettungsfazilität, einem neuen Rettungsinstrument. Das alles sind gewaltige unerklärte Risiken für den Bundeshaushalt und kommende Transferleistungen Deutschlands und des Steuerzahlers.

Die Regierung profitiert heute ohne ihr Zutun von der Nullzinspolitik der EZB, die wie ein riesiges Konjunkturprogramm auf Pump wirkt. Für den Bundeshaushalt ist es die beste aller Welten: sprudelnde Steuereinnahmen und minimale Zinskosten. Dennoch erreicht die Regierung die schwarze Null nur ganz knapp durch Anzapfen von Rücklagen. Man muss in dieser Situation Rücklagen anzapfen. Das ist schon Wahnsinn.

Die finanziellen Spielräume in einem national-rational geplanten Haushalt wären in diesem Umfeld so groß, dass man gleich zwei große Würfe machen könnte – die AfD hat das beantragt und auch vollständig gegenfinanziert –: Erstens könnte der Solidaritätszuschlag ab 2019 vollständig abgeschafft werden. Das wären gut 19 Milliarden Euro Entlastung für

den Bürger schon ab 2019. Die Regierung plant den Soliabbau erst ab 2021 und auch nur teilweise. Selbst ihrer eigenen Planung scheint sie nicht wirklich zu trauen; denn statt hier Beschlüsse herbeizuführen, wurde das Thema in den Ausschüssen dreimal nacheinander von der Tagesordnung genommen.

Zweitens. Die Regierung könnte 2019 auch sämtliche Schulden tilgen, die im Zuge der Finanzkrise vor zehn Jahren entstanden sind. Das sind wirklich viele große Zahlen. Selbst zehn Jahre nach 2009 werden diese Schulden aber immer noch nicht getilgt. Stattdessen führt die Regierung die Haushaltsüberschüsse auch 2019 wieder der sogenannten Asylrücklage zu, die mit den 18er- und 19er-Zuschüssen und -Abflüssen auf über 30 Milliarden Euro steigen wird. Das ist die Erwartung, die wir zum Jahresende 2018 haben. Die Rücklage ist seit nunmehr vier Jahren das Überlaufbecken für Haushaltsüberschüsse, die den Menschen zurückgegeben werden müssten.

Selbst dann blieben noch reichlich Mittel für die Pflege, für die Rente sowie Investitionen in Schulen, in den Breitbandausbau, in die Straßen und Familien. Die AfD fordert die Regierung auf, endlich wieder Politik und Haushaltspolitik für das deutsche Volk zu machen.

Die schwarze Null wurde vom Finanzministerium diesmal nachts um vier herbeigerechnet durch Änderungsanträge zu Zinskosten in Milliardenhöhe. Diese Position wird schon zum wiederholten Mal missbräuchlich zu dieser Nullrechnung benutzt. Solche Trickereien sollte das BMF einfach mal lassen und stattdessen seine kreativen Kapazitäten nutzen, um die Bundesschuld sauber zu strukturieren. Wir könnten 30-jährige Bonds emittieren zu einem lächerlichen Minizins von 1 Prozent. Es wäre möglich, erheblich mehr zu machen. Nur ein Zehntel der Bundesschuld ist derzeit als Langläufer ausgestaltet. Doch es geschieht nichts. Stattdessen gibt es Kurzläuferanleihen.

Der Grund ist natürlich: Es kostet nichts, sie kosten wirklich null. Aber das ist kurzfristige Legislative. Nach uns die Sintflut; das ist die Denke bei dieser Verschuldungspolitik.

Ebenfalls nachts um vier hat die GroKo dann, versteckt im Kleingedruckten, noch einen Aufwuchs des Kreditrahmens für internationale Finanzinstitutionen um 14 Milliarden Euro beschlossen – einfach verfügt, zugestimmt. Alle Parteien außer der AfD haben hier kritiklos zugestimmt.

Der Ökonom Roland Baader sagte zu solcher Politik schon vor zehn Jahren: „Wir werden nachhungern müssen, was wir“ – auf Kredit – „vorausgefressen haben!“ Er dachte noch an das langfristige Wohl der Nation, und er schämte sich nicht dafür, dass im Wort „Nationalökonomie“ das Wort „Nation“ vorkommt und im Wort „Volkswirt“ das böse Wort „Volk“, das schon damals von der GroKo so geschmäht wurde.

Es gibt gewaltige unerklärte Risiken, speziell in der Mittelfristplanung, durch die TARGET-Forderung der Bundesbank: fast 1 Billion Euro. Die AfD hat auch hierzu risikominimierende Anträge gestellt. Wir machen das auch im Dezember noch mal.

Zum Brexit: Wir fordern die Regierung auf, endlich den ständigen Aufwuchs der EU-Beiträge zu stoppen. Die EU plant ernsthaft eine Erhöhung der deutschen Beiträge von 30 bis 31 Milliarden Euro im Jahr 2018 auf 45 Milliarden Euro pro Jahr in der neuen Siebenjahresplanung.

Und ja, Herr Minister, ich weiß, dass heute Nacht die Verhandlungen gescheitert sind; aber wir ahnen, dass sie doch nicht dauerhaft gescheitert sind und Sie hier nachgeben werden. Deutschland würde auf dieser Basis den Brexit praktisch alleine finanzieren, zusätzlich noch das an dieser Stelle vor drei Tagen mit Herrn Macron ausgeklingelte Euro-Zonen-Budget.

Zu den Migrationslasten im Haushalt. Die Zustimmung der Länder wird erkaufte durch Milliardentransfers des Bundes in Form von negativen Einnahmen und damit auch hier ohne klaren Ausweis im Bundeshaushalt. Ja, sie sind drin, aber sie sind nicht klar drin.

Der offizielle Ausweis der Flüchtlings- und Integrationskos-

ten von jährlich 21 Milliarden Euro unterzeichnet die Lage. Bei realistischer Einrechnung aller gesellschaftlichen Kosten wären sie noch viel höher und permanent ansteigend. Das ist ja ein Sockelbetrag; es steigt ja mit jedem Tag, an dem die Grenzen offen sind. Wir fordern, die Integrationskosten für Migranten ohne Bleiberecht gänzlich zu streichen. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Viele Migrationskosten sind zudem immateriell, aber doch fatal für unsere Gesellschaft – dazu mehr nächste Woche an gleicher Stelle, bei der Debatte zum Global Compact for Migration. Auch er wird natürlich – wenn er denn wirklich kommt – haushaltsrelevant, wenn auch nicht heute.

Die Haushaltsposten zur Fluchtursachenbekämpfung wären ja im Prinzip sogar zustimmungsfähig. Auch wir versuchen, Fluchtursachen zu minimieren. Doch auch diese Titel sind vielfach weltfremd. Einige Beispiele – ich kann Ihnen das nicht ersparen; es gäbe Hunderte davon –: Förderung erneuerbarer Energien in Moscheen in Nordafrika, Stärkung von LGBTI in Honduras, angewandtes Gender Diversity Management im Nahen Osten – das muss man sich vorstellen –, bezahlbarer und nachhaltiger Wohnraum in Asien und – das ist wirklich die Krönung – ein Resilienzprogramm im Jemen, also ausgerechnet in jenem Land, das gerade auch mit deutschen Waffen durch Saudi-Arabien zurück in die Steinzeit gebombt wird, wo ein Genozid an den dortigen Schiiten stattfindet. Man versucht hier, bestmenschlich zu helfen, während man die eigentlichen Ursachen des Wahnsinns nicht sehen will oder sie sogar selbst herbeiführt – ähnlich wie beim Global Compact, der auch nur an Symptomen herumdoktert und die Überbevölkerung in Afrika und in islamischen Staaten als Ur-Ursache des Migrationsdrucks partout nicht nennen will.

Ich komme zum Schluss. Das Motto hier ist: Mit deutschem Geld können wir alle Probleme lösen. – Das ist alles Hybris, Machbarkeitswahn, Weltbeglückung. Der vorliegende Haushalt ist voll davon. Wir werden ihn ablehnen.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern die Regierung auf, den ständigen Aufwuchs der EU-Beiträge zu stoppen.

Johannes Kahrs, SPD:

Wir investieren in die Zukunft dieses Landes



Johannes Kahrs (*1963)
Wahlkreis Hamburg-Mitte

Nachdem wir jetzt viel Unsinn von Herrn Boehringer über Europa gehört haben, können wir uns – Ehrlicherweise ist es ja so. Herr Boehringer, wenn Sie diesem Haus etwas Sinnvolles hätten erzählen wollen, dann hätten Sie uns vielleicht erzählen können, woher die schwarzen Kassen in der AfD kommen, woher Frau Weidel ihr Geld bezieht, woher aus der Schweiz und anderen Ländern das ganze Schwarzgeld kommt, mit dem Sie sich hier finanzieren. Ehrlicherweise wäre das vielleicht sinnvoller als Ihr sonstiger sach-

grundloser Unsinn. Im Kern ist es so, dass Sie sich mal mit Frau Weidel unterhalten sollten, und dann können wir über die Schwarzgeldaffäre, über die aus dem Ausland finanzierten Rechtsradikalen in diesem Land reden. Ich glaube, solange Sie das nicht geklärt haben, sind Sie weder satisfaktionsfähig noch in der Lage, uns hier irgendetwas zu erzählen.

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie wollen den Soli ganz abbauen, dann zeigt das, dass Sie nicht für das Volk, für 90 Prozent der Menschen in Deutschland Politik machen, sondern nur für die Reichen und Besserverdienenden. Das ist nun mal AfD. Sie kümmern sich nur um die wirklich Reichen, Sie kümmern sich nur um Ihr Schwarzgeld aus dem Ausland, aber Sie kümmern sich nicht um die Menschen in diesem Land, und das ist schäbig.

Hingegen die Große Koalition hat einen Bundesfinanzminister Olaf Scholz, der einen hervorragenden Haushalt vorgelegt hat: ausgewogen und vernünftig finanziert, solide, wie man es gewohnt ist, und seit die SPD mit der Union regiert auch ohne neue Schul-

den.

Das hat die CDU/CSU von uns erst mal lernen müssen. In den vier Jahren mit der FDP hat sie laufend jedes Jahr neue Schulden gemacht. Sie können Herrn Schäuble fragen, der kann das bezeugen: Erst seitdem Sie mit der SPD regieren, gibt es in diesem Land Haushalte ohne neue Schulden. In dieser Tradition befindet sich Olaf Scholz. Er macht das ganz hervorragend. Der vor uns liegende Haushalt zeigt das auf.

Wir investieren in die Zukunft dieses Landes, wir investieren in Familien, wir investieren in Bildung, wir investieren in die Infrastruktur, in alles das, was richtig, wichtig und gut ist. Wir haben auch – die AfD wird es nicht gerne hören – Geld für die Entwicklungshilfe gegeben. Wir haben die ODA-Quote gehalten. Wir haben das auch noch zusammen mit der Union erreicht. Ich meine: Das ist doch ein echter Erfolg.

Das hat die FDP nie geschafft.

Der Haushalt ist sozial, er ist gerecht, er macht keine neuen Schulden, er ist gut.

Die FDP hat dafür gesorgt, dass die ODA-Quote abfiel, als sie regiert hat. Das heißt, da kann man doch den Unterschied zwischen einer Großen Koalition, die solide für die Menschen arbeitet, und einer schwarz-gelben Koalition, die Schulden macht, erkennen.

Es gibt ein Familienentlastungsgesetz, Kindergeld, Freibetrag, Abbau der kalten Progression – der Bund zahlt 4,5 Milliarden Euro. Wir haben ein Gute-Kita-Gesetz.

Wir helfen den Ländern. Nicht gegen die Länder, sondern gemeinsam mit den Ländern und Kommunen wird Franziska Giffey individuell verhandelt, wie man vor Ort helfen kann. Wir haben

uns gegen die Wehrpflicht entschieden, nachdem die ursprüngliche Wehrpflicht leider abgeschafft worden ist, was ich hier noch mal bedauern möchte. Nicht jeder sieht das so, ich sehe das so. Aber, um den Präsidenten zu zitieren: When it's over, then it's over. Die Wehrpflicht wird nicht wiederkommen, die allgemeine Dienstpflicht für alle auch nicht, aber Freiwilligendienste. Wir haben deswegen die Freiwilligendienste gestärkt.

Wir haben dafür gesorgt, dass sehr viel mehr Geld für Bundesfreiwilligendienste, für das Freiwillige Soziale Jahr und Ähnliches

ausgegeben worden ist. Klimaschutz, Umweltschutz, saubere Luft, Barrierefreiheit an Bahnhöfen haben wir zusammen – Kollege Rehberg erinnert sich – auch durchgesetzt. All das ist gut. Der Bürger wird entlastet, der Soli wird abgeschafft werden für 90 Prozent der Menschen in diesem Land, und die anderen können sich ihren Teil leisten, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Deswegen ist das sozial, deswegen ist das gerecht. Und das Geld, das wir denen nicht wiedergeben, werden wir auch investieren: in Bildung, in soziale Sicherheit und vieles andere.

Wir haben unaufgeregt unsere Arbeit gemacht. Viele Journalisten sagen ja immer: Die in Berlin sollen mal zur Sacharbeit zurückkehren. Ehrlicherweise: Wir haben immer Sacharbeit gemacht, sie haben es nur nicht bemerkt.

Ich glaube, das ist der große Unterschied: Die Große Koalition hat, seitdem sie gewählt worden ist, auf der Arbeitsebene hervorragende Arbeit gemacht; den Rest da oben wollen wir heute mal nicht diskutieren. Auf der Faktenebene ist das der zweite Haushalt, der in diesem Jahr beschlossen wird. Er ist sozial, er ist gerecht, er macht keine neuen Schulden, er ist gut. Vielen Dank, Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Und die CDU/CSU!)

Otto Fricke, FDP:

Dieser Haushalt beschäftigt sich nicht mit der Zukunft



Otto Fricke (*1965)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Kollege Kahrs, ein weiser Haushälter hätte nach so keiner Rede gesagt: Kehren wir mal wieder zurück zur Sachpolitik.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man es sachlich betrachtet, könnte man wirklich sagen: Deutschland ist auf Rosen gebet-

et. Die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosigkeit sinkt weiter, sie ist so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Reallöhne steigen, die Steuereinnahmen sprudeln, und der Finanzminister legt wieder einen Haushalt mit einer schwarzen Null vor. Als wir dem Kollegen Kahrs zugehört haben, wurde klar: Das ist Selbsthypnose; diese Große Koalition glaubt das. Die Realität jedoch ist leider anders, meine Damen und Herren.

Das möchte ich der Großen Koalition doch sagen: Wer glaubt, sich auf einem Rosenbett ausruhen zu können, vergisst, dass darunter Dornen liegen. Diese Dornen hat meine Fraktion in 424 Anträgen genau aufgezeigt. Wir haben gezeigt, an welchen Stellen Sie einfach sagen: Wir geben mal mehr aus, wir geben mal mehr aus. – Meine Fraktion wird sich auch, Herr Minister, genau angucken,

was in der Bereinigungssitzung passiert ist; denn das war für uns die „Aktion Abendsonne“: Hier noch was drauf, da noch ein bisschen was drauf, da mal was nach Hamburg, dort noch mal was nach Hamburg und Ähnliches mehr. Auch das werden wir uns genau angucken; denn die Aufgabe ist nicht die, die Sie beschreiben, Herr Kollege Kahrs. Man ist doch nicht für nur 90 Prozent der Bevölkerung zuständig; nicht nur 90 Prozent der Bevölkerung sind das Volk. Wir hier sind für alle, für das ganze Volk verantwortlich, und wir selektieren nicht, wie Sie, danach, ob jemand mehr oder weniger verdient. Jedem muss das gegeben werden, was ihm zusteht, und es darf ihm nicht mehr genommen werden, als der Staat braucht. Sie hingegen nehmen nur. Deswegen teilen Sie die Bevölkerung auf in 90 Prozent und 10 Prozent.

Sie als Finanzminister, Herr Scholz – da bleibe ich bei meiner alten Leier; dabei werde ich wahrscheinlich bis zum Ende dieser Legislaturperiode bleiben –, sind kein Haushaltsminister. Was Sie machen, ist: Sie schlagen ständig neue Sachen vor; aber Nein sagen, mal sagen: „Sorry, das geht nicht, das können wir uns nicht leisten“, das machen Sie nicht. Was schlagen Sie stattdessen vor? 12 Euro Mindestlohn, europäische Arbeitslosenrückversicherung, unklares Euro-Zonen-Budget, Rentengarantie bis 2040. Diese Vorschläge sind eines Haushaltsministers nicht würdig. Das kann der Sozialminister vorschlagen. Ihre Aufgabe wäre es, das unter Kontrolle zu halten, und das tun Sie mit diesem Haushalt eben nicht.

Es stimmt: Der Finanzminister legt wieder eine schwarze Null vor. Ich will Ihnen aber ganz klar sagen: Das ist – das haben wir in der Bereinigungssitzung gemerkt – nur noch eine gequetschte schwarze Null. Was haben Sie in der Be-

reinigungssitzung gemacht, zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland? Sie sagten: „Oh, jetzt haben wir so viel ausgegeben“, nach den Ausgaben für Hamburg unter anderem, „da müssen wir auf eine Rücklage zurückgreifen, da müssen wir der Asylrücklage eine halbe Milliarde entnehmen.“ Das muss man noch einmal erklären. Das heißt, man sagt den Bürgern: Ach, übrigens, wir haben eigentlich gar keine schwarze

Null mehr; aber wir holen uns aus einer Kreditermächtigung, die wir haben, eine halbe Milliarde raus und verteilen das Geld munter. – Und das ist eine schwarze Null? Nein. Im Endeffekt sagt es Ihr Haus selber: Das Kassensaldo des Bundes ist zum ersten Mal in der Planung wieder im Minus. Es geht also nicht um die Frage, wo das Girokonto steht, sondern es geht um die Frage: Wo stehen alle Konten der Bundesregierung bei Einnahmen und Ausgaben? Das zeigt: Diese schwarze Null ist schon lange eine rote Null geworden. Das

Man ist nicht nur für 90 Prozent der Bevölkerung zuständig, wir sind für alle verantwortlich.

ist sogar weit mehr als eine rote Null.

Meine Damen und Herren, ich will auch die Frage klären: Wenn man über Jahre stetig steigende Steuereinnahmen hat, was ist dann Sparen? Kindern versuche ich das immer über das Taschengeld zu erklären: Du sparst – Sie haben wahrscheinlich eine andere Definition –, wenn du vom Taschengeld weniger aus gibst, als du bekommst. Du sparst, wenn du zusätzliches Taschengeld bekommst und dieses zusätzliche Ta-

schengeld komplett zurücklegst. Du sparst aber auch, wenn du nicht alles von dem, was du mehr bekommst, aus gibst. – Herr Minister, das ist doch das Interessante. Sie sind jemand, der sagt: Ich spare, wenn ich mehr bekomme, und alles, was ich mehr bekomme, gebe ich nicht aus für die Zukunft, sondern für Vergangen-

Wenn man über Jahre stetig steigende Steuereinnahmen hat, was ist dann Sparen?

heit und Gegenwart, gebe ich nicht aus für Investitionen – das Investitionsvolumen fällt nämlich –, gebe ich nicht in übermäßigem Maße aus für Forschung und Bildung, gebe ich nicht aus für Kinder und Jugend. – Sie haben hier einen Haushalt mit einer roten Null, der sich mit Vergangenheit und Gegenwart be-

schäftigt, aber eben nicht mit der Zukunft.

Auch Rentner sind Zukunft. Deswegen haben auch Rentner einen Anspruch darauf, ihren Teil zu bekommen. Das passiert ja auch. Aber dass man das übermäßig macht, dass von dem, was wir in dieser Legislatur mehr einnehmen, 70 Prozent in den Bereich des Ministeriums für Arbeit und Soziales fließen, und für die ganzen anderen Bereiche, die unsere Zukunft ausmachen, nur der Rest bleibt, ist für viele nicht nachvoll-

ziehbar. Dieses Geld erwirtschaften übrigens die, die arbeiten, auch die anderen 10 Prozent.

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Man muss zu diesem Haushalt sagen: Er scheint auf Rosen gebettet zu sein, aber die Koalition erkennt, dass, wenn Rosen verblühen, die Dornen übrig bleiben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Eckhardt Rehberg, CDU/CSU:

Wir halten die Maastricht-Kriterien ein



Eckhardt Rehberg (*1954)
WK Meckl. Seeplatte II-LK Rostock III

Damit hier erst gar keine Legenden aufkommen, lieber Kollege Kahrs: Die Erblast 2010 von Herrn Steinbrück war folgende: 86 Milliarden Euro Schulden, 300 Milliarden Euro Etat. Die Leistung der Legislaturperiode unter CDU/CSU und FDP, unter Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, war, dass wir die Ausgaben nicht gesteigert haben.

2014 sind wir mit der SPD im Ist zum ersten Mal ohne neue Schulden ausgekommen. Mit dazu beigetragen hat unter anderem die Agenda 2010 von Gerhard Schröder, die Deutschland stark gemacht hat. Und genau das wollt ihr jetzt revidieren. Das ist der falsche Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen, an der Stelle.

Der Haushalt 2019 ist grundsolide. Wir minimieren die Ausgaben um 400 Millionen Euro und packen bei Investitionen noch mal 1 Milliarde Euro obendrauf. Und, Kollege Fricke, es war immer eine Entnahme aus der Asylrücklage für den Haushaltsausgleich vorgesehen. Das war in der Finanzplanung immer vorgesehen, für dieses Jahr 1,4 Milliarden Euro. Wir entnehmen gerade mal 400 Millionen Euro. Ob wir das in den Folgejahren so brauchen – wir werden dann 25 Milliarden Euro

in der Rücklage haben –, das werden wir sehen. Ich finde, das ist ein gutes Zeichen, auch ein gutes Zeichen für Europa.

Kollege Boehringer, mit wem wollen Sie sich denn ins Bett legen im Europawahlkampf? Mit Herrn Salvini, der gerade dafür mitverantwortlich ist, dass in der Euro-Zone so einiges durcheinandergeht, dass Griechenland in Schwierigkeiten kommt? Mit dem wollen Sie ins Bett gehen! Und uns werfen Sie vor, dass wir eine unsolide Europapolitik machen. Fassen Sie sich erst mal an die eigene Nase!

Wir schaffen ein Zweites mit dem Haushalt 2019 – vielleicht schon im Ist 2018 –: Wir erfüllen das Maastricht-Kriterium, die Schuldenstandsquote unter 60 Prozent zu senken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das schon einmal an dieser Stelle gesagt: Ich habe zwei Söhne und mittlerweile vier Enkel. Ich bin froh, dass ich heute im Deutschen Bundestag sagen kann: Wir leben nicht mehr auf eure Kosten, wir machen keine neuen Schulden, wir halten die Maastricht-Kriterien ein. – Das ist das Beste an Sozialpolitik, gerade für die ältere Generation, was wir machen können: Chancengerechtigkeit für alle, keine Politik zulasten der nachfolgenden Generation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ruf wird heute wieder kommen, noch mehr Geld für Länder und Kommunen bereitzustellen. Was sind die Realitäten? Die Realität ist folgende: dass die Gesamtheit der Länder im dritten Quartal einen Überschuss von 19,6 Milliarden Euro hat, kein Land – auch das Saarland nicht, auch Bremen nicht, auch Nordrhein-Westfalen nicht – ist ohne Überschuss. Ich verstehe dann nicht, wenn die Ministerpräsidentin meines Heimatlandes am

Sonntag in der ARD Folgendes sagt: Die CDU stellt gerade infrage, ob wir das Bundesgeld, das wir hart verhandelt haben, komplett für die Kitagebührenfreiheit ausgeben können, sie stellt infrage,

ob wir es dauerhaft haben können. – Erste Bemerkung: Im Koalitionsvertrag sind für das Gute-Kita-Gesetz bis 2021 3,5 Milliarden Euro vorgesehen. In der Finanzplanung, haben wir als Große Koalition schon entschieden, sind bis 2022 5,5 Milliarden Euro vorgesehen. Richtig, Frau Schwesig, ist Folgendes – und dazu stehen wir als Union –: Wir wollen in erster Linie eine Qualitätsverbesserung in unseren Kindergärten, wir wollen, dass die Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden,

wir wollen einen besseren Betreuungsschlüssel, kleinere Gruppen; das ist unser vorrangiges Anliegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Heimatland hat 2016, 2017, mit dem Überschuss 2018 Überschüsse von 1,7 Milliarden Euro. Wenn ich das Grundgesetz noch richtig im Kopf habe, liegt die Finanzverantwortung für die Kommunen bei den Ländern. Liebe Frau Schwesig, ich sage von dieser Stelle aus nur eines: Wenn Sie eine komplette Kitagebührenfreiheit haben wollen, dann können Sie, wenn Sie im letzten Jahr 676 Millionen Euro Überschuss hatten, die Beitragsfreiheit für die Kindergärten als Land ganz allein entscheiden; dem steht der Bund nicht im Wege, an keiner Stelle.

Einen nächsten Punkt möchte ich gerne anmerken. Einige waren ja überrascht ob der Steuerschätzung im Oktober dieses Jahres: keine gravierenden Steuermehreinnahmen, auf allen drei Ebenen nicht, weder beim Bund noch bei den Ländern noch bei den Gemeinden. Im Mai sah es mit Steuermehreinnahmen für

alle drei Ebenen von insgesamt 63 Milliarden Euro dagegen noch relativ rosig aus.

Gucken Sie sich mal die Entwicklung der Steuereinnahmen an. Dieses Jahr hat der Bund an Steuereinnahmen noch 12 Milliarden Euro mehr als die Gesamtheit der Länder. In 2023 wird sich das umkehren. Da wird die Gesamtheit der Länder 3 Milliarden Euro mehr als der Bund haben. Grund ist der Bund-Länder-Finanzausgleich und dass der Bund massiv Umsatzsteueranteile abgegeben hatte.

Ich finde, es muss endlich Schluss damit sein, dass für Aufgaben, für die die Länder zuständig sind – Schulen, Hochschulen, Kindergärten –, ständig der Bund angefragt wird. Bei dieser guten Einnahmesituation der Länder kann ich nur sagen: Zuständigkeit und Finanzverantwortung gehören in eine Hand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Otto Fricke, wir haben hier nicht die Politik „Hier was drauf, da was drauf“ gemacht.

Zunächst zur inneren Sicherheit. Wir stehen dazu und sorgen für einen massiven Personalauf-

Fortsetzung auf nächster Seite

Zuständigkeit und Finanzverwaltung gehören in eine Hand.



Der Bundesgerichtshof Leipzig bekommt nach 26 Jahren einen zusätzlichen Strafsenat. © picture-alliance/dpa/Uli Deck

wuchs bei der Bundespolizei und einen Aufwuchs beim Bundeskriminalamt und beim Zoll. 80 Prozent des Personalaufwuchses erfolgen in Behörden, die mehr oder weniger mit Sicherheit zu tun haben, einschließlich BSI und BAMF, und dazu stehen wir auch.

Wir haben zwei Programme aufgelegt. Für das eine Programm wären eigentlich die Länder zuständig, aber wir konnten es gleichwohl nicht mehr mit ansehen, dass einige Länder keine Sonderwagen für ihre Bereitschaftspolizeien haben. Das andere Programm, bei dem es um die Freiwilligen Feuerwehren im Rahmen des Katastrophenschutzes geht – dazu ist der Bund auch verpflichtet –, ist ein 100-Millionen-Euro-Programm.

Daneben haben wir einen Pakt für den Rechtsstaat installiert, und hier verstehe ich die Kritik nicht. Wir haben jetzt nach 26 Jahren dafür gesorgt, dass endlich ein zu-

sätzlicher Strafsenat nach Leipzig kommt. Wir haben aber nicht, wie ursprünglich festgelegt, Karlsruhe etwas weggenommen, sondern wir haben, weil dort beim Zivilsenat die Notwendigkeit besteht, auch aufzubauen, einen zusätzlichen Senat geschaffen. Ich bin hier völlig bei der Justizministerin: Wenn jetzt die Länder noch anfangen, darüber zu diskutieren – wie bei den Kitas, den Schulen und den Hochschulen –, dass wir auch noch im Bereich der Justiz Aufgaben der Länder übernehmen sollen, das heißt, Richter und Staatsanwälte finanzieren sollen, dann kann ich den Ländern an dieser Stelle nur zurufen: Wir haben unseren Anteil am Pakt für den Rechtsstaat geleistet, und jetzt liegt die Verantwortung bei den Ländern, das Gleiche

zu tun und dort 2 000 Stellen aufzubauen.

Wir haben dafür gesorgt – und das hat nichts mit Aufrüstung zu tun –, dass vier wichtige, große Beschaffungsvorhaben bei der Bundeswehr realisiert werden können, und wir haben 1 000 neue Stellen mit Kompensation geschaffen, um den Beförderungstau abzubauen. In gleicher Art und Weise haben wir einen Aufwuchs der ODA-Ausgaben von insgesamt 700 Millionen Euro beim BMZ und beim Auswärtigen Amt realisiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird im Augenblick in der Lausitz und in Nordrhein-Westfalen eine intensive Debatte zum Thema Braunkohle geführt. Wir als Große Koalition – Union und SPD gemeinsam – haben dafür ge-

Wir haben unseren Anteil am Pakt für den Rechtsstaat geleistet.

Dr. Gesine Löttsch, Die Linke:

Der neue Haushalt macht das Land nicht gerechter



Gesine Löttsch (*1961)
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Die Frage ist doch: Wird durch diesen Haushalt unser Land gerechter und friedlicher? Unsere Antwort ist: Nein. Union und SPD haben die Chance zum Umsteuern verspielt. Das ist fatal, meine Damen und Herren.

Ganz im Gegenteil: Noch immer sind Union und SPD stolz auf ihre Kürzungspolitik der letzten Jahrzehnte. Die Agenda 2010, die Politik des schlanken Staates und der schwarzen Null haben den Staat in vielen Bereichen handlungsunfähig gemacht. Das können wir uns nicht leisten.

Der Bundesrechnungshof hat uns ja zahlreiche Beispiele aufgelistet, die deutlich machen: Steuerhinterzieher haben in Deutschland kaum etwas zu befürchten, weil einfach das Personal fehlt, um die Steuern wirkungsvoll einzutreiben. Der Personalabbau der

letzten Jahrzehnte wirkt also wie eine Steuersenkung für die Vermögenden. Das ist nicht in Ordnung. Ein Unternehmen muss im Durchschnitt nur alle 71 Jahre mit einer Umsatzsteuer-Sonderprüfung rechnen. Ist das nicht absurd, meine Damen und Herren?

Aus der Sicht der Vermögenden war diese Politik natürlich richtig. Sie sind noch reicher geworden, wie zum Beispiel ein gewisser Friedrich Merz, der in Zukunft die CDU führen will. Er meint, mit zwei Privatflugzeugen und einem Haus am Tegernsee zur oberen Mittelschicht zu gehören. Dieser Mensch kennt wirklich nicht die Arbeits- und Lebensverhältnisse in unserem Land. Er sollte sich damit erst einmal beschäftigen, bevor er Parteivorsitzender werden will.

Die Mehrheit der Menschen in unserem Land fordert eine gerechte Verteilung des Reichtums. Doch das schließt die Koalition kategorisch aus. Im Gegenteil: Sie will die Besserverdienenden weiter entlasten. Darin ist sie sich übrigens mit FDP und AfD einig. Dem steht Die Linke fundamental entgegen. Wir wollen, dass Menschen, die weniger Geld haben, mehr bekommen.

Das Wort „Solidaritätszuschlag“

ist hier schon mehrfach gefallen. Ich finde, diejenigen, die ihn abschaffen wollen, müssen auch sagen, wo sie die 20 Milliarden Euro hernehmen wollen, die dann im Haushalt fehlen. Man kann doch nicht so tun, als wäre das Geld dann automatisch wieder da; denn in den kommenden Monaten und Jahren wird das Wirtschaftswachstum eher stagnieren oder sinken, so alle Prognosen. Das hat doch auch Einfluss auf die Steuereinnahmen. Da muss doch Vorsorge getroffen werden.

Wenn Sie ehrlich sind, wissen Sie doch, dass Sie mit diesem Haushalt nur knapp an neuen Schulden vorbeigeschrammt sind. Einen ausgeglichenen Haushalt wird es in den kommenden Jahren nur geben, wenn die Vermögen endlich stärker besteuert werden. Auf keinen Fall darf bei den Armen weiter gekürzt werden. Schon jetzt ist die Kinderarmut in unserem Land eine Schande und verantwortungslos gegenüber der Zukunft. Armut kann nur bekämpft werden, wenn man Reichtum wirkungsvoll begrenzt, meine Damen und Herren.

Es ist ja schon angesprochen worden: In der Schlussrunde ist auf den Rüstungshaushalt noch mal ordentlich was draufgelegt

sorgt, dass Voraussetzungen für den Strukturwandel geschaffen werden, dass zum Beispiel Fraunhofer-Institute in der Lausitz und in Nordrhein-Westfalen und ein Institut des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in der Lausitz aufgebaut werden können. Daneben haben wir die Innovationsförderung für die neuen Länder um über 10 Millionen Euro erhöht.

Deswegen, Otto Fricke, haben wir nicht hier und da was draufgelegt, sondern dafür gesorgt, dass in strukturschwachen Regionen die Chance besteht, gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen. Dieser Punkt ist mir an dieser Stelle besonders wichtig.

Lassen Sie mich zum Schluss ein Wort zu Europa sagen. Herr Boehringer, Sie werfen uns Finanztricksereien vor. Ich habe einen schönen Drahtbesen zu Hause. Kehren Sie erst mal vor der eigenen Tür!

Kehren Sie wirklich erst mal mit

einem dicken, fetten Drahtbesen vor Ihrer eigenen Tür, wenn es um Ihre Finanztricksereien – Johannes Kahrs ist darauf eingegangen – geht! Ich kann Ihnen als jemand, der in Mecklenburg-Vorpommern groß geworden ist, nur sagen: Den neuen Bundesländern und den strukturschwachen Regionen in Deutschland haben Programme wie „Regionale Wirtschaftsförderung“ und „Europäischer Sozialfonds“ sowie Programme für die Entwicklung ländlicher Räume geholfen. Wir wollen, dass auch in Polen, im Baltikum, in Tschechien und in der Slowakei eine gute wirtschaftliche Entwicklung erfolgt; denn der größte Profiteur einer guten wirtschaftlichen Entwicklung mit dem Euro ist Deutschland und niemand anderes.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

worden. Wenn Sie die Menschen auf der Straße fragen würden, was ihnen wichtiger ist, mehr Bildung oder mehr Geld für Rüstungskonzerne, dann können Sie davon ausgehen, dass bestimmt 95 Prozent der Menschen sagen: Bildung. – Aber die Bundesregierung und die Koalition sehen das anders. In der sogenannten Bereinigungssitzung sind noch einmal 323 Millionen Euro zusätzlich für militärische Beschaffung beschlossen und für die nächsten Jahre schon einmal 5,66 Milliarden Euro für Aufrüstung versprochen worden.

Aber das geplante Geld für das Ganztagsschulprogramm, die 2 Milliarden Euro, die schon im Haushaltsplan eingestellt worden waren, ist gestrichen worden. Das ist verantwortungslos und zynisch. Da lassen wir auch keine Ausreden gelten. Die Einführung der Finanztransaktionsteuer wird uns seit zehn Jahren versprochen. Deren Einführung wird auch seit zehn Jahren geschoben. Ich bin mal gespannt, wie lange Sie dieses Programm schieben wollen.

Meine Damen und Herren, Frau

von der Leyen kann sich natürlich freuen. Sie kann jetzt ein Mehrzweckschiff für 147 Millionen Euro kaufen. Da sage ich mal, Herr Scholz: Kriegsschiffe statt Schulen – soll das Ihre Handschrift sein? Das kann ich mir nicht vorstellen.

Im Koalitionsvertrag kommt das Wort „Sozialpolitik“ nur einmal vor. Das ist ehrlich. Das Wort „Kapitalpolitik“ kommt aber gar nicht vor. Das ist unehrlich. Dabei tut die Regierung wirklich alles, um den Kapitaleignern zu gefallen. Finanzminister Scholz findet, dass unsere Banken zu klein sind. Die Wirtschaftsministerin Isabel Schnabel kommentiert völlig zutreffend: „Da hat man das Gefühl, die Lehren der Finanzkrise wurden vergessen.“ Das sollte Ihnen doch zu denken geben.

Dieser Haushalt ist weder solidarisch noch gerecht und schon gar nicht auf Frieden ausgerichtet. Die Linke sagt dazu Nein; denn wir wollen ein gerechtes und friedliches Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)



In den kommenden Jahren sei ein ausgeglichener Haushalt nur durch eine stärkere Vermögensbesteuerung möglich, forderte Gesine Löttsch (Die Linke).

© picture-alliance/dpa/Westend61/WB-Images

Anja Hajduk, Bündnis 90/Die Grünen:

Aufbruch für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft



Anja Hajduk (*1963)
Landesliste Hamburg

Ich möchte in dieser Haushaltsdebatte drei Punkte ansprechen und beginne mit Europa. Ich mache mir Sorgen, Herr Finanzminister, wenn ich darüber nachdenke, welche Rolle die deutsche Regierung im Jahr 2018 dort eigentlich eingenommen hat. Geschrieben wird: Deutschland bremst. – Und wenn ich jetzt ganz konkret werde – ich nehme das Thema „Besteuerung digitaler Konzerne“ –, dann ist mein Urteil ganz klar: Deutschlands Blockadehaltung bei der Digitalsteuer passt nicht zu einem Aufbruch für Europa.

Ich möchte das auch begründen. Der Kommissionsvorschlag ist schon ein ziemlich weitgehender Kompromiss gewesen. Er hat

der Kritik Rechnung getragen, dass die innovativen Start-ups nicht gehemmt werden dürfen. Die europäische Digitalsteuer sollte auch nur ein erster Schritt sein, bis man zu einer weltweiten Mindestbesteuerung für Unternehmen kommt. Aber die werden wir nicht vor 2020 bekommen.

Sie haben sich in Meseberg – das ist noch kein halbes Jahr her – mit Frankreich darauf verständigt, bis zum Ende des Jahres eine Steuer für digitale Konzerne auf den Weg zu bringen.

Und was haben Sie erreicht? Sie haben eine Blockadehaltung eingenommen, und das tut Europa nicht gut. Es geht hier um Vertrauen, Herr Scholz.

Kommen wir zu dem zweiten wichtigen Punkt der europäischen Frage, der mit Ihrer Verantwortung und der Finanzpolitik der Bundesregierung zu tun hat: der Reform der Wirtschafts- und Währungsunion. Gestern hat man den kleinstmöglichen gemeinsamen Nenner für ein Euro-Zonen-Budget gefunden, und zwar 0,2 Prozent des europäischen BIP. Das sind zwar 20 Milliarden bis 25 Milliarden Euro, aber

es geht auch um einen riesigen Währungsraum.

Das „Handelsblatt“ titelte dazu gestern: „Scholz zeigt Le Maire die Grenzen auf“. Soll das unsere Botschaft sein? Ist das die deutsche Rolle bei einer europäischen Politik, die wir nach vorne bringen müssen, und angesichts des Vertrauens, das die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland in Europa haben? Ist das die Rolle des Bundesfinanzministers Olaf Scholz? Ich finde das beschämend.

**Deutschlands
Blockadehaltung
bei der
Digitalisierung
passt nicht
zu Europa.**

Aber ich gebe zu: Olaf Scholz hat es nicht leicht. Da macht er einen richtig guten Vorschlag – den unterstützen wir zutiefst; bleiben Sie dabei! –, im Rahmen der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion

auch eine europäische Arbeitslosenrückversicherung voranzutreiben. Das wäre der zweite Baustein, mit einer solidarischen und sozialen Absicherungsbotschaft an die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Das ist ein Stabilisierungsfonds.

Hören Sie mal zu statt dieses reflexhaften, ideologischen Gerüchtes aus der Union! Hören Sie mal

zu, was man daraus machen kann! Man kann nämlich umgekehrt mit diesem Stabilisierungsfonds besonders effektiv nationale Sozial- und Arbeitsmarktreflexionen konditionieren. Denn dieser Stabilisierungsfonds setzt – das gibt es noch gar nicht überall – eine funktionierende Arbeitslosenversicherung und kluge Arbeitsmarktreflexionen voraus. Dieser Vorschlag ist sehr klug und im Übrigen in den Vereinigten Staaten von Amerika, die ja nicht für übermäßige Transfers bekannt sind, Praxis.

Deswegen kann man nur sagen: Das, was hier gerade wieder stattfindet, ist eine reflexhafte ideologische Bremse. Es ist schon grotesk, wenn die Union auch in Person des Wirtschaftsministers Altmaier sagt, diese Arbeitslosenrückversicherung überzeuge sie nicht, obwohl wir im eigenen Land bei jeder Krise selbstbewusst von diesen automatischen Stabilisatoren Gebrauch machen. Da sind wir nämlich froh, dass wir die soziale Marktwirtschaft mit diesen sozialen Sicherungssystemen haben. Darüber sollten Sie mal nachdenken.

Ich komme noch zu einem weiteren Punkt, und zwar der Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Diese Bundesregierung schafft es immer wieder, bei den Themen „Wie gehen wir mit Familien um?“ und „Wie gehen wir mit Rentnerinnen und Rentnern um?“ das Geld ganz bewusst breit zu verteilen und nicht gezielt diejenigen zu entlasten, die es am meisten brauchen. Wir schlagen dagegen vor, gegen Kinderarmut 6,2 Milliarden Euro einzusetzen. Wir

schlagen bei der Rente vor, arme Rentnerinnen und Rentner gezielt zu fördern. Dafür wäre das Geld auch da.

Noch verrückter sind die ganze Diskussion und Streiterei beim Soli. Wenn man den Soli sofort ganz abschafft, dann würde das reichste Prozent derjenigen, die den Soli zahlen – die Betroffenen zahlen 28 Prozent des Soliaufkommens –, um 5,1 Milliarden Euro entlastet. Man könnte auch sagen: Die reichsten 10 Prozent, die zu 60 Prozent zum Soliaufkommen beitragen, würden entsprechend entlastet. Das ist doch nicht zielgenau. Die Entlastung entstände doch genau da, wo sie nicht am nötigsten ist. Was wir brauchen, ist eine Einkommensteuerreform, die mutig ansetzt und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen entlastet. Auch dafür hätten wir das Geld.

Last, but not least. Wir brauchen eine engagierte Politik, die das Klima schützt und mit einer mutigen Verkehrs- und Energie-wende dazu beiträgt, dass Deutschland endlich die CO₂-Ziele besser erreicht. Wir brauchen einen Aufbruch für konsequenten Klimaschutz. Wir brauchen einen Aufbruch für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, Herr Scholz. Wir brauchen für unsere Zukunft endlich einen Aufbruch für Europa. Tun Sie endlich etwas! Werden Sie wach! Sonst dürfen Sie sich nicht wundern, dass die Menschen frustriert sind über die Volksparteien.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

Wieder ein Haushalt ohne neue Schulden



Olaf Scholz (*1958)
Bundesminister der Finanzen

Eine gute Finanzpolitik ist der Stabilitätsanker unseres Gemeinwesens und ist auch ein Markenzeichen dieser Koalition. Wir legen mit dem Haushalt

2019 wieder einen Entwurf vor, der zeigt, dass ganz viele Dinge gleichzeitig funktionieren, zum Beispiel Politik ohne neue Schulden zu machen. Ich habe sorgfältig zugehört und vernommen, was alles gesagt wurde. Aber irgendwie kam in den Reden immer vor: Es ist wieder ein Haushalt ohne neue Schulden.

Dann wurde darüber geredet, warum das angeblich doch nicht so sei. Doch, so ist es! Das ist wirklich eine große Leistung. Es ist ebenfalls eine große Leistung, dass wir es jetzt schaffen, dass Deutschland die Maastricht-Kriterien vollständig erfüllt und dass der Schuldenstand unter 60 Prozent des Bruttosozialprodukts liegt. Ein guter Erfolg und ein Beitrag zur Si-

cherheit der künftigen Generationen.

Das ist im Übrigen auch ein Beitrag dazu, dass wir in einer wirtschaftlichen Krise handeln können. Denn das merken wir jetzt jeden Tag: Länder, die 130 Prozent der Wirtschaftsleistung als Schulden haben wie Italien zum Beispiel, müssen viel vorsichtiger agieren bei ihren Möglichkeiten.

Sie haben sogar Probleme, Dinge einzuführen, die wir in Deutschland längst für selbstverständlich halten. Zum Beispiel eine Absicherung gegen Langzeitarbeitslosigkeit, wie wir sie in Deutschland selbstverständlich kennen, gibt es in Italien heute nicht. Wenn das Land über die Einführung einer solchen Absiche-

rung diskutiert und gleichzeitig merken muss, dass es wegen der Schuldenpolitik der letzten Jahre nur wenige Gestaltungsspielräume hat, dann zeigt uns das, wie gut es ist, auf das Geld aufzupassen und eine solide Haushaltspolitik zu machen.

Wir erhöhen die öffentlichen Investitionen. Wir investieren in Infrastruktur, in Bildung und Forschung. Das ist ganz wichtig für die Zukunft unseres Landes. Wir treffen gleichzeitig Vorsorge dafür, dass wir auch in Zukunft in der Lage sind, unsere sozialen Sicherheitssysteme so zu organisieren und zu finanzieren, dass wir das Sicherungsversprechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft einhalten können.

Wie Sie merken, bin ich ein bisschen erkältet. Das ist aber kein symbolischer Beitrag zur Debatte

über die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren; denn unverändert ist, dass wir ein Wirtschaftswachstum sehen, dass wir ein Aufwachen der Beschäftigung haben und dass wir vorhersehbar weiterhin gute Steuereinnahmen

zu verzeichnen haben. Trotzdem bin ich all den Rednern und Rednerinnen dankbar, die gesagt haben, dass diese Entwicklung nicht mehr ganz so weiterläuft wie in den letzten Jahren und dass also Vorsicht in den nächsten Jahren

angebracht ist. Alle, die diesen Blick ein bisschen schärfen wollen, haben den Bundesminister der Finanzen auf ihrer Seite. Wir müssen aktiv nach vorne planen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Zukunft unseres Landes entwickeln. Aber wir müssen auch vor-

Es ist eine große Leistung, dass Deutschland die Maastricht-Kriterien vollständig erfüllt.

Fortsetzung auf nächster Seite

sichtig sein, damit wir nicht wieder in Situationen wie früher kommen.

Meine Damen und Herren, es gibt auch Risiken. Ein Risiko hat zum Beispiel mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zu tun. Ich glaube, dass wir alles dazu beitragen sollten, dass es eine gute Vereinbarung gibt, und dass wir hoffen dürfen, dass das britische Parlament annimmt, was angeboten ist. Aber gleichzeitig sollten wir dafür Sorge tragen, dass diese Entwicklung nicht dazu führt, dass es wirtschaftliche Schwierigkeiten in Großbritannien oder in der übrigen Europäischen Union gibt. Aber wir müssen und wir werden dafür Sorge tragen, dass wir in Europa große Fortschritte erreichen. Das ist jetzt wirklich die Zeit, in der das ansteht.

Wir haben nach der letzten Finanzkrise viele, viele Dinge auf den Weg gebracht, die dazu beigetragen haben, dass Europa jetzt stabiler mit einer Krise umgehen kann, als das vor zehn Jahren der Fall war – mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, mit der Schaffung eines Bankenabsicherungsmechanismus. Aber wir haben all die Aufgaben, die da anstehen, noch nicht zu Ende gebracht.

Deshalb ist es richtig, dass wir dieses Jahr, in diesem Dezember – der im Übrigen nur wenige Tage vor uns liegt –, die nächsten großen Schritte vereinbaren und richtigen Fortschritt für Europa voranbringen. Wir werden das auch tun, übrigens zusammen mit Frankreich.

Deshalb wird es so sein, dass wir große Fortschritte dabei erzielen, den Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem Währungsfonds weiterzuentwickeln. Deshalb wird es so sein, dass wir ihn zu einer Letztsicherung für

den Bankenabwicklungsmechanismus machen, sodass wir die Stabilität der europäischen Struktur im Umgang mit Krisen verbessern und gleichzeitig sicherstellen, dass nicht wieder Staaten, sondern diese so geschaffenen Strukturen in der Lage sind, eine Bankenkrise abzuwehren – ein großer Fortschritt, übrigens auch ein Fortschritt aus der Perspektive aller Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb haben wir uns fest vorgenommen, dass wir auch weitere Schritte gehen müssen. Einer davon steht jetzt zur Debatte. Ich habe zusammen mit dem französischen Kollegen Bruno Le Maire vorgeschlagen, dass wir ein Euro-Zonenbudget im Rahmen des europäischen Haushaltes etablieren. Das ist ein Vorschlag, der aus dem letzten Jahr stammt. Wir haben ihn in der Rede des französischen Präsidenten gehört. Wir haben uns im Frühjahr zusammengesetzt und überlegt, wie das gehen kann. Wir beide haben Vorschläge gemacht, die bei den Regierungsgesprächen in Meseberg zu der Vereinbarung geführt haben, das zu tun – übrigens schon mit der wichtigen, richtigen Formulierung „im Rahmen der Europäischen Union“; denn es war für uns ganz zentral, dass das nicht ein gesondertes Gebilde außerhalb der Europäischen Union werden soll.

Und wir haben es geschafft, einen Weg zu finden im Rahmen des Haushaltes, mit dem Ergebnis, dass die gestrige Debatte in Brüssel dazu geführt hat, dass kein Land gesagt hat, das könne man sich gar nicht vorstellen. Deshalb haben wir jetzt den Weg gezeigt,

wie das im Rahmen des Haushaltes ab 2021 gehen kann. Ein Euro-Zonenbudget trägt zur Stabilisierung der Euro-Zone und Europas bei.

Wenn wir über Europa diskutieren, Kollegin Hajduk, gibt es aber einen Aspekt, den man nie vergessen darf: Es sind demnächst 27 Länder, die sich darüber verständigen müssen. Ich habe manchmal das Gefühl, dass alle Debatten immer innerhalb des nationalen Rahmens stattfinden und dass man gar nicht mitkriegt, dass man auch als großes Land wie Deutschland sich in Wahrheit mit vielen anderen Ländern verständigen muss. Das aber scheint jetzt hier zu gelingen, und deshalb ist das ein großer Fortschritt: weil es nicht nur eine Sache von einem Land oder zwei Ländern ist, sondern etwas, bei dem viele mitmachen wollen. Genau so muss man das in Europa machen; da ist keine beherrschende

Haltung richtig.

Selbstverständlich unterstütze ich unverändert die Idee, die hier angesprochen worden ist, dass wir zur Stabilisierung der europäischen Entwicklung auch so etwas wie eine Rückversicherung für die Arbeitslosenversicherung brauchen. Das ist ein guter Vorschlag. Er hat im Übrigen auch deshalb ein bisschen was für sich, weil die USA seit Jahren gut damit leben. Ich merke, dass auch die Unterstützung in Deutschland größer wird. Es gibt sogar temporäre Fans – Fans, die das mal gut finden und dann wieder nicht. Aber das ist vielleicht das Vorzeichen einer guten Entwicklung.

Im Übrigen ist es so, dass wir auch bei anderen Themen, die

wichtig sind, vorankommen. Das gilt zum Beispiel für die Besteuerung großer international agierender Unternehmen. Ein großer Missstand ist, dass viele dieser Unternehmen Wege gefunden haben, wegen ihrer Größe und internationaler Regelungen nicht überall dort Steuern zu zahlen, wo sie eigentlich wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entwickeln. Aber es gibt seit Jahren gute Fortschritte – übrigens auch von der deutschen Bundesregierung schon früher vorangetrieben –, die dazu beitragen, dass wir etwas gegen die Verlagerung von Gewinnen in Länder, wo wenig oder gar keine Steuern erhoben werden, tun.

Aber wir müssen da weitermachen, weil wir sehen, dass dies unverändert Probleme sind, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Deshalb bin ich dafür, dass wir jetzt endlich dazu beitragen, dass es internationale Vereinbarungen über die Mindestbesteuerung von Unternehmen gibt. Wir müssen dort einen entscheidenden Fortschritt erreichen, und es sieht so aus, dass wir ihn schon 2020 bekommen; denn so sind die Diskussionen in der OECD, und ich werbe dafür, dass wir es auch tatsächlich erreichen.

Zu diesem Feld gehört auch die Besteuerung der digitalen Unternehmen – das sind auch solche großen Unternehmen –, bei denen wegen der Eigenart ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit – das, woran wir Steuerzahlung bisher anknüpfen, ist die physische Präsenz, und die ist bei denen nur sehr wenig vorhanden – die Möglichkeiten noch größer sind. Wir werden das machen müssen, aber auch dort empfiehlt sich Multilateralismus und nicht Unilateralismus, wenn ich das einmal sagen darf.

Wir haben eine Situation, in der die Besteuerungsrechte in der Welt gegenwärtig so sind, dass dort besteuert wird, wo produziert wird, wo Dienstleistungen erbracht werden und wo Erfindungen gemacht werden. Das wird in den nächsten Jahren sicherlich ein bisschen anders werden. Das sind die veränderten Verhältnisse in der Welt. Deshalb ist es für uns ein guter Anlass, darüber zu diskutieren, dass zum Beispiel im Zusammenhang mit der digitalen Wirtschaft Veränderungen stattfinden, die es uns möglich machen, auch die digitalen Unternehmen in Europa zu besteuern. Wir werden das tun, und wir sind uns mit Frankreich einig, wie wir das in Meseberg vereinbart haben, dass wir noch im Dezember – bis dahin sind es nur noch wenige Tage – einen gemeinsamen Vorschlag dazu machen

werden, wie wir vorgehen, falls das auf internationaler Ebene nicht funktioniert.

Meine Damen und Herren, der Haushalt beschäftigt sich natürlich auch damit, wie wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft in Deutschland für die Zukunft sichern können. Dazu gehört die sehr hohe Investitionsquote, die ich genannt habe. Dazu gehört, dass wir alles dafür tun, dass mehr im Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger ist, zum Beispiel für Familien durch die Erhöhung des Kindergeldes und die Anhebung des Freibetrags sowie die steuerliche Entlastung bei der kalten Progression – alles zusammen 10 Milliarden Euro. Dazu gehört auch, dass wir dafür sorgen, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Krankenversicherungsbeiträge jetzt wieder halbe-halbe bezahlen, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sinken. Trotz der Veränderung bei der Pflegeversicherung bedeutet das für viele Bürgerinnen und Bürger eine große Entlastung.

Dazu gehört, dass wir etwas tun, um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. In dieser Zeit, wo wir einen so hohen Beschäftigungsstand haben – die höchste Zahl von Erwerbstätigen, die höchste Zahl sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigter –, muss unsere ganze Kraft dahin gehen, auch diejenigen in den Arbeitsmarkt zu bringen, die jahrelang draußen waren. Das hat die Regierung vereinbart.

Wir tun was zur Stabilisierung der Renten – ein ganz, ganz großer Schritt nach vorn! Dann kommt auch das, was wir eben schon als Forderung gehört haben: Bereits im nächsten Jahr wird es Vorschläge für eine Grundrente geben, die dafür sorgt, dass diejenigen, die wenig Geld haben, bei der Rente besser dastehen. Auch das ist Teil des Programms und ein guter Weg.

Und wir tun etwas dafür, dass wir in der großen Frage des Wohnungsbaus vorankommen: mit der Förderung der Eigentumsbildung, mit einem massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, für den wir auch die Verfassung mit Ihnen zusammen ändern wollen.

Alles zusammen Beiträge, um den Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger und den sozialen Zusammenhalt zu verbessern! Das, glaube ich, ist mit diesem Haushaltsentwurf gelungen. Er ist durch die Beratung im Parlament noch besser geworden. Dafür möchte sich der Bundesminister sehr bedanken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Es ist richtig,
dass wir dieses
Jahr richtigen
Fortschritt
für Europa
voranbringen.**

**Wir tun etwas
zur Stabilisierung
der Renten – ein
ganz großer
Schritt nach
vorn!**



Finanzminister Olaf Scholz (SPD) kündigte die Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsfonds an.

© picture-alliance/imageBROKER/Stefan Klein

Stephan Brandner, AfD:

Verschwendung in allen Kapiteln und Einzelplänen



Stephan Brandner (*1966)
Landesliste Thüringen

Mit einem Rekordvolumen von rund 356 Milliarden Euro und damit etwa 13 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr gibt unser Staat so viel aus wie noch nie. An eine Entlastung der Bürger hat freilich keiner in der Regierung gedacht, am wenigsten mein Vorredner, der Finanzminister. So bleiben dem

Bürger von jedem verdienten Euro gerade mal 46 Cent in der Tasche.

Die Gier unseres Staates führt dazu, meine Damen und Herren, dass Deutschland im internationalen Vergleich beim Nettoeinkommen nur auf Platz zwölf landet. Verschwendung zieht sich wie ein roter Faden durch alle Kapitel und alle Einzelpläne. Zur Verschwendung wollte ich eigentlich ein paar Ausführungen machen, doch dann kam Herr Kahrs mit seinem Rumgepöbel von hier vorn, sodass ich leider noch was dazu sagen muss, obwohl Herr Kahrs sich in letzter Zeit unbelehrbar gezeigt hat und immer wieder die gleichen Ausfälle von hier vorn produziert.

Lieber Herr Kahrs, wortreich haben Sie sich in Ihrer Gott sei Dank knapp bemessenen Redezeit über einen mutmaßlichen Spendenskandal bei uns in der AfD aufge-regt, wobei Sie sich eigentlich zu

wichtigen Sachen hätten äußern müssen. Kein Wort von Ihnen zur Nullzinspolitik, die den deutschen Sparer 20 Milliarden Euro im Jahr kostet!

Kein Wort, Herr Kahrs, zu Hartz IV, das von Ihrer SPD installiert worden ist und durch das es Millionen Arbeitnehmern ans Vermögen geht! Dazu, Herr Kahrs, hätten Sie reden müssen.

Kein Wort, Herr Kahrs, zu SPD-Aufsichtsräten wie Hohmann-Dennhardt zum Beispiel, die nach kurzer Zeit im Aufsichtsrat von VW Abfindungen in Millionenhöhe kassiert hat! SPD, Herr Kahrs.

Kein Wort zu Ihrem Oberbürgermeister von Regensburg, der unter Korruptionsverdacht steht! Ich weiß nicht, ob er noch im Knast sitzt; jedenfalls saß er im Knast. Dazu, Herr Kahrs, hätten Sie reden müssen.

Kein Wort, Herr Kahrs, zu einem Herrn Tauss und einem Herrn

Edathy, mit dem Sie ja wohl gewissermaßen unter einer Decke steckten.

Herr Kahrs, kümmern Sie sich um Ihre SPD, und lamentieren Sie nicht über unsere AfD. Ihre SPD, Ihre Spezialdemokraten, Herr Kahrs, haben es nötig, dass Sie sich darum kümmern; denn diese SPD braucht in Deutschland kein Mensch, und das ist es auch, was diese SPD mit Frau Merkel verbindet: Die braucht nämlich in Deutschland auch kein Mensch.

Herr Rehberg, auch Sie – leider ist meine Redezeit gleich schon um, da komme ich gar nicht mehr zu den Verschwendungen – sprachen natürlich den mutmaßlichen Spendenskandal der AfD an. Nichts ist natürlich billiger, als auf so einen Zug aufzuspringen, den Herr Kahrs, wahrscheinlich unterstützt durch Herrn Schulz, aufs Gleis gesetzt hat. Herr Rehberg, gestern war dieser mutmaßliche Spendenskandal bei uns Thema in der Fraktion.

Können Sie sich vorstellen, dass der eine oder andere Fraktionär

tatsächlich Skrupel hätte, sich mit Spenden oder auch Schwarzgeld an einen Bundestagspräsidenten zu wenden, der ganz große Erfahrung mit Schwarzgeld und Spenden hat und damit in der Vergangenheit nicht gerade brillierte? Darauf, Herr Rehberg, hätten Sie

vielleicht auch einmal eingehen sollen. Nicht immer auf die anderen zeigen. Sie wissen selber: Zeigen Sie mit einem Finger auf die anderen, zeigen drei Finger auf Sie zurück. Das geht Ihnen, Herr

Rehberg, genauso wie Herrn Kahrs.

Meine Damen und Herren, um auf die Verschwendungen des Herrn Steinmeier einzugehen, zu denen ich eigentlich Ausführungen machen wollte, fehlt mir jetzt leider die Zeit. Oder gestatten Sie einen Zuschlag, Herr Schäuble? – Nein, er gestattet mir keinen Zuschlag, sodass ich mit diesen Worten schließe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

An eine Entlastung der Bürger hat freilich keiner in der Regierung gedacht.

Andreas Jung, CDU/CSU:

Der Haushalt ist ein Beitrag zur Nachhaltigkeit



Andreas Jung (*1975)
Wahlkreis Konstanz

Es sollte ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass man nur das Geld ausgibt, das man auch tatsächlich hat. Wir wissen leider, dass es keine Selbstverständlichkeit war, dass es im internationalen Vergleich immer noch keine Selbstverständlichkeit ist und es erst im Jahr 2014 gelungen ist, zu ausgeglichenen Haushalten zurückzukehren. Den letzten ausgeglichenen Haushalt davor gab es im Jahr 1969 noch unter dem Finanzminister Franz Josef Strauß.

Jetzt können wir darüber diskutieren, an wem es am meisten liegt

und wem es zu verdanken ist, dass es gelungen ist und seitdem immer wieder gelingt. Ich möchte allerdings mit Blick auf die heutige Debatte eines einfach noch einmal festhalten: Es war der Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, mit dem wir von roten Zahlen zur schwarzen Null gekommen sind. Dafür möchte ich Ihnen, Herr Dr. Schäuble, auch heute ein ganz herzliches Dankeschön dieses Hauses aussprechen. Das ist unsere Verpflichtung und der Auftrag auch für die neue Große Koalition mit jetzt sozialdemokratischem Finanzminister. Wir erreichen mit einem roten Minister trotzdem die schwarze Null. Das ist ein Erfolg für die Große Koalition, und es ist vor allem eine gute Nachricht für künftige Generationen. Denn die Frage ist doch: Was bedeutet diese Null? Null heißt null Belastungen für künftige Generationen.

Deshalb möchte ich sagen: Das ist ein Beitrag zur Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit heißt nicht nur, Politik für die Menschen heute machen, sondern Nachhaltigkeit heißt eben auch: Politik mit einem Blick auf die künftigen Gene-

rationen machen. Beides tun wir mit diesem Haushalt mit der schwarzen Null, mit den Investitionen; und deshalb ist es eine gute Nachricht für die Menschen in diesem Land.

Das will ich an einigen Punkten ausführen: Es ist ein Programm für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gesellschaftlicher Zusammenhalt beginnt mit dem Vertrauen in die Gemeinschaft, in die Stärke der Gemeinschaft, auch mit dem Vertrauen in den Staat, auch in einen starken Staat. Das machen wir mit diesem Haushalt deutlich: mit unseren Maßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit, mit 3 000 zusätzlichen Stellen bei den Sicherheitsbehörden – bei der Bundespolizei, beim Bundeskriminalamt, beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik –, mit neuen Stellen beim Zoll, mit der Stärkung der Justizbehörden, die im Pakt für den Rechtsstaat vorgesehen ist, mit mehr Mitteln für Kri-

minalprävention.

Wir machen damit deutlich: Wir stehen zu der Aufgabe des Staates, für Sicherheit zu sorgen. Wir stehen zu der Aufgabe des Staates, Kriminalität zu bekämpfen. Dafür machen wir eben nicht nur Worte, sondern legen ein Programm mit ganz konkreten Vorhaben vor; das ist ein klares Bekenntnis zu unserem Rechtsstaat in diesem Haushalt.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken wir auch mit unseren Programmen im Bereich der Förderung der Familie, im Bereich der Förderung von Wohnungsbau und Wohnen, mit den Maßnahmen im Bereich der Pflege. Ich will die Maßnahmen in der Familienpolitik, die ja schon streitig diskutiert werden, besonders herausgreifen und ganz deutlich sagen: Ja, wir bekennen uns dazu, jede Familie zu fördern, weil nach unserer Überzeugung jedes Kind wertvoll ist und jede Familie unsere Unterstützung verdient hat.

Genau das machen wir mit ganz konkreten Maßnahmen deutlich: mit der Stärkung der Familien durch den Freibetrag für die Eltern, durch einen höheren Kinderfreibetrag, durch Kindergeld und Elterngeld, mit der Förderung der Familien durch die Verbesserung der Be-

treuung, aber auch durch die Anerkennung der Leistungen der Familienarbeit in der Rente. Es ist ein umfassendes Programm für die Familien in unserem Land, ein Programm, das insbesondere die Handschrift unserer Fraktion trägt, das wir gemeinsam mit den Sozialdemokraten umsetzen können, das aus unserer Sicht ein besonders wichtiger Beitrag für die Zukunft dieser Gesellschaft ist.

Es ist vorhin gesagt worden: Die schwarze Null ist nur deshalb möglich, weil die Steuereinnahmen so sprudeln. – Das ist richtig. Deshalb ist es unser besonderes Anliegen, mit diesem Haushalt die Weichen Richtung Zukunft so zu stellen, dass die Steuereinnahmen so bleiben, dass Deutschland wettbewerbsfähig bleibt. Wir müssen die Weichen dazu richtig stellen.

Das machen wir durch die Stärkung des Verkehrshaushaltes deutlich, der schon auf hohem Niveau war und der noch einmal erhöht werden kann. Das geschieht mit Maßnahmen für Schiene, für Straße, für Fahrradwege, aber auch für neue Antriebe, alternative Antriebe, für die Stärkung des Güterverkehrs, also mit einem umfassenden Programm zur Stärkung der Verkehrswege, zur Stärkung der digitalen Wege, der Breitbandinfrastruktur. Das sind wichtige Maßnahmen, damit unser Land stark bleibt, damit gleichwertige Le-

Fortsetzung auf nächster Seite

Wir stehen zu der Aufgabe des Staates, für Sicherheit zu sorgen.



Der Haushalt stärke den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sagte Andreas Jung (CDU).
© picture-alliance/CHROMORANGE / Karl-Heinz Spremberg

bensverhältnisse in Deutschland – unser besonderes Ziel – verfolgt und umgesetzt werden können.

Ich will in diesem Kontext ganz ausdrücklich die Fragen der Innovation, die Fragen der Forschungs-

förderung – und hier ganz speziell das Feld der künstlichen Intelligenz – ansprechen; denn wir werden auf diesem Gebiet herausgefordert durch die USA, durch China, durch viele, die Milliardenprogramme auflegen, um künstliche Intelligenz voranzubringen. Dabei geht es nicht nur um Wettbewerbsfähigkeit, nicht nur um Arbeitsplätze, sondern es geht auch um die Werte der Zukunft. Wem gelingt es, auf Basis des Verständnisses einer sozialen Marktwirtschaft Werte zu prägen, aber eben auch Wertschöpfung zu erhalten? Deshalb unterstützen wir ganz ausdrücklich die Anstrengungen der Bundesregierung und wollen sie verstärken, um die künstliche Intelligenz in unserem Land voranzubringen. Auch dadurch stellen wir Weichen für die Zukunft und schaffen Zukunftschancen für die junge Generation.

Ich will als letzte Bemerkung auf das Thema Europa eingehen. Ich möchte den Vertretern der AfD einfach zurufen: Sparen Sie sich Ihre Krokodilstränen über die Auswirkungen des Brexits. Ich kann mich gut erinnern: Als der Brexit beschlossen wurde, waren viele überrascht, manche entsetzt. Wir in der Union jedenfalls waren betrübt, weil wir dadurch einen wichtigen Partner in der Europäischen Union verlieren. Ich weiß aber, wie die Reaktion der Vertreter Ihrer Partei war: Da war Jubelstimmung, man hat sich über diese Abstimmung gefreut – das zeigt ja Ihr Applaus – und sie zur Nachahmung für andere, auch in Deutschland, empfohlen. Das ist nicht unser Weg. Wir sind überzeugt, dass die Antwort auf die aktuellen Herausforderungen Europa ist.

Deshalb wollen wir Europa stärken und stabil machen. Deshalb

wollen wir eben nicht zurück, sondern nach vorne, und deshalb ist es richtig, mit unseren Partnern in Frankreich, aber auch mit allen anderen Partnern in Europa, darum zu ringen, welches der richtige Weg ist, um Europa stark zu machen und Stabilität für ganz Europa zu erreichen. Das ist unser Weg; das ist die ganz klare Haltung der CDU/CSU in diesem Haus. Sie wollen das Gegenteil.

Ich komme zum Ende. Was wir vorlegen, ist ein Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland; darauf wollen wir aufbauen und unsere Politik ausrichten, so wie wir es im Koalitionsvertrag festgelegt haben. Daran werden wir in den nächsten Monaten arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Christian Dürr, FDP:

Ein Haushalt der gebrochenen Versprechen



Christian Dürr (*1977)
Landesliste Niedersachsen

Sehr verehrter Herr Bundesminister Scholz, Sie haben in Ihrer Rede gerade davon gesprochen, dass wir erreichen müssen, dass Unternehmen in Europa fair besteuert werden. Wir sind an diesem Punkt bei Ihnen: Natürlich ist es richtig, dass internationale Unternehmen, insbesondere da, wo sie Wertschöpfung erreichen, vernünftig besteuert werden – kein Zweifel. Das gilt auch für Digitalunternehmen.

Aber wissen Sie, was noch viel besser wäre? Wenn sich ein Bundesfinanzminister nicht nur darüber Gedanken machen würde, wie amerikanische Unternehmen in Europa gut besteuert werden, sondern auch darüber, wie wir es in Europa endlich schaffen, dass bei uns Digitalunternehmen entstehen. Das muss doch die Frage sein.

Internationaler Steuerwettbewerb: Herr Scholz, Sie haben er-

klärt, in dieser Legislaturperiode wird es keine Unternehmensteuerreform geben. Frankreich macht eine Unternehmensteuerreform, die Vereinigten Staaten machen eine Unternehmensteuerreform: Alle stellen sich darauf ein, dass sich digitale Unternehmen bei ihnen heimisch machen. Nur Deutschland verzichtet darauf. Das ist ein Riesenfehler, Herr Bundesminister Scholz.

Sie haben davon gesprochen, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, für die Zukunft vorzusorgen, wenn es konjunkturell vielleicht nicht mehr so gut läuft. Auch da sind wir bei Ihnen. Aber anstatt diesen Bundeshaushalt zu nutzen und Subventionen abzubauen, gibt es mit Olaf Scholz neue Subventionen in diesem Haushalt. Machen Sie sich die Kritik des Bundesrechnungshofes zu eigen, der zu Recht sagt: Diese schwarze Null ist doch nur möglich, weil Sie auf die Asylrücklage zurückgreifen. Es ist keine schwarze Null mehr; Kollege Fricke hat das vorhin gesagt. Sie erreichen sie eben nicht nachhaltig. Und sie erreichen vor allen Dingen eines nicht – und das wäre in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen doch richtig und notwendig –, nämlich Schuldenabbau.

Meine Fraktion hat zum ersten

Mal einen klaren Vorschlag hier zur Abstimmung gebracht: Wir wollen im Bundeshaushalt einen Schuldenreduzierungs-, einen Schuldentilgungstitel. Das ist möglich. Es ist möglich, jetzt generationengerecht zu handeln und die Bundesschuld endlich zu reduzieren. Heute könnten wir damit anfangen, Herr Minister Scholz.

Ich will Ihnen eines zurufen: Am Konjunkturhimmel sehen wir mittlerweile die ersten dunklen Wolken; auch das bereitet uns wie Ihnen Sorgen. Aber anstatt jetzt vorzusorgen, planen Sie eine weitere Gartenparty. Das ist schlichtweg die falsche Schwerpunktsetzung, Herr Bundesminister Scholz.

Zum Bundeshaushalt grundsätzlich sage ich: Es ist ein Bundeshaushalt der gebrochenen Versprechen. Der Investitions- und Tilgungsfonds wurde von der Großen Koalition in Zeiten der Konjunkturkrise eingeführt, und es wurde versprochen, ihn dann zurückzuzahlen, wenn es dem Bundeshaushalt wieder besser geht, aber kein einziger Cent davon wird zurückgezahlt. Sie als SPD versprechen eine sogenannte doppelte Haltelinie bei der Rente. Die Realität heute ist: Mit diesem Bundeshaushalt fließen ein Drittel der Einkommensteuer-

einnahmen in Deutschland direkt in die gesetzliche Rentenversicherung. Die Beiträge liegen doch heute schon bei deutlich über 22 Prozent. Das ist die Realität bei der Rente. Mit Zukunftsfestigkeit hat das überhaupt gar nichts zu tun.

Herr Scholz, Sie machen das Gegenteil dessen, was jetzt richtig wäre. Mit dem Bundeshaushalt 2019 sinken die Investitionen erneut. Sie lassen es zu, dass allein in den Bundesministerien – ich rede nicht von den nachgelagerten Behörden – 1 000 zusätzliche Stellen geschaffen werden, die meisten übrigens bei Ihren SPD-Kolleginnen Barley und Giffey. Da gibt es dann so schöne Begründungen, warum man diese Stellen braucht. Ich finde das fantastisch. Man braucht sie für Strategie oder für Planung. Und ganz konkret wird es mit dieser Begründung: für Diverses.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, keinem einzigen Kind in Deutschland – ich denke an die Bundesfamilienministerin – wird es durch zusätzliche Stellen im Bundesministerium besser gehen. Für die Kinder sollten wir etwas tun und nicht für Ihre Verwaltung und für Ihre PR, Herr Minister Scholz.

Ich will auf einen letzten Punkt zu sprechen kommen, der in diesem Bundeshaushalt an keiner einzigen Stelle Thema ist, und das ist die Entlastung der Mitte unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren. Ich wende mich dabei direkt an die Kollegen der CDU/CSU:

In Ihren Reden ist die Abschaffung des Solidaritätszuschlages immer wieder Thema. Herr Dörmann, Herr Altmaier und sogar die Bundeskanzlerin haben dazu etwas in Aussicht gestellt. Ich warte

jetzt, ehrlich gesagt, auf den Zwischenruf, der der Klassiker wäre, darauf, dass Sie sagen: Das hätten ihr ja bei Jamaika alles haben können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will einfach nur ganz kurz in Erinnerung rufen, was damals, im November 2017, gesagt worden ist. Ich will den sehr geschätzten Kollegen Eckhardt Rehberg zitieren, der während der Jamaika-Sondierungen gesagt hat: Der vollständige Abbau des Solidaritätszuschlages ist für den Bundeshaushalt nicht finanzierbar. – Das war die Antwort der CDU auf die Forderung der Freien Demokraten, um das an dieser Stelle klar festzuhalten.

Im vergangenen Jahr, liebe Kollegen der Union, war die Abschaffung nicht verantwortlich. Heute ist die SPD schuld daran, dass der Soli nicht komplett abgeschafft werden kann. Und nächste Woche wird es wahrscheinlich das Wetter in Deutschland sein. In aller Klarheit: In vier Bundestagswahlkämpfen war die Entlastung der Mitte der Gesellschaft das Thema des CDU/CSU-Wahlkampfes. Viermal haben Sie genau dieses Versprechen gebrochen. An dieser Stelle ist Ihnen derzeit nicht zu trauen. Das möchte ich in aller Klarheit zum Schluss sagen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Fabio de Masi (Die Linke), Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Carsten Brodner (CDU/CSU), Andreas Schwarz (SPD) und Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

Volks-Trauer-Tag

Gedenken an Opfer von Krieg und Gewalt



Jedes Jahr gibt es in Deutschland den Volks-Trauer-Tag.

Das ist ein wichtiger Gedenk-Tag.

An Gedenk-Tagen erinnert man sich zum Beispiel an besondere Ereignisse. Oder an besondere Personen.

Am Volks-Trauer-Tag geht es um die Opfer von Kriegen und Gewalt.

In diesem Jahr war dieser Tag am 18. November.

Im folgenden Text steht mehr darüber.

Wie ist der Volks-Trauer-Tag entstanden?

Der Volks-Trauer-Tag ist nach dem Ersten Welt-Krieg entstanden.

Das war ein großer Krieg. Er fand von 1914 bis 1918 statt.

Länder auf der ganzen Welt waren daran beteiligt.

Viele Millionen Menschen starben.



Viele Menschen in Deutschland trauerten also um verstorbene Verwandte.

Andere Menschen hatten im Krieg niemanden verloren.

Da kam die Idee für einen Volks-Trauer-Tag.

An diesem Tag sollten alle Menschen in Deutschland gemeinsam trauern.

Es sollte egal sein, ob sie jemanden verloren hatten. Oder ob sie niemanden verloren hatten.



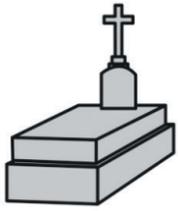
Damit wollte man den Zusammenhalt von allen Menschen in Deutschland stärken.



Die Idee für den Volks-Trauer-Tag hatte ein Verein.

Sein Name ist:
Volks-Bund Deutsche
Kriegs-Gräber-Fürsorge e. V.

Kurz nennt man ihn auch einfach:
Volks-Bund.



Der Volks-Bund wurde im Jahr 1919 gegründet.

Er kümmert sich um die Gräber von Opfern aus dem Ersten und dem Zweiten Welt-Krieg.

Und zwar um Gräber im Ausland.

Er kümmert sich auch um die Verwandten von Opfern.

Und er informiert alle Interessierten über seine Arbeit.



Im Jahr 1922 gab es zum ersten Mal eine Feier-Stunde zum Volks-Trauer-Tag im Reichs-Tag.

Der Reichs-Tag war der Vorgänger vom heutigen Bundes-Tag.

Der erste Volks-Trauer-Tag für ganz Deutschland war dann im Jahr 1925.

Bis zum Jahr 1934 fand dann jedes Jahr ein Volks-Trauer-Tag statt.

Volks-Trauer-Tag in der Zeit der National-Sozialisten

In den Jahren von 1933 bis 1945 regierten in Deutschland die National-Sozialisten.

Genauer:

Die national-sozialistische Partei mit dem Namen NSDAP.

Ihr Chef war Adolf Hitler.

Die NSDAP benannte den Volks-Trauer-Tag in „Helden-Gedenk-Tag“ um.

Es ging jetzt nicht mehr darum, um Verstorbene zu trauern.

Es ging darum, Helden vom National-Sozialismus zu verehren.

Die National-Sozialisten nutzten den Tag also nicht mehr so, wie er mal gedacht war.

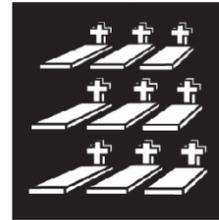


Nach dem Zweiten Welt-Krieg

Im Jahr 1945 verloren die National-Sozialisten ihre Macht.

Und es endete auch der Zweite Welt-Krieg.

Dieser Krieg dauerte von 1939 bis 1945.



Auch in diesem Krieg waren sehr viele Menschen gestorben. Und viele Menschen wurden nach dem Krieg vermisst.

Nach dem Krieg gab es darum in Deutschland wieder verschiedene Gedenk-Veranstaltungen für die Kriegs-Opfer.

In dieser Zeit versuchte der Volks-Bund, den Volks-Trauer-Tag wieder einzuführen.

Das gelang auch.

Im Jahr 1950 gab es dann zum ersten Mal eine Feier-Stunde im Deutschen Bundes-Tag.

In dieser Zeit ging es um das Gedenken an die Verstorbenen vom Ersten und vom Zweiten Welt-Krieg.



Volks-Trauer-Tag heute

In den letzten 70 Jahren hat sich immer wieder verändert, worum es beim Volks-Trauer-Tag geht.

Früher ging es vor allem um die Verstorbenen aus den Kriegen.

Heutzutage geht es um alle Opfer von Kriegen und Gewalt.

Dabei geht es nicht nur um Deutsche. Es geht um Menschen in allen Ländern auf der Welt.





An dem Tag geht es darum, für mehr Frieden auf der Welt zu sorgen.

Es soll daran erinnert werden, dass es zwischen den Ländern keinen Krieg und keine Gewalt geben muss. Sondern dass es Frieden geben sollte.

Was passiert am Volks-Trauer-Tag?



Der Volks-Trauer-Tag ist immer genau 2 Wochen vor dem 1. Advent.

An diesem Tag gibt es verschiedene Veranstaltungen in ganz Deutschland.

Die Haupt-Veranstaltung findet immer in Berlin statt.

Sie besteht aus 2 Teilen.

1. Kranz-Niederlegung
2. Gedenk-Veranstaltung im Bundes-Tag

1. Kranz-Niederlegung



In Berlin steht ein Denkmal mit dem Namen: Neue Wache.

Das Gebäude ist das wichtigste Denkmal von Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewalt.

Am Volks-Trauer-Tag findet hier immer eine Kranz-Niederlegung statt.

Das bedeutet: Blumen-Kränze werden in dem Gebäude abgelegt. Das sieht man auf dem Titel-Bild von dieser Ausgabe von „Leicht erklärt“.

An der Veranstaltung nehmen die Bundes-Kanzlerin und der Bundes-Präsident teil.

Außerdem noch andere wichtige Politiker und Beamte.

Außerdem Gäste. Zum Beispiel Politiker aus anderen Ländern.



2. Gedenk-Veranstaltung

Danach geht es in den Bundes-Tag.

Dort findet eine Gedenk-Stunde zum Volks-Trauer-Tag statt.

Bei dieser Veranstaltung gibt es verschiedene Programm-Punkte.

Das Programm ist jedes Jahr ähnlich.

Folgende Dinge gehören zum Beispiel dazu:



1) Musik

Verschiedene Gruppen machen Musik.



2) Lesung

Ein Redner liest einen Text vor.

Darin geht es zum Beispiel um Menschen, die Opfer von Krieg oder Gewalt wurden.

In den letzten Jahren wurde die Lesung oft von Jugendlichen übernommen.



3) Gedenk-Rede

Ein Gast vom Bundes-Tag hält eine Rede.

Der Redner ist zum Beispiel oft ein Politiker aus einem anderen Land. Oder es ist ein wichtiger Politiker aus Deutschland.

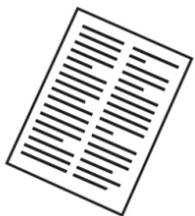


4) Toten-Gedenken

Das Toten-Gedenken ist eine kurze Rede.

Der Text dieser Rede ist immer gleich.

Er wird vom Bundes-Präsidenten vorgelesen.



In dem Text werden alle Gruppen aufgezählt, an die am Volks-Trauer-Tag gedacht wird.

Zum Beispiel:
Opfer von Kriegen
auf der ganzen Welt.
Opfer von Fremden-Hass.

Volks-Trauer-Tag 2018

Dieses Jahr war der Volks-Trauer-Tag am 18. November.



Die Lesung wurde in diesem Jahr von Jugendlichen übernommen. Und zwar von Fußball-Spielern.

Diese Jugendlichen machen bei einem Projekt mit.

Es heißt: Gefallene Fußball-Spieler des Ersten Welt-Krieges.

Die Jugendlichen haben die Geschichten von Fußball-Spielern erzählt.

Und zwar von Fußballern, die im Ersten Welt-Krieg gestorben sind.



Die Gedenk-Rede hat dieses Jahr Emmanuel Macron gehalten.

Er ist der Präsident von Frankreich.

In Macrons Rede ging es vor allem um die Europäische Union.

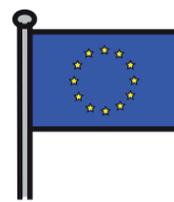
Die Europäische Union ist eine Gruppe aus mehreren Ländern. Genauer:
aus 28 europäischen Ländern.

Sie arbeiten zusammen.
Denn sie wollen in Europa eine bessere Politik machen.

Ihre Politik soll nicht nur die einzelnen Länder beachten.

Sie soll ganz Europa beachten.

Auch Frankreich und Deutschland gehören zur Europäischen Union.



Im Moment hat die Europäische Union ein paar Probleme.

Viele Menschen sind unzufrieden mit der Union.

Manche Länder beschweren sich über die Union.

Groß-Britannien wird nächstes Jahr vielleicht sogar austreten.

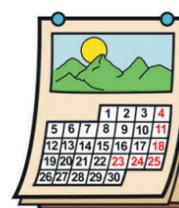
In seiner Rede hat Macron deswegen gesagt:

Die Europäische Union muss sich verändern.

Nur dann kann sie ihre Aufgaben erfüllen.

Macron ist dafür, dass die Länder von der Europäischen Union noch enger zusammenarbeiten.

Vor allem auch Frankreich und Deutschland.



Volks-Trauer-Tag 2019

Der nächste Volks-Trauer-Tag wird am 17. November 2019 stattfinden.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance/dpa, Fotograf: Michael Kappler. Neue Wache: © picture alliance / image BROKER, Fotografin: Julie Woodhouse. Portrait Macron: © picture alliance/ AP Image, Fotograf: Ludwovic Marin. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 48/2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 3. Dezember 2018.